

MONATSBERICHT

**MAI
2010**

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

62. Jahrgang
Nr. 5

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telex Inland 41 227, Ausland 4 14 431
Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
25. Mai 2010, 14.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.

Inhalt

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2010	5
Überblick	6
<i>Zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus</i>	12
Internationales und europäisches Umfeld	15
<i>Zur Konstruktion eines neuen Frühindikators für die Weltwirtschaft</i>	18
<i>Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet</i>	28
Geldpolitik und Bankgeschäft	31
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	32
<i>Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finan- zierungsrechnung des Jahres 2009</i>	42
Finanzmärkte	48
<i>Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken</i>	56
Konjunktur in Deutschland	60
<i>Zum Informationsgehalt der Maut- statistik für die Wirtschaftsanalyse</i>	66
Öffentliche Finanzen	76
Statistischer Teil	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion	5*

Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze	43*
Kapitalmarkt	48*
Finanzierungsrechnung	52*
Öffentliche Finanzen in Deutschland	54*
Konjunkturlage in Deutschland	61*
Außenwirtschaft	68*

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	77*
---	-----

Abkürzungen und Zeichen

- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl
- ts teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten
oder nicht sinnvoll
- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden
der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2010

Überblick

Die Europäische Währungsunion vor entscheidenden Herausforderungen

Mit der Verschärfung der Schuldenkrise Griechenlands kam es im Frühjahr zu erheblichen Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten. Die Entwicklung in Griechenland hatte sich in den zurückliegenden Monaten zu einer Vertrauenskrise ausgewachsen, aus der sich das Land nicht mehr aus eigener Kraft befreien konnte. Obwohl die Problemlage in Griechenland mit Blick auf die vorausgegangenen langjährigen Verstöße gegen die europäischen Regeln nicht mit den finanzpolitischen Problemlagen in anderen Ländern der Währungsunion vergleichbar ist, kam es in einem durch erhöhte Unsicherheit über die Verschlechterung der Staatsfinanzen geprägten Marktumfeld zu Ansteckungseffekten und Vertrauensverlusten auch bei anderen Mitgliedern des gemeinsamen Währungsraumes. Dies führte Anfang Mai zu einer Zuspitzung der Lage an den Märkten für Staatsanleihen dieser Länder. Die Entwicklung drohte trotz der zu diesem Zeitpunkt bereits gefassten Beschlüsse zur Unterstützung Griechenlands eine unkontrollierte Dynamik zu gewinnen, die die Stabilität der Europäischen Währungsunion (EWU) und der globalen Finanzmärkte gefährdet hätte. Vor diesem Hintergrund haben die Finanzminister der EU Mitte Mai im Anschluss an die Finalisierung der Hilfe für Griechenland umfassende zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen und -mechanismen beschlossen.

*Währungsunion
in der
Belastungs-
probe*

Die akute Gefährdungslage machte zügige und umfangreiche Beschlüsse erforderlich. Gleichwohl strapazieren die getroffenen Ent-

scheidungen das institutionelle Fundament der Währungsunion erheblich. Es wird deshalb entscheidend darauf ankommen, dass rasch die richtigen Lehren aus den Entwicklungen der letzten Wochen gezogen und zügig umgesetzt werden. Dabei sind die Spannungen an den Finanzmärkten nicht die Wurzel des Problems, sondern sichtbarer Ausdruck der Besorgnis um eine als nicht nachhaltig beurteilte Lage der öffentlichen Haushalte in einigen Mitgliedsländern der EWU sowie der daraus erwachsenden Unsicherheit. Deshalb sind zuallererst die betroffenen Länder gefordert, eine glaubwürdige Konsolidierungsstrategie entschlossen umzusetzen und in ein gesamtwirtschaftliches Reformpaket einzubetten, um umgehend verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Die jüngsten Entwicklungen haben zudem Schwachstellen des bisherigen finanzpolitischen Regelwerks der Währungsunion offengelegt. Daher besteht hier dringlicher Reformbedarf. Das Fundament ist in zentralen Teilen wieder zu härten, und die Anreizstrukturen für eine eigenverantwortliche Gewährleistung solider Staatsfinanzen sind deutlich zu stärken. Entscheidend wird zum einen sein, dass eine umfangreiche Sanierung der Staatsfinanzen gewährleistet wird und die diesbezüglichen Verfahren, die in der Vergangenheit offensichtlich keine ausreichend disziplinierende Wirkung hatten, geschärft, stärker automatisiert und außerhalb des politischen Verhandlungsprozesses verankert werden. Zum anderen sind die Verantwortlichkeit und die Anreize für das betroffene Land, zu einer soliden Haushaltsposition zurückzufinden, im möglichen Unterstützungsfall zu er-

höhen. Etwaige Unterstützungsmaßnahmen müssen an strenge Konditionen geknüpft werden, die engmaschig zu kontrollieren und unbedingt einzuhalten sind. Zudem muss ein Zahlungsausfall weiterhin möglich bleiben und die Einführung einer Insolvenzordnung ernsthaft geprüft werden. Schließlich sind Verfahren erforderlich, die sicherstellen, dass ein Mitgliedsland bei Nutzung eines Unterstützungsprogramms die zur Gewährleistung der Stabilität notwendigen Maßnahmen umsetzt und nicht etwa bewusst eine Gefahr für den Bestand der Union in Kauf nimmt. Eine rasche Umsetzung entsprechender Vorschläge in einem reformierten Regelwerk ist ein notwendiger Beitrag, um die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft auch unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern. Für die langfristige Solidität der Währungsunion wird es entscheidend darauf ankommen, das bestehende schmale Zeitfenster für Reformen nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

Vertrauen in stabile und verlässliche Rahmenbedingungen in der EWU sind nicht zuletzt eine wichtige Basis für die Absicherung der Erholung der Weltwirtschaft. Das reale weltwirtschaftliche Umfeld erweist sich dabei aktuell als relativ günstig. Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat sich seit Jahresbeginn weiter gefestigt, und die zuletzt gestiegene Unsicherheit an den internationalen Finanzmärkten hat sich bislang nicht in der Realwirtschaft niedergeschlagen. Vor diesem Hintergrund haben zahlreiche internationale Organisationen – so auch der Internationale Währungsfonds – ihre Prognosen für das Wachstum der Weltwirtschaft und des Welt-

Weltwirtschaft

handels in diesem Jahr merklich nach oben revidiert.

Unter der Oberfläche einer insgesamt robusten globalen Dynamik verbergen sich jedoch regional merkbare Unterschiede im Expansionstempo. Diese Unterschiede hatten sich bereits Ende des vergangenen Jahres herausgebildet und blieben bis zuletzt bestehen. Die Schwellenländer – allen voran in Ostasien – wuchsen weiter mit beeindruckendem Tempo; in einigen Ländern sind inzwischen bereits Anzeichen einer konjunkturellen Überhitzung erkennbar. Dagegen behielten die Industrieländer insgesamt ihre deutlich moderatere gesamtwirtschaftliche Gangart in den Wintermonaten bei. Innerhalb dieser Ländergruppe erzielten Japan und die USA recht kräftige Zuwächse der Wirtschaftsleistung, dagegen konnte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum nur wenig zulegen. Hier sind jedoch auch spürbare dämpfende Effekte des überdurchschnittlich kalten Winters in einigen Mitgliedsländern in Rechnung zu stellen. Die Frühindikatoren für die Weltwirtschaft zeigen auch für das Sommerhalbjahr eine Fortsetzung der schwungvollen Erholung an. So sind die Erwartungskomponenten wichtiger Indikatoren bis zuletzt weiter gestiegen.

Die Verschärfung der Schuldenkrise in Griechenland wirkte als Katalysator für den Prozess einer grundlegenden Neubewertung der Risiken der öffentlichen Verschuldung auch in anderen Ländern des Euro-Raums. Durch sie trübte sich das zu Jahresbeginn, wohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund der robusten realwirtschaftlichen Perspektiven, noch freund-

liche Bild an den internationalen Finanzmärkten zunehmend ein.

In der Folge kam es zu drastischen Kurseinbrüchen bei Staatsanleihen in verschiedenen Ländern des Euro-Raums und zu einer nie da gewesenen Spreizung der Renditen. Die Gefahr für die Stabilität der Finanzsysteme in den betroffenen Ländern belastete die europäischen und internationalen Aktienmärkte. Und auch der Wechselkurs des Euro geriet unter Druck. Da die Ursachen im Euro-Raum selbst zu suchen sind, war der entsprechende Wertverlust regional breit angelegt. So verlor der Euro effektiv gegenüber den wichtigsten Handelspartnern seit Jahresbeginn $8\frac{1}{2}\%$ an Wert. Insbesondere gegenüber dem US-Dollar ist seit Anfang des Jahres ein spürbarer Wertverlust zu verzeichnen.

Die Mitte Mai beschlossenen Stabilisierungsmaßnahmen stoppten schließlich den Kursverfall an den Märkten für südeuropäische Staatsanleihen kurzfristig. Zu einer nachhaltigen Entspannung an den Finanzmärkten führten sie jedoch nicht. Hierzu wird es erst kommen, wenn das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den entsprechenden Ländern durch glaubwürdige Konsolidierungsschritte wiederhergestellt wurde.

Die gesamtwirtschaftliche Erholung im Euro-Raum vollzog sich – auch witterungsbedingt – in einem nur moderaten Tempo. Angesichts der noch bestehenden merklichen Unterauslastung der Produktionskapazitäten und einer zugleich verhaltenen Geldmengen- und Kreditentwicklung bestand keine Veranlassung,

die geldpolitischen Schlüsselzinsen zu ändern. Markante Anpassungen gab es in den letzten Monaten hingegen im operativen Bereich der Geldpolitik. Setzte der EZB-Rat noch in den ersten Monaten des Jahres vor dem Hintergrund der bis dahin zu beobachtenden Erholung an den Geld- und Finanzmärkten die Rücknahme der geldpolitischen Sondermaßnahmen fort, so beendete er im Zuge der erneuten Verspannungen an den Finanzmärkten den Ausstieg und kehrte den Prozess in Teilen folgerichtig wieder um. So wurde bei den Dreimonats-Refinanzierungsgeschäften die Vollzuteilung wieder aufgenommen, für Mitte Mai wurde ein neuerliches indexiertes Sechsmonatsgeschäft aufgelegt, und aufkeimenden Spannungen bei der Beschaffung von Liquidität in Fremdwährungen wurde durch die erneute Bereitstellung von Swap-Transaktionen in US-Dollar begegnet. Darüber hinaus wurde eine Reform des Sicherheitenrahmens beschlossen, mit der zum 1. Januar 2011 ein Übergang zu einem gestaffelten System von Bewertungsabschlägen bis zur Untergrenze von BBB- (oder äquivalenten Ratingstufen) eingeführt wurde. Diese Mindestanforderung wurde jedoch für von der griechischen Regierung begebene oder garantierte Schuldtitel vor dem Hintergrund des vom EZB-Rat als angemessen beurteilten Konsolidierungsprogramms Griechenlands bis auf Weiteres ausgesetzt.

Mit Wirkung vom 10. Mai beschloss der EZB-Rat angesichts der angespannten Lage an den Staatsanleihemärkten einiger EWU-Länder zudem den Ankauf von privaten und öffentlichen Schuldverschreibungen in gestörten Marktsegmenten. Diese Maßnahme

birgt erhebliche stabilitätspolitische Risiken. In der weiteren Umsetzung gilt es, diese Risiken möglichst zu begrenzen und insbesondere die jeweiligen Verantwortlichkeiten der Geld- und der Finanzpolitik klar zu trennen.

Im Berichtszeitraum blieben die monetäre Entwicklung und auch die Kreditexpansion weiterhin verhalten. Allerdings kam es bei der Entwicklung der Buchkredite an die nicht-finanziellen Unternehmen erstmals nach drei Quartalen mit kräftigen Rückgängen zu einem im Verlauf nahezu unveränderten Bestand. Dies steht in Einklang mit dem empirischen Befund einer im konjunkturellen Zyklus verzögerten Reaktion der Kredite in diesem Bereich. Alles in allem signalisiert die Dynamik der Geldmenge und der Kredite auf mittlere Frist keine ausgeprägte Gefahr für die Preisstabilität im Euro-Raum.

Die erneuten Turbulenzen an den Finanzmärkten haben sich bislang nicht auf die realwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ausgewirkt. Die Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft hat sich auch nach dem Jahreswechsel ungeachtet temporär belastender Faktoren fortgesetzt und im Frühjahr vermutlich deutlich Fahrt aufgenommen. Die Wirtschaftsleistung wird im zweiten Quartal aller Voraussicht nach kräftig expandieren.

Die Erholung bleibt vor dem Hintergrund des immer noch günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds vom Export getragen. Nicht zuletzt die dynamische Entwicklung in den Schwellenländern und die sich verstetigende Aufwärtsbewegung in den USA haben dazu beigetragen, dass der im Zuge des globalen

Wirtschaftseinbruchs hinzunehmende Rückgang an Ausfuhren in Länder außerhalb der EWU bereits zur Hälfte wieder wettgemacht werden konnte. Im Vergleich dazu ist der Erholungsprozess im Exportgeschäft mit Handelspartnern in der EWU weniger weit vorgeschritten. Die sich aufgrund der dringlichen Konsolidierungserfordernisse in zahlreichen EWU-Ländern vermutlich ergebende kurzfristige Dämpfung der dortigen gesamtwirtschaftlichen Perspektiven deutet auch nicht darauf hin, dass sich dies rasch und durchgreifend ändern wird.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben mit einem Plus im ersten Quartal den Rückgang zu Jahresende wieder wettgemacht. Seit der markanten Korrektur zu Jahresbeginn 2009 ist es im Großen und Ganzen zu einer Stabilisierung gekommen. Dies ist angesichts der nach wie vor bestehenden Unterauslastung der Produktionskapazitäten aus konjunktureller Sicht durchaus bemerkenswert. Die Bauinvestitionen wurden durch das kalte und schneereiche Winterwetter zu Jahresbeginn zwar wesentlich beeinträchtigt, das Minus hielt sich aber angesichts der widrigen Witterungsbedingungen in Grenzen. Zudem deuten die Angaben für den März darauf hin, dass der entstandene Rückstand bereits im März in Ansätzen aufgeholt werden konnte.

Auch der private Konsum zeigt sich – von belastenden Sondereffekten abgesehen – in der Grundtendenz weiterhin recht bestandsfest. Zwar schränkten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben im ersten Vierteljahr real ein; dies dürfte jedoch auch an dem nach dem Auslaufen der Umweltprämie bis in den

Februar hinein abwärtsgerichteten Absatz bei Pkw-Käufen gelegen haben. Zumindest die Einzelhandelsumsätze konnten demgegenüber ihr Niveau der Vorperiode in etwa halten.

Ein wesentlicher Erklärungsfaktor der vergleichsweise robusten Verbrauchskonjunktur dürfte die weiterhin bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes sein. So blieb die Erwerbstätigkeit unter Ausschaltung saisonaler Einflüsse praktisch unverändert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm sogar leicht zu, und die Arbeitslosigkeit sank gegenüber dem Vorquartal. Zwar ergeben sich unter Berücksichtigung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen leicht steigende Arbeitslosenzahlen, der grundsätzliche Befund einer überraschend geringen Arbeitsmarktreaktion auf den starken realwirtschaftlichen Einbruch und die weiterhin unterausgelasteten Kapazitäten bleibt jedoch weiterhin gültig.

Im Winter 2010 zeigte die Preistendenz erstmals auf allen Fertigungs- und Absatzstufen wieder nach oben. Der Disinflationprozess, der seit Ende 2008 von den Rohstoffpreisen ausgehend bis in die Fertigprodukte hinein zu beobachten war, ist damit ausgelaufen und in eine Gegenbewegung eingetreten. Auf den vorgelagerten Produktionsstufen verteuerte sich vor allem Energie kräftig. Dies spiegelt sich auch in den entsprechenden Komponenten der Einfuhrpreise wider. Und auch auf der Ebene der Verbraucherpreise ist der saisonbereinigte Preisanstieg – neben witterungsbedingt steigenden Nahrungsmittelpreisen – zu einem Großteil von Preisanhebungen

bei Energieträgern beeinflusst worden. Der von der Binnenwirtschaft ausgehende Preis- auftrieb dürfte vorläufig hingegen äußerst begrenzt bleiben.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich somit auf einem Erholungspfad, der nach derzeitiger Indikatorenlage in der Grundtendenz nicht gefährdet scheint. Die wesentlichen Impulse für eine fortgesetzte Aufwärtsbewegung werden weiterhin von der Exportseite kommen. Dies gilt insbesondere für die außer-europäischen Absatzmärkte, die gegenwärtig eine ungebrochen hohe Dynamik verzeichnen. Außerdem kommen den deutschen Exporteuren dort die Verschiebungen im internationalen Währungsgefüge zugute, wenngleich die preisliche Komponente als Bestimmungsfaktor deutscher Ausfuhren nicht überschätzt werden sollte. Die positive Stimmungslage in der Industrie wird zudem gestützt durch einen regional breit gestreuten Schub bei den Auftragseingängen. Diesbezüglich stieg zu Jahresbeginn auch die Nachfrage aus dem restlichen Euro-Raum ebenfalls stark. Auch deutet die Entwicklung der Kredite an die nichtfinanziellen Unternehmen weiterhin nicht auf eine vorliegende Kreditklemme hin. Zusammen mit der stabilen Arbeitsmarktlage prägt die Zuversicht der Industrie auch die Stimmungslage der privaten Haushalte. Das Entlassungsrisiko scheint angesichts der stabilen Lage am Arbeitsmarkt keine herausgehobene Rolle zu spielen. Dies begründet eine gewisse Zuversicht, dass im weiteren Verlauf die vom Export angeführte Erholung auch stärker binnenwirtschaftlich flankiert werden könnte. Allerdings ist insgesamt in Rechnung zu stellen, dass die weiter-

hin fragile Entwicklung und die hohe Unsicherheit an den Finanzmärkten ein belastender Faktor und ein Risiko für ein solch positives Szenario sind.

Trotz eines gefestigten konjunkturellen Ausblicks hinterlassen der gesamtwirtschaftliche Einbruch und die finanzpolitische Reaktion tiefe Spuren in den deutschen Staatsfinanzen. Lag die Defizitquote im vergangenen Jahr noch bei 3,1 %, so könnte dieses Jahr eine Größenordnung von annähernd 5 % erreicht werden. Ursächlich für diese Entwicklung sind vor allem umfangreiche fiskalische Maßnahmen, vor allem Steuererleichterungen und höhere öffentliche Investitionsausgaben, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit der angestrebten Konjunkturstabilisierung stehen.

Insgesamt zeichnet sich angesichts der günstigeren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für 2010 aber ein besseres Ergebnis ab, als im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Januar erwartet wurde (Defizitquote von 5 ½ %). Angesichts der sehr hohen Defizite und der weiter schnell steigenden Schulden sollten mögliche positive Entwicklungen allerdings nicht als Haushaltsspielräume angesehen werden, sondern zu einer zügigeren Konsolidierung genutzt werden. Dies gebieten auch die Auflagen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit und der weiterhin vorhandene umfangreiche Konsolidierungsbedarf auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften.

Dies betrifft nicht zuletzt den Bundeshaushalt. Hier wurde im März mit dem Haushaltsplan ein außerordentlich hoher Defizitansatz

*Öffentliche
Finanzen*

Zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus*)

Ende April hatte sich die verschlechterte Haushalts- und Wirtschaftslage Griechenlands zu einer Vertrauenskrise ausgewachsen, aus der sich das Land nicht mehr aus eigener Kraft befreien konnte. Vorausgegangen waren viele Jahre, in denen Griechenland massiv und unverantwortlich gegen die europäischen Vereinbarungen und Vorgaben verstoßen hatte. Rückblickend stand die Haushalts- und Wirtschaftspolitik in eklatantem Gegensatz zu den Stabilitätsanforderungen eines gemeinsamen Währungsraumes. Als sich das volle Ausmaß dieser Versäumnisse offenbarte, wurde von Finanzmarktteilnehmern die Fähigkeit des griechischen Staates, ohne eine umfassende finanz- und wirtschaftspolitische Kurskorrektur auch künftig seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nachkommen zu können, grundsätzlich infrage gestellt und daher der Kapitalmarktzugang nahezu abgeschnitten. Ein Zahlungsausfall Griechenlands hätte in der sehr fragilen Lage ein erhebliches Ansteckungsrisiko für andere Mitgliedsländer der Währungsunion darstellen können. Deshalb hatten die Finanzminister des Euro-Raums an strikte Auflagen gebundene finanzielle Hilfen an Griechenland beschlossen, und die diesbezügliche Umsetzung durch Deutschland wurde am 7. Mai durch den Bundestag gebilligt. Bedenken grundsätzlicher Natur zurückstellend und trotz der hohen Risiken bei der Umsetzung hielt die Bundesbank in der Stellungnahme zu dem entsprechenden Gesetz eine Beteiligung Deutschlands an dem Hilfspaket in dieser außergewöhnlichen Situation für vertretbar.

Noch bevor das Paket endgültig beschlossen worden war, hatte sich die Lage an den Kapitalmärkten indes weiter verschärft. Das Ziel, die von Griechenland drohenden Ansteckungseffekte zu begrenzen, wurde nicht erreicht. Trotz der erfolgten Beschlüsse drohte zunehmend eine unkontrollierte Eigendynamik, die die Stabilität der Europäischen Währungsunion hätte beeinträchtigen können und zudem mit erheblichen Konsequenzen für die gesamte Weltwirtschaft hätte verbunden sein können. Zu dieser Einschätzung kamen am Wochenende 8./9. Mai übereinstimmend zahlreiche internationale Institutionen und die wichtigsten Notenbanken – so auch die Bundesbank. Vor diesem Hintergrund einer dringlichen kurzfristigen Gefährdungslage haben die Finanzminister der EU am 10. Mai eine Reihe von Stabilisierungsmaßnahmen beschlossen. Dabei wurde die bereits zuvor vereinbarte Unterstützung für Griechenland finalisiert. Zudem wurde der Wille bekräftigt, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu beschleunigen, das fiskalische Regelwerk zu reformieren und einen Europäischen Finanziellen Stabilisierungsmechanismus in Aussicht zu stellen. Letzterer soll erstens die Möglichkeit schaffen, EU-Mitgliedstaaten

finanziellen Beistand der Union zu gewähren, wenn sie durch außergewöhnliche Ereignisse, die sich ihrer Kontrolle entziehen, von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht sind. Zweitens ist für den Fall, dass die hierfür vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, die auf drei Jahre befristete Einrichtung eines Hilfsfonds geplant, der Mitgliedsländern der Währungsunion Kredite gewähren kann. Die dazu erforderlichen Mittel werden am Kapitalmarkt aufgenommen und anteilig durch die übrigen Länder der Währungsunion garantiert. Der Europäische Finanzielle Stabilisierungsmechanismus soll durch Kreditlinien des Internationalen Währungsfonds ergänzt werden.

In Bezug auf den vorgesehenen Europäischen Stabilisierungsmechanismus ist es wichtig, dass eine etwaige Inanspruchnahme von Krediten an strenge wirtschafts- und finanzpolitische Auflagen geknüpft wird. Deshalb ist die beabsichtigte finanzielle und inhaltliche Beteiligung des Internationalen Währungsfonds an den zu vereinbarenden Hilfsprogrammen wie im Präzedenzfall von Griechenland folgerichtig. Wichtig ist ferner, dass die Gewährung der Hilfsmaßnahmen Einvernehmen mit den Garantiegebern voraussetzt – insbesondere mit Deutschland, das den größten Anteil trägt. Die Zinskonditionen müssen so ausgestaltet werden, dass ein spürbarer Anreiz besteht, das Vertrauen potenzieller Kapitalgeber möglichst schnell zurückzuerlangen und zur Finanzierung über den Kapitalmarkt zurückzukehren. Die Konditionen bei der Unterstützung für Griechenland sind dafür ein geeigneter Anhaltspunkt. Wichtig ist auch, dass der Hilfsfonds, der den zweiten Teil des europäischen Stabilisierungsmechanismus bildet, zeitlich befristet ist. Der erste Teil ist dagegen unbefristet und stellt damit einen – vom Umfang her begrenzten – Einstieg in einen permanenten Mechanismus dar, der durch eine Kreditaufnahme der EU finanziert wird. Eine solche dauerhafte Auffanglösung für von Zahlungsunfähigkeit bedrohte Staaten strapaziert das Grundprinzip der Währungsunion, dass die Mitgliedstaaten für ihre öffentlichen Finanzen eigenverantwortlich sind; sie ist daher problematischer als die nur unter sehr speziellen Voraussetzungen und fallweise gewährten Hilfen für Griechenland oder der zeitlich befristete Fonds. Damit werden sowohl für die Regierungen als auch für die Gläubiger von Staatsanleihen problematische Anreize gesetzt. Diese können dadurch eingedämmt werden, dass die Inanspruchnahme an enge Voraussetzungen und strikte Auflagen geknüpft wird und der entsprechende Mitgliedstaat bei Missachtung dieser Bedingungen weitreichende Folgen zu tragen hat. So sollte der Mechanismus nur dann aktiviert werden können, wenn die Finanzstabilität im gesamten

* Stellungnahme von Professor Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, anlässlich der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 19. Mai 2010 zu dem

Entwurf für ein Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus.

Euro-Raum gefährdet ist. Keinesfalls darf es das Ziel sein, fallweise Finanzierungsengpässe eines Mitgliedstaates zu mildern. Im Gegenteil, durch strikte finanz- und wirtschaftspolitische Auflagen ist darauf hinzuwirken, dass der Mitgliedstaat zügig zu einer soliden Haushaltsposition zurückkehrt und sich wieder über den Kapitalmarkt finanzieren kann.

Alles in allem sind die am 10. Mai 2010 von den Finanzministern der EU gefassten Beschlüsse angesichts der Risiken für die Stabilität der Europäischen Währungsunion und die Entwicklung der Weltwirtschaft vertretbar. Die Beschlüsse strapazieren allerdings die Fundamente der Währungsunion in ganz erheblicher Weise. Es muss deshalb rasch und entschlossen darum gehen, die angegriffenen Grundlagen der Währungsunion zu stabilisieren und zu stärken, damit zukünftig eine ähnliche Zuspitzung vermieden werden kann. Geboten ist in diesem Zusammenhang vor allem, die Rettungsmaßnahmen wie vorgesehen mit Ansätzen zur Verbesserung der statistischen Grundlagen und vor allem zur Härtung der bestehenden Fiskalregeln zu verbinden. Von großer Bedeutung ist es, dem Schuldenkriterium zukünftig mehr Gewicht beizumessen. Für Schuldenquoten über 60 % sollte festgelegt werden, wie schnell sie reduziert werden müssen und welche Sanktionen anderenfalls drohen. Das Defizitkriterium kann gestärkt werden, indem mit der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts gelockerte Ausnahmebestimmungen wieder enger gefasst werden und schon im vorbeugenden Teil des Paktes größerer Druck erzeugt wird, falls die Vorgaben nicht eingehalten werden. Insgesamt bedarf es einer schnelleren Reaktion auf Fehlentwicklungen und damit einer Beschleunigung des bisherigen Verfahrens. Zentral ist es, die bislang oft unzureichende Umsetzung der Regeln zu verbessern, indem beispielsweise das Verhängen von Sanktionen weniger dem politischen Verhandlungsprozess unterliegt, sondern stärker regelgebunden erfolgt. Auch eine Verpflichtung zur stärkeren Verankerung der europäischen Fiskalregeln – und insbesondere der mittelfristigen Haushaltsziele – im nationalen Haushaltsrecht, wie etwa mit der deutschen Schuldenbremse, sind zielführend. Im Falle offensichtlicher gravierender Fehlentwicklungen ist sicherlich auch eine verstärkte makroökonomische Überwachung auf europäischer Ebene erforderlich. Allerdings ist dabei neben der Unabhängigkeit der Geldpolitik im bestehenden Rahmen das Subsidiaritätsprinzip zu beachten, und eine grundsätzliche Tendenz zur Zentralisierung und Feinsteuerung ist durchaus bedenklich. So muss beispielsweise kritisch hinterfragt werden, ob die wenig differenzierte Ausweitung der Defizite und Schulden im Rahmen des „European Economic Recovery

Plan“ nicht in einigen Ländern zur Verschärfung der aktuellen Problemlage beigetragen hat. In jüngster Zeit aufgekommene Vorhaltungen, Deutschland müsse eine expansivere Finanzpolitik und Lohnsteigerungen vornehmen, lassen ebenfalls daran zweifeln, dass eine stärkere Koordinierung zwangsläufig dazu führen würde, die tatsächlichen Ursachen der Krise anzugehen.

Wenn in Reaktion auf die durch die Schuldenkrise in einigen Mitgliedsländern notwendigen Unterstützungsmaßnahmen perspektivisch keine weitreichende, demokratisch legitimierte politische Union angestrebt wird und die Mitgliedstaaten letztlich die Entscheidungsgewalt über ihre nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik behalten sollen, dann erfordert eine künftige Absicherung der Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft zusätzliche Reformschritte über die Härtung des bestehenden Regelwerks hinaus. Diesbezüglich sind zuletzt zahlreiche Ansatzpunkte in die Diskussion eingebracht worden. Neben einer Stärkung der bereits im geltenden Stabilitäts- und Wachstumspakt enthaltenen Verfahrensschritte wurde beispielsweise die Einführung einer staatlichen Insolvenzordnung als ein wesentliches Element eines reformierten Rahmenwerks vorgeschlagen. Darüber hinaus sollten weitergehende Sanktionsmechanismen für den Fall in Erwägung gezogen werden, dass ein Mitgliedsland bei Nutzung eines Unterstützungsprogramms die zur Sicherung der Stabilität notwendigen Maßnahmen nicht umsetzt und dadurch bewusst eine Gefahr für den Bestand der Union in Kauf nimmt. Vor dem Hintergrund der jüngsten Beschlüsse wäre eine Umsetzung dieser Vorschläge ein wichtiger Beitrag, um die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft auch unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern.

Das Eurosystem wird auch künftig im Rahmen der gemeinsamen Geldpolitik dem Ziel verpflichtet sein, stabile Preise in der Währungsunion zu gewährleisten. Es ist Aufgabe der Finanzpolitik, mit soliden Staatsfinanzen und einem geeigneten institutionellen Rahmenwerk für eine angemessene Flankierung der Geldpolitik in einer auf Stabilität fußenden Währungsunion zu sorgen. Die jüngsten Entwicklungen haben Schwachstellen des bisherigen finanzpolitischen Regelwerks offengelegt und die wirtschaftlichen Konsequenzen langjährig divergierender Wettbewerbspositionen in der Währungsunion zutage treten lassen. Für die langfristige Solidität der Währungsunion wird es entscheidend darauf ankommen, das bestehende schmale Zeitfenster für Reformen nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.

veranschlagt, der aber im Haushaltsvollzug deutlich unterschritten werden wird. So geht beispielsweise die jüngste Steuerschätzung von Mehreinnahmen in Höhe von rund 4 ½ Mrd € gegenüber dem Haushaltsansatz aus, es schlagen zusätzliche Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen in Höhe von 4 ½ Mrd € zu Buche, und auch auf der Ausgabenseite sind angesichts des robusten Arbeitsmarktes geringere Ausgaben als geplant absehbar. Im Ergebnis dürfte das Defizit des Bundes erheblich unter 70 Mrd € liegen. Der Haushaltsplan sieht hingegen eine Netto-Neuverschuldung von 80 Mrd € vor.

Auch das strukturelle Defizit wird deutlich niedriger ausfallen als veranschlagt (66 ½ Mrd €). Nach der neuen Schuldenregel bildet das strukturelle Defizit des Jahres 2010 die Ausgangsbasis für die degressiv gestaffelte jährliche Verschuldungsgrenze in der Übergangszeit bis 2016. Je höher dieser Ausgangswert, desto größere Verschuldungsspielräume ergeben sich im weiteren Verlauf. Um die Glaubwürdigkeit der neuen Regel nicht zu gefährden, sollte der Versuchung widerstanden werden, diese noch vor ihrer ersten Anwendung durch die Schaffung von Umgehungsspielräumen zu schwächen und die notwendige Konsolidierung wie so häufig

in der Vergangenheit aufzuschieben. Der im Grundgesetz verankerte „Abbau des bestehenden Defizits“ sollte zumindest die Anknüpfung an eine aktuelle Schätzung des strukturellen Defizits für 2010 statt an das Haushaltssoll bedingen. Darüber hinaus wäre im Sinne der Intention der neuen Haushaltsregel auf die Berücksichtigung lediglich einmaliger Zuschüsse an die Sozialversicherungen zu verzichten.

Die Entwicklungen der zurückliegenden Wochen haben noch einmal nachdrücklich vor Augen geführt, dass die Sicherung nachhaltiger öffentlicher Finanzen und die Rückführung der hohen Schuldenstände für die Solidität der EWU von entscheidender Bedeutung sind. Das fiskalische Regelwerk in Europa ist gegenwärtig der stärksten Belastungsprobe seit Bestehen der Währungsunion ausgesetzt. Neben einer Festigung der angegriffenen institutionellen Fundamente ist von besonderer Bedeutung, dass die Mitgliedsländer, die momentan mit besonderen fiskalischen Problemlagen konfrontiert sind, ihrer Verantwortung gerecht werden und verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Aber auch der deutschen Finanzpolitik kommt eine herausragende Rolle für die Bindungswirkung des fiskalischen Regelwerks in der EWU zu.

Internationales und europäisches Umfeld

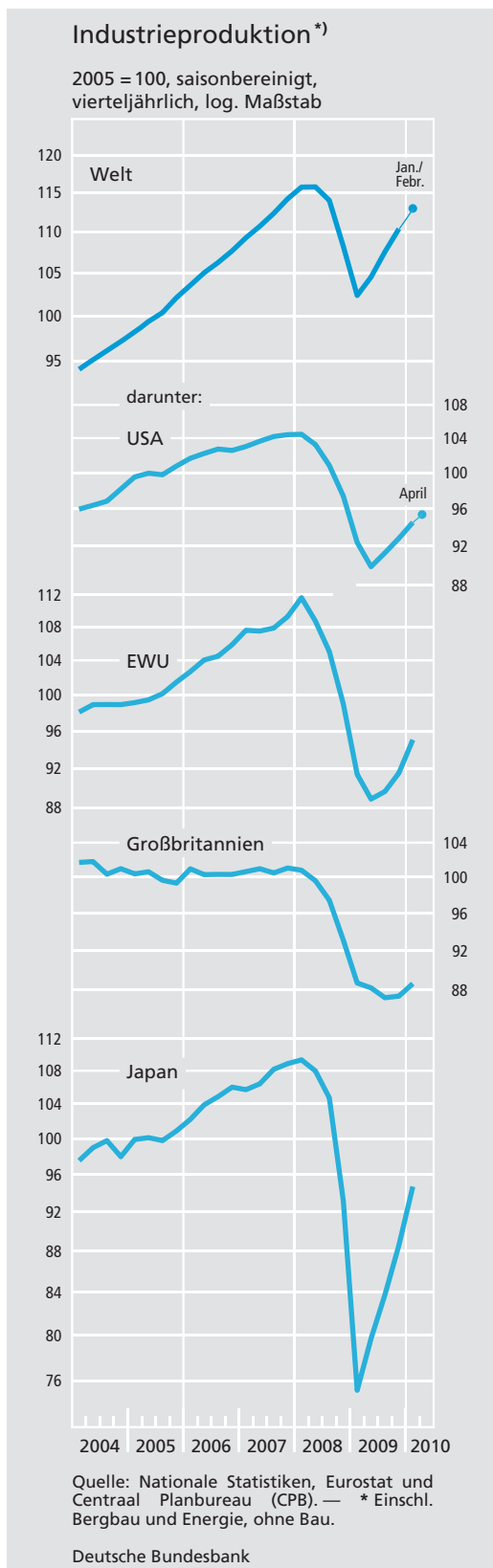
Weltwirtschaftliche Entwicklung

Der globale Aufschwung hat sich seit Jahresbeginn weiter gefestigt. Starke Impulse kamen nach wie vor von der Geldpolitik und vom Lagerzyklus, während sich die expansiven fiskalpolitischen Effekte abgeschwächt haben. Zudem deuteten die bis in den April hinein anhaltenden kräftigen Kurssteigerungen an den Aktienmärkten auf ein wachsendes Vertrauen in einen nachhaltigen weltweiten Aufschwung hin. In den letzten Wochen standen die Finanzmärkte jedoch ganz im Zeichen der Schuldenkrise in Griechenland, von der Ansteckungseffekte auf andere Länder ausgingen. Die gestiegene Unsicherheit an den internationalen Aktien- und Rentenmärkten hat sich bislang nicht in der Realwirtschaft niedergeschlagen. Sie stellt aber vor allem für den Euro-Raum ein Risiko dar.

*Anhaltende
Verbesserung
der Weltkon-
junktur, ...*

Die globale Industrieproduktion hat sich im Januar/Februar saisonbereinigt um 2 ¼ % gegenüber dem Herbstquartal erhöht, in dem sie um 2 ½ % zugenommen hatte. Das durch die Rezession gedrückte Vorjahrsniveau wurde um nicht weniger als 10 ¼ % übertroffen. Der zyklische Höchststand vom Frühjahr 2008 könnte schon im laufenden Quartal wieder erreicht werden. Dies ist beim Welthandelsvolumen, das in den letzten Monaten anhaltend schwungvoll expandierte, noch nicht der Fall; im Januar/Februar lag hier das Niveau noch um 6 ¼ % niedriger als im ersten Quartal 2008.

Die starken Unterschiede im Expansions-tempo der einzelnen Regionen, die sich im Jahr 2009 herausgebildet hatten, blieben bis



zuletzt bestehen. In manchen ostasiatischen Schwellenländern sowie in Brasilien droht inzwischen schon wieder eine konjunkturelle Überhitzung. In einer Reihe von Staaten sind deshalb die Notenbankzinsen in den letzten Monaten angehoben worden, und in China ist die Kreditvergabe auf administrativem Wege eingeschränkt worden. Die Industrieländer behielten insgesamt betrachtet ihre deutlich moderatere konjunkturelle Gangart in den Wintermonaten bei. Innerhalb dieser Staatengruppe erzielte Japan den kräftigsten Zuwachs der Wirtschaftsleistung. Auch in den USA kam die zyklische Erholung gut voran. Dagegen konnte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum nur wenig zulegen. Hier sind jedoch die negativen Witterungseinflüsse, die in den nördlichen Mitgliedsländern vor allem die Bauproduktion behinderten, mit ins Bild zu nehmen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA, der EU und Japan zusammen genommen hat mit saisonbereinigt $\frac{1}{2}\%$ nicht ganz so stark expandiert wie im Vorquartal; binnen Jahresfrist zog es um $1\frac{3}{4}\%$ an.

... bei nach wie vor beträchtlichen regionalen Unterschieden

Die Frühindikatoren für die Weltwirtschaft zeigen für das Sommerhalbjahr eine Fortsetzung der kraftvollen Erholung an. So sind die in die Zukunft gerichteten Komponenten der globalen Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und für den Dienstleistungsbereich in den Wintermonaten nochmals nach oben gegangen. Auch ein von der Bundesbank neu entwickelter Frühindikator weist in diese Richtung (vgl. Erläuterungen auf S. 18f.). Zudem hat sich das Weltwirtschaftsklima gemäß ifo Institut zuletzt erneut verbessert. Ausschlaggebend dafür war eine

Positive Signale für das Sommerhalbjahr

deutlich günstigere Einschätzung der aktuellen Lage, während die Erwartungen sehr optimistisch blieben. Der Indikator hat den Abstand gegenüber seinem langjährigen Durchschnitt ausgebaut. Dies ist vor allem der Entwicklung in Asien und Nordamerika geschuldet, während in Westeuropa kaum Fortschritte erzielt wurden.

*Günstige
IWF-Frühjahrs-
prognose*

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat aufgrund der ausgesprochen lebhaften globalen Konjunktorentwicklung im April seine Prognose des weltweiten Wachstums für 2010 gegenüber dem Stand vom Januar um 0,3 Prozentpunkte auf 4,2 % heraufgesetzt. Im Frühjahr 2009 hatte seine Vorausschätzung noch 1,9 % ergeben. Die jüngste Korrektur betrifft gleichermaßen die Industrie- und Schwellenländer, für die jetzt Produktionssteigerungen um 2,3 % und 6,3 % erwartet werden. Besonders kräftig wurden innerhalb der Schwellenländergruppe die Prognosen für die mittel- und osteuropäischen Länder auf 2,8 %, für Indien auf 8,8 % und für Brasilien auf 5,5 % angehoben. An der Spitze liegt aber weiterhin China mit 10,0 %. Für 2011 ist die Setzung für die Weltwirtschaft von Anfang des Jahres (+ 4,3 %) beibehalten worden. Die Vorausschätzungen des Welthandelwachstums für dieses und das nächste Jahr belaufen sich auf 7,0 % und 6,1 %. Im Hinblick auf die Verbraucherpreise geht der IWF für die Industrieländer von einem moderaten Anstieg um jährlich 1½ % im Prognosezeitraum aus. In den Schwellenländern werde sich die Teuerung 2010 aber konjunkturbedingt spürbar auf 6,2 % verstärken, im nächsten Jahr hingegen auf 4,7 % zurückgehen. Insgesamt überwiegen dem IWF

zufolge weiterhin negative Wachstumsrisiken; besonders hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang die beträchtlich steigende öffentliche Verschuldung in den Industrieländern.

Die Notierung für ein Fass Rohöl der Sorte Brent schwankte in den drei Wintermonaten in einem Band zwischen 70 US-\$ und gut 80 US-\$. Anfang April zog sie jedoch deutlich an und bewegte sich anschließend oberhalb der Marke von 85 US-\$. Vor dem Hintergrund der Turbulenzen an den Finanzmärkten sank der Ölpreis im Mai allerdings wieder kräftig; bei Abschluss dieses Berichts lag er bei 71¼ US-\$. In Euro gerechnet hat sich Rohöl abwertungsbedingt nicht so stark verbilligt; zuletzt belief sich der Preis für ein Fass auf 57¾ €. Seit dem vierten Quartal 2009 nimmt die globale Ölnachfrage vor allem aufgrund des zügig wachsenden Bedarfs der Schwellenländer, insbesondere Chinas, wieder zu. Dem steht jedoch ein zunehmendes Ölangebot gegenüber, wobei die Förderung der OPEC-Staaten wegen der gestiegenen Liefermengen des Irak im Februar den höchsten Stand seit dem Herbst 2008 erreichte. Die relativ moderaten Aufschläge an den Terminmärkten signalisieren für den weiteren Verlauf von 2010 und für 2011 eine leicht aufwärtsgerichtete Preistendenz. Bei den übrigen Rohstoffen war die Entwicklung recht heterogen. Die Notierungen für Industrierohstoffe zogen im April nochmals kräftig an, vor allem weil sich NE-Metalle und Agrarrohstoffe stark verteuerten. Allerdings gingen sie im Mai angesichts der gestiegenen Unsicherheit an den Finanzmärkten und gedämpfter Aussichten für die Nachfrage aus China deutlich zurück.

*Preise für Rohöl
und Industrie-
rohstoffe zu-
nächst weiter
gestiegen*

Zur Konstruktion eines neuen Frühindikators für die Weltwirtschaft

Die Weltkonjunktur hat nach einer nahezu synchron verlaufenen steilen Talfahrt im Winterhalbjahr 2008/2009 rasch wieder Tritt gefasst und befindet sich seit dem Frühjahr 2009 auf einem bemerkenswert dynamischen Wachstumskurs. Die kräftigsten Impulse für die globale Erholung kommen seitdem aus den Schwellenländern in Süd- und Ostasien, insbesondere China, wohingegen die konjunkturelle Besserung in den Industrieländern, die von der Finanzkrise erheblich stärker in Mitleidenschaft gezogen wurden, später einsetzte. Die zuletzt wieder mehr exportgetriebene zyklische Belebung in Deutschland profitiert von einer gesteigerten Nachfrage sowohl aus den Industrieländern als auch aus den Schwellenländern. Für die Analyse und Prognose der Konjunktur-entwicklung in Deutschland sind deshalb Frühindikatoren der globalen Konjunktur-entwicklung, die definitionsgemäß dem aktuellen wirtschaftlichen Geschehen vorauslaufen, von großem Interesse.

Generell dienen Frühindikatoren dazu, die ökonomischen Aktivitäten in einem Wirtschaftsraum über die Zeit zu beobachten und insbesondere auch konjunkturelle Wendepunkte ex ante zu identifizieren. Da in der Regel eine Vielzahl von Variablen mit Vorlaufeigenschaften, aber individuell recht hoher Volatilität, zur Verfügung steht, werden häufig – mittels statistischer Methoden – zusammengesetzte Frühindikatoren erstellt. Schon seit Längerem wird den konjunkturellen Frühindikatoren der OECD große Aufmerksamkeit gewidmet. Der Stab der OECD konstruiert länderspezifische Composite Leading Indicators (CLI), indem er in der Regel auf sechs bis acht – je nach Land verschiedene – Vorlaufindikatoren¹⁾ zurückgreift. Nach einer Trendbereinigung werden diese mittels statistischer Datenreduktionsverfahren in einen Gesamtindikator überführt. Aus den länderspezifischen CLIs, die für die OECD-Mitgliedsländer sowie für die BRIICS-Staaten²⁾ berechnet werden, generiert die OECD aggregierte Indikatoren für ausgewählte Wirtschaftsräume. Von besonderem Interesse ist der Indikator für 29 OECD-Länder sowie die sechs BRIICS-Staaten. In diesem Länderkreis werden über 80% des weltweiten BIP erzeugt, sodass man durchaus von einem globalen Frühindikator sprechen kann. Er soll im Folgenden als Messlatte (Benchmark) für die Eigenschaften eines neu konzipierten Bundesbank-Indikators für die Weltwirtschaft (BBk-Indikator) dienen.

Für die Konstruktion dieses globalen Frühindikators wurde im Wesentlichen die Methodik der OECD angewandt, jedoch

mit einem grundlegenden Unterschied. Anstatt zunächst Frühindikatoren für einzelne Länder zu berechnen und diese anschließend zu aggregieren, wurden hier direkt globale Reihen, deren Verfügbarkeit in letzter Zeit stetig zugenommen hat, herangezogen. Dieser Ansatz weist zum einen den Vorteil auf, dass er eine breitere Staatengemeinschaft abbildet. Zugleich bietet er in stärkerem Maße als der OECD-Indikator die Möglichkeit, sich auf Komponenten zu konzentrieren, die in hoher Frequenz zeitnah zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich existieren zur Konstruktion eines zusammengesetzten Indikators aus mehreren Zeitreihen verschiedene statistische Datenreduktionsmethoden.³⁾ Hier wird auf die Hauptkomponentenanalyse zurückgegriffen. Dahinter steht die Grundidee, dass jede Variable über Teilinformationen verfügt, die in anderen Zeitreihen nicht enthalten sind. Diese „neuen“ Informationen stellen das Element einer Variablen dar, welches von den anderen Variablen unabhängig ist oder anders ausgedrückt in einem unkorrelierten beziehungsweise orthogonalen Verhältnis zu diesen steht. In der Hauptkomponentenanalyse werden zunächst die orthogonalen Elemente der verschiedenen Einzelvariablen berechnet, um aus diesen – in einem zweiten Schritt – wenige, möglichst aussagekräftige Linearkombinationen, die Hauptkomponenten, zu bilden. Die erste Hauptkomponente erklärt den größtmöglichen Teil der Variation der Daten, jede weitere Komponente sukzessive so viel wie möglich der verbliebenen Variation. Auf diese Weise lassen sich aus mehreren korrelierten Einzelvariablen wenige unkorrelierte Komponenten generieren. Der hier vorgestellte Indikator wird aus der ersten Hauptkomponente erzeugt.

Die Auswahl der Einzelvariablen für die Hauptkomponentenanalyse wurde zum einen durch statistische Performance-Analysen bestimmt. Zum anderen beeinflussten zeitliche Verfügbarkeit und Frequenz der Daten die Selektion. Insgesamt wurden 14 globale Zeitreihen (saisonbereinigt) in Betracht gezogen. Nach Trendbereinigung, Glättung und Standardisierung wurden die Variablen über den gesamten Schätzzeitraum (01/2003 bis 04/2010) auf ihre statistische Vorlaufeigenschaft in Bezug auf die Referenzreihe, die globale Industrieproduktion,⁴⁾ untersucht. Neun Zeitreihen wiesen mit der Weltindustrieproduktion eine hohe – auch innerhalb des Schätzzeitraums stabile – Kreuzkorrelation auf und wurden entsprechend in der nachfolgenden Hauptkomponentenanalyse berücksichtigt. Im Ergebnis zeigt sich, dass im Vergleich zu alternativen Modellierungen der neun in Betracht kom-

(nicht näher definierten) Zinsspanne. — 2 BRIICS: Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China und Südafrika. — 3 Vgl. hierzu: Handbook on Constructing Composite Indicators, OECD, 2008. — 4 Globale Industrieproduktion nach Schätzung des CPB. — 5 Vgl. hierzu:

1 Der OECD-Frühindikator für Deutschland wird aus sechs Indikatoren berechnet: vier Indikatoren des ifo Instituts (Geschäftsklima, Nachfragesituation, Auftragsbestand aus dem Ausland, Fertigwarenbestände), dem Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe und einer

menden Zeitreihen jener Frühindikator die besten Vorlaufeigenschaften aufweist und konjunkturelle Wendepunkte am präzisesten prognostiziert, der aus den folgenden sechs Zeitreihen erstellt wird: globaler Einkaufsmanagerindex (PMI) für das Verarbeitende Gewerbe, wobei neben dem Gesamtindikator noch zusätzlich die Teilkomponente „Beurteilung der Auftragseingänge aus dem Ausland“ berücksichtigt wurde; globaler PMI für den Dienstleistungssektor; Sentix Konsumklimaindex „aktuelle Lage“;⁵⁾ Sentix Konsumklimaindex „Erwartungen“ (sechs Monate); S&P Global 1200 Aktienindex.

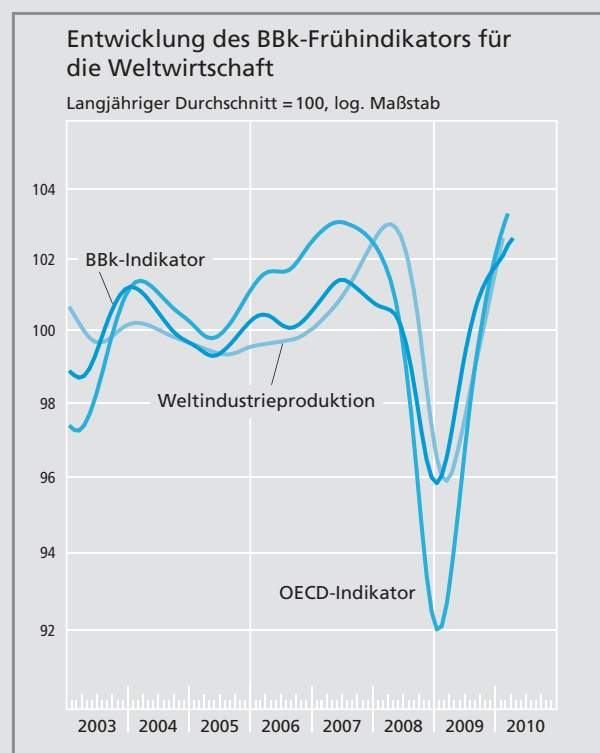
Der BBk-Indikator wurde – wie die Frühindikatoren der OECD – dahingehend optimiert, dass er konjunkturelle Wendepunkte frühzeitig und präzise vorhersagt. Die hierzu erforderliche Trendbereinigung bedingt jedoch, dass Vergleiche mit der trendbehafteten Referenzreihe, der globalen Industrieproduktion, nur qualitativ möglich sind. Aus diesem Grund beurteilt die OECD die Güte der von ihr entwickelten CLIs ausschließlich an der Prognosequalität konjunktureller Wendepunkte und nicht an deren Vorhersageeigenschaft in Bezug auf die Referenzreihe. Das von der OECD angewandte deskriptive Verfahren wurde für einen Vergleich des BBk-Frühindikators mit dem Indikator der OECD herangezogen.⁶⁾ Die Ergebnisse zeigen, dass für den untersuchten Zeitraum die durchschnittliche Vorlaufeigenschaft des BBk-Indikators für konjunkturelle Wendepunkte ein wenig größer ist und einer etwas geringeren Streuung unterliegt. Zugleich weist der BBk-Indikator eine höhere Kreuzkorrelation mit der Referenzreihe aus. Der größte Vorteil des Index als Frühindikator ist jedoch die rasche zeitliche Verfügbarkeit. Während der OECD-Indikator in der Regel mit eineinhalb Monaten Verzögerung gegenüber der Berichtsperiode veröffentlicht wird, steht der hier vorgestellte Indikator bereits am dritten Werktag des Folgemonats und somit circa sechs Wochen früher zur Verfügung. Der relativ kurze Schätzzeitraum stellt jedoch gegenwärtig noch einen nennenswerten Schwachpunkt des BBk-Indikators dar, der aber mit der Zeit an Bedeutung verlieren dürfte.

Bei der Interpretation des Indikators ist das Augenmerk auf das Momentum und die jeweilige zyklische Phase zu legen. Entsprechend der OECD-Systematik ist dabei zwischen vier zyklischen Phasen zu unterscheiden: 1. Expansion (Indikator ansteigend über 100); 2. Abschwächung (abfallend über 100); 3. Abschwung (abfallend unter 100); 4. Erholung (ansteigend unter 100).

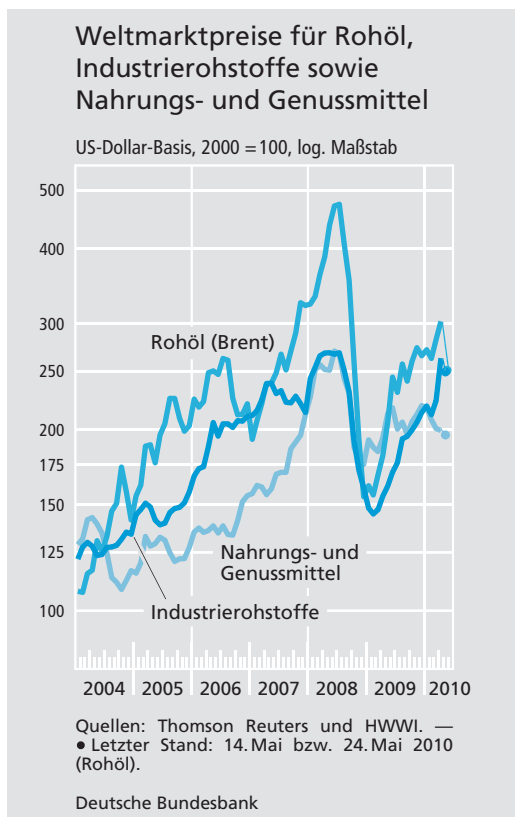
www.sentix.de/index.php?pagename=documentation/ecowin.htm. —
6 Vgl. hierzu: Predicting the Business Cycle – How good are early estimates of OECD Composite Leading Indicators?, OECD Statistics

Sowohl der BBk-Frühindikator als auch der OECD-Indikator signalisierten mit dem Februarwert im Jahr 2009 eine bevorstehende konjunkturelle Bodenbildung in der jüngsten Rezession.⁷⁾ Entscheidender Unterschied war jedoch, dass der Februarwert des BBk-Indikators bereits sechs Wochen früher (Anfang März) zur Verfügung stand. Den Übergang von der Phase „Erholung“ hin zu „Expansion“ signalisierte der BBk-Indikator für die Weltwirtschaft schon im August des vergangenen Jahres, wohingegen der OECD-Indikator die Marke von 100 erst im Oktober 2009 überschritt.

Der positive Trend des BBk-Indikators hat bis zuletzt angehalten, auch wenn seine Aufwärtsbewegung, verglichen mit dem kräftigen Anstieg vom Frühjahr und Sommer 2009, etwas flacher geworden ist. Aufgrund der Vorlauffunktion des Indikators ist damit zu rechnen, dass sich der Aufschwung der Weltwirtschaft, der im ersten Quartal 2010 gut vorangekommen ist, im Sommerhalbjahr mit hoher Dynamik fortsetzen wird.



Brief, Februar 2008. — 7 Rekursive Schätzungen des Indikators haben gezeigt, dass konjunkturelle Wendepunkte ex post nicht revidiert werden mussten.



Die Preise für Nahrungs- und Genussmittel hingegen hatten zwar im Winter spürbar nachgegeben, blieben aber im April und Mai recht stabil.

Energie teurer, aber insgesamt ruhiges Preis-klima in den Industrieländern

Die Verbraucherpreise in den Industrieländern haben sich im ersten Quartal 2010 saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode erneut um 0,6 % erhöht. Dahinter verbergen sich ein deutlicher Anstieg um die Jahreswende 2009/2010, der zu einem guten Teil mit der Verteuerung der Energieträger und der Wiederanhebung des Mehrwertsteuersatzes in Großbritannien zusammenhängt, und eine recht moderate Entwicklung im Februar und März. Der Vorjahrsabstand bewegt sich seit Dezember in einer Spanne von 1,5 % bis 1,8 %. Im Quartalsdurchschnitt lag die Rate jedoch mit 1,7 % etwa doppelt so hoch wie

im letzten Jahresviertel 2009, zu dessen Beginn noch ein leichter Preisrückgang zu Buche geschlagen hatte. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) betrug im Durchschnitt der Wintermonate 1,1 %. Ohne Japan gerechnet fallen beide Raten jeweils um 0,3 Prozentpunkte höher aus. Im April, für den bei Abschluss dieses Berichts noch keine Angaben aus Japan vorlagen, war der Vorjahrsabstand der Verbraucherpreise insgesamt mit 2,0 % gegenüber dem ersten Quartal unverändert. Die Kernrate hat sich weiter auf 1,0 % vermindert.

Ausgewählte Schwellenländer

Die aufstrebenden Volkswirtschaften Süd- und Ostasiens haben ihre Expansion in den Wintermonaten mit Schwung fortgesetzt. In China hat das reale BIP im ersten Quartal sein Vorjahrsniveau um 12 % übertroffen. Gegenüber dem Vorquartal legte die Wirtschaftsleistung nach einer Schätzung der Zentralbank saisonbereinigt um 3 % zu. Zu der anhaltend hohen konjunkturellen Dynamik trugen erneut staatliche Investitionen bei, die im Rahmen des im November 2008 beschlossenen Fiskalpakets kräftig ausgeweitet wurden. Positive Impulse kamen darüber hinaus vom privaten Konsum; so erhöhten sich die nominalen Einzelhandelsumsätze im ersten Jahresviertel um 18 % gegenüber dem Vorjahr. Die Käufe von Pkw, die weiterhin von einer Steuersenkung auf umweltfreundliche Neuwagen beflügelt werden, gingen im gleichen Zeitraum sogar um 77 % nach oben. Wegen der lebhaften Entwicklung der Inlandsnachfrage und der höheren Rohstoffpreise legten die Importe in wertmäßiger

Anhaltend kräftige Expansion in süd- und ostasiatischen Schwellenländern...

Betrachtung noch stärker zu als die Exporte, sodass China im ersten Quartal nur einen vergleichsweise niedrigen Handelsbilanzüberschuss aufwies. Den Frühindikatoren zufolge wird die wirtschaftliche Expansion in China in den nächsten Monaten mit hohem Tempo anhalten, wodurch auch die Risiken einer konjunkturellen Überhitzung weiter zunehmen dürften. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich seit Jahresbeginn vor allem wegen einer witterungsbedingten Verteuerung von Nahrungsmitteln deutlich verstärkt und betrug im April 2,8 %. Ohne Nahrungsmittel gerechnet war die Teuerungsrate mit 1,3 % aber noch immer moderat.

Die indische Wirtschaft blieb den vorliegenden Informationen zufolge im ersten Quartal auf ihrem steilen Expansionskurs. Aufgrund einer leichten Entspannung bei den Nahrungsmittelpreisen ist die Inflationsrate zuletzt etwas gesunken und belief sich im März auf 14,9 %.

*... sowie in
vielen latein-
amerikanischen
Ländern*

Auch in vielen lateinamerikanischen Ländern hat sich die Wirtschaftsleistung im ersten Jahresviertel erneut deutlich erhöht. In Brasilien übertraf die Industrieproduktion den Stand vom Herbst 2009 saisonbereinigt um 3 %. Positive Nachfrageimpulse kamen dabei vor allem vom privaten Verbrauch. So wuchsen die realen Einzelhandelsumsätze im ersten Quartal um saisonbereinigt 5 % gegenüber der Vorperiode, in der sie bereits um 3 % zugelegt hatten. Der Verbraucherpreisanstieg hat sich seit Jahresbeginn weiter verstärkt und betrug im April 5,3 %.

In Mexiko ist die konjunkturelle Besserung hingegen ins Stocken geraten. Im Vergleich zum Vorquartal ist das reale BIP saisonbereinigt sogar leicht gesunken. Dabei dürfte es sich allerdings nur um eine vorübergehende Wachstumspause handeln, die auch vor dem Hintergrund der sehr lebhaften Expansion in der zweiten Jahreshälfte 2009 zu sehen ist. Die Teuerungsrate ging aufgrund eines nachlassenden Preisanstiegs bei Nahrungsmitteln zuletzt merklich auf 4,3 % zurück.

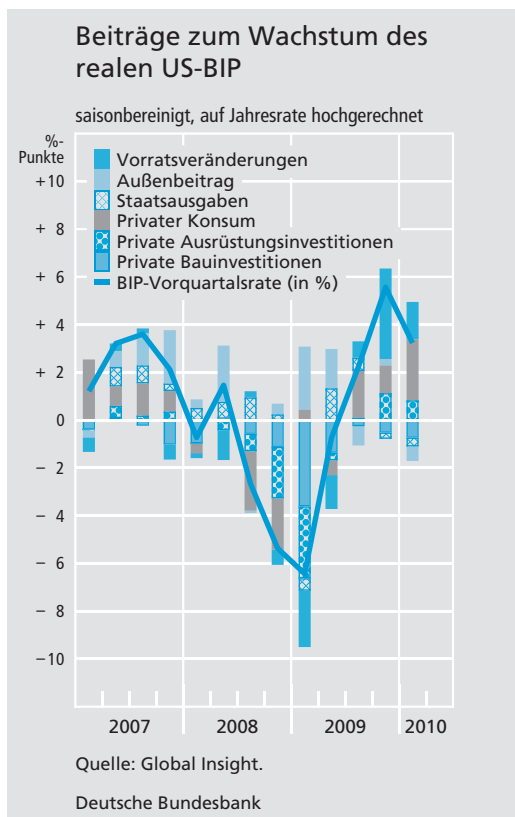
In Russland hat die konjunkturelle Erholung, die in der zweiten Jahreshälfte 2009 in Gang gekommen war, im Winter an Kraft verloren. Zwar hat das reale BIP sein Vorjahrsniveau erstmals seit Ende 2008 wieder überschritten (+ 3 %). Diese Verbesserung dürfte jedoch auf einen Basiseffekt zurückgehen, nachdem die Wirtschaftsleistung in der Vergleichsperiode stark eingebrochen war. Vor allem die Investitionstätigkeit ist nach den vorliegenden Informationen noch nicht in Schwung gekommen. Immerhin scheint sich der private Konsum, nimmt man die realen Einzelhandelsumsätze als Richtschnur, spürbar belebt zu haben. Zudem waren die russischen Exporterlöse aufgrund höherer Einnahmen aus der Lieferung von Rohöl und Erdgas weiterhin steil aufwärtsgerichtet. Der Disinflationprozess hielt bis zuletzt an. Im April betrug die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe 6,0 %. Das war der niedrigste Wert seit Juli 1998.

*In Russland
Erholung
abgeschwächt*

USA

Mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung um saisonbereinigt $\frac{3}{4}$ %

*Kräftiges
Wachstum...*



gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr lief der Konjunkturmotor in den USA in den ersten drei Monaten dieses Jahres erneut auf hohen Touren, auch wenn das Tempo des Schlussquartals 2009 (+ 1½ %) nicht mehr erreicht wurde. Ausschlaggebend dafür war, dass im Winter der Schub aus den Lagerbewegungen mit einem Beitrag von knapp einem halben Prozentpunkt deutlich geringer ausfiel als zuvor. Die private inländische Endnachfrage hingegen beschleunigte sich spürbar.

... getragen von
privaten Haushalten...

Den größten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisteten im ersten Quartal 2010 die privaten Haushalte. Höhere Steuervorauszahlungen hielten zwar die Ausweitung ihres verfügbaren Einkommens in recht engen Grenzen, verhinderten jedoch

nicht eine lebhaftere Entwicklung ihres Konsums. Mit einem Plus von fast 1 % gegenüber der Vorperiode stiegen die Verbrauchsausgaben preisbereinigt doppelt so stark wie im letzten Jahresviertel 2009. Dazu mussten die privaten Haushalte freilich ihre Sparquote von 4 % auf 3 % reduzieren. Nicht zuletzt die fortgesetzte Besserung auf dem Arbeitsmarkt dürfte die Kauf tätigkeit angeregt haben. Nach einem Verlust von insgesamt 6 % aller Arbeitsplätze gingen im Winterquartal erstmals seit zwei Jahren wieder geringfügig mehr Personen einer Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft nach als in der Vorperiode. In den Frühjahrsmonaten wird im Rahmen der laufenden Volkszählung eine große Zahl befristeter Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen. Aber auch die Privatwirtschaft richtet per saldo wieder zunehmend neue Arbeitsplätze ein. Die Arbeitslosenquote, die im Oktober 2009 einen Höchststand von 10,1 % erreicht und in den Wintermonaten auf einem Niveau von 9,7 % verharrt hatte, kletterte im April jedoch erneut auf 9,9 %. Ausschlaggebend dafür war, dass viele Personen, die sich während der jüngsten Rezession vom Arbeitsmarkt zurückgezogen hatten, nun wieder eine Anstellung suchen. Entlastet wurden die privaten Haushalte zudem durch die weitere Abschwächung des Preisauftriebs. Gemessen am CPI waren die Verbraucherpreise nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen im April nur 0,2 % höher als am Jahresende 2009; ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet blieben sie sogar unverändert. Die entsprechenden Vorjahrsabstände verkürzten sich erheblich auf zuletzt 2,2 % beziehungsweise 0,9 %.

... und Unter-
nehmen

Neben den privaten Haushalten trieben auch die Unternehmen die gesamtwirtschaftliche Erholung weiter voran. Zwar stiegen die Ausrustungsinvestitionen insgesamt nicht mehr ganz so kräftig wie im Herbst. Allerdings lief die Abwärtsbewegung speziell der Ausgaben für Maschinen und andere industrielle Ausrustungen, die zwei Jahre gedauert hatte, aus. Die Talfahrt im zyklisch nachlaufenden Gewerbebau hingegen setzte sich kaum gebremst fort. Ein erneuter Rückgang der Investitionen in den Wohnungsbau verdeutlicht zudem die Fragilität der bisherigen Erholung am Immobilienmarkt. Nach den kräftigen Zuwächsen im Vorquartal verlief die Entwicklung der Außenhandelsströme im Winter in ruhigeren Bahnen. Angesichts der spürbaren Belebung der privaten Endnachfrage im Inland wurden die Importe stärker ausgeweitet als die Exporte. Abgesehen vom Außenhandel übte auch die öffentliche Nachfrage einen dämpfenden Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Erzeugung aus. Gerade auf den nachgelagerten staatlichen Ebenen werden die Ausgaben zunehmend an die verringerten Einnahmen angepasst. Das Anfang letzten Jahres geschnürte Konjunkturpaket dürfte zwar zunächst noch stützend wirken. Neben Steuererleichterungen lag sein Fokus jedoch auf Transferzahlungen an private und öffentliche Haushalte, da ein Großteil des Programms einen Ersatz für die in den USA eher unbedeutenden automatischen Stabilisatoren darstellte.

Japan

Die konjunkturelle Besserung in Japan ist im ersten Jahresviertel mit großen Schritten

vorangekommen. Einer vorläufigen Schätzung zufolge legte das reale BIP nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen um 1¼ % gegenüber dem Schlussquartal 2009 zu, in dem es um 1 % gewachsen war. Binnen Jahresfrist wurde ein Plus von 4½ % erzielt; ihr Niveau vom Winter 2008 unterschritt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung gleichwohl noch um 4¾ %. Wie der vorangegangene scharfe Einbruch wird auch die schwungvolle Erholung hauptsächlich von der Auslandsnachfrage getrieben. Die Industrieproduktion, die im Winter gegenüber dem vorherigen Dreimonatsabschnitt saisonbereinigt um knapp 7 % anzog, hielt mit dem hohen Expansionstempo der realen Ausfuhren gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Schritt. Weil die Einfuhren mit einer Zunahme um 2¼ % gegenüber den Exporten zurückblieben, lieferte der Außenhandel per saldo erneut einen beträchtlichen Beitrag zum BIP-Wachstum von drei viertel Prozentpunkten.

Die im Vorquartalsvergleich höhere gesamtwirtschaftliche Gangart war zwar vor allem der Abschwächung des Lagerabbaus geschuldet. Dennoch scheint auch die inländische Endnachfrage wieder Tritt gefasst zu haben. So waren die privaten Wohnungsbauinvestitionen erstmals seit dem Herbst 2008 aufwärtsgerichtet. Vor dem Hintergrund einer verbesserten Gewinnsituation und größerer Zuversicht weiteten die Unternehmen ihre Bruttoanlageinvestitionen erneut deutlich aus. Zudem steigerten die privaten Haushalte nochmals ihren realen Verbrauch, der zuvor bereits aufgrund fiskalischer Kaufanreize kräftig zugenommen hatte. Sie werden mitt-

Anhaltende Erholung im Außenhandel, ...

... aber auch Anzeichen für Stabilisierung der Binnenwirtschaft

lerweile auch von einer Entspannung am Arbeitsmarkt entlastet. Die Beschäftigung wurde in den Wintermonaten gegenüber dem Schlussquartal 2009 spürbar ausgeweitet, und die Arbeitslosenquote war im März mit 5,0% einen viertel Prozentpunkt niedriger als im Dezember. Schließlich scheinen die deflationären Tendenzen auf der Stufe der Konsumenten langsam an Kraft zu verlieren. Der negative Vorjahrsabstand des Verbraucherpreisindex schrumpfte von – 1,7% im Dezember auf – 1,1% im März. Die Kernrate, gerechnet ohne Nahrungsmittel und Energie, belief sich zuletzt auf – 1,1%, verglichen mit – 1,2% am Ende des vergangenen Jahres.

Großbritannien

Die im Herbstquartal in Gang gekommene Erholung der britischen Wirtschaft hat sich im Winter mit verhaltenem Tempo fortgesetzt. Das reale BIP wuchs im ersten Quartal 2010 gemäß jüngster Schätzung saisonbereinigt um ¼% gegenüber der Vorperiode, nachdem es im Herbst um ½% zugelegt hatte. Dabei zeigten sich weiterhin divergierende Entwicklungen zwischen den großen Sektoren. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) stieg die reale Bruttowertschöpfung mit + 1¼% kräftig an. Die Aktivität des Dienstleistungssektors erhöhte sich – getragen vom Finanzbereich und den unternehmensnahen Dienstleistern – lediglich um ¼%. Hingegen schrumpfte der Ausstoß im Bausektor wohl auch witterungsbedingt um ½%. Die standardisierte Arbeitslosenquote kletterte in den ersten beiden Monaten 2010 um 0,2 Prozentpunkte auf 7,9%. Jedoch ging die Zahl der Antragsteller auf Arbeitslosenunterstützung

bis zuletzt deutlich zurück, nachdem sich der Trend im Herbst gewendet hatte. Die Verbraucherpreise waren im April 3,7% höher als vor einem Jahr. Damit verharrte die Inflation oberhalb des Zielkorridors der Bank of England, der eine Bandbreite von jeweils einem Prozentpunkt nach oben und unten um das Ziel von 2% umfasst. Neben der Wiederanhebung der Mehrwertsteuer zur Jahreswende 2009/2010 und dem kräftigen Ölpreisanstieg dürfte der Preisauftrieb weiterhin von den nachgelagerten Effekten der Pfund-Abwertung herrühren.

Neue EU-Mitgliedsländer

Im Winter hat die moderate zyklische Aufwärtsbewegung in den neuen EU-Staaten (EU-8) an Fahrt gewonnen, wenngleich sich hinter dem positiven Gesamtbild nach wie vor heterogene Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsländern verbergen. So setzte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn ihren Erholungskurs fort, während in den baltischen Staaten Estland und Litauen sowie den Schwarzmeeranrainern Bulgarien und Rumänien die Talsohle noch nicht durchschritten sein dürfte. Fraglich ist, ob in Lettland der leichte BIP-Zuwachs den Beginn einer nachhaltigen Aufwärtsbewegung markiert. Die Industrie in den EU-8 hat ihre konjunkturelle Gangart deutlich erhöht. Im gesamten Länderkreis lag ihre Erzeugung im ersten Quartal saisonbereinigt um 5¼% über dem Herbstniveau. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) weiteten sich ebenfalls spürbar aus, und zwar um 1¾% im Vergleich zur Vorperiode. Die Situation am Arbeitsmarkt blieb jedoch ange-

*Insgesamt
positives
Konjunkturbild*

Zu Jahresbeginn weiterhin auf moderatem Erholungspfad

spannt. Die Zahl der Erwerbslosen stieg in den Wintermonaten – auch aufgrund von Witterungseffekten – um rund 165 000 auf nun 4,1 Millionen. Somit haben sich die Arbeitslosenzahlen seit ihrem zyklischen Tiefpunkt im September 2008 um mehr als 50 % und die standardisierte Arbeitslosenquote um 3,2 Prozentpunkte auf 9,5 % erhöht. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe (HVPI) belief sich im April auf 2,9 %, nachdem sie im März mit 2,6 % auf einen neuen Tiefstand gefallen war.

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

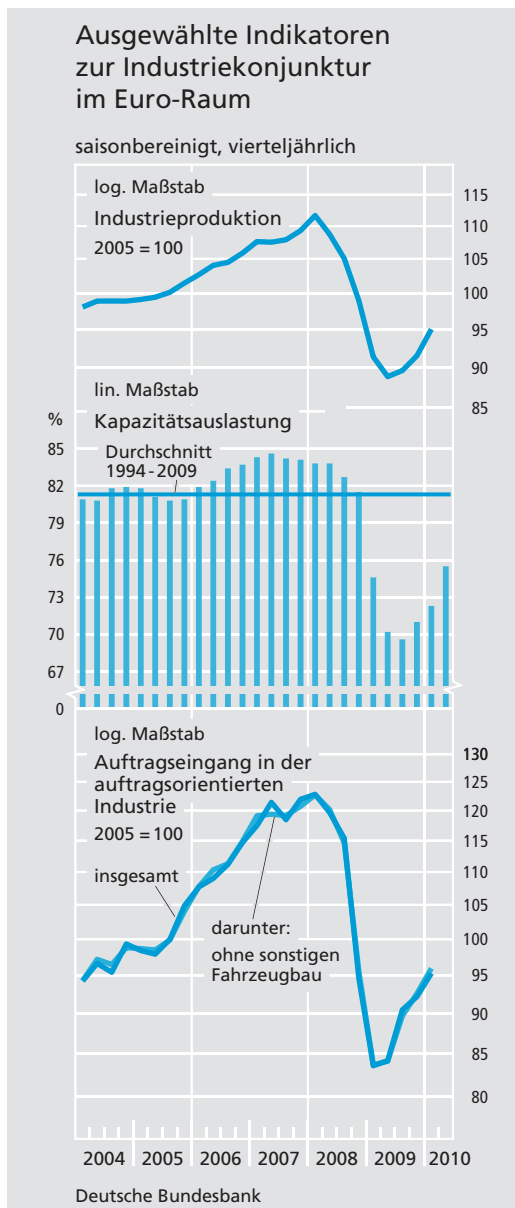
*Verhaltenes
Wachstum zum
Jahresauftakt...*

Die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum, die im Herbst 2009 auch unter dem Einfluss temporärer Belastungsfaktoren ins Stocken geraten war, blieb in den Wintermonaten ohne Schwung. Das reale BIP nahm saisonbereinigt nur um ¼ % zu und lag damit ½ % über dem niedrigen Stand vor Jahresfrist. Unter den großen Mitgliedsländern wies Italien mit saisonbereinigt + ½ % den stärksten Anstieg auf, gefolgt von Deutschland mit ¼ % sowie Frankreich und Spanien, die nur ein geringfügiges Wachstum verzeichneten. Die Beeinträchtigung der Bauproduktion in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten durch den harten Winter hat das EWU-Ergebnis spürbar gedrückt. Für das zweite Quartal ist im Euro-Raum schon wegen der Nachholeffekte im Bausektor eine höhere Gangart zu erwarten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die konjunkturelle Grundtendenz trotz des Auslaufens der fiskalischen Stützungsmaßnahmen sowie nachlassender Im-

pulse vom Lagerzyklus moderat nach oben gerichtet bleiben. Die krisenhafte Zuspitzung der Verschuldungsprobleme in einzelnen Peripherieländern sowie die vor diesem Hintergrund angekündigten zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen der betroffenen Staaten werden jedoch voraussichtlich das Expansionstempo im Euro-Raum bis auf Weiteres in der Tendenz bremsen. Die EU-Kommission rechnet in ihrer Frühjahrsprognose für 2010 und 2011 mit einem Wachstum von 0,9 % beziehungsweise 1,5 %.

Die BIP-Zunahme in den Wintermonaten ist zu einem guten Teil in der Industrie (einschl. Energieerzeugung) generiert worden. Die Produktion legte hier saisonbereinigt um 3¾ % zu; sie überschritt damit zwar das Niveau vor Jahresfrist um 4¼ %, war aber noch um 9½ % niedriger als vor Krisenbeginn. Der Anstieg im Vorquartalsvergleich ist zum Teil auf die beträchtlich höhere Energieerzeugung zurückzuführen. Hier zeigt sich ein positiver Witterungseffekt, der insbesondere in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Finnland deutlich zu Buche schlägt. Im Hinblick auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum stehen diesem Effekt jedoch negative Witterungseinflüsse auf die Bautätigkeit gegenüber. Die Produktion von Vorleistungen und Konsumgütern wuchs im ersten Vierteljahr um jeweils 1½ %, während die Herstellung von Investitionsgütern nur leicht zulegte. Mit der Steigerung der Industrieerzeugung ging eine weitere merkliche Verbesserung der Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe von Januar bis April einher; der langfristige Durchschnitt wurde zuletzt allerdings immer noch spürbar unterschritten.

*...getragen von
der Industrie*



Die Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung im Verarbeitenden Gewerbe mit etwas höherem Tempo hin. So hat sich das Industrietrauen in den letzten Monaten erheblich verbessert; der Indikator liegt inzwischen wieder recht nahe am langfristigen Mittelwert. Unter den Komponenten haben sich die Produktionserwartungen deutlich aufgehellt, und der Lagerdruck wird als sehr gering eingestuft. Die Beurtei-

lung der Auftragsbestände ist weniger ungünstig als zuvor, allerdings bewegt sich der Saldo der Antworten noch tief im negativen Bereich. Dazu passt, dass die Auftragseingänge im ersten Quartal den Höchststand von Anfang 2008 um mehr als ein Fünftel unterschritten. Im Vergleich zum Herbstquartal haben die Bestellungen in den Wintermonaten gleichwohl um 3 ½ % zugenommen; in der Abgrenzung ohne den sonstigen Fahrzeugbau, der üblicherweise stark von Großaufträgen geprägt ist, betrug das Plus 3 ¾ %.

Nennenswerte Nachfrageimpulse kamen zum Jahresbeginn in erster Linie von den Exporten in Drittländer; sie zogen in den Wintermonaten saisonbereinigt um 9 ¼ % gegenüber dem Vorquartal an. Die Importe sind allerdings wertmäßig noch kräftiger (+ 10 ½ %) nach oben gegangen. Ausschlaggebend dafür waren höhere Einfuhrmengen an Energieträgern und auch gestiegene Preise. Berücksichtigt man die Verschlechterung der Terms of Trade, so dürfte der Außenhandel allenfalls einen geringen Beitrag zum BIP-Wachstum geliefert haben. Die inländische Endnachfrage war in den Wintermonaten wohl ebenfalls sehr verhalten. Die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) blieben im ersten Quartal saisonbereinigt praktisch unverändert. Zudem hat das Auslaufen beziehungsweise die Verringerung der Umweltprämien zum Jahresende in einigen Ländern dazu geführt, dass im ersten Quartal die Pkw-Zulassungen um 7 ¼ % niedriger waren als in der Vorperiode. Das Konsumentenvertrauen war auch zum Frühjahrsbeginn noch deutlich gedrückt. Die Investitionen in neue Bauten dürften im Winter nach den Zahlen zur Produktion witten-

*Lebhafte
Ausfuhr, aber
schwache
Inlandsnach-
frage*

rungsbedingt und wegen des geringen Bedarfs an Kapazitätserweiterungen stark geschrumpft sein. Folgt man den Angaben zur Erzeugung, sind die Ausgaben für Ausrüstungen ebenfalls nicht ausgeweitet worden.

*Talfahrt am
Arbeitsmarkt
verlangsamt*

Die Situation am Arbeitsmarkt in der EWU hat sich in den Wintermonaten nur noch wenig verschlechtert. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg auch infolge der ungewöhnlich kalten Witterung leicht von 9,9 % im Dezember auf 10,0 % im März 2010. Hinter der Quote für den Euro-Raum insgesamt verbirgt sich jedoch eine beträchtliche Spannweite, die von 4,1 % in den Niederlanden bis zu 19,1 % in Spanien reicht. Die Zahl der Erwerbstätigen verminderte sich im vierten Quartal 2009 – aktuellere Angaben liegen noch nicht vor – saisonbereinigt um 0,3 % gegenüber der Vorperiode, in der sie um 0,5 % gesunken war. Während Slowenien mit einem Minus von 1,0 % sowie Spanien und Griechenland mit Rückgängen um jeweils 0,8 % überdurchschnittliche Beschäftigungseinbußen verzeichneten, blieb die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland und Portugal unverändert; in Österreich und Luxemburg tendierte sie leicht nach oben. Der Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden im Euro-Raum hat sich im Herbstquartal ebenfalls verlangsamt. In Deutschland und Italien nahm die Zahl der Arbeitsstunden unter anderem aufgrund der nachlassenden Kurzarbeit sogar um 0,4 % beziehungsweise 0,1 % gegenüber dem dritten Quartal zu.

Die Verbraucherpreise im Euro-Gebiet erhöhten sich im Winter mit saisonbereinigt 0,5 % so kräftig wie seit dem dritten Quartal 2008

nicht mehr. Ausschlaggebend dafür war eine starke Verteuerung von Energie infolge des Anstiegs der Rohölnotierungen. Aber auch die Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel zogen insbesondere wegen des außergewöhnlich kalten Winterwetters erstmals seit einem Jahr wieder an. Die Preise verarbeiteter Nahrungsmittel blieben dagegen unverändert. Das Gleiche gilt für Industriegüter ohne Energie. Von den Kernkomponenten verteuerten sich lediglich Dienstleistungen, allerdings etwas weniger stark als in den Quartalen zuvor. Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel gerechnet war die Jahresrate des HVPI mit +0,9 % geringfügig niedriger als im vierten Quartal 2009 (+1,0 %). Der Vorjahrsabstand des HVPI insgesamt erhöhte sich dagegen recht kräftig um 0,7 Prozentpunkte auf +1,1 %. Dahinter stand eine deutliche Verstärkung des Preisauftriebs in nahezu allen Mitgliedsländern des Euro-Raums. Mittlerweile weist nur noch Irland eine negative Vorjahrsrate auf, und in lediglich fünf weiteren Ländern beträgt die Teuerungsrate weniger als 1%. Die Preissteigerungsraten in einer Reihe von kleineren Mitgliedsländern liegen bereits oberhalb von 2 %. Im April sind die Verbraucherpreise im Euro-Gebiet saisonbereinigt leicht gestiegen. Die Jahresrate des HVPI insgesamt betrug +1,5 %, nach +1,4 % im Vormonat.

*Deutliche
Verteuerung
von Energie
und Nahrungs-
mitteln*

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Raum wurde im vergangenen Jahr maßgeblich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Die staatlichen Defizit- und Schuldenstände der Euro-Mitgliedsländer stiegen drastisch an. Fast alle Länder befinden sich in einem Verfahren bei einem übermäßi-

*Verschlechterung der
öffentlichen
Finanzlage*

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet

Nach drastischer Verschlechterung 2009 weiterhin ungünstige Haushaltsentwicklung im Euro-Raum erwartet

Ende April veröffentlichte Eurostat die staatlichen Defizite und Schuldenstände der EU-Mitgliedsländer, die diese im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens gemeldet hatten. Demnach stieg das Defizit im Euro-Raum im vergangenen Jahr drastisch von 2,0 % auf 6,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Entwicklung wurde dabei maßgeblich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Der Anstieg der Defizitquote ist nach Berechnungen der Europäischen Kommission etwa zur Hälfte konjunkturbedingt. Darüber hinaus schlugen sich diskretionäre finanzpolitische Maßnahmen nieder, wie sie etwa im Rahmen des „European Economic Recovery Plan“ ergriffen wurden. Zudem sanken die Einnahmen in einigen Staaten stärker als allein mit Blick auf den BIP-Rückgang und Rechtsänderungen zu erwarten gewesen wäre. Sie gingen insgesamt um 4 % zurück, und die Einnahmenquote sank um 0,5 Prozentpunkte auf 44,4 %. Die Ausgaben wuchsen dagegen um 5 %, und die Ausgabenquote stieg kräftig um 3,9 Prozentpunkte auf 50,7 %. Auch die Schuldenquote erhöhte sich sprunghaft von 69,4 % auf 78,7 %. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus hohen Primärdefiziten, steigenden Zinsausgaben und aus einem sinkenden BIP. Hinzu kamen defizitneutrale, aber den Schuldenstand erhöhende staatliche Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute, wie beispielsweise Rekapitalisierungen von Banken. Garantien und garantieähnliche Unterstützungsmaßnahmen, die ebenfalls im Kontext der Finanzkrise ergriffen wurden, schlugen sich dagegen überwiegend nicht in den Kennzahlen nieder, sofern sie (noch) nicht in Anspruch genommen wurden.

Die EU-Kommission erwartet im Rahmen ihrer Frühjahrsprognose für das laufende Jahr einen weiteren Anstieg der Defizitquote im Euro-Raum auf 6,6 % – den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion. Die Verschlechterung hat keine konjunkturellen Ursachen, sondern beruht vielmehr auf zusätzlichen Steuersenkungen. Insgesamt gesehen sollen die Einnahmen um rund 1 % und die Ausgaben um knapp 2 % steigen. Die Einnahmenquote sinkt damit leicht auf 44,2 %, und die Ausgabenquote verharrt mit 50,8 % auf dem hohen Niveau. Für 2011 prognostiziert die Kommission eine leichte Verringerung des Defizits auf 6,1 % des BIP, was etwa zu gleichen Teilen durch das Auslaufen temporärer Stabilisierungsmaßnahmen und den etwas weniger ungünstigen konjunkturellen Einfluss bedingt ist. Die Einnahmen sollen stärker wachsen als 2010 (2 ½ %), und die Quote wird sich damit kaum verändern. Bei einem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Ausgabenwachstum verringert sich die Ausgabenquote um rund einen halben Prozentpunkt. Die gesamtstaatliche Verschuldung wird im Euro-Raum in Relation zum BIP gemäß der Kommissionsprognose zwischen Ende 2009 und Ende 2011 nochmals sprunghaft um rund zehn Prozentpunkte auf fast 90 % steigen. Diese erhebliche Ausweitung ist vor allem auf die hohen Defizitquoten zurückzuführen.

1 Zu den Defizitverfahren siehe auch: Deutsche Bundesbank, Defizitverfahren für 13 Mitgliedstaaten des Euro-Raums, Monatsbericht, November 2009, S. 68f. — 2 Siehe dazu die Stellungnahme von Professor

Referenzwerte für Defizit- und Schuldenquote werden in den meisten Ländern weit überschritten

Im laufenden Jahr wird gemäß der Kommissionsschätzung kein Land des Währungsgebiets die 3 %-Grenze für die Defizitquote einhalten. Irland wird demnach mit rund 12 % die höchste Defizitquote aufweisen, gefolgt von Spanien und Griechenland mit jeweils knapp 10 %. Für Portugal, Zypern und Frankreich werden Defizite zwischen 8 ½ % und 7 % des BIP prognostiziert. Dabei wurde allerdings wie üblich die zum Schätzzeitpunkt bestehende Gesetzeslage zugrunde gelegt, sodass geplante, aber noch nicht verabschiedete Konsolidierungsmaßnahmen nicht in die Berechnungen einfließen. Wie im Rahmen des vom Ecofin-Rat am 10. Mai beschlossenen Maßnahmenpakets vereinbart, haben Spanien und Portugal inzwischen zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen konkretisiert. Auch Griechenland hat im Hilfsprogramm von Anfang Mai vorgesehene zusätzliche Maßnahmen eingeleitet.

Für die meisten EWU-Staaten wurden bereits Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eröffnet,¹⁾ und die Prognose zeigt den erheblichen Handlungsbedarf in vielen dieser Länder, um die in den Verfahren festgelegten Mindestvorgaben für die Haushaltsentwicklung zu erreichen. Auch für Zypern und Finnland dürften demnächst übermäßige Defizite festgestellt werden, da die Defizitquote in Zypern im vergangenen Jahr weit über 3 % lag und Finnland für das laufende Jahr plant, den Referenzwert zu überschreiten. Damit würden sich alle Länder des Euro-Raums außer Luxemburg in einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit befinden.

Die Schuldenquoten werden der Kommissionsprognose zufolge bis 2011 in allen Euro-Ländern steigen, und in einigen Fällen ist dieser Anstieg dramatisch. Gegenüber 2009 liegt er in Irland, Spanien und Griechenland bei rund 20 Prozentpunkten, gefolgt von Portugal, Zypern, Frankreich und Finnland mit einem Plus zwischen 14 ½ und 11 Prozentpunkten. Nur vier Länder (Luxemburg, Slowenien, die Slowakei und Finnland) dürften 2011 noch den Referenzwert für die Schuldenquote von 60 % einhalten.

Krisenhafte Zuspitzung in einigen Ländern

Griechenland ist seiner Verpflichtung, zuverlässige statistische Daten bereitzustellen, in den vergangenen Jahren wiederholt nicht nachgekommen. Zudem war die Haushalts- und Wirtschaftspolitik den Stabilitätsanforderungen des gemeinsamen Währungsraums nicht angemessen, und Griechenland hat grob gegen die europäischen Vorgaben und Verpflichtungen verstoßen. Im Februar dieses Jahres wurde das laufende Defizitverfahren verschärft und Griechenland mit der Maßgabe in Verzug gesetzt, das übermäßige Defizit bis spätestens 2012 zu korrigieren. Mit dem Besuch einer Delegation aus EU-Kommission, EZB und IWF in Griechenland wurden im März zusätzliche Konsolidierungsschritte beschlossen, um die geplante Defizitkorrektur erreichen zu können. Trotz der eingeleiteten Konsolidierung war die Finanzierung des staatlichen Kreditbedarfs am Kapitalmarkt Ende April akut gefährdet. Ein Zahlungsausfall hätte aber

Dr. Axel A. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, anlässlich der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 19. Mai 2010 auf S. 12f. dieses Berichts.

in der gegenwärtig sehr fragilen Lage ein erhebliches Risiko für die Stabilität des Finanzsystems und der Währungsunion dargestellt. Vor diesem Hintergrund haben der IWF, die EU-Kommission und die EZB Anfang Mai mit Griechenland umfangreiche Kredithilfen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit vereinbart. Für die in diesem Rahmen bereitzustellenden Kredite ist eine Verzinsung in Höhe des Dreimonats-Euribors zuzüglich eines Aufschlags von 300 bis 400 Basispunkten vorgesehen. Im Gegenzug hat sich die griechische Regierung zu einem weiteren Konsolidierungs- und Reformprogramm verpflichtet. Insgesamt soll die Defizitquote mit Maßnahmen im Umfang von 7 1/2 % des BIP im laufenden Jahr, 4 % des BIP im folgenden und jeweils 2 % des BIP in den Jahren 2012 und 2013 auf 2,6 % im Jahr 2014 verringert werden. Die Kreditgewährung erfolgt in Raten und hängt von der strikten Umsetzung der vereinbarten Auflagen, insbesondere der bereits konkretisierten umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen ab. Aufgrund der jetzt deutlich ungünstiger eingeschätzten Wirtschaftsentwicklung in Griechenland, der zusätzlich für 2010 zu ergreifenden Maßnahmen und der weiteren bereits konkretisierten Konsolidierungsschritte erscheint es vertretbar, dass die Korrektur des übermäßigen Defizits in Griechenland auf 2014 verschoben wurde.

Auch die Lage an den Märkten für Staatsanleihen von einigen anderen Ländern hat sich Anfang Mai zunehmend und in diesem Ausmaß unerwartet zugespitzt. Vor dem Hintergrund einer dringlichen kurzfristigen Gefährdungslage haben die Finanzminister der EU deshalb beschlossen, einen Europäischen Finanzzielen Stabilisierungsmechanismus einzurichten.²⁾ In diesem Zuge wurde auch der Wille bekräftigt, das fiskalische Regelwerk zu reformieren und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte insbesondere in den akut gefährdeten Ländern zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang sind die jüngsten zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen in Portugal und Spanien zu begrü-

ßen. Portugal hat bekannt gegeben, das Defizit schneller als im Stabilitätsprogramm geplant zu verringern und den Anstieg der Schuldenquote zu dämpfen. Über das bereits zuvor anvisierte Vorziehen von Konsolidierungsschritten hinaus sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, sodass die für 2010 geplante Defizitquote mit 7,3 % um einen Prozentpunkt niedriger liegt als bislang vorgesehen. 2011 soll sie weiter auf 4,6 % verringert werden (gegenüber zuvor geplanten 6,6 %). Nach Angaben der spanischen Regierung bewirken zusätzliche Maßnahmen eine weitere Verringerung der Defizitquote um 0,5 Prozentpunkte im laufenden und um 1,5 Prozentpunkte im nächsten Jahr. Die Defizitquote soll damit in Spanien im laufenden Jahr 9,3 % und im nächsten 6,0 % betragen.

Ohne entschlossenes Gegensteuern besteht – wie im Falle Griechenlands zu beobachten – die Gefahr einer Spirale aus steigenden Risikoprämien und zunehmender Verschuldung, die ihrerseits mit negativen Wachstumswirkungen verbunden sein kann. Die aktuelle Krise hat gezeigt, dass die Einhaltung der Referenzwerte des AEU-Vertrages von großer Bedeutung ist. Die nunmehr gestarteten Bestrebungen, die Regeln zu härten und ihre Einhaltung sicherzustellen, sind daher unabdingbar. Es wird dabei nicht nur darauf ankommen, eine zügige Korrektur übermäßiger Defizite zu erreichen. Stärkeres Gewicht als bisher muss vielmehr schon im Vorfeld darauf gelegt werden, eine sichere Haushaltssituation zu erreichen oder beizubehalten (präventiver Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts). Zudem ist der Schuldenstand explizit und auch sanktionsbehaftet in die Verfahren der Überwachung und Korrektur einzubeziehen. Eine weitere Aufgabe wird darin bestehen, die geschwächte Nicht-Haftungsklausel des AEU-Vertrages durch geeignete Vorkehrungen zu ergänzen, die den Anreiz zu einer soliden Finanzpolitik auf nationaler Ebene deutlich erhöhen.

Land	Frühjahrsprognose der EU-Kommission, 2010								Stabilitätsprogramme, Anfang 2010		
	Haushaltssaldo in % des BIP				Staatsschulden in % des BIP				Haushaltssaldo in % des BIP		
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2010	2011	2012
Belgien	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	-4,8	-4,1	-3,0
Deutschland	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	-5 1/2	-4 1/2	-3 1/2
Finnland	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	-3,6	-3,0	-2,3
Frankreich	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-8,2	-6,0	-4,6
Griechenland	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-8,7	-5,6	2,8
Irland	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-11,6	-10,0	-7,2
Italien	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-5,0	-3,9	-2,7
Luxemburg	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	-3,9	-5,0	-4,6
Malta	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-3,9	-2,9	-2,8
Niederlande	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	-6,1	-5,0	-4,5
Österreich	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	-4,7	-4,0	-3,3
Portugal	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-8,3	-6,6	-4,6
Slowakei	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-5,5	-4,2	-3,0
Slowenien	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-5,7	-4,2	-3,1
Spanien	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,8	-7,5	-5,3
Zypern	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-6,0	-4,5	-3,4
Euro-Raum	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	.	.	.

gen Defizit. Die Prognose der EU-Kommission verdeutlicht den erheblichen Handlungsbedarf, um die vorgesehenen Korrekturziele

zu erreichen (vgl. auch Erläuterungen auf S. 28f.).

Geldpolitik und Bankgeschäft

Zinspolitik und Geldmarkt

Vor dem Hintergrund einer nur schwachen gesamtwirtschaftlichen Expansion zu Jahresbeginn, einer noch bestehenden merklichen Unterauslastung der Kapazitäten und einer verhaltenen Geldmengen- und Kreditentwicklung entschied der EZB-Rat, die geldpolitischen Leitzinsen des Eurosystems zwischen Januar und Mai weiterhin unverändert zu belassen. Für die Bereitstellung von Zentralbankliquidität im Rahmen von Hauptrefinanzierungsgeschäften, die im ersten Vierteljahr 2010 wiederum als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der eingereichten Gebote ausgeschrieben wurden, stellt das Eurosystem seinen Geschäftspartnern somit weiterhin einen Zinssatz von 1% in Rechnung; für die Inanspruchnahme der Spitzenrefinanzierungsfazilität sind es 1,75%. Einlagen, die im Rahmen der Einlagefazilität gehalten werden, werden mit 0,25% vergütet.

Hauptrefinanzierungssatz weiterhin bei 1%

In den ersten Monaten des Jahres 2010 setzte der EZB-Rat vor dem Hintergrund der Erholung an den Finanzmärkten die Rücknahme der geldpolitischen Sondermaßnahmen fort. So beendete er in Abstimmung mit der Federal Reserve und der Schweizerischen Nationalbank Ende Januar die Durchführung liquiditätszuführender Swap-Transaktionen in US-Dollar und Schweizer Franken. Ende März stellte das Eurosystem dann die Refinanzierungsoperationen mit sechsmonatiger Laufzeit ein; das letzte Geschäft wurde – wie schon der dritte und letzte 12-Monatstender Ende Dezember 2009 – zinsindexiert ausgeschrieben. Anschließend wurden ab Ende April die regulären Dreimonatsgeschäfte erstmals wie-

Zunächst Rücknahme einzelner Sondermaßnahmen

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den drei Mindestreserveperioden vom 20. Januar bis 13. April 2010 nahm der durch die autonomen Liquiditätsfaktoren bestimmte Bedarf der Kreditinstitute im Euro-Raum an Zentralbankliquidität per saldo um 20,9 Mrd € ab. So sank der aus dem Banknotenumlauf resultierende Liquiditätsbedarf, bedingt durch den saisonüblichen Rückgang der Banknotennachfrage in der Reserveperiode Januar/Februar 2010 als Folge des starken Nachfrageanstiegs in der Vorweihnachtszeit, im Betrachtungszeitraum um 3,9 Mrd €. Auch die übrigen autonomen Faktoren trugen im Betrachtungszeitraum zur Abnahme des Liquiditätsbedarfs bei. Zum einen reduzierten sich die Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem in der Summe um 6,2 Mrd €, zum anderen zeigt auch die gemeinsame Betrachtung der Netto-Währungsreserven und der sonstigen Faktoren, die liquiditätsneutrale Bewertungseffekte eliminiert, eine Abnahme des Liquiditätsbedarfs um 10,8 Mrd €. Zu Letzterem trug unter anderem die liquiditätswirksame Ausschüttung von Notenbankgewinnen bei, darunter des Bundesbankgewinns in Höhe von 4,1 Mrd € am 9. März 2010. Über die Entwicklung der autonomen Faktoren hinaus führte auch die Abnahme des Mindestreservesolls (per saldo um 1,3 Mrd €) zu einem gesunkenen Bedarf an Zentralbankliquidität.

Wie schon in den Vormonaten setzte das Eurosystem auch im Betrachtungszeitraum seine großzügige Liquiditätsversorgung fort. Die Durchführung aller liquiditätszuführenden Offenmarktgeschäfte als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der eingereichten Gebote (vgl. Tabelle auf S. 35) ermöglichte es den Kreditinstituten, sich nach eigener Maßgabe Liquidität beim Eurosystem zu besorgen, auch über den rechnerischen Bedarf hinaus, sodass die Refinanzierungsmöglichkeiten des Bankensystems vor dem Hintergrund einer nach wie vor eingeschränkten Funktionsfähigkeit des Geldmarkts erheblich erleichtert wurden. Während des Betrachtungszeitraums stieg die Nachfrage der Kreditinstitute nach Zentralbankgeld in den liquiditätszuführenden Offenmarktgeschäften per saldo um rund 19 Mrd € an, wobei der Großteil dieses Anstiegs (17 Mrd €) auf die Hauptrefinanzierungsgeschäfte entfiel. Zusätzliche Liquidität floss den Kreditinstituten zudem über das Ankaufprogramm des Eurosystems für gedeckte Schuldverschreibungen zu, das noch bis Ende Juni 2010 fortgesetzt wird und dessen Bestand sich während der betrachteten drei Reserveperioden planmäßig um gut 15 Mrd € auf 46,4 Mrd € erhöhte. Der gesunkene Liquiditätsbedarf aus den autonomen Faktoren in Verbindung mit der zusätzlichen Liquiditätsbereitstellung im Rahmen der Offenmarktgeschäfte sowie der Liquiditätszufluss aus dem Ankaufprogramm für gedeckte Schuldverschreibungen

ließen die Inanspruchnahmen der Einlagefazilität spürbar ansteigen. Per saldo erhöhten sich diese im Berichtszeitraum um 54 Mrd €. Im Unterschied dazu wurde die Spitzenrefinanzierungsfazilität weiterhin nur in geringem Umfang genutzt. Die äußerst komfortable Liquiditätsausstattung spiegelte sich auch in den EONIA-Fixierungen wider. Der Referenzzinssatz für unbesichertes Tagesgeld wurde in den drei Reserveperioden fast durchgängig um 0,33 % festgestellt. Spürbare Anstiege waren nur am jeweils letzten Tag der einzelnen Reserveperioden zu beobachten, als EONIA aufgrund der liquiditätsabsorbierenden Feinststeuerungsoperationen des Eurosystems auf bis zu 0,66 % anstieg. Von dieser Ausnahme abgesehen orientierte sich der Satz für Tagesgeld weiterhin am Zinssatz der Einlagefazilität des Eurosystems (0,25 %).

Nachdem der EZB-Rat im Dezember 2009 die ersten Schritte für den Ausstieg aus der von Sondermaßnahmen geprägten Liquiditätspolitik beschlossen hatte (u.a. die Einstellung der zusätzlichen Dreimonatstender sowie der 12-Monatsgeschäfte), gab er im ersten Quartal 2010 weitere Maßnahmen bekannt. So wurden die liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar und Schweizer Franken nicht weiter verlängert und den Geschäftspartnern des Eurosystems letztmalig im Januar 2010 angeboten. Anfang März legte der EZB-Rat zudem fest, bei den Dreimonatstendern ab April 2010 den Wechsel vom Mengentender zum Zinstender mit angestrebtem Zuteilungsvolumen (und mit Mindestbietungssatz) zu vollziehen. Gleichzeitig gab er bekannt, dass die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Sondertender mit der Laufzeit von einer Reserveverfüllungsperiode noch mindestens bis Anfang Oktober 2010 als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt werden. Eine Feinststeuerungsoperation mit sechstägiger Laufzeit soll laut Ratsbeschluss zudem am 1. Juli 2010 helfen, den an diesem Tag eintretenden Liquiditätsabfluss von 442 Mrd € aus dem fälligen ersten 12-Monatsender (teilweise) aufzufangen.

In der nur drei Wochen dauernden Mindestreserveperiode Januar/Februar 2010 betrug das durchschnittlich ausstehende Refinanzierungsvolumen rund 710 Mrd € und damit deutlich mehr, als die Kreditinstitute im Eurosystem rechnerisch auf Basis des Liquiditätsbedarfs aus autonomen Faktoren und dem Reservesoll benötigten. In der Konsequenz betrug die Überschussliquidität (auf Basis der Benchmark-Berechnung) im Schnitt 230 Mrd €, was sich auch in einer hohen durchschnittlichen Inanspruchnahme der Einlagefazilität in Höhe von 168 Mrd € niederschlug. Die EONIA-Umsätze betragen im Tagesschnitt 27,0 Mrd € und lagen damit nochmals etwas unter dem bereits recht niedrigen

durchschnittlichen Handelsvolumen der Vorperiode von 29,1 Mrd €.

Die Reserveperiode Februar/März wies einen spürbaren Anstieg der Liquiditätsnachfrage in den Hauptrefinanzierungsgeschäften auf. Hatte das durchschnittliche Zuteilungsvolumen in den Haupttendern der Vorperiode noch bei rund 60 Mrd € gelegen, so stieg es in dieser Periode deutlich auf 80 Mrd € an. Gleichzeitig nahm das ausstehende Refinanzierungsvolumen in den längerfristigen Geschäften in vergleichbarem Maße ab, unterstützt durch auslaufende Sonder-Langfristtender, deren fällige Volumina infolge des begonnenen Ausstiegs aus den Sondermaßnahmen von den Kreditinstituten nicht mehr verlängert werden konnten. Die Einlagefazilität wurde mit durchschnittlich 186 Mrd € weiterhin in hohem Maße genutzt. Ihre Inanspruchnahme war damit die Konsequenz der anhaltend sehr komfortablen Liquiditätsverhältnisse (258 Mrd € Überschussliquidität im Durchschnitt).

Im Mittelpunkt der Reserveperiode März/April stand die Zuteilung des Sechsmonatstenders, über den hinaus zum damaligen Zeitpunkt kein weiteres Geschäft mit dieser Laufzeit mehr geplant war. Analog zum letzten 12-Monatstender im Dezember 2009 wurde dieser Mengentender mit einem Zinssatz versehen, der dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz der während der Laufzeit dieses Geschäfts durchgeführten Hauptrefinanzierungsgeschäfte entspricht. Im Vorfeld herrschte Unsicherheit unter den Marktteilnehmern über das in dem Sechsmonatstender insgesamt nachgefragte Volumen, die sich unter anderem in einer weiten Spannweite der Prognosen (20 Mrd € bis 150 Mrd €) widerspiegelte. Das tatsächliche Bietungs- und Zuteilungsvolumen von 17,9 Mrd € unterbot jedoch selbst die niedrigsten Erwartungen und zeigte deutlich das kaum noch bestehende Interesse der Kreditinstitute an zusätzlicher Zentralbankliquidität. Die in dieser Reserveperiode nochmals gestiegene Überschussliquidität (durchschnittlich 283 Mrd €) sowie die damit verbundene starke Nutzung der Einlagefazilität (durchschnittlich 201 Mrd €) belegen diese Liquiditätssättigung. Der Handel am (kurzfristigen) Geldmarkt war weiterhin von den bestehenden Liquiditätsüberschüssen beeinträchtigt. Die (unbesicherten) EONIA-Umsätze lagen im Tagesdurchschnitt bei niedrigen 27,2 Mrd € (Vorperiode: 27,0 Mrd €), und auch die Umsätze von besichertem Tagesgeld auf Euro GC Pooling der Eurex Repo betragen lediglich 5,6 Mrd € (Vorperioden: 6,2 Mrd € bzw. 5,4 Mrd €), nachdem im Jahr 2009 in diesem Segment im Tagesdurchschnitt noch ein Handelsvolumen von 9,0 Mrd € zu verzeichnen gewesen war.

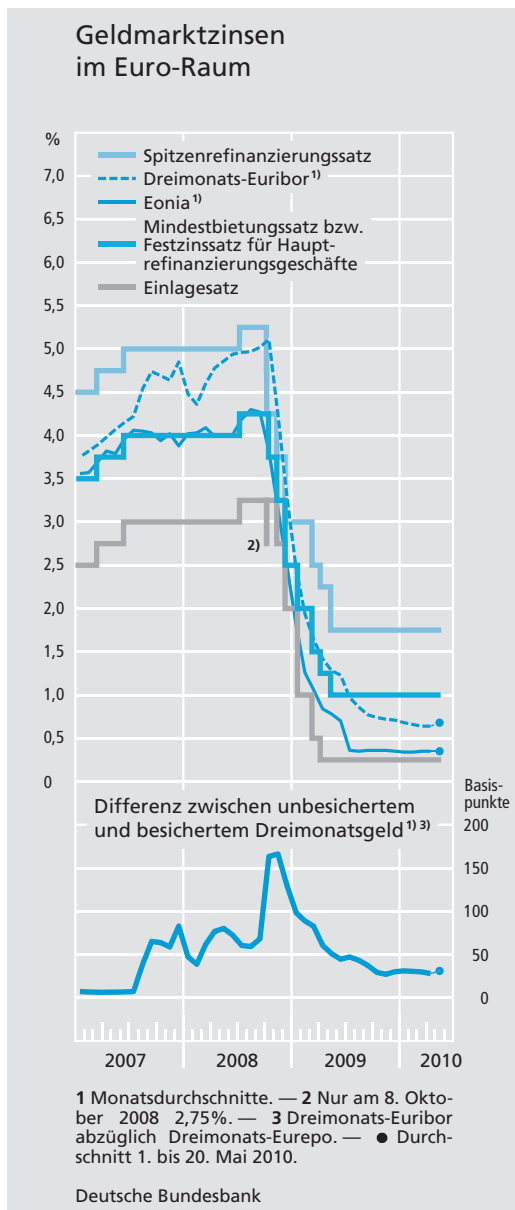
Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2010		
	20. Jan. bis 9. Febr.	10. Febr. bis 9. März	10. März bis 13. April
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	+ 13,2	- 1,0	- 8,3
2. Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	- 2,8	+ 9,4	- 0,4
3. Netto-Währungsreserven ²⁾	+ 12,6	+ 1,3	+ 12,9
4. Sonstige Faktoren ²⁾	- 14,6	+ 1,8	- 3,2
Insgesamt	+ 8,4	+ 11,5	+ 1,0
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	- 0,9	+ 20,8	- 2,8
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	+ 13,8	- 21,1	+ 9,4
c) Sonstige Geschäfte	- 0,1	+ 7,3	+ 7,7
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	- 0,2	+ 0,7	- 0,5
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	- 21,3	- 18,1	- 14,3
Insgesamt	- 8,7	- 10,4	- 0,5
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	- 0,3	+ 0,9	+ 0,7
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	- 0,6	+ 1,4	+ 0,5

¹⁾ Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts. —
²⁾ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Zum Ende der anschließenden Reserveperiode April/Mai beschloss der EZB-Rat mehrere Maßnahmen, um den deutlich gewachsenen Spannungen an den Finanzmärkten entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang gab das Eurosystem bekannt, an den Märkten für öffentliche und private Schuldverschreibungen im Euro-Währungsgebiet zu intervenieren, die regulären Dreimonatstender im Mai und Juni 2010 wieder als Mengentender mit Vollzuteilung anzubieten, erneut einen Sechsmonatstender mit Vollzuteilung durchzuführen und die liquiditätszuführenden Transaktionen in US-Dollar von neuem auszusprechen.



der mit einem variablen Zinssatz ausgeschrieben, wobei – anders als es vor der Finanzkrise bei diesen Geschäften üblich war – der Hauptrefinanzierungssatz als Mindestbietungssatz Anwendung fand. Hierdurch sollte verhindert werden, dass angesichts der reichlichen Liquiditätsausstattung des Bankensektors die Zinsgebote zu niedrig ausfallen. Die verhaltene Nachfrage ließ dann auch das Volumen des Dreimonatsgeschäfts mit rund 4,8 Mrd €

deutlich hinter dem vom Eurosystem genannten Referenzvolumen von 15 Mrd € zurückbleiben.

Parallel zur Rückführung der genannten geldpolitischen Sondermaßnahmen kündigte der EZB-Rat aber an, die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Refinanzierungsoperationen mit einer Laufzeit von einer Mindestreserveerfüllungsperiode mindestens noch bis Mitte Oktober 2010 als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der abgegebenen Gebote durchzuführen.

Hauptrefinanzierungsgeschäfte weiterhin als Mengentender

Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat im April, zum 1. Januar 2011 ein gestaffeltes System von Bewertungsabschlägen für marktfähige und nicht marktfähige Sicherheiten, außer Asset Backed Securities, mit einem Rating von BBB+ bis BBB- (oder entsprechend) einzuführen. Damit können über Ende 2010 hinaus notenbankfähige Schuldtitel mit einem Rating im BBB-Bereich als Sicherheiten bei den Refinanzierungsoperationen des Eurosystems genutzt werden. Forderungstitel, die nicht auf Euro lauten, sowie nachrangige oder auf nicht geregelten Märkten gehandelte Wertpapiere werden ab Januar 2011 vom Eurosystem nicht mehr als notenbankfähige Sicherheiten akzeptiert. Zusätzlich setzte der EZB-Rat Anfang Mai, angesichts des von ihm als angemessen beurteilten griechischen Konsolidierungs- und Reformprogramms, die Mindeststratiganforderungen für von der griechischen Regierung begebene oder garantierte Schuldtitel bis auf Weiteres aus.

Beschlüsse zum Sicherheitenrahmen

Offenmarktgeschäfte des Eurosystems *)

Valutatag	Geschäftsart 1)	Laufzeit in Tagen	Tatsächliche Zuteilung, Mrd €	Abweichung zur Benchmark 2), Mrd €	Marginaler Satz/Festsatz, in %	Repartierungssatz, in %	Gewichteter Satz, in %	Cover Ratio 3)	Anzahl Bieter
20.01.10	HRG (MT)	7	58,0	172,0	1,00	100,00	–	1,00	101
20.01.10	S-LRG (MT)	21	5,7	–	1,00	100,00	–	1,00	7
27.01.10	HRG (MT)	7	63,4	245,9	1,00	100,00	–	1,00	83
28.01.10	LRG (MT)	91	3,3	–	1,00	100,00	–	1,00	22
03.02.10	HRG (MT)	7	55,8	264,8	1,00	100,00	–	1,00	74
09.02.10	FSO (–)	1	– 270,6	–	0,80	100,00	0,76	1,00	187
10.02.10	S-LRG (MT)	28	2,8	–	1,00	100,00	–	1,00	14
10.02.10	HRG (MT)	7	76,1	186,6	1,00	100,00	–	1,00	79
17.02.10	HRG (MT)	7	81,9	260,9	1,00	100,00	–	1,00	78
24.02.10	HRG (MT)	7	81,4	277,9	1,00	100,00	–	1,00	71
25.02.10	LRG (MT)	91	10,2	–	1,00	100,00	–	1,00	23
03.03.10	HRG (MT)	7	80,5	297,0	1,00	100,00	–	1,00	65
09.03.10	FSO (–)	1	– 294,5	–	0,80	100,00	0,76	1,00	193
10.03.10	HRG (MT)	7	78,4	206,4	1,00	100,00	–	1,00	71
10.03.10	S-LRG (MT)	35	9,3	–	1,00	100,00	–	1,00	11
17.03.10	HRG (MT)	7	79,0	297,0	1,00	100,00	–	1,00	79
24.03.10	HRG (MT)	7	81,1	312,1	1,00	100,00	–	1,00	81
31.03.10	HRG (MT)	7	78,3	295,3	1,00	100,00	–	1,00	73
01.04.10	S-LRG (MT)	182	17,9	– 4)	...	100,00	–	1,00	62
01.04.10	LRG (MT)	91	2,0	–	1,00	100,00	–	1,00	11
07.04.10	HRG (MT)	7	71,5	281,5	1,00	100,00	–	1,00	67
13.04.10	FSO (–)	1	– 292,3	–	0,80	100,00	0,76	1,00	186

* Für die Geschäfte des Eurosystems vom 14. Oktober 2009 bis 19. Januar 2010 siehe: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Februar 2010, S. 29. — 1 HRG: Hauptrefinanzierungsgeschäft, LRG: Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft, S-LRG: Sonder-Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft, FSO: Feinststeuerungsoperation (+: Liquidität bereitstellend, –: Liquidität absorbierend), MT: Mengen-

tender. — 2 Ohne Berücksichtigung der in derselben Woche zugeteilten (S-)LRGe. — 3 Verhältnis des Volumens der Gesamtgebote zum Zuteilungsvolumen. — 4 Der Zinssatz entspricht dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz der während der Laufzeit dieses Geschäfts durchgeführten HRGe.

Deutsche Bundesbank

Beschlüsse
aufgrund
der außer-
gewöhnlichen
Marktsituation
Anfang Mai

Wegen der sich verschärfenden Verschuldungskrise in Griechenland, von der Ansteckungseffekte auf andere Länder der Währungsunion ausgingen, war es in einigen Segmenten der europäischen Finanzmärkte vor dem zweiten Maiwochenende zu gravierenden Spannungen gekommen. Vor diesem Hintergrund entschloss sich der EZB-Rat am 9. Mai zur Wiedereinführung ausgewählter

geldpolitischer Sondermaßnahmen und zum Kauf öffentlicher und privater Schuldtitel.

So bietet das Eurosystem in Abstimmung mit anderen Notenbanken nun wieder liquiditätszuführende Swap-Transaktionen mit der Federal Reserve in US-Dollar mit Laufzeiten von sieben und 84 Tagen an, die als Mengentender mit vollständiger Zuteilung der eingereichten Gebote ausgeschrieben werden.

Zudem wurde Mitte Mai erneut eine zinsindexierte sechsmonatige Refinanzierungsoperation ausgeschrieben, und die für Ende Mai sowie Ende Juni anstehenden regulären Dreimonats-Refinanzierungsgeschäfte werden abermals als Mengentender mit Vollzuteilung angeboten.

Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat, den gravierenden Spannungen an den Finanzmärkten durch gezielte Käufe öffentlicher und privater Schuldverschreibungen im Euro-Raum zu begegnen. Diese Entscheidung ist in enger Verbindung mit bekanntgegebenen zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen in den betreffenden EWU-Mitgliedstaaten zur Sicherung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte zu sehen. Um zu gewährleisten, dass die vom EZB-Rat beschlossenen Maßnahmen keine zusätzlichen Auswirkungen auf die geldpolitische Ausrichtung haben, soll die im Rahmen des Ankaufsprogramms geschaffene Liquidität durch gezielte Absorptionsoperationen wieder abgeschöpft werden.

EONIA weiterhin knapp oberhalb des Zinssatzes der Einlagefazilität

Der Euro-Geldmarkt reagierte im bisherigen Verlauf des Jahres insgesamt verhalten, sowohl hinsichtlich der zunächst beschlossenen Rücknahmen einzelner geldpolitischer Sondermaßnahmen als auch mit Blick auf die starken Spannungen an den Finanzmärkten Anfang Mai. Wie schon im zweiten Halbjahr 2009 notierte der Tagesgeldsatz EONIA auch zwischen Januar und Mai bei nur geringen Schwankungen rund 0,1 Prozentpunkte oberhalb des Zinssatzes der Einlagefazilität des Eurosystems. Das anhaltend niedrige Niveau des Tagesgeldsatzes ist weiterhin auf

die großzügige Mittelbereitstellung durch das Eurosystem zurückzuführen.

Die längerfristigen Geldmarktzinsen entwickelten sich von Januar bis April ebenfalls seitwärts. Seit Ende April sind leichte Anstiegstendenzen zu beobachten, die sich nach Ankündigung der Sondermaßnahmen des zweiten Maiwochenendes jedoch wieder abgeschwächt haben. Seit Jahresbeginn notieren alle unbesicherten Interbankensätze in den Laufzeiten bis einschließlich sechs Monaten durchweg unterhalb des Hauptrefinanzierungssatzes des Eurosystems. Der unbesicherte Dreimonatssatz (3M-Euribor) liegt aktuell bei 0,70 %, sein besichertes Pendant (3M-Eurepo) bei 0,35 %. Die sich aus dieser Renditedifferenz ergebende Risikoprämie am Euro-Geldmarkt beträgt aktuell 0,35 Prozentpunkte und hat sich damit seit Anfang Mai leicht ausgeweitet.

Längerfristige Geldmarktsätze zuletzt mit leichter Aufwärtstendenz

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Die monetäre Expansion im Euro-Raum schwächte sich von Januar bis März 2010 nicht weiter ab. Saisonbereinigt und auf das Jahr gerechnet betrug die Dreimonatsrate des breiten Geldmengenaggregats M3 im Berichtsquartal $- \frac{1}{2} \%$. Sie lag damit zwar weiterhin im negativen Bereich, jedoch über der entsprechenden Rate von $- 1 \frac{1}{2} \%$ aus dem Schlussquartal 2009, die den niedrigsten Vierteljahreswert seit Beginn der Währungsunion markierte. Aufgrund von Basiseffekten verharrte der Durchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für das erste Viertel-

Monetäre Expansion nicht weiter abgeschwächt

jahr 2010 auf dem Vorquartalsniveau von -0,1 %.

Nachfrage nach hochliquiden M3-Komponenten zwar abgeschwächt, aber weiter kräftig

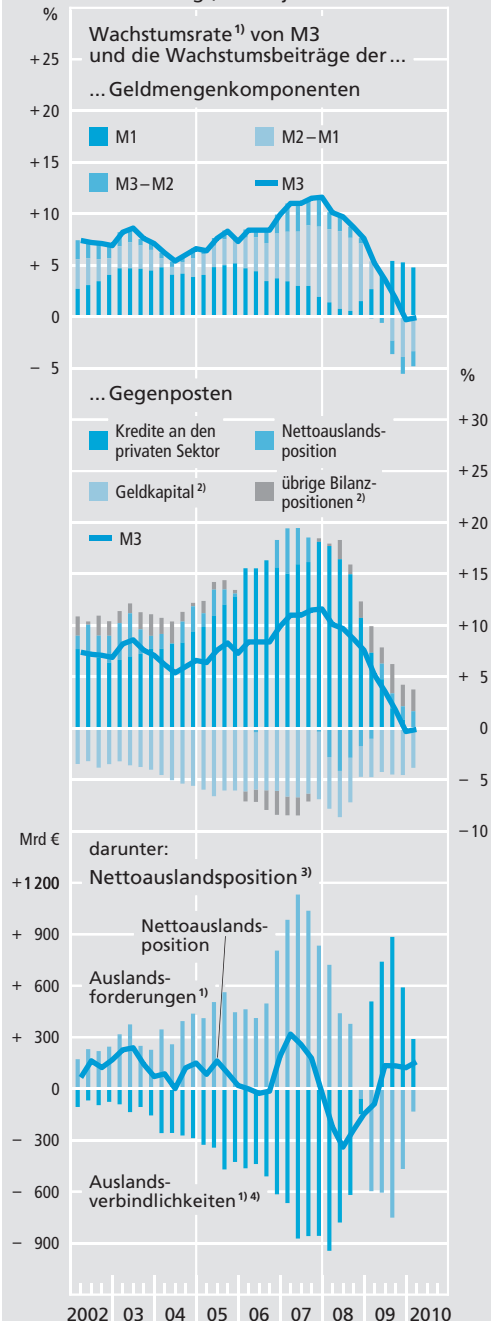
Einen wesentlichen Einfluss auf die monetäre Dynamik hat seit Herbst 2008 das Zinsumfeld ausgeübt, das durch einen vergleichsweise geringen Zinsvorteil von Anlagen im Laufzeitbereich von bis zu zwei Jahren gegenüber täglich fälligen Einlagen sowie eine steil verlaufende Zinsstrukturkurve im Bereich jenseits von zwei Jahren gekennzeichnet war. Diese Konstellation führte zu Verschiebungen von marktnah verzinsten kurzfristigen Termineinlagen (mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren) hin zu den liquideren Komponenten der Geldmenge. Sie schwächten sich im Herbst 2009 und Winter 2010 jedoch wieder ab. So war der Anstieg der täglich fälligen Einlagen mit einer saisonbereinigten und annualisierten Dreimonatsrate von 6 % im ersten Quartal 2010 zwar spürbar, er blieb jedoch hinter der Rate des Vorquartals (9 %) zurück. Im Gegensatz dazu beschleunigte sich der Anstieg des quantitativ weniger bedeutsamen Bargeldumlaufs in den Monaten Januar bis März von auf das Jahr gerechnet knapp 5 % im Vorquartal auf nunmehr gut 11 %. Im Ergebnis verlangsamte sich die Expansion des eng gefassten Geldmengenaggregats M1. Nach gut 15 % im dritten und knapp 8 ½ % im vierten Quartal 2009 fiel dessen Wachstum mit einer saisonbereinigten und annualisierten Dreimonatsrate von 7 % jedoch weiterhin kräftig aus.

Per saldo nochmaliger Rückgang der sonstigen kurzfristigen Einlagen...

Parallel dazu schwächte sich der Abbau der sonstigen kurzfristigen Einlagen ab; mit einer saisonbereinigten und auf das Jahr gerechneten Dreimonatsrate von -5 % verlief der

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

saisonbereinigt, vierteljährlich



1 Berechnet aus den über 12 Monate kumulierten Veränderungen. — 2 Eine Zunahme dämpft, für sich betrachtet, das M3-Wachstum. — 3 Nicht saisonbereinigt. — 4 Zunahme: -, Abnahme: +.

Deutsche Bundesbank

Rückgang im Berichtsquartal gedämpfter als in den vier vorangegangenen Quartalen. Ausschlaggebend hierfür war die deutlich geminderte Auflösung kurzfristiger Termingelder, wenngleich sich deren Bestand mit einer saisonbereinigten und auf das Jahr gerechneten Dreimonatsrate von – 15 %, nach – 26 % im Vorquartal, noch spürbar verringerte. Getragen wurde diese Entwicklung in besonderem Maße von den privaten Haushalten. Nach umfangreichen Umschichtungen im letzten Jahr lösten sie im Berichtsquartal angesichts aktuell wieder leicht anziehender Zinsen für Termingelder mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr in geringerem Umfang Termineinlagen auf. Kurzfristige Spareinlagen (mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten) wurden weiter dotiert, jedoch schwächer als in den Vorquartalen.

*... und der
marktfähigen
Instrumente*

Im Aggregat betrachtet zeigte sich die Entwicklung der marktfähigen Finanzinstrumente mit einer saisonbereinigten und auf das Jahr gerechneten Dreimonatsrate von – 14 % im Vergleich zu den Vorquartalen wenig verändert. Dahinter standen in den Monaten Januar bis März kräftige Nettoabflüsse bei den Geldmarktfondsanteilen, auf die der größte Anteil der marktfähigen Instrumente entfällt. Umschichtungen von liquiden Geldern in längerfristige Anlageformen dürften hierbei eine wesentliche Rolle gespielt haben. Im Gegensatz dazu stagnierten die üblicherweise sehr volatilen Repo-Geschäfte im Berichtsquartal per saldo nahezu. Ferner verzeichneten die Bestände der von Nichtbanken gehaltenen kurz laufenden Schuldverschreibungen der monetären Finanzinstitute (mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren)

zum ersten Mal seit fünf Quartalen geringe positive Nettozuflüsse.

Dem schwachen Geldmengenwachstum stand im Berichtsquartal abermals eine per saldo leicht negative Kreditvergabe an den privaten Sektor gegenüber; die saisonbereinigte und auf das Jahr gerechnete Dreimonatsrate fiel von – ½ % im Schlussquartal 2009 auf aktuell – 1 %. Hinter dieser Entwicklung stand in den Monaten Januar bis März zum einen ein Nettorückgang der Wertpapierforderungen von Banken im Euro-Raum gegenüber inländischen privaten Nichtbanken, zum anderen eine stagnierende Mittelbereitstellung in Form von Buchkrediten. Deren annualisierte und saisonbereinigte Dreimonatsrate entsprach mit 0 % nahezu der um Verbriefungsaktivitäten und Kreditverkäufe der Kreditinstitute bereinigten annualisierten Dreimonatsrate der Kreditvergabe an den inländischen Privatsektor, was auf die aktuell geringe Verbriefungsaktivität im Bankensektor zurückzuführen ist.

*Nochmalige
leicht negative
Kreditvergabe
an privaten
Sektor*

Hinter der Stagnation bei den Buchkrediten an heimische private Nichtbanken standen im Berichtsquartal abermals heterogene sektorale Entwicklungen. Die Ausleihungen an Privatpersonen sind per saldo deutlich gestiegen. Die positive Entwicklung der letzten drei Quartale verfestigte sich damit zunehmend. Dies war erneut auf das Wachstum der quantitativ bedeutsamen Wohnungsbaukredite zurückzuführen, zu dem auch staatliche Förderprogramme beitrugen. Aber auch die sonstigen Kredite an Privatpersonen nahmen erkennbar zu, während die Konsumentenkredite nach leichten Zuwächsen in den beiden

*Aufwärts-
bewegung
bei den Buch-
krediten an
private Haus-
halte hält an*

Vorquartalen im Berichtszeitraum merklich rückläufig waren.

*Buchkredit-
vergabe an
nichtfinanzielle
Unternehmen
stagniert
nahezu*

Nach drei Quartalen kräftiger Rückgänge bei den Buchkrediten an nichtfinanzielle Unternehmen blieb das entsprechende Volumen in saisonbereinigter Rechnung über die Monate Januar bis März per saldo nahezu unverändert; hierzu trug insbesondere die erkennbar positive Netto-Kreditvergabe im Februar bei. Dabei gingen im Berichtsquartal die mittelfristigen Kredite (mit einer Laufzeit von einem bis einschl. fünf Jahren) erstmals seit Herbst 2008 deutlich stärker zurück als die kurzfristigen unverbrieften Ausleihungen. Langfristige Buchkredite expandierten aber weiter merklich. Insgesamt gesehen entspricht es dem aus früheren konjunkturellen Erholungsphasen bekannten Muster, dass sich die unverbriefte Mittelbereitstellung an nichtfinanzielle Unternehmen langsamer von dem Einbruch der Wirtschaftsaktivität erholt als die Kreditentwicklung bei privaten Haushalten.

*Buchkredit-
vergabe an
sonstige
Finanzinter-
mediäre mit
deutlichem
Rückgang*

Die Buchkreditvergabe an den privaten Sektor im Euro-Raum wurde im Berichtsquartal vor allem von den unverbrieften Ausleihungen an sonstige Finanzintermediäre gebremst. Diese fielen in den Monaten Januar bis März per saldo deutlich, während sie das Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor im vierten Quartal 2009 leicht positiv beeinflusst hatten. Bei einem Großteil dieser Transaktionen handelt es sich um von hoher Volatilität geprägte indirekte Interbankengeschäfte; eine eingeschränkte Kreditvergabe an diesen Sektor stellt daher für sich genommen keinen klassischen Mittelentzug für den privaten Nichtbankensektor dar.

Die dem privaten Sektor im Euro-Raum durch Wertpapiererwerb der heimischen Banken bereitgestellten Mittel nahmen von Januar bis März mit einer auf das Jahr gerechneten und saisonbereinigten Dreimonatsrate von 6 ½ % ab, nach einem Rückgang von gut 2 ½ % im Vorquartal. Der beschleunigte Abbau erklärt sich zu einem Großteil durch nationale Sondereffekte. Dem Rückgang der Wertpapierpositionen privater Emittenten stand im ersten Quartal 2010 nochmals ein erkennbarer Aufbau der Wertpapierbestände öffentlicher Emittenten durch die Banken gegenüber (in vergleichbarer Höhe bewegte sich im Berichtsquartal die Buchkreditvergabe der Banken an die öffentliche Hand); die entsprechende saisonbereinigte und annualisierte Dreimonatsrate stieg von gut 2 ½ % im Vorquartal auf aktuell knapp 8 ½ %.

*Wertpapier-
erwerb durch
Banken gering-
fügig rückläufig*

Die Netto-Forderungsposition des MFI-Sektors gegenüber dem Ausland erhöhte sich im ersten Quartal 2010 saisonbereinigt um 11,6 Mrd € gegenüber dem Vorquartal und wirkte somit für sich genommen expansiv auf die Geldmengenentwicklung. Damit wurden in geringerem Umfang Mittel über den Auslandszahlungsverkehr der Nichtbanken des Euro-Währungsgebiets bereitgestellt als in jedem der drei Vorquartale.

*Leichter Anstieg
der Netto-
Auslands-
position*

Die Geldkapitalbildung verlief wie auch im Vorquartal vergleichsweise moderat. Die längerfristigen finanziellen Verbindlichkeiten der MFIs nahmen im ersten Quartal 2010 saisonbereinigt und auf das Jahr gerechnet um 3 ½ % zu, nach gut 3 % im Vorquartal. Dies bremste die monetäre Dynamik tendenziell ab. Der Anstieg zog sich durch alle Kom-

*Moderate Geld-
kapitalbildung*

ponenten; insbesondere refinanzierten sich die Kreditinstitute im Euro-Raum bei Nichtbanken in Form von Bankschuldverschreibungen mit längeren Laufzeiten. Außerdem erfolgten im Berichtszeitraum weitere Aufstockungen des Kapitals und der Rücklagen der Banken, wenn auch in etwas schwächerem Umfang als in den Vorquartalen. Darüber hinaus blieb die Dotierung langfristiger Termineinlagen mit Blick auf die anhaltend steile Zinsstrukturkurve insbesondere für Privatpersonen attraktiv. Wie schon im Schlussquartal 2009 wurden die daraus resultierenden Zuflüsse jedoch weitgehend davon überlagert, dass Zweckgesellschaften Termingelder im Zusammenhang mit den geringeren Verbriefungsaktivitäten der Banken abbauten. Langfristige Spareinlagen wurden von den heimischen Nichtbanken im Berichtsquartal nur schwach aufgestockt.

Keine ausgeprägte Gefahr für die Preisstabilität aus monetärer Sicht

Insgesamt gesehen schwächte sich die monetäre Grunddynamik – also jenes Geldmengenwachstum, das letztlich inflationsrelevant ist – im Berichtsquartal nicht weiter ab. Zwar war die Geldmenge M3 zwischen Januar und März nochmals leicht rückläufig, nicht zuletzt unter dem Einfluss des besonderen Zinsumfelds. Zugleich stagnierte aber die Buchkreditvergabe an den privaten Sektor im Euro-Raum. Auch die auf Basis monetärer Daten durchgeführten Inflationsprojektionen deuten in der Summe weiter darauf hin, dass für die nächsten drei Jahre keine ausgeprägte Gefahr für die Preisstabilität im Euro-Raum besteht. Allerdings weisen diese Projektionen wie schon in den Vorquartalen eine relativ hohe Streubreite auf. Dies unterstreicht, dass der Grad an Unsicherheit, der derzeit mit einem

solchen Ausblick verbunden ist, unverändert hoch ist.

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Nach zwei Quartalen des Rückgangs haben inländische Anleger im ersten Vierteljahr 2010 erstmals wieder ihre bei deutschen Banken gehaltenen Einlagen erhöht. Die saisonbereinigte und annualisierte Dreimonatsrate stieg von gut – 1 % im vierten Quartal 2009 auf knapp 2½ % zwischen Januar und März. Derzeit lässt sich jedoch noch nicht beurteilen, ob damit die in der zweiten Jahreshälfte 2009 zu beobachtende negative Dynamik der Einlagen als endgültig beendet angesehen werden kann.

Guthaben inländischer Anleger bei deutschen Banken aufgebaut, ...

Insgesamt schwächte sich die Dynamik fast aller Einlagenarten im ersten Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal deutlich ab. Kurzfristige Termineinlagen schrumpften im Berichtsquartal mit einer saisonbereinigten und annualisierten Dreimonatsrate von – 13 % erheblich langsamer als im vierten Quartal 2009 (– 45 %). Täglich fällige Einlagen stiegen im ersten Quartal nur noch mit einer entsprechenden Rate von gut 6½ %, nach knapp 14½ % im Vorquartal. Maßgeblich für beide Einlagenarten war das Verhalten der privaten Haushalte und der finanziellen Unternehmen. Lediglich der Aufbau von kurzfristigen Spareinlagen (hauptsächlich durch private Haushalte) war annähernd so stark wie im Vorquartal. Ihre saisonbereinigte und annualisierte Dreimonatsrate betrug

... bei abgeschwächter Dynamik in fast allen Einlagenarten

knapp 10 %, nach gut 11 % im Schlussquartal 2009.

Abnehmendes Interesse an langfristigen Einlageformen

Während die kurzfristigen Einlagen im ersten Quartal 2010 insgesamt gesehen wieder stärker dotiert wurden als im Vorquartal, wurden langfristige Einlageformen nach Zuflüssen in den Vorquartalen per saldo abgebaut. Dies betraf insbesondere langfristige Sparguthaben (mit vereinbarter Kündigungsfrist von über drei Monaten). Saisonbereinigt und auf das Jahr gerechnet schrumpften sie im Berichtsquartal um 4 ½ %. Im gleichen Zeitraum wurden die quantitativ bedeutsameren langfristigen Termineinlagen (mit einer vereinbarten Laufzeit von über zwei Jahren) zwar noch leicht aufgebaut, die entsprechende Dreimonatsrate reduzierte sich indes weiter auf nunmehr ½ %. Die abnehmende Dynamik spiegelt zum einen die sich abschwächende, aber noch immer starke Reduzierung dieser Guthaben durch Versicherungen und Pensions-einrichtungen wider. Zum anderen hat sich die seit Herbst 2009 beobachtete starke Nachfrage privater Haushalte nach langfristigen Termineinlagen im Quartalsverlauf verringert.

Rückläufige Mittelbereitstellung durch deutsche Banken

Die gesamte Mittelbereitstellung inländischer Kreditinstitute an den heimischen Privatsektor schrumpfte im Berichtsquartal in saisonbereinigter Betrachtung kräftig und fiel deutlich in den negativen Bereich. Die saisonbereinigte und annualisierte Dreimonatsrate der Gesamtkredite sank von 0 % im vierten Quartal 2009 auf – 5 ½ % im Berichtsquartal. Diese Entwicklung wurde maßgeblich von der Dynamik der Kredite an finanzielle Unternehmen bestimmt. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €	2010		2009	
	Jan. bis März	Jan. bis März	Jan. bis März	Jan. bis März
Position				
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs 1)				
täglich fällig	11,4		69,3	
mit vereinbarter Laufzeit				
bis zu 2 Jahren	– 30,5		– 83,3	
über 2 Jahre	2,8		12,1	
mit vereinbarter Kündigungsfrist				
bis zu 3 Monaten	12,4		11,8	
über 3 Monate	– 2,2		0,8	
Kredite				
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen				
Buchkredite	– 23,5		4,9	
Wertpapierkredite	– 6,4		7,5	
Kredite an inländische öffentliche Haushalte				
Buchkredite	0,3		– 4,7	
Wertpapierkredite	13,8		5,5	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds, s. a.: Tabelle IV.1 im Statistischen Teil des Monatsberichts. — 1 Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund.

Deutsche Bundesbank

die Saisonbereinigung der aktuellen Daten in dem Maße einer gestiegenen Unsicherheit unterliegt, wie die Finanzkrise eine Änderung des früher üblichen jahreszeitlichen Verhaltens bewirkte.

Im ersten Quartal wurden Wertpapierkredite an den privaten Sektor in saisonbereinigter Betrachtung per saldo kräftig abgebaut. Auf das Jahr gerechnet schrumpften sie von Januar bis März um 14 ½ %, nachdem sie im Vorquartal noch mit einer entsprechenden Rate von 2 ½ % gestiegen waren.

Bestände an Wertpapieren privater Emittenten massiv abgebaut

Insgesamt gesehen waren die Buchkredite an den heimischen privaten Sektor im ersten Quartal 2010 deutlich rückläufig. Sie schrumpften in saisonbereinigter Betrachtung im Berichtsquartal erheblich stärker als in den

Buchkreditvergabe an privaten Sektor weiter rückläufig

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung des Jahres 2009

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu gravierenden Verwerfungen im Finanzsektor geführt und die Realwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Folgenden soll anhand der jüngsten Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung untersucht werden, inwieweit sich diese Entwicklungen in den finanziellen Transaktionen und Vermögenspositionen der inländischen Sektoren niedergeschlagen haben.¹⁾

Starker Rückgang der Finanzströme bei den Unternehmen

Nach den vorliegenden Angaben der Finanzierungsrechnung haben im vergangenen Jahr die Finanzströme der nichtfinanziellen Sektoren insgesamt, das heißt der privaten Haushalte, der Produktionsunternehmen und des Staates, deutlich abgenommen. Dies ist für wirtschaftliche Abschwungphasen durchaus typisch. So ist die Geldvermögensbildung dieser Sektoren im Jahr 2009 um fast 100 Mrd € auf 225 Mrd € gesunken, und die Mittelnachfrage ging um 40 Mrd € auf 117 Mrd € zurück.

Die sektorale Aufteilung zeigt, dass für diese rückläufige Entwicklung der Finanzströme in erster Linie die nichtfinanziellen Unternehmen ausschlaggebend waren. Sie haben ihre Finanztransaktionen im Vergleich zu 2008 um insgesamt rund 200 Mrd € beziehungsweise um fast 90 % gekürzt. Ihr Außenfinanzierungsbedarf war 2009 sogar geringfügig negativ (-0,3 Mrd €), das heißt, sie haben ihre Passiva per saldo leicht reduziert. Ein Jahr zuvor hatte der Zufluss externer Finanzierungsmittel noch gut 100 Mrd € betragen. Auf der Aktivseite stand dem zwar eine positive Geldvermögensbildung gegenüber; diese war aber mit rund 37 Mrd € deutlich niedriger als 2008, als sie 132 Mrd € betrug. Eine solche Einschränkung der finanziellen Aktivitäten, die bereits zu Beginn des Jahres 2009 eingesetzt hatte, war auch in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts zu beobachten, als die Unternehmen nach Ende des Börsenbooms bestrebt waren, ihre Bilanzen zu konsolidieren. Bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die nichtfinanziellen Unternehmen – und das traf insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen zu – ihr Eigenkapital deutlich aufgestockt und auf diese Weise ihre Bestandsfestigkeit noch weiter verbessert. Die 2009 zu beobachtende Reduzierung der Finanzströme basierte dagegen nicht auf dem Bestreben der Unternehmen, ihre Bilanzen zu bereinigen, sondern war vielmehr Ausdruck des starken Konjunkturreinbruchs.

Maßgeblich für die schwache Entwicklung der Verbindlichkeiten 2009 war der Abbau der Kredite von in- und ausländischen Banken um netto rund 50 Mrd €. In den beiden Jahren zuvor wurden jeweils Kredite in dieser Höhe nachgefragt. Positiv fiel hingegen die Finanzierung über Auslandskredite im Konzernverbund aus, die in erster Linie von größeren und international agierenden Unternehmen genutzt wird. Mit 17 Mrd € war sie allerdings nied-

riger als noch 2008. Auch die externe Mittelbeschaffung am Kapitalmarkt entwickelte sich uneinheitlich. Die Aktienfinanzierung war im Berichtsjahr angesichts gestiegener Börsenkurse mit per saldo 5½ Mrd € erstmals seit 2007 wieder relativ ergiebig. Auch die durch die Emission längerfristiger Anleihen zugeflossenen Mittel fielen mit knapp 20 Mrd € deutlich höher aus als 2008. Allerdings wurden gleichzeitig kurz laufende Geldmarktpapiere in Höhe von netto fast 27 Mrd € zurückgegeben. Durch die insgesamt schwache Nachfrage nach Fremdmitteln in Form von Krediten und Schuldverschreibungen gingen die Finanzschulden der Produktionsunternehmen bis Ende 2009 auf knapp 1 590 Mrd € zurück und waren damit um 1½ % niedriger als ein Jahr zuvor. Trotzdem ist ihre Schuldenquote von 112 % auf 119 % der Bruttowertschöpfung deutlich gestiegen. Dies lag daran, dass die Wirtschaftsleistung der Unternehmen im Zuge des Konjunkturreinbruchs stark gesunken ist.

Nach den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes hat neben dem externen Mittelbedarf auch die Finanzierung über Gewinne und Abschreibungen stark nachgelassen. Beide Positionen summierten sich im Berichtsjahr auf 234 Mrd € und betragen damit rund 50 Mrd € weniger als noch 2008. Fast neun Zehntel der internen Mittel entfielen auf Abschreibungen auf Sachanlagen, die 2009 nur geringfügig abnahmen. Zwar konnten die Produktionsunternehmen trotz der schwierigen konjunkturellen Entwicklung einbehaltene Gewinne erwirtschaften, allerdings fielen sie dem Betrag nach mit 12 Mrd € deutlich niedriger aus als 2008, als sie fast fünfmal so hoch gewesen waren. Da die Unternehmen zeitgleich ihre Ausgaben für Sachinvestitionen von fast 280 Mrd € im Jahr 2008 auf zuletzt 213 Mrd € stark kürzten, konnten sie mit ihren internen Mitteln gut 90 % der Geld- und Sachvermögensbildung abdecken. Diese Quote ist im längerfristigen Vergleich außerordentlich hoch. Rein rechnerisch reichten damit die einbehaltenen Gewinne und Abschreibungen im Aggregat aus, um die Investitionen in den Kapitalstock vollständig selbst zu finanzieren. Das bedeutet, dass die Unternehmen insgesamt in dem konjunkturell schwierigen Jahr 2009 netto Geldvermögen gebildet haben und demnach per saldo nicht auf die Mittel anderer Sektoren angewiesen waren. Dies ist auch als Indiz dafür zu werten, dass es im vergangenen Jahr keine Kreditklemme auf breiter Front gegeben hat.

Erhebliche Zunahme der öffentlichen Verschuldung

Im Gegensatz zu den Unternehmen waren die finanziellen Aktivitäten der öffentlichen Haushalte 2009 außerordentlich hoch. Dies gilt insbesondere für den externen Mittelbedarf. Er betrug netto 120 Mrd € und wurde überwiegend durch die Emission von Wertpapieren gedeckt. Damit fiel die Außenfinanzierung des Staates – abgesehen vom Jahr 1995, als sie im Gefolge der In-

¹⁾ Zu den neuesten Ergebnissen der Finanzierungsrechnung vgl. auch die Tabellen VIII im Statistischen Teil dieses Monatsberichts.

tegration der Treuhandanstalt in den staatlichen Sektor knapp 170 Mrd € betragen hatte – dem Betrag nach deutlich höher aus als in den Jahren seit der Wiedervereinigung. Im Ergebnis belief sich die öffentliche Verschuldung (gemäß Finanzierungsrechnung zu aktuellen Kursen berechnet) Ende 2009 auf rund 1 830 Mrd €. Auf der Vermögensseite hat der Staat wie schon 2008 seine Finanzaktiva – vor allem im Zuge von Stützungsmaßnahmen für Kreditinstitute – in beträchtlichem Umfang aufgestockt, und zwar um gut 40 Mrd € auf insgesamt 670 Mrd €. Entsprechend fiel das staatliche Finanzierungsdefizit mit fast 80 Mrd € deutlich niedriger aus als der externe Mittelbedarf. Ein Vergleich mit den Jahren 2007 und 2008, als der Staat geringfügige Überschüsse verzeichnen konnte, zeigt jedoch, wie gravierend sich die Lage der öffentlichen Finanzen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verschlechtert hat.

Verbesserung der Vermögensposition privater Haushalte

Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte fiel mit 147 Mrd € deutlich höher aus als ein Jahr zuvor (126 Mrd €). Mit diesen verstärkten Sparanstrengungen – die Sparquote stieg auf 11,3 % des verfügbaren Einkommens – ging auch eine Korrektur der erheblichen Portfolioumschichtungen einher, die vor allem auf dem Höhepunkt der Finanzkrise vorgenommen worden waren. So fiel beispielsweise die Aufstockung der Bankeinlagen (einschl. Bargeld) mit netto 50 Mrd € erheblich moderater aus als im Jahr 2008, in dem ein Rekordwert von gut 120 Mrd € erreicht worden war. Dahinter stand eine Normalisierung der Bargeldhaltung, die im gesamten Jahr 2009 um 7½ Mrd € stieg, nachdem sie allein im Schlussquartal 2008 noch um 17 Mrd € erhöht worden war. Außerdem haben die privaten Haushalte ihre Termingelder, die sie 2008 – nicht zuletzt wegen relativ günstiger Konditionen – mit 77 Mrd € noch beträchtlich dotiert hatten, kräftig abgebaut, und zwar in Höhe von 124 Mrd €. Davon profitierten vor allem die Sicht- und Spareinlagen, deren Volumina 2009 um 141½ Mrd € beziehungsweise 56 Mrd € zunahmen. Ausschlaggebend für diese starken Umschichtungen dürften die sehr geringe Verzinsung der Termingelder und der Liquiditätsvorteil der Sicht- und Spareinlagen gewesen sein.

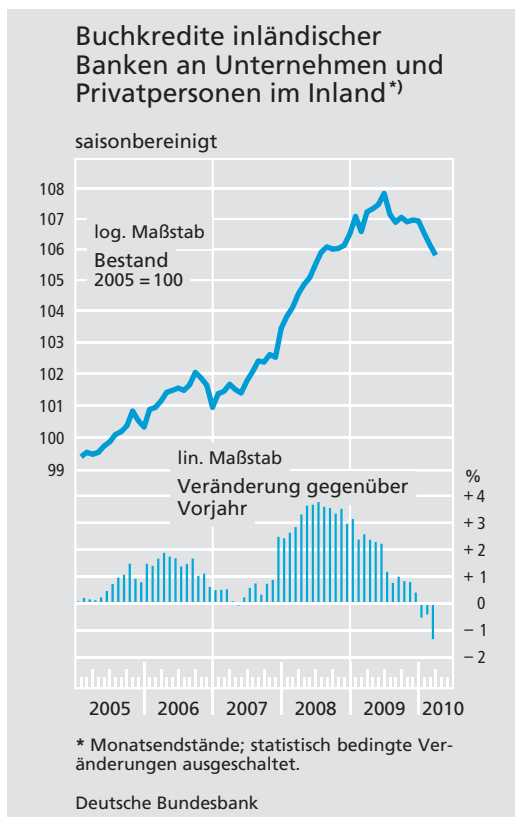
Auch bei den Wertpapieren hat sich das Anlageverhalten der privaten Haushalte wieder normalisiert. Verglichen mit 2008, als die Haushalte infolge der Finanzkrise vor allem Aktien auf breiter Front verkauft hatten, gab es 2009 in diesem Segment nur einen marginalen Rückgang. Demgegenüber haben die privaten Haushalte Investmentfondsanteile in beträchtlichem Umfang erworben (+ 29 Mrd €). Angesichts gestiegener Börsenkurse konnten – anders als zuvor – auch die inländischen Publikumsaktienfonds mit 6 Mrd € ein nennenswertes Mittelaufkommen verzeichnen. Darüber hinaus haben die privaten Haushalte sonstige Beteiligungen direkt erworben, allerdings nur in geringem Umfang

(+ 3 Mrd €). Hingegen wurden Rentenwerte netto um 4½ Mrd € reduziert. Die Zuflüsse zu den Ansprüchen gegenüber dem Versicherungssektor, die vor allem auf regelmäßigen Beitragszahlungen, aber auch auf Einmalleistungen beruhen, fielen 2009 mit gut 63 Mrd € rund doppelt so hoch aus wie im Vorjahr. Sie lagen damit wieder auf dem Niveau der Jahre 2006 und 2007.

Insgesamt betrachtet stiegen die Geldvermögensbestände der privaten Haushalte bis Ende 2009 deutlich an, und zwar auf rund 4 670 Mrd € beziehungsweise 116 000 € je Haushalt. Damit lagen die finanziellen Aktiva um 240 Mrd € beziehungsweise – je Haushalt gerechnet – um gut 5 000 € über ihrem Niveau vor Jahresfrist, als die Geldanlagen durch die Auswirkungen der Finanzkrise stark zurückgegangen waren. Neben den eigenen Sparbemühungen ist dies auch auf die im Durchschnitt hohen Kursgewinne bei den Wertpapieren zurückzuführen. Diese beliefen sich in etwa auf 90 Mrd €. Die Schulden der privaten Haushalte bei Banken und Versicherungen blieben im Berichtsjahr dagegen nahezu unverändert und betragen Ende letzten Jahres 1 530 Mrd € beziehungsweise durchschnittlich 38 000 € je Haushalt. Im Ergebnis hat sich die Vermögensposition der privaten Haushalte 2009 erheblich verbessert. Mit 293 % des verfügbaren Einkommens erreichte das Netto-Geldvermögen fast wieder den bisherigen Rekordwert von 296 % aus dem Jahr 2007.

Zusammenfassung

Insgesamt dokumentiert die Finanzierungsrechnung für das Jahr 2009 umfangreiche Anpassungsreaktionen der einzelnen inländischen Sektoren im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie betrafen sowohl das jeweilige Anlagevolumen als auch die -struktur. Letzteres gilt insbesondere für die privaten Haushalte, die während des letzten Jahres ihre beträchtlichen Portfolioumschichtungen von Ende 2008 wieder zurückgenommen haben. Zudem konnten sie ihre Vermögensposition deutlich verbessern. Dagegen waren die finanziellen Aktivitäten der öffentlichen Haushalte und der Produktionsunternehmen 2009 von erheblichen Verwerfungen geprägt. Während letztere ihre Finanztransaktionen im Gefolge des Konjunkturerinbruchs massiv einschränkten, musste der Staatssektor – bedingt durch niedrigere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben zur Stützung der Konjunktur und des Finanzsektors – seine Verschuldung stark ausweiten. Auf Basis der jüngsten positiven Konjunkturdaten und aktueller -prognosen dürften auch die Finanzströme der Unternehmen in Zukunft wieder steigen. Schwieriger ist zweifellos die Lage der öffentlichen Haushalte, die derzeit verschiedenen Belastungen ausgesetzt sind. Trotz aller Probleme geht kein Weg an einer glaubwürdigen Rückkehr zu nachhaltigen Staatsfinanzen – bei Wahrung stabiler Preise – vorbei. Nur so lässt sich Vertrauen auf breiter Front schaffen und die Unsicherheit an den Finanzmärkten abbauen.



beiden Vorquartalen. Die auf das Jahr gerechnete saisonbereinigte Dreimonatsrate sank von $-1/2\%$ auf gut -4% . Der Abbau der Buchkreditvergabe an private Schuldner betraf dabei erneut vorrangig das kurzfristige Segment mit Laufzeiten bis zu einem Jahr und hierbei besonders stark die Buchkredite an finanzielle Unternehmen.

Unverbriefte Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen nur leicht zurückgegangen

Nachdem der Rückgang der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor im vierten Quartal 2009 noch ausschließlich auf merkliche Nettotilgungen bei den von deutschen Banken an inländische nichtfinanzielle Unternehmen vergebenen Krediten zurückzuführen war, erholte sich die Vergabe von Buchkrediten an diesen Sektor am Jahresanfang erkennbar. Im März kam es jedoch per saldo wieder zu einem spürbaren Abbau der Buch-

kredite, sodass noch nicht von einem gesicherten Wendepunkt in der Kreditentwicklung an nichtfinanzielle Unternehmen ausgegangen werden kann. Die entsprechende saisonbereinigte und auf das Jahr gerechnete Dreimonatsrate erhöhte sich von gut $-6\frac{1}{2}\%$ im Schlussvierteljahr auf $-1/2\%$ im Berichtsquartal. Die Abschwächung des Rückgangs beruht darauf, dass der in den letzten vier Quartalen beobachtete Abbau der kurzfristigen Buchkredite im Berichtsquartal an Schwung verlor und die langfristigen Ausleihungen ihren leichten Expansionskurs fortsetzten. Allein die mittelfristigen Ausleihungen wurden etwas stärker abgebaut als in den Vorquartalen. Insgesamt lässt sich die Entwicklung der Buchkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen auch im ersten Quartal 2010 noch gut mit der realwirtschaftlichen Entwicklung erklären. Diese Zahlen liefern somit weiterhin keine Hinweise für eine vorliegende Kreditklemme in Deutschland.

Der Bestand der gesamten an private Haushalte herausgegebenen Buchkredite nahm zwischen Januar und März in saisonbereinigter Betrachtung leicht zu. Auf das Jahr gerechnet betrug ihre saisonbereinigte Dreimonatsrate wie im Vorquartal $1/2\%$. Im Gegensatz zum vierten Quartal 2009 stagnierten die Wohnungsbaukredite in saisonbereinigter Betrachtung nahezu, sodass der Zuwachs vor allem auf die übrigen Kredite zurückzuführen war.

Buchkredite an private Haushalte leicht gestiegen

Anders als die Kreditvergabe an den privaten Sektor expandierte die Mittelbereitstellung an die öffentlichen Haushalte zwischen Januar

*Dynamische
Mittelbereit-
stellung für
öffentliche
Haushalte*

und März 2010 kräftig. Saisonbereinigt und auf das Jahr gerechnet stieg sie um gut 7 ½ % an. Im Einzelnen wuchsen die Buchkredite über das erste Quartal betrachtet mit einer saisonbereinigten und annualisierten Dreimonatsrate von 3 %, nachdem sie im vierten Quartal 2009 erkennbar zurückgegangen waren. Zugleich wurden die Wertpapierkredite entsprechend um knapp 17 ½ % ausgeweitet.

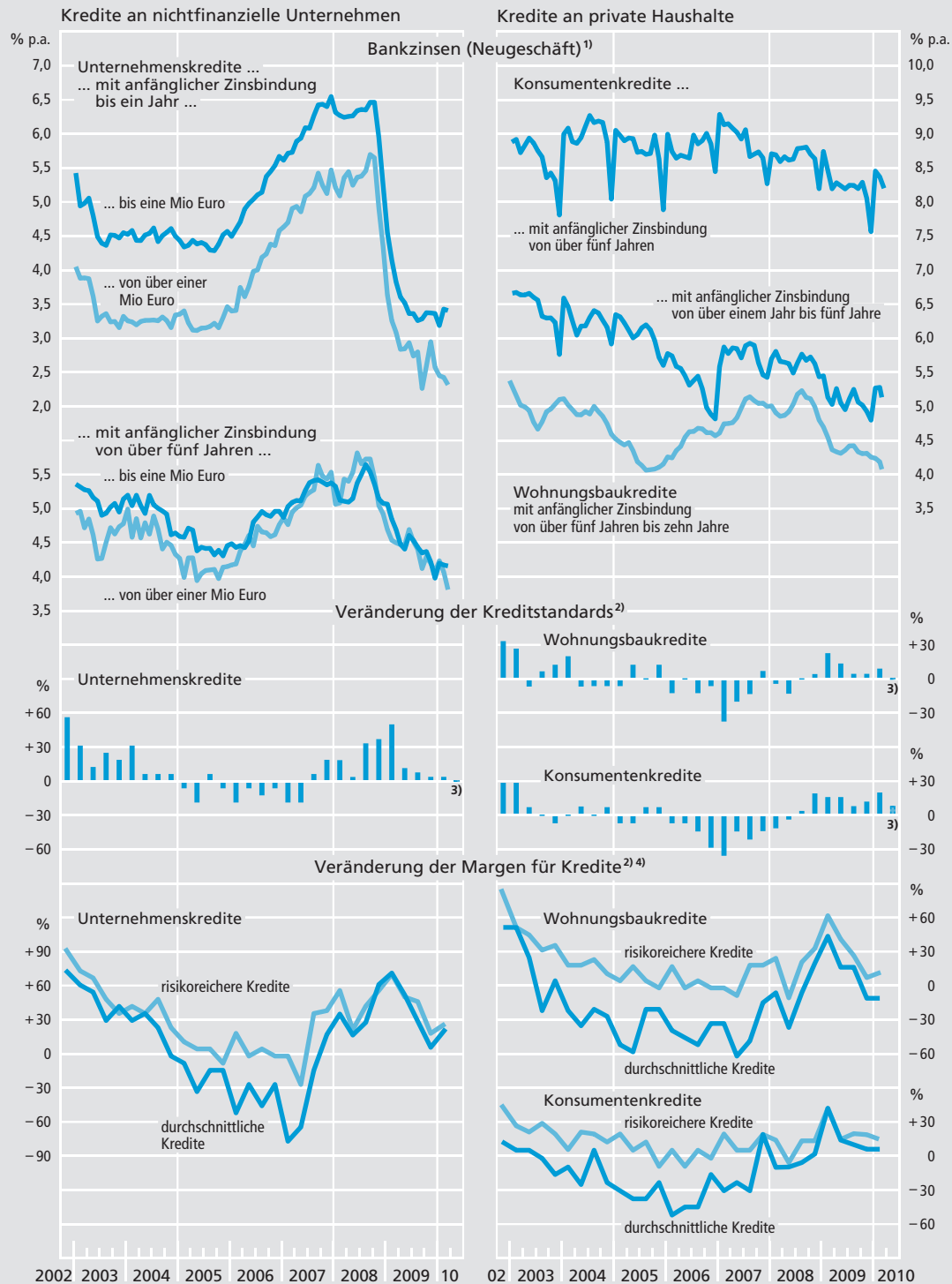
*Kreditstandards
wenig
verändert*

Die im April 2010 durchgeführte Umfrage zum Kreditgeschäft im ersten Quartal 2010 (Bank Lending Survey: BLS) bestätigt den in den beiden Vorquartalen gewonnenen Eindruck, dass die restriktiven Anpassungen der Kreditstandards aus der Zeit davor nicht mehr in der Breite fortgesetzt wurden. So verschärften die befragten Banken nur noch vereinzelt ihre Richtlinien für Unternehmenskredite, wobei insgesamt den restriktiven Anpassungen – weiterhin ausgehend vor allem von branchen- und firmenspezifischen Faktoren – eine verbesserte Liquiditätsposition der Institute entgegenwirkte. Im Gegensatz hierzu entwickelten sich die Margen laut den Angaben der Institute per saldo restriktiver als im Vorquartal. Im Einzelnen schlugen sich die Verschärfungen in deutlichen Margenausweitungen sowohl bei den durchschnittlich riskanten Krediten als auch bei den risiko-reicheren Ausleihungen nieder. Während sich die Entwicklungen der Kreditrichtlinien in Deutschland und im Euro-Raum in weiten Teilen entsprachen, wurden die Margen in der EWU-Stichprobe merklich moderater, aber weiterhin restriktiv angepasst.

Nachdem die Interviewpartner im gesamten Währungsgebiet schon seit Längerem einen rückläufigen Mittelbedarf der Unternehmen beobachtet hatten, meldeten nun erstmals seit 2008 auch die deutschen Banken eine per saldo leicht gesunkene Nachfrage nach Bankkrediten. Getrieben wurde diese Entwicklung insbesondere durch den rückläufigen Mittelbedarf für Anlageinvestitionen sowie von verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen am Kapitalmarkt. Die privaten Haushalte sahen sich insgesamt etwas strengeren Angebotsbedingungen seitens der am BLS beteiligten deutschen Banken gegenüber. Diese wurden vor allem von spürbar verschärften Standards für Konsumentenkredite sowie leicht restriktiven Anpassungen bei den Wohnungsbaukrediten bestimmt. Daneben waren auch die Margenentwicklungen – mit Ausnahme der durchschnittlich riskanten Wohnungsbaukredite – von Verschärfungen geprägt. Gleichzeitig verzeichneten die Institute einen per saldo deutlich gesunkenen Mittelbedarf der privaten Haushalte. Dafür wurde vor allem der gestiegene Konkurrenzdruck in diesem Kreditsegment verantwortlich gemacht.

Auch die Umfragerunde zum ersten Quartal 2010 enthielt wieder Zusatzfragen zum Einfluss der Finanzkrise auf die Refinanzierung, die Eigenkapitalkosten und die Kreditvergabe der teilnehmenden Banken. Laut Angaben der Interviewpartner hat sich der Zugang zu großvolumiger Finanzierung an den Geld- und Kapitalmärkten gegenüber dem Vorquartal merklich verbessert. Daneben konstatierte erneut knapp die Hälfte der teilnehmenden Institute gestiegene Eigenkapitalkosten im

Bankkonditionen in Deutschland



1 Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. — 2 Gemäß Bank Lending Survey; Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten. — 3 Erwartungen für das 2.Vj. 2010. — 4 Maßstab verkleinert.

Zuge der Finanzkrise, die bei einigen auch zu einer gewissen Beeinträchtigung ihrer Kreditvergabe führten.

*Bankkredit-
zinsen über-
wiegend
rückläufig*

Trotz der im BLS berichteten deutlichen Margenausweitungen wurde laut Zinsstatistik von den deutschen Instituten auch im ersten Quartal 2010 ein Teil der vergünstigten Konditionen am Kapitalmarkt an die inländischen privaten Kunden weitergegeben. So verlangten die meldenden Institute bei kurzfristigen

Unternehmenskrediten zuletzt nur noch 3,4 % für kleinvolumige beziehungsweise 2,3 % für großvolumige Forderungen. Für langfristige Ausleihungen waren es 4,2 % beziehungsweise 3,8 %. Bei den Ausleihungen an private Haushalte waren die Konsumentenkredite teurer als im Vorquartal, während die Zinsen für Wohnungsbaukredite in der Breite nachgaben. So beliefen sich die langfristigen Wohnungsbaukreditzinsen Ende März auf 4,3 %.

Finanzmärkte

Tendenzen an den Finanzmärkten

Die Schuldenkrise Griechenlands hat im Frühjahr 2010 zu erheblichen Anspannungen an den Finanzmärkten geführt, zumal Befürchtungen von Ansteckungseffekten auf andere EWU-Länder aufkamen. In der Folge stiegen die Anleiherenditen vor allem südeuropäischer Staaten ab Mitte April stark an, und es kam zu einer nie da gewesenen Spreizung der EWU-Renditen. Am Markt für Versicherungen von Kreditausfallrisiken erfolgte ebenfalls eine grundlegende Neubewertung der Kreditwürdigkeit staatlicher Emittenten. In dem Umfeld erhöhter Unsicherheit geriet auch der Euro erheblich unter Druck; zudem war die Funktionsfähigkeit verschiedener Märkte stark beeinträchtigt. Es drohte eine unkontrollierte Eigendynamik, die die Stabilität der Europäischen Währungsunion gefährdet und die Weltwirtschaft belastet hätte. Die am 9./10. Mai durch den Ecofin und den IWF beschlossenen weitreichenden Stützungsmaßnahmen, die Ankündigung zusätzlicher Konsolidierungsanstrengungen sowie die Entscheidungen des EZB-Rats, die auch Käufe von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch das Eurosystem einschließen, stoppten schließlich kurzfristig den drastischen Kursverfall an den Anleihemärkten Südeuropas. An den europäischen Aktienmärkten bewirkten sie zusammen mit der Erwartung eines weiter bestehenden Niedrigzinsumfelds einen Kurssprung. Finanzwerte, die von Anlegern als besonders reagibel gegenüber entsprechenden Staatsanleihen eingestuft werden, legten stark zu.

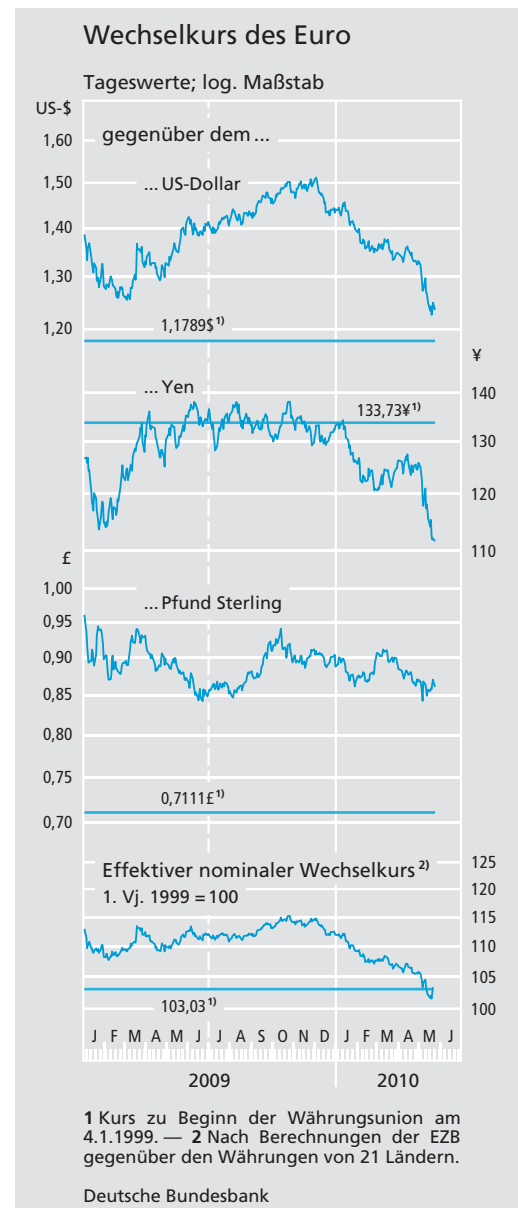
*Finanzmarkt-
umfeld*

Wechselkurse

*Wechselkurs-
entwicklung
des Euro
gegenüber dem
US-Dollar, ...*

Die Anspannungen innerhalb der Währungsunion strahlten auch auf die Devisenmärkte aus und belasteten den Euro. Dieser hat seit dem Jahreswechsel insbesondere auch gegenüber dem US-Dollar stark an Wert verloren. Neben den geschilderten dramatischen Ereignissen übte die allmähliche konjunkturelle Belebung in den USA zusätzlichen Druck auf den Euro-Dollar-Kurs aus. So wurde Ende Januar ein unerwartet starkes Wachstum der US-amerikanischen Wirtschaft für das Schlussquartal 2009 bekanntgegeben, das den später veröffentlichten Wert für den Euro-Raum weit überstieg. Die ermutigenden Konjunkturnachrichten und das Auslaufen geldpolitischer Sondermaßnahmen zur Liquiditätsversorgung des amerikanischen Finanzsektors führten am Markt zu Spekulationen, die US-Leitzinsen könnten schon früher angehoben werden als bis dahin erwartet. Auch dies trug zur Abwertung des Euro bei. Als die amerikanische Notenbank Ende Februar unter Verweis auf den labilen Arbeitsmarkt dem Parlament gegenüber versicherte, die Leitzinsen würden noch für eine längere Zeit ausgesprochen niedrig bleiben, stabilisierte sich der Euro schließlich vorübergehend bei 1,36 US- $\text{\$}$.

Am Kapitalmarkt weitete sich im März jedoch die transatlantische Zinsdifferenz, die zuvor nahe bei null gelegen hatte, zugunsten US-amerikanischer Staatsanleihen aus, was zu erneutem Druck auf den Euro beitrug. Auch die anhaltende Unsicherheit über die Finanzierung des griechischen Staatshaushalts beschäftigte den Markt immer stärker. Dies be-



schleunigte die Talfahrt des Euro im Mai, wohl auch deshalb, weil die fiskalische Krise in Griechenland zunehmend auf den dortigen Bankensektor ausstrahlte und über erhöhte Zinsaufschläge Ansteckungseffekte in anderen Euro-Ländern drohten. Der Euro erholte sich zwar jeweils nach der grundsätzlichen Einigung auf ein Hilfspaket für Griechenland, dessen Konkretisierung zwei Wochen später sowie nach dem Beschluss über umfang-

reiche geld- und finanzpolitische Stützungsmaßnahmen im Euro-Raum. Ein nachhaltiger Effekt war aber in dem Umfeld erhöhter Nervosität am Devisenmarkt nicht zu verzeichnen. So notierte der Euro zuletzt mit 1,24 US-\$ 14 % unter seinem Wert vom Jahresbeginn.

... dem Yen...

Auch im Verhältnis zum Yen belasteten die Anspannungen in der Währungsunion den Euro. Von 134 Yen zum Jahreswechsel gab er bis Ende Februar auf einen Kurs von 120 Yen nach. Zu dieser Zeit kursierten Medienberichte über Differenzen zwischen der japanischen Regierung und der Bank von Japan hinsichtlich der Frage, ob weitere geldpolitische Maßnahmen zur Deflationsbekämpfung erforderlich seien. Vor dem Hintergrund der Unsicherheiten über die adäquate Wirtschaftspolitik in Japan gewann der Euro im März wieder an Wert. Im April stabilisierte sich der Euro-Yen-Kurs, nachdem zum einen Spekulationen um eine Wiederaufnahme der Renminbi-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar aufkamen und sich zum anderen sowohl die Regierung als auch die japanische Notenbank nach positiven Konjunkturnachrichten optimistisch über die heimischen Wirtschaftsaussichten äußerten. Im Mai belasteten um sich greifende Sorgen um die finanzpolitische Solidität mehrerer Staaten der Währungsunion den Euro auch gegenüber dem Yen, welcher zusätzlich noch von der dadurch steigenden Risikoaversion profitierte. Bei Redaktionsschluss stand der Euro bei 112 Yen, 16 % schwächer als zum Jahreswechsel.

... und dem Pfund Sterling

Der Euro-Pfund-Kurs entwickelte sich seit Jahresbeginn uneinheitlich. Zwar stand der

Euro zum Pfund Sterling vor allem im Januar und ab Mitte März unter Druck. In der Zwischenzeit wertete er aber spürbar auf. Dies lag zum einen an der Enttäuschung über die recht schleppende konjunkturelle Erholung im Vereinigten Königreich. Zum anderen rückte, ausgelöst unter anderem durch Warnungen von Rating-Agenturen vor Risiken für die Bonität britischer Staatstitel, die prekäre Haushaltslage dort ebenfalls in das Blickfeld der Märkte. Entsprechende Befürchtungen erhielten zusätzliche Nahrung, als für Januar ein merklicher Einbruch bei den britischen Steuereinnahmen gemeldet wurde. Später deuteten Meinungsumfragen auf unklare Mehrheiten nach der kommenden Parlamentswahl hin, die – so wurde eine Zeit lang gemutmaßt – entschlossenen Konsolidierungsschritten abträglich seien. Per saldo verzeichnete der Euro gegenüber dem Pfund Sterling vor diesem Hintergrund trotz seiner der Haushaltsprobleme Griechenlands geschuldeten Schwäche zum Ende des Berichtszeitraums nur vergleichsweise geringe Verluste von 3 % seit Ende 2009; er notierte zuletzt bei 0,86 Pfund Sterling.

Im Durchschnitt gegenüber den Währungen 21 wichtiger Handelspartner hat der Euro seit Jahresbeginn 8 ½ % an Wert verloren. Da wesentliche Ursachen für diese Entwicklungen im Euro-Raum selbst zu suchen sind, waren die Kursverluste breit angelegt. Neben den erwähnten Verlusten gegenüber US-Dollar und Yen, die wegen ihrer Markttiefe und Liquidität stärker gefragt sind, fiel die Abwertung gegenüber dem kanadischen Dollar mit 13 ½ % sowie gegenüber einigen Währungen aus dem Fernen Osten (z. B. um 10 % gegen-

Effektiver Wechselkurs des Euro

über dem koreanischen Won und um 14 % gegenüber dem Singapur-Dollar) besonders ausgeprägt aus. In diesen Ländern hat bereits ein kräftiger Aufschwung eingesetzt, der Kapitalzuflüsse anregt und damit die Aufwertung der jeweiligen Währung begünstigt. Gegenüber dem australischen Dollar sowie dem Schweizer Franken erreichte der Euro im Berichtszeitraum historische Tiefstände. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern des Euro-Raums gegenüber wichtigen Handelspartnern verbesserte sich durch die Euro-Abwertung zwar, ist aber in längerfristiger Betrachtung alles in allem noch immer nicht als durchweg günstig anzusehen.

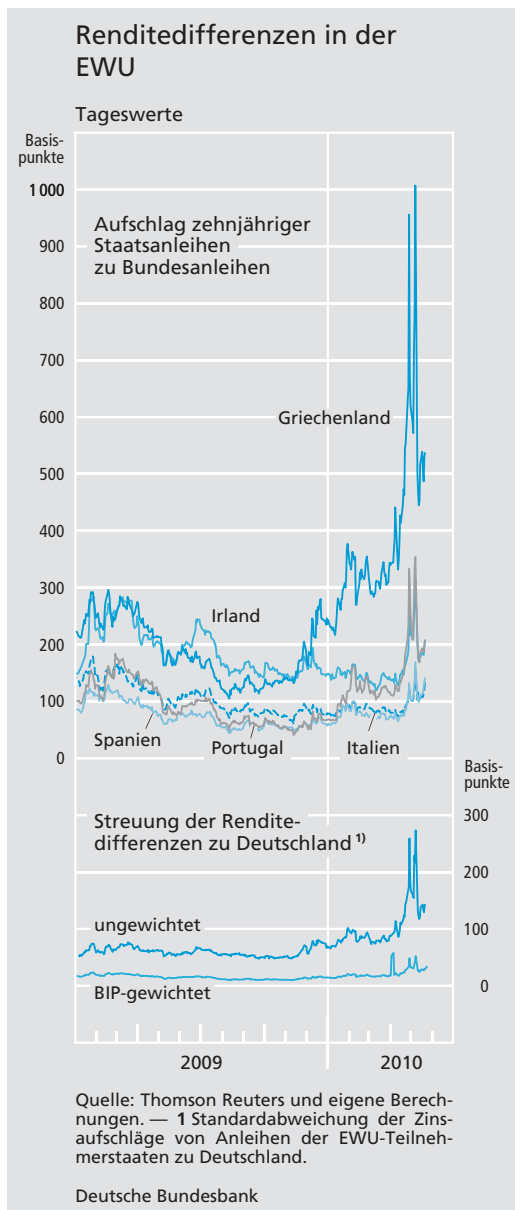
Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

Ausweitung der griechischen Schuldenkrise im Fokus

Die Schuldenkrise Griechenlands und deren Ausweitung zu einer Vertrauenskrise auch gegenüber Anleihen anderer EWU-Mitgliedsländer bestimmte in den letzten Monaten die Entwicklung an den europäischen Rentenmärkten. Im bisherigen Jahresverlauf hat sich der BIP-gewichtete Renditeaufschlag der anderen EWU-Staaten zu Deutschland zeitweilig mehr als verdoppelt; zuletzt lag er mit 107 Basispunkten noch immer knapp zwei Drittel über dem Wert vom Jahresende 2009. Getrieben wurde die Ausdehnung primär durch den Anstieg der Renditen griechischer Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit, die in der Spitze bei fast 13 % (1 000 Basispunkte über Bundesanleihen vergleichbarer Laufzeit) notierten. Ausschlaggebend war eine erneute Korrektur des griechischen Haushaltsdefizits, Streiks gegen geplante Konsolidierungsmaß-



nahmen und Bonitätsherabstufungen von Ratingagenturen. Zuletzt rentierten griechischen Staatsanleihen mit gut 8 % (540 Basispunkte Aufschlag auf Bundeswertpapiere) wieder deutlich niedriger, wenngleich noch immer höher als zu Jahresbeginn. Dazwischen lagen die Verabschiedung eines konditionierten Hilfspakets zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik im Volumen von 110 Mrd €, der Beschluss zur Aufspannung eines Euro-Rettungsschirmes mit einem geplanten Volumen von bis zu 750 Mrd € sowie die Einrichtung eines Programms auch zum Ankauf von Staatsanleihen durch das Eurosystem. Der um sich greifende Vertrauensentzug der Anleger führte auch für Portugal, Irland und Spanien zu steigenden Staatsanleihenrenditen, allerdings nicht in dem Ausmaß wie im Falle Griechenlands.



Währenddessen gaben die Renditen von Ländern wie Deutschland und Frankreich nach. Zehnjährige Bundesanleihen rentierten zuletzt mit 2 ½ % gut drei viertel Prozentpunkte niedriger als Ende 2009; sie fungierten als „sicherer Hafen“ für die zunehmend verunsicherten Anleger.

Noch stärker als am langen Ende gaben die Renditen im kurz- bis mittelfristigen Bereich

nach. Die Zinsstruktur am deutschen Rentenmarkt verlief dadurch noch einmal steiler als zum Jahresende 2009. Legt man Bundesanleihen zugrunde, so lag die Differenz zwischen zehnjährigen und zweijährigen Renditen zuletzt mit 237 Basispunkten auf einem im historischen Vergleich sehr hohen Niveau. Die erneute Verteilung der Zinsstruktur spiegelt die Erwartung einer weiter anhaltenden Niedrigzinspolitik des Eurosystems und die zunehmende Präferenz der Marktteilnehmer nach kurzlaufenden Zinstiteln wider.

Außerhalb Europas fielen die Renditebewegungen seit Jahresbeginn erheblich moderater aus als im Euro-Raum. Die durchschnittliche Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen stieg – nach einem Rückgang bis Mitte Februar – im Gefolge verbesserter Wachstumsaussichten, erwarteter Rekordemissionen von US-Treasuries und der Verabschiedung der Gesundheitsreform Ende Februar und im März wieder deutlich an. Anfang April übertraf sie sogar zeitweilig die Marke von 4 %, bevor sie anschließend im Zuge der von der Schuldenkrise Griechenlands und von den Ermittlungen der Börsenaufsicht (SEC) bei einigen Großbanken ausgehenden Verunsicherung wieder um mehr als drei Viertel Prozentpunkte nachgab. Bei Abschluss dieses Berichts lag sie mit 3 ¼ % nicht nur unter dem Vorjahresstand, sondern auch niedriger als die BIP-gewichtete Umlaufrendite von Anleihen der EWU-Teilnehmerstaaten. Die Renditen japanischer Staatsanleihen sanken im Berichtszeitraum per saldo leicht und lagen zuletzt bei 1 ¼ %.

Internationale
Rentenmärkte

Finanzierungsbedingungen für Unternehmen weiter verbessert

Im Einklang mit den verbesserten Konjunkturaussichten und der Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten haben sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen an den Kreditmärkten im Euro-Raum zunächst weiter verbessert. So sanken die Renditen von BBB-bewerteten und auf Euro lautenden Unternehmensanleihen seit Jahresbeginn um rund einen halben Prozentpunkt. Auch die Renditenaufschläge gegenüber Staatsanleihen verringerten sich geringfügig um vier Basispunkte. Die günstigeren Konditionen förderten die weiterhin hohe Emissionstätigkeit von Unternehmen an den Kapitalmärkten auch im ersten Quartal 2010. An den Kreditderivatemärkten trübte sich jedoch die Einschätzung des Ausfallrisikos des öffentlichen Sektors ein. Dies strahlte auch auf die Bewertung von Unternehmen aus, sodass es zu keinem Absinken der durch Kreditderivateindizes (iTraxx) gemessenen Ausfallrisiken von Unternehmen kam.

Nettoabsatz am Rentenmarkt gestiegen

Am deutschen Rentenmarkt belief sich das Bruttoemissionsvolumen im ersten Quartal 2010 auf 335 ½ Mrd € und lag somit erneut unter den Werten der Vorquartale. Nach Abzug der ebenfalls gesunkenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis allerdings Schuldverschreibungen für 20 Mrd € begeben, verglichen mit Nettotilgungen in den Quartalen zuvor. Zudem setzten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 15 Mrd € am deutschen Markt ab, die per saldo ausschließlich auf Euro lauteten. Damit betrug das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt im Berichtszeitraum 35 Mrd €.

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

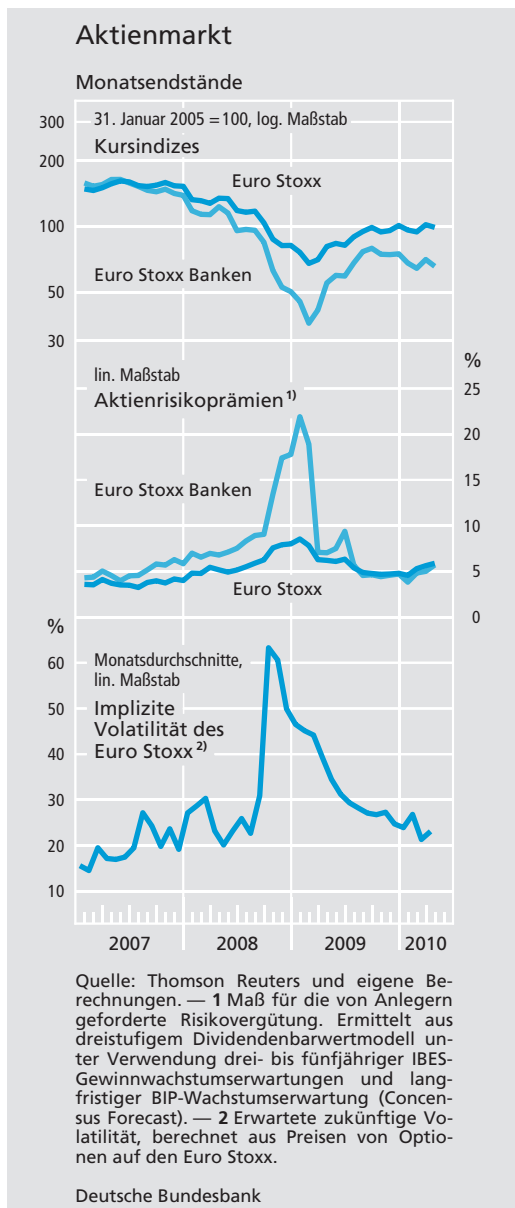
Position	2009		2010
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Mrd €			
Schuldverschreibungen			
Inländer	23,2	19,7	25,8
Kreditinstitute	10,1	- 19,1	2,1
darunter:			
ausländische Schuldverschreibungen	- 25,5	- 9,0	1,5
Nichtbanken	13,1	38,8	23,7
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 21,3	9,6	10,4
Ausländer	- 18,7	- 18,6	9,1
Aktien			
Inländer	13,4	7,6	6,7
Kreditinstitute	- 5,1	7,1	3,0
darunter:			
inländische Aktien	- 3,6	4,8	3,8
Nichtbanken	18,5	0,5	3,7
darunter:			
inländische Aktien	12,8	- 1,3	2,4
Ausländer	- 0,9	- 1,1	0,5
Investmentzertifikate			
Anlage in Spezialfonds	5,9	19,3	13,9
Anlage in Publikumsfonds	1,8	3,2	7,0
darunter: Aktienfonds	0,7	1,6	- 0,4
Deutsche Bundesbank			

Die öffentliche Hand nahm im ersten Quartal 2010 den Rentenmarkt mit 32 Mrd € stärker in Anspruch als noch im Quartal zuvor (6 ½ Mrd €). Der Bund emittierte dabei vor allem Bundesobligationen (16 ½ Mrd €) und zehnjährige Anleihen (10 Mrd €), in geringerem Umfang auch zweijährige Schatzanweisungen (4 ½ Mrd €) und 30-jährige Anleihen (3 ½ Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von unverzinslichen Schatzanweisungen (Bubills) in Höhe von 10 ½ Mrd € gegenüber. Die Länder begaben Schuldverschreibungen per saldo für 7 ½ Mrd €.

Mittelaufnahme öffentlicher Stellen

Die inländischen Kreditinstitute führten im Berichtsquartal den Abbau ihrer Kapitalmarktverschuldung weiter fort, und zwar um 27 Mrd € (4. Quartal 2009: 28 ½ Mrd €). Dabei tilgten sie vor allem die flexibel gestaltbaren sonstigen

Nettotilgungen der Kreditinstitute



Bankschuldverschreibungen (netto 21 Mrd €) sowie Öffentliche Pfandbriefe (netto 18 ½ Mrd €). Dem standen Emissionen von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute sowie von Hypothekendarlehen gegenüber (9 Mrd € bzw. 3 Mrd €). Unter den Emissionen von Kreditinstituten waren 3 Mrd € mit einer staatlichen Garantie ausgestattet.

In dem Umfeld weiter verbesserter Finanzierungsbedingungen am Kapitalmarkt begaben inländische Unternehmen ohne Banklizenz im Berichtsquartal netto Schuldverschreibungen für 15 Mrd €. In dieser Emittentengruppe nahmen finanzielle Unternehmen ohne Banklizenz den Kapitalmarkt in Höhe von 8 ½ Mrd € in Anspruch. Dabei begaben sie überwiegend längerfristige Papiere (6 ½ Mrd €).

Emissionen von Nichtbanken

Als Erwerber inländischer Schuldverschreibungen traten im ersten Quartal 2010 vor allem inländische Nichtbanken und ausländische Investoren in Erscheinung. Sie stockten ihre entsprechenden Bestände um 10 ½ Mrd € beziehungsweise 9 Mrd € auf. Die heimischen Kreditinstitute investierten per saldo nur in geringem Umfang in deutsche zinstragende Papiere ½ Mrd €. Daneben engagierten sich deutsche Nichtbanken und Kreditinstitute in Höhe von 13 ½ Mrd € beziehungsweise 1 ½ Mrd € in ausländischen Schuldverschreibungen.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Die internationalen Aktienmärkte waren zu Beginn des Berichtszeitraums neben den Finanzproblemen Griechenlands von der Diskussion um eine Bankenabgabe geprägt. Unter diesem Eindruck sind die Kurse an den wichtigsten Börsen bis Mitte Februar gesunken. Betroffen waren insbesondere Finanzwerte, die in dieser Zeit auf ihren tiefsten Stand seit mehreren Monaten fielen. Insgesamt verloren der marktweite deutsche Aktienindex CDAX und der europäische Euro Stoxx-Index zwischen Januar und Anfang Februar jeweils etwa 8 % ihres Wertes. Der japanische Nikkei-Index und der US-amerikanische S&P 500 büßten im gleichen Zeitraum

Internationale Aktienmärkte im Zeichen griechischer Schuldenkrise

jeweils rund 4 % ein. Die zunehmende Verunsicherung der Anleger lässt sich auch an der impliziten Volatilität von Aktienindexoptionen ablesen, die in dieser Zeit merklich anstieg. Vor dem Hintergrund positiver Konjunkturnachrichten drehte sich die Stimmung an den Aktienmärkten in den folgenden Wochen jedoch wieder. So fielen Expertenumfragen über die Wachstumserwartungen des BIP im laufenden Jahr beiderseits des Atlantiks im April etwas besser aus als im März. Kurstreibend dürften allerdings vor allem längerfristige Gewinnwachstumserwartungen gewesen sein, die sich seit Anfang März verbessert haben. So stuften die von I/B/E/S befragten Analysten ihre entsprechenden Schätzungen für den Euro Stoxx von 7 % auf zuletzt 9 ½ % herauf. Im Gegenzug verzeichneten der marktweite Index Euro Stoxx und der CDAX zwischen Mitte Februar und Mitte April Wertzuwächse von 12 ½ % beziehungsweise 14 %. Seither bestimmte in der Einschätzung der Aktienanleger jedoch vor allem die drastische Verschärfung der Griechenland-Krise sowie der massive Vertrauenseinbruch an den Märkten insbesondere für südeuropäische Staatsanleihen das Börsengeschehen. So verloren der Euro Stoxx und der CDAX zwischen Mitte April und dem 7. Mai 15 % beziehungsweise 11 % ihres Wertes. Seit dem Ersuchen Griechenlands um Finanzhilfe Ende April hat sich auch die Kursunsicherheit an den Aktienmärkten, gemessen an der impliziten Volatilität von Aktienindexoptionen, stark erhöht. Die am 9./10. Mai beschlossenen Maßnahmen, die einen Europäischen Finanziellen Stabilisierungsmechanismus einschließen, ließen die europäischen Aktiennotierungen um 9 % und speziell die Finanzwerte um 16 %

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €	2009		2010
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
I. Leistungsbilanz 1) 2)	+ 22,6	+ 47,5	+ 31,7
Außenhandel 1) 3)	+ 27,5	+ 44,1	+ 37,8
Dienstleistungen 1)	- 1,3	+ 1,8	- 1,5
Erwerbs- und Vermögenseinkommen 1)	+ 11,9	+ 11,2	+ 11,2
Laufende Übertragungen 1)	- 12,9	- 7,4	- 13,4
II. Vermögensübertragungen 1) 4)	+ 0,0	- 0,5	+ 0,3
III. Kapitalbilanz 1)			
(Netto-Kapitalexport: -)	+ 4,1	- 81,2	- 9,1
1. Direktinvestitionen	- 9,9	+ 8,6	- 25,2
Deutsche Anlagen im Ausland	- 13,6	+ 1,9	- 32,0
Ausländische Anlagen im Inland	+ 3,7	+ 6,8	+ 6,8
2. Wertpapiere	- 31,9	- 36,8	- 7,6
Deutsche Anlagen im Ausland	- 9,1	- 18,0	- 19,3
Aktien	+ 0,3	- 0,8	+ 3,6
Investmentzertifikate	- 0,5	+ 3,0	- 8,0
Schuldverschreibungen	- 8,9	- 20,2	- 14,8
Anleihen 5)	- 14,5	- 21,6	- 18,1
darunter: auf Euro lautende Anleihen	- 18,6	- 19,9	- 25,9
Geldmarktpapiere	+ 5,6	+ 1,4	+ 3,3
Ausländische Anlagen im Inland	- 22,8	- 18,8	+ 11,6
Aktien	- 4,4	- 0,7	+ 0,8
Investmentzertifikate	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,8
Schuldverschreibungen	- 18,7	- 18,6	+ 9,1
Anleihen 5)	- 32,5	- 14,2	+ 14,6
darunter: öffentliche Anleihen	+ 8,0	+ 2,6	+ 16,4
Geldmarktpapiere	+ 13,9	- 4,4	- 5,4
3. Finanzderivate 6)	+ 22,6	- 0,4	- 4,1
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 23,1	- 53,2	+ 28,4
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 83,7	- 37,7	+ 75,3
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	+ 87,3	- 48,9	+ 65,3
darunter: kurzfristig	- 18,9	- 1,8	- 17,8
Staat	- 17,2	+ 5,6	- 9,9
darunter: kurzfristig Bundesbank	+ 16,7	- 15,4	- 0,2
darunter: kurzfristig Bundesbank	+ 17,5	- 15,1	+ 0,9
Bundesbank	- 58,5	+ 1,6	- 28,9
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) 9)	+ 0,3	+ 0,6	- 0,7
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen (Restposten)	- 26,7	+ 34,1	- 22,8

1 Saldo. — 2 Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. — 3 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). — 4 Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. — 5 Ursprungslaufzeit über ein Jahr. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

Deutsche Bundesbank

Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken

Die Finanzkrise war der Auslöser für eine Reihe politischer Initiativen auf internationaler Ebene mit dem Ziel, solche Krisen in Zukunft zu vermeiden.

Im Oktober 2008 beauftragte die EU-Kommission eine hochrangig besetzte Expertengruppe unter der Führung des früheren französischen Notenbankgouverneurs und ehemaligen geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds, Jacques de Larosière, Empfehlungen zur zukünftigen Regulierung und Beaufsichtigung der europäischen Finanzmärkte zu erarbeiten. In ihrem Bericht vom 25. Februar 2009 stellte die Expertengruppe unter anderem fest, dass der Schwerpunkt der Regulierungs- und Aufsichtsbehörden bisher auf der mikroprudenziellen Aufsicht, das heißt der Überwachung einzelner Institute, gelegen habe, während den makroprudenziellen Gefahren für das Finanzsystem insgesamt nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Deshalb empfahl die Gruppe die Einrichtung eines Ausschusses für Systemrisiken mit dem Mandat, die Stabilität des Finanzsystems zu analysieren, Frühwarnsysteme für aufkommende Risiken und Schwachstellen im Finanzsystem zu entwickeln sowie auch Stresstests auf Makroebene durchzuführen, um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors gegen bestimmte Schocks beziehungsweise Entwicklungen zu ermitteln. Die Expertengruppe schlug vor, den Ausschuss bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedeln und die EZB zusammen mit dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) mit diesen Aufgaben zu betrauen.

Der Europäische Rat unterstützte im Juni 2009 diese Empfehlung und beauftragte die EU-Kommission, Legislativvorschläge zu entwickeln. Die EU-Kommission veröffentlichte daher am 23. September 2009 Vorschläge für Rechtsakte zur Errichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board: ESRB). Im Ecofin-Rat wurden diese Vorschläge am 20. Oktober 2009 weitgehend gebilligt. Derzeit steht noch die Behandlung im Europäischen Parlament aus. Die politische Vorgabe, den ESRB zum 1. Januar 2011 zu errichten, scheint allerdings nicht mehr umsetzbar, wenn sich das Europäische Parlament auf die umfangreichen und weitreichenden Änderungsvorschläge der Berichterstatter seines Ausschusses für Wirtschaft und Währung verständigt.

Die EU-Kommission hat als Rechtsgrundlage für das neue Gremium ohne eigene Rechtspersönlichkeit eine

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates auf der Grundlage von Artikel 114 des Vertrages über die Arbeitsweise der Union (AEUV) vorgeschlagen. Artikel 114 AEUV ermächtigt die Union, rechtsangleichende Regelungen zu erlassen, die der Verwirklichung des Binnenmarkts dienen. Vor diesem Hintergrund ist der Auftrag an den ESRB zu verstehen, durch die Abwendung und Eindämmung systemischer Risiken auch zu einem reibungslos funktionierenden Binnenmarkt beizutragen.

Als Handlungsinstrumente werden dem ESRB im Wesentlichen Risikowarnungen und Empfehlungen für Abhilfemaßnahmen zur Verfügung gestellt. Adressaten können die EU, die EU-Kommission, die EU-Mitgliedstaaten, die nationalen Aufsichtsbehörden oder die in dem de-Larosière-Bericht ebenfalls empfohlenen und gleichzeitig von der EU-Kommission vorgeschlagenen neu zu errichtenden europäischen Behörden für die mikroprudenzielle Aufsicht sein. Die Maßnahmen des ESRB haben zwar keinen rechtsverbindlichen Charakter, der ESRB soll aber überwachen, ob und inwieweit die Adressaten die Maßnahmen innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens umsetzen. Diese sind verpflichtet darzulegen und zu begründen, warum sie einer Empfehlung nicht oder nur teilweise folgen wollen.

Notwendige bankaufsichtliche Informationen soll der ESRB zunächst von den drei neuen europäischen Aufsichtsbehörden anfordern können. In jedem Fall soll grundsätzlich auf vorhandene Daten zurückgegriffen werden, um zusätzliche Belastungen für die Kreditwirtschaft zu vermeiden. Die Informationen sollen grundsätzlich in einer Form erfolgen, die keinen Rückschluss auf einzelne Institute zulässt. Weiter kann der ESRB auf statistische Daten zurückgreifen, die die EZB über die Zentralbanken des Eurosystems erhebt.

Der ESRB wird mit den nationalen Aufsichtsbehörden und den neuen europäischen Stellen sowie auf internationaler Ebene mit Institutionen im Bereich der Finanzstabilität, wie zum Beispiel dem Internationalen Währungsfonds und dem Rat für Finanzstabilität (Financial Stability Board: FSB), eng zusammenarbeiten.

Für die personelle Besetzung des ESRB wird im Wesentlichen auf die EU-Notenbanken zurückgegriffen, die überwiegend – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – bereits auf nationaler Ebene Aufgaben im Bereich der Finanzstabilität wahrnehmen. Die

Notenbanken des Eurosystems haben seit dem Eintritt in die Währungsunion ein Mandat auf dem Gebiet der Finanzstabilität aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Union (Art. 127 Abs. 5 AEUV).

Beschlussgremium des ESRB ist der Verwaltungsrat. Er setzt sich aus dem Präsidenten und Vizepräsidenten der EZB sowie den Gouverneuren der Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten zusammen, die als solche auch Mitglieder des Erweiterten Rates der EZB sind. Mitglieder sind darüber hinaus auch ein Vertreter der EU-Kommission und die Vorsitzenden der neuen europäischen Aufsichtsbehörden sowie – allerdings ohne Stimmrecht – je Mitgliedstaat ein Vertreter der nationalen Aufsichtsbehörden und der Vorsitzende des EU-Wirtschafts- und Finanzausschusses. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates kann nur ein ESRB-Mitglied aus einer EU-Zentralbank gewählt werden. Es wird erwartet, dass der EZB-Präsident zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates bestimmt wird.

Unterstützt wird der Verwaltungsrat, in dem nicht aus den EU-Zentralbanken stammende Mitglieder deutlich in der Minderheit sind, durch einen Lenkungsausschuss, dessen Besetzung hingegen nicht die Zusammensetzung des Verwaltungsrates widerspiegelt. Von den 12 Mitgliedern des Lenkungsausschusses gehören nämlich neben dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates lediglich fünf weitere Mitglieder EU-Zentralbanken an. Im Lenkungsausschuss sind die Mitglieder aus den Zentralbanken des Eurosystems voraussichtlich in der Minderheit.

Die Mitglieder des ESRB sind verpflichtet, unparteiisch und allein im Interesse der Europäischen Union zu handeln.

Dem ESRB wird ein Beratender Ausschuss zur Seite gestellt, der sich aus Vertretern auf Fachebene der Institutionen und Organe, die dem Verwaltungsrat angehören, zusammensetzt. Das Banking Supervision Committee (BSC), in dem alle Notenbanken und Bankenaufsichtsbehörden der EU vertreten sind, unterstützt seit 1998 die EZB und das ESZB mit „Stabilitäts- und Strukturanalysen des EU-Bankensektors“. Insofern könnte das BSC den Kern des neuen Beratungsgremiums für das ESRB bilden.

Nach Überlegungen im Europäischen Parlament soll die Zahl der Notenbankangehörigen in den Gremien zugunsten von Wissenschaftlern und Personen mit

einem Hintergrund aus der Wirtschaft, den Gewerkschaften oder als Anbieter oder Verbraucher von Finanzdienstleistungen reduziert werden. Dies stünde im Widerspruch zu den Vorschlägen des de-Larosièr-Berichts, wonach der ESRB mit Blick auf die Expertise ausschließlich bei den Zentralbanken angesiedelt werden sollte.

Das Sekretariat des ESRB soll von der EZB gestellt werden und für die analytische, statistische, logistische und administrative Unterstützung des ESRB sorgen. Für die Errichtung des Sekretariats hat die EU-Kommission eine zusätzliche Verordnung, und zwar auf der Grundlage von Artikel 127 Absatz 6 AEUV, vorgeschlagen. Nach Artikel 127 Absatz 6 AEUV kann der Rat einstimmig nach Anhörung des Europäischen Parlaments und der EZB besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute und sonstige Finanzinstitute mit Ausnahme von Versicherungsunternehmen der EZB übertragen.

Der EZB-Rat hat bereits erklärt, dass die EZB bereitsteht, das Sekretariat für das ESRB zu stellen. Nach Artikel 127 Absatz 5 AEUV hat das Eurosystem bereits heute einen Auftrag, die zuständigen Behörden im Bereich der Finanzstabilität zu unterstützen, wozu auch der ESRB nach seiner Errichtung gehört. Die Bereitstellung des Sekretariats für das ESRB durch die EZB hätte daher auf diese Rechtsgrundlage und einen Beschluss des EZB-Rats gestützt werden können. Hierdurch wäre zudem das Erfordernis der Einstimmigkeit aller EU-Mitgliedstaaten entfallen, zumal die maßgebliche Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates nach Artikel 114 AEUV im Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden kann.

Besonderer Wert wird darauf zu legen sein, dass die neue Doppelrolle der ESRB-Mitglieder aus den EU-Zentralbanken und insbesondere aus den Zentralbanken des Eurosystems nicht zu Konflikten bei der Wahrnehmung ihrer schon bestehenden Aufgaben im Eurosystem/ESZB führt. Dies gilt vor allem für das Ziel des Eurosystems, Preisstabilität zu gewährleisten. Es gilt darüber hinaus auch für die unverändert fortbestehenden Aufgaben des Eurosystems im Bereich der Finanzstabilität. Dies kann deswegen besondere Bedeutung erlangen, weil hierfür die durch Artikel 130 AEUV garantierte Unabhängigkeit besteht. Dies wird auch die EZB im Rahmen ihrer organisatorischen Vorkehrungen bei der Bereitstellung des Sekretariats für das ESRB zu beachten haben.

ansteigen. Zuletzt lagen der Euro Stoxx und der CDAX dennoch rund 11% beziehungsweise 6% unter ihrem Stand zu Jahresbeginn.

*Gestiegene
Risikoprämie*

Die von Anlegern geforderte Vergütung für das Halten von Aktien – die anhand eines Dividendenbarwertmodells ermittelt werden kann – ist seit Januar angestiegen. Während sich die implizite Aktienrisikoprämie für den Gesamtmarkt Ende April mit fast 6% auf einem Niveau wie vor der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers bewegte, lag der Wert für Bankenaktien mit 5¾% deutlich unterhalb des entsprechenden Standes (8¾%). Dies deutet darauf hin, dass die Anleger unter Berücksichtigung der erwarteten Gewinnentwicklung am Markt für Bankenaktien deutlich risikofreudiger sind als Mitte 2008.

*Mittelaufnahme
am Aktien-
markt und
Aktienwerb*

Vor dem Hintergrund der erwarteten Erholung hat die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt im Frühjahrsquartal 2010 wieder zugenommen. Inländische Unternehmen emittierten junge Aktien für 6½ Mrd €; dabei handelte es sich weit überwiegend um börsennotierte Dividentitel. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg nur geringfügig (½ Mrd €). Erworben wurden Dividendenpapiere vor allem von gebietsansässigen Nichtbanken und Kreditinstituten (3½ Mrd € bzw. 3 Mrd €), die sich vorrangig in inländischen Titeln engagierten (2½ Mrd € bzw. 4 Mrd €). Ausländische Investoren nahmen hiesige Aktien für ½ Mrd € in ihren Bestand.¹⁾

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtszeitraum einen Mittelzufluss in Höhe von 21 Mrd €, nach einem Aufkommen von 22½ Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (14 Mrd €). Unter den Publikumsfonds konnten in erster Linie Offene Immobilienfonds und Gemischte Wertpapierfonds Anteilscheine unterbringen (3½ Mrd € bzw. 2½ Mrd €), in geringerem Umfang auch Gemischte Fonds (1 Mrd €) und Rentenfonds (½ Mrd €). Hingegen mussten Aktienfonds leichte Mittelabflüsse hinnehmen (½ Mrd €). Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften konnten im ersten Vierteljahr im Ergebnis neue Mittel für 8 Mrd € akquirieren.

*Absatz und
Erwerb von
Investment-
zertifikaten*

Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilscheine für 27 Mrd € in ihre Portfolios nahmen. Hierunter befanden sich in erster Linie heimische Papiere. Auch ausländische Investoren engagierten sich für 2 Mrd € in inländischen Fonds. Die heimischen Kreditinstitute erwarben Investmentzertifikate für netto ½ Mrd €. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um ausländische Papiere.

Direktinvestitionen

Wie im Wertpapierverkehr, der im ersten Quartal 2010 Netto-Kapitalexporte von 7½ Mrd € verzeichnete, ergaben sich aus den

*Deutsche
Direkt-
investitionen
im Ausland*

¹ Zu den Direktinvestitionen siehe S. 58/59.

grenzüberschreitenden Transaktionen im Bereich der Direktinvestitionen Kapitalabflüsse (25 Mrd €). Dabei stellten hiesige Firmen ihren im Ausland angesiedelten Niederlassungen Mittel im Umfang von 32 Mrd € zur Verfügung, und zwar sowohl in Form von Eigenkapital (14 Mrd €) als auch über den konzerninternen Kreditverkehr (12 ½ Mrd €). Als Investor trat neben dem Fahrzeugbau vor allem das deutsche Kredit- und Versicherungsgewerbe (13 Mrd €) in Erscheinung. Eine bedeutende Rolle kam dabei der Erhöhung der Kapitalrücklagen bei einer Tochtergesellschaft durch ein deutsches Kreditinstitut zu.

Von Januar bis März 2010 lag das Engagement ausländischer Eigner in ihren in Deutschland ansässigen Niederlassungen in etwa auf dem Niveau des Vorquartals. Im Ergebnis flossen den hiesigen Direktinvestitionsunternehmen – vornehmlich aus dem Euro-Raum – Mittel in Höhe von 7 Mrd € zu. Während das Beteiligungskapital nur geringfügig erhöht wurde, verblieben reinvestierte Gewinnanteile bei den deutschen Töchtern. Darüber hinaus wurden Mittel über – vorwiegend langfristige – konzerninterne Kredite bereitgestellt. Dies betraf im Wesentlichen den Fahrzeugbau.

*Ausländische
Direkt-
investitionen
in Deutschland*

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft hat sich nach dem Jahreswechsel 2009/2010 trotz temporär belastender Einflüsse fortgesetzt. Die erheblichen Spannungen an den internationalen Finanzmärkten im Zuge der sich verschärfenden Schuldenkrise in Griechenland und der davon ausgehenden Ansteckungseffekte auf andere Länder der Währungsunion haben sich bislang nicht in der Realwirtschaft niedergeschlagen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das reale Bruttoinlandsprodukt saison- und kalenderbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Nach einer Aufwärtsrevision ergibt sich für das letzte Vierteljahr 2009 nunmehr ein Anstieg in ähnlicher Größenordnung. Die vom Export getragene konjunkturelle Erholungstendenz überwog damit per saldo die vorübergehenden retardierenden Einflüsse auf die Binnenwirtschaft. Der außergewöhnlich kalte und schneereiche Winter behinderte im Januar und Februar erheblich die Aktivitäten im Baugewerbe sowie im Verkehrssektor, und vermutlich waren auch in der Industrie indirekte Effekte hiervon zu spüren. Im März haben die Unternehmen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der recht günstigen Auftragslage – die Produktion jedoch zügig wieder hochgefahren. Die privaten Haushalte reduzierten nach dem Auslaufen der Umweltprämie ihre Verbrauchsausgaben weiter. Den zyklischen Tiefpunkt vor Jahresfrist überstieg die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im Berichtszeitraum kalenderbereinigt um 1,6 %.

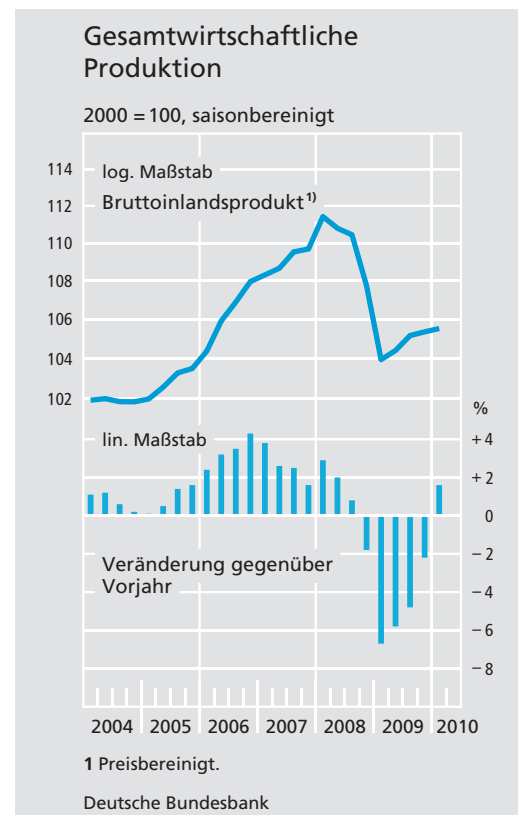
Durch Witterungseinflüsse gebremster Erholungsprozess

*Erneut
deutliches Plus
im Export-
geschäft*

Die deutsche Wirtschaft profitierte im ersten Quartal 2010 weiterhin in erster Linie von der Belebung des Auslandsgeschäfts. So sind die Exporte von Waren und Dienstleistungen saisonbereinigt um 2,6 % gestiegen, nachdem es bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 einen deutlichen Zuwachs gegeben hatte. Gemessen an den realen Warenströmen nahmen im Berichtszeitraum die Auslieferungen in die EWU-Staaten etwas stärker zu als die Exporte in Staaten außerhalb der Währungsunion. Allerdings war die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen auf den Drittmärkten bereits im vorigen Herbst ausgesprochen kräftig gestiegen. Der frühe Umschwung und die hohe konjunkturelle Dynamik der Schwellenländer insbesondere im asiatischen Raum haben ebenso wie die sich verstetigende Aufwärtsbewegung der US-Wirtschaft wesentlich dazu beigetragen, dass der massive Rückgang im Ausfuhrvolumen, der im Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise hingenommen werden musste, außerhalb des Euro-Raums bis dato etwa zur Hälfte wieder wettgemacht wurde. Im Vergleich dazu ist der Erholungsprozess im Exportgeschäft mit den Handelspartnern innerhalb der Währungsunion weniger weit vorangeschritten.

*Einfuhren
mit sehr
kräftigem
Zuwachs*

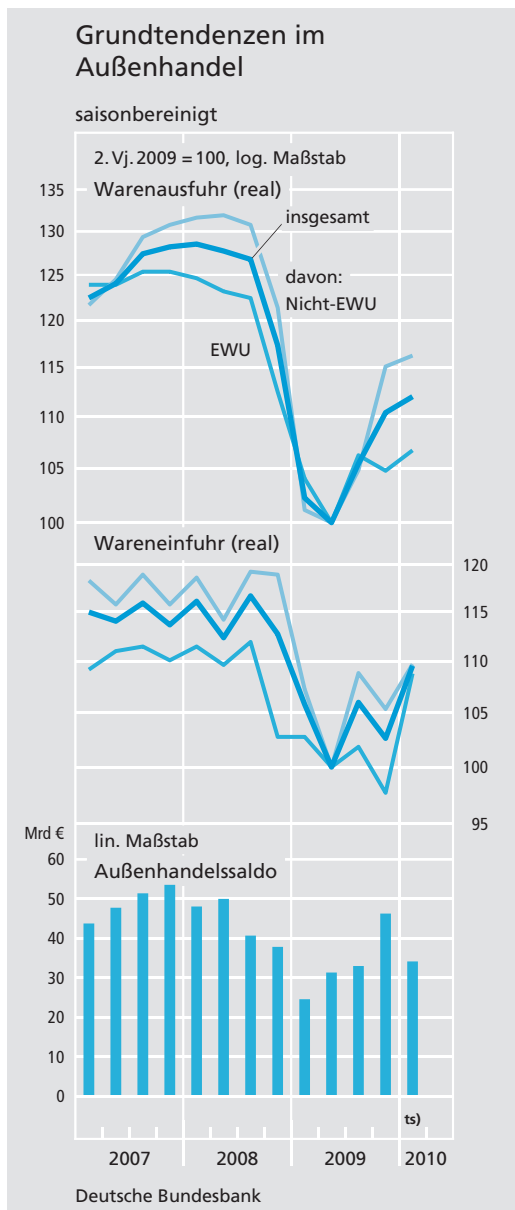
Die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen haben im ersten Quartal 2010 mit 6,1 % saisonbereinigt sehr kräftig zugenommen, nachdem es im Vorquartal ein Minus von 1,6 % gegeben hatte. Auffällig ist, dass die deutsche Wirtschaft nach dem Jahreswechsel die realen Warenimporte aus dem Euro-Raum um 11 ¼ % steigerte. Zuvor war das Einfuhrvolumen aus dieser Region allerdings besonders niedrig ausgefallen. Die Warenimporte



aus dem Nicht-EWU-Bereich legten nach dem Dämpfer im Vorquartal ebenfalls wieder zu und übertrafen im Berichtszeitraum das Niveau vom Sommer 2009 geringfügig. Seit dem konjunkturellen Tief entwickelten sich die Einfuhren im Trend nur wenig schwächer als die Ausfuhren. Der Außenhandelsüberschuss hat sich – ungeachtet des kräftigen Rückgangs im Berichtszeitraum, der den außergewöhnlichen Zuwachs vom Vorquartal nahezu vollständig korrigierte – saisonbereinigt tendenziell zwar wieder ausgeweitet, blieb aber bislang im Durchschnitt deutlich hinter dem Stand zurück, der gegen Ende des vorangegangenen Booms erzielt worden war.

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im Berichtszeitraum saisonbereinigt um 1,6 % gestiegen und haben damit den Rückgang vom

*Ausrüstungs-
investitionen
gestiegen*



Herbst 2009 wettgemacht. Mit Blick auf die beweglichen Anlagegüter ist die Investitionskonjunktur nach der massiven Korrektur vor Jahresfrist in der Grundtendenz durch eine Seitwärtsbewegung gekennzeichnet. Im Berichtszeitraum wurden unter anderem mehr Fahrzeuge bezogen, was nicht nur die Pkw-Flotten, sondern auch den Fuhrpark von Nutzkraftwagen betraf. Offensichtlich konnten viele Unternehmen notwendige Ersatz-

investitionen in diesem Bereich nicht länger aufschieben. Dieses Motiv dürfte zwar auch eine Rolle dafür gespielt haben, dass vermehrt Maschinen und Geräte beschafft wurden. Der Zuwachs fiel in dieser Warengruppe angesichts der immer noch spürbaren Unter- auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten allerdings vergleichsweise gering aus.

Die Bauinvestitionen wurden durch das kalte und schneereiche Winterwetter zwar deutlich beeinträchtigt, im Unterschied zu vergleichbaren Frostperioden in der Vergangenheit hielt sich das Minus mit 3,8 % aber in Grenzen. Die Zahl der Eistage – gemessen als deutschlandweiter Durchschnitt¹⁾ – übertraf im ersten Quartal 2010 den langjährigen saisonalen Mittelwert um mehr als das Doppelte. Die witterungsbedingte Zwangspause im Außengewerbe konzentrierte sich im Wesentlichen auf die ersten beiden Monate des Jahres. Bereits im März konnte damit begonnen werden, den Rückstand aufzuholen. Während der Wintermonate wurden überdies weitere Baumaßnahmen in größerem Umfang geplant. Nach Erhebungen des ifo Instituts hat sich die Geschäftslage der Architekten zu Beginn des ersten Quartals 2010 nur geringfügig verschlechtert, nachdem der Auftragsbestand zum Jahresende 2009 den höchsten Wert seit 15 Jahren erreicht hatte. Ferner stützte die Bauinvestitionen, dass sich das Ausbaugewerbe, das weit weniger von der Wetterlage abhängig ist, nicht zuletzt auf-

*Witterungs-
bedingter
Rückgang der
Bautätigkeit*

¹ Ein Eistag liegt vor, wenn die Tageshöchsttemperatur den Gefrierpunkt nicht überschreitet. Der hier verwendete Indikator gewichtet die Ergebnisse verschiedener Messstationen entsprechend der regionalen Beschäftigungsstruktur im Bauhauptgewerbe.

grund der staatlichen Konjunkturprogramme, deren Mittel auch zur Sanierung öffentlicher Gebäude verwendet werden, einer recht günstigen Auftragslage gegenüber.

Privater Verbrauch durch rückläufige Pkw-Nachfrage belastet

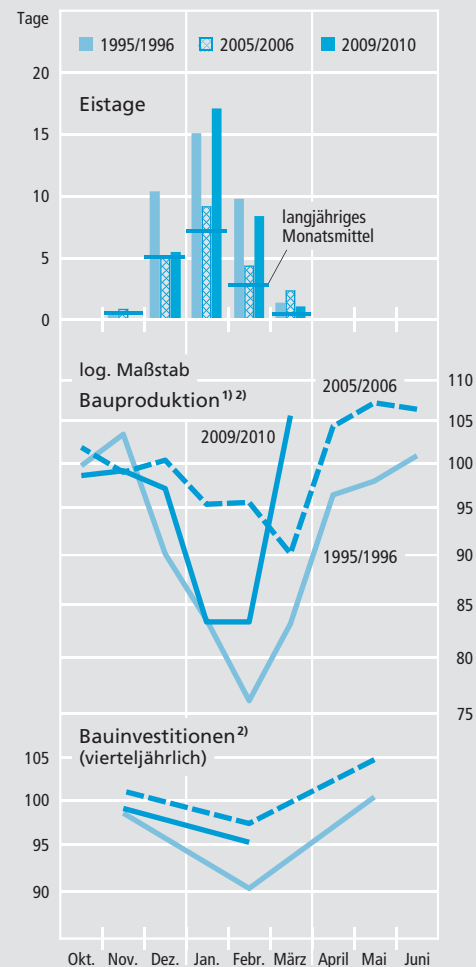
Die privaten Haushalte haben im ersten Vierteljahr 2010 ihre Konsumausgaben in realer Rechnung saisonbereinigt um 0,8% gegenüber dem Vorquartal eingeschränkt. Ausschlaggebend hierfür war, dass die Pkw-Auslieferungen an Privatpersonen ihren steilen Abwärtstrend bis Februar fortgesetzt haben. Seither verharrt die Zahl der Neuzulassungen nichtgewerblicher Pkw im Großen und Ganzen knapp unterhalb des Standes, auf dem sie vor Einführung der Abwrackprämie gewesen war. Der Kauf von leichtem Heizöl nahm im Berichtszeitraum kräftig zu, was damit zusammenhängen könnte, dass zahlreiche Haushalte aufgrund des hohen Ölverbrauchs während der kalten Wintermonate vorzeitig ihre Tanks auffüllen mussten. Die Einzelhandelsumsätze konnten saisonbereinigt das Niveau der Vorperiode in etwa halten. Sieht man von den beschriebenen Sondereffekten ab, zeigt sich die Verbrauchskonjunktur in der Grundtendenz weiterhin recht bestandsfest.

Sektorale Tendenzen

Weitere Belebung der Industrieproduktion ...

Die Erzeugung der Industrie erholte sich im ersten Vierteljahr 2010 weiter. Mit einem Zuwachs von saisonbereinigt 1,3% gegenüber dem Vorquartal veränderte sich die konjunkturelle Gangart dieses Wirtschaftsbereichs im Vergleich zum vorigen Herbst kaum und unterschritt damit das Expansionstempo vom

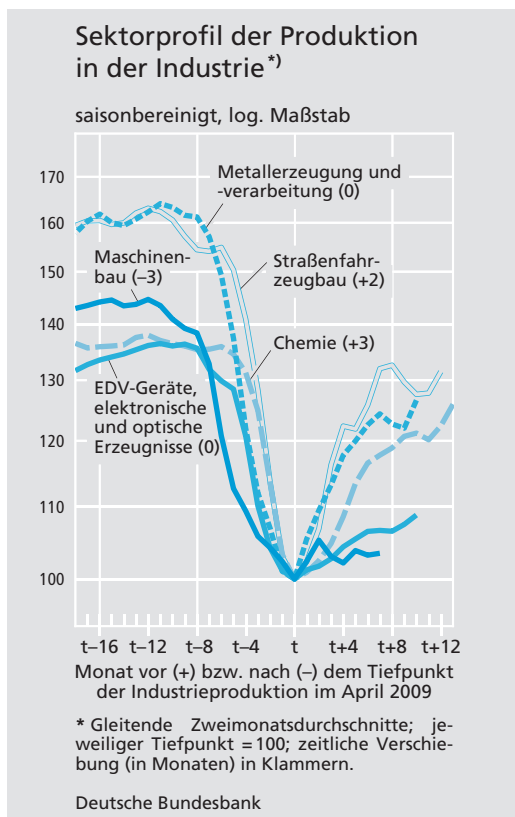
Witterungseinfluss am Bau: strenge Winter im Vergleich



1 Bauhauptgewerbe. — 2 Saisonbereinigt; Niveau im vorangegangenen Sommerquartal = 100.

Deutsche Bundesbank

Sommer wiederum deutlich. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass der Auftragsfluss im vierten Quartal 2009 vorübergehend etwas schwächer zugelegt hatte. Der sehr kräftige Produktionszuwachs im März könnte ein Hinweis darauf sein, dass die industrielle Fertigung am Jahresanfang 2010 auch wegen witterungsbedingter Behinderungen des Warentransports nicht entsprechend hochgefahren wurde. Dazu passt, dass den Erhebungen



des ifo Instituts zufolge der Nutzungsgrad der Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe mit Beginn des Frühlings um 4 ½ Prozentpunkte auf 79¾ % der betrieblichen Vollauslastung emporschnellte.

... bei
sektoralen
Diskrepanzen

Mit einem Plus von saisonbereinigt 2 % gegenüber dem Vorquartal verzeichneten im Berichtszeitraum erneut die Hersteller von Vorleistungsgütern den stärksten Zuwachs. Während bei der Produktion von Investitionsgütern eine Zunahme von knapp 1 % verbucht werden konnte, fiel die Steigerung im Konsumgüterbereich bescheiden aus. Erkennbare Unterschiede existieren in sektoraler Hinsicht überdies mit Blick auf den Stand des konjunkturellen Aufholprozesses. Im Vorleistungsbereich befand sich vor allem die Chemiebranche weiter im Aufwind und hat,

nachdem sie als erster wichtiger Industriezweig die Trendwende eingeleitet hatte, den durch die Rezession erlittenen Produktionsverlust schon zu rund drei Vierteln wettgemacht. In der Metallherstellung und -verarbeitung setzte sich ebenso wie in der Automobilindustrie die Erholung erst nach einer Stockungsphase fort, die vornehmlich auf die nachlassende Wirkung der Umweltprämie zurückzuführen war; durch die Stimulierung der Pkw-Nachfrage war die Aufwärtsbewegung im vergangenen Jahr zunächst relativ steil gewesen. In der Elektroindustrie und im Maschinenbau war die Belebung bislang eher verhalten. Dass die Herstellung von Maschinen und Anlagen gegenüber dem konjunkturellen Tiefpunkt nur geringe Fortschritte gemacht hat, liegt auch am zyklischen Nachlauf dieses Industriezweigs.

Energieproduktion und Baukonjunktur standen im ersten Vierteljahr 2010 im Zeichen von Witterungseinflüssen. So wuchs die Energieerzeugung im Gefolge des kalten Winters saisonbereinigt deutlich. Demgegenüber fiel die Produktion des Bauhauptgewerbes um 7,7 % unter das Vorquartalsniveau. Dabei musste der Hochbau etwas geringere Ausfälle verkraften als der Tiefbau.

Baukonjunktur und Energieerzeugung vom Winterwetter beeinflusst

In den meisten Dienstleistungsbereichen haben sich die Geschäftsaktivitäten zu Jahresbeginn belebt. Die realen Umsätze im Großhandel, die durch das Geschäft mit der gewerblichen Wirtschaft geprägt sind, gewannen im ersten Quartal 2010 saisonbereinigt an Schwung. Zudem zeigten sich die Verkäufe des Einzelhandels weiterhin recht stabil. Der Kfz-Handel musste insgesamt ein leichtes

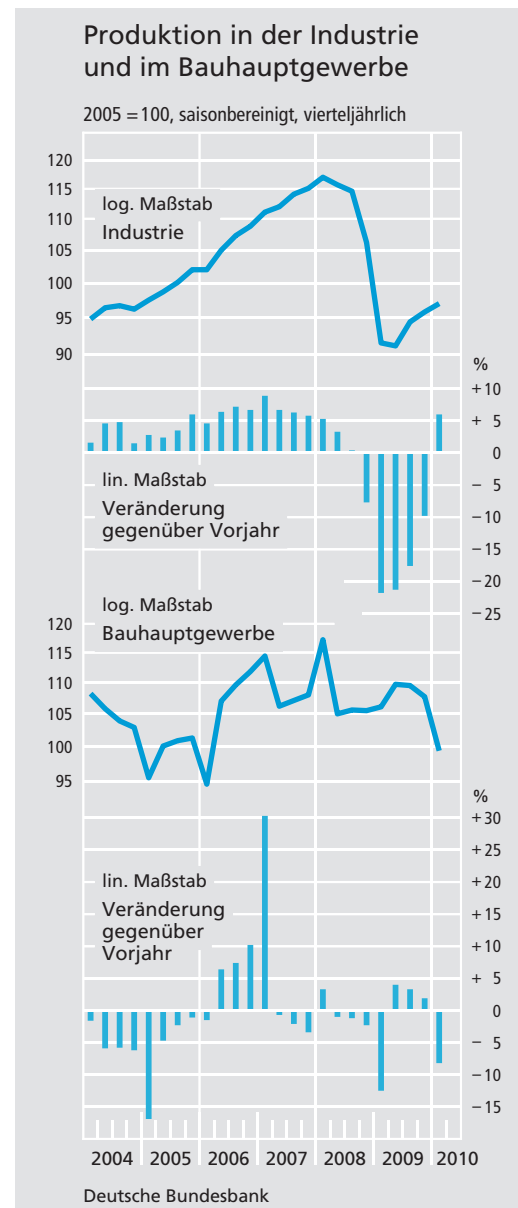
Aufwärtsbewegung in den meisten Dienstleistungsbereichen

Umsatzminus hinnehmen. Dabei überwog der Rückgang im Neuwagengeschäft mit Privatpersonen, das nicht mehr durch die Umweltprämie stimuliert wurde, den zunehmenden Kfz-Absatz an Gewerbetreibende. Das Gastgewerbe, dessen Umsätze im Herbst deutlich nachgegeben hatten, konnte in den Wintermonaten keine nennenswerte Verbesserung verbuchen. Den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge mussten das Transportgewerbe und die Nachrichtenübermittlung im ersten Quartal saisonbereinigt Einbußen hinnehmen. Dabei dürften ebenfalls Witterungseinflüsse eine Rolle gespielt haben. So deuten die Monatsangaben der Mautstatistik darauf hin, dass die Fahrleistung im Januar und Februar durch Schnee und Eis stark beeinträchtigt wurde, während es im März und April zu einem kräftigen Zuwachs gekommen ist. (Zur Verwendung der Mautstatistik in der Konjunkturanalyse siehe die Erläuterungen auf S. 66 f.) Die Wertschöpfung des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie der unternehmensnahen Dienstleister stieg nach dem Jahreswechsel 2009/2010 spürbar. Im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich fiel das Plus hingegen kleiner aus als in den Vorquartalen.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Beschäftigung im Winter 2010 insgesamt stabil, ...

Die Lage am Arbeitsmarkt ist weiterhin bemerkenswert robust. Im Winter 2010 blieb die Erwerbstätigkeit in Deutschland nach den Schätzungen des Statistischen Bundesamtes saisonbereinigt praktisch unverändert. Während geringfügige Arbeitsverhältnisse beendet wurden, nahm die sozialversicherungs-



pflichtige Beschäftigung leicht zu. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die witterungsbedingten Einschränkungen am Bau überwiegend durch saisonale Kurzarbeit aufgefangen wurden.

Das Geschehen am Arbeitsmarkt wurde auch nach dem Jahreswechsel 2009/2010 von divergierenden sektoralen Trends bestimmt, die sich bislang im Großen und Ganzen

... aber weiter divergierende sektorale Trends

Zum Informationsgehalt der Mautstatistik für die Wirtschaftsanalyse

Im Jahr 2005 wurde in Deutschland eine streckenbezogene Maut für Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 12 Tonnen (schwere Lkw) eingeführt. Mautpflichtig sind grundsätzlich alle Bundesautobahnen sowie einzelne Abschnitte von drei Bundesstraßen. Das für die Erhebung der Gebühr zuständige Bundesamt für Güterverkehr (BAG) hat eine Geschäftsstatistik aufgebaut, aus der es – beginnend mit dem Erhebungszeitraum Januar 2007 – monatliche Ergebnisse veröffentlicht. Das Datenangebot der Mautstatistik umfasst unter anderem die Fahrleistung der Mautfahrzeuge getrennt nach Herkunftsländern. Dies erlaubt nicht nur Strukturuntersuchungen des Warenverkehrs auf der Straße. Da die Auswertungen des BAG in der Regel bereits 15 Arbeitstage nach Ende des Berichtszeitraums und damit ausgesprochen frühzeitig vorliegen, sind diese Informationen auch für die laufende Konjunkturanalyse relevant.

In den vergangenen drei Jahren entfielen knapp zwei Drittel der mautpflichtigen Gesamtfahrleistung auf Nutzfahrzeuge, die in Deutschland zugelassen sind. Aus geographischen Gründen entfällt der Rest zum allergrößten Teil auf Lkw aus Staaten, die ebenfalls der EU angehören. Dabei legen Nutzfahrzeuge, die in den neuen Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas zugelassen sind, deutlich mehr Kilometer in Deutschland zurück als Lkw aus Westeuropa. In der einen

Regionalstruktur des Gütertransports im Ausland zugelassener Lkw auf mautpflichtigen Straßen

Durchschnitt 2007 bis 2009; Anteile in %

Herkunftsland bzw. -region	Fahrleistung	Zum Vergleich: Warenhandel ¹⁾
EU	91,9	84,1
EWU	39,6	57,2
darunter:		
Frankreich	1,0	12,3
Italien	3,7	8,5
Spanien	2,2	5,0
Niederlande	13,5	10,2
Mittel- und osteuropäische EU-Staaten ²⁾	49,5	13,8
darunter:		
Polen	24,6	5,0
Tschechische Republik	10,9	4,3
Ungarn	4,8	2,6
Baltische Staaten	5,1	0,6
Sonstige EU-Staaten	2,9	13,1
Staaten außerhalb der EU	8,1	15,9

1 Summe der Ausfuhren und Einfuhren von Waren. — 2 Sofern nicht Mitglied der EWU. — 3 Der Transport von Waren durch Gebietsfremde – was im Fall von Mautfahrzeugen mit ausländischer Zulassung anzunehmen ist – wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Deutsche Bundesbank

Gruppe ragen die Anteile polnischer und tschechischer Fahrzeuge heraus; in der anderen fällt das vergleichsweise große Gewicht niederländischer Lkw auf.

Hinsichtlich der Regionalstruktur sind zwischen der Fahrleistung ausländischer Lkw und den Warenströmen im deutschen Außenhandel erhebliche Abweichungen festzustellen. Vor dem Hintergrund, dass der Gütertransport innerhalb der EU nur partiell über die Straße abgewickelt wird und Deutschland für einen Teil der transferierten Waren überdies lediglich Durchgangsland ist, sind gewisse Diskrepanzen zwar nicht erstaunlich. Die relativ hohen Anteile einiger mittel- und osteuropäischer Staaten deuten jedoch darauf hin, dass Dienstleister aus jenen Ländern bei Frachtfahrten von und nach Deutschland im Vergleich zum entsprechenden Warenverkehr überrepräsentiert sind. Darüber hinaus dürfte eine Rolle spielen, dass mittel- und osteuropäische Anbieter auch mit dem Transport von Waren innerhalb Deutschlands beauftragt werden.

Die Bundesbank berechnet seit dem Vorliegen der Mindestzahl von Beobachtungswerten die um Saison- und Kalendereinflüsse bereinigte monatliche Fahrleistung der Mautfahrzeuge, wobei neben der Gesamtfahrleistung Angaben getrennt nach im Inland und im Ausland zugelassenen Nutzfahrzeugen bereitgestellt werden. Im Verlauf der Zeitreihen zeichnet sich markant der Einbruch des Warenhandels ab, der mit der scharfen Rezession im Winter 2008/2009 einherging. Zwischen Oktober 2008 und März 2009 reduzierte sich die von schweren Lkw monatlich zurückgelegte mautpflichtige Wegstrecke um ein Achtel. Mit der konjunkturellen Erholung seit dem Frühjahr 2009 stieg die Fahrleistung zunächst eher zögerlich. Erst im März und April 2010 kam es zu einem deutlichen Sprung nach oben.

Im vorliegenden – gleichwohl noch recht kurzen – Zeitraum zeichnen die Ergebnisse der Mautstatistik die allgemeine Wirtschaftsentwicklung recht gut nach. Für die Frage, ob die Fahrleistung der schweren Lkw generell günstige Eigenschaften als konjunktureller Frühindikator besitzt, ist aber auch eine inhaltliche Fundierung der Beziehung wichtig. Der Gütertransport hängt mit der wirtschaftlichen Gesamtleistung direkt über den Wertschöpfungsbeitrag des entsprechenden Wirtschaftsbereichs und indirekt über die Verbundwirkungen zwischen Warenproduktion und -transport zusammen.

(VGR), selbst wenn es weder zu Warenexporten oder -importen kommt, als Import von Verkehrsleistungen gebucht. — 4 Neben der Güterbeförderung über die Straße fällt in den Verkehrssektor laut VGR auch der straßengebundene Personentransport sowie der gesamte Eisenbahn-

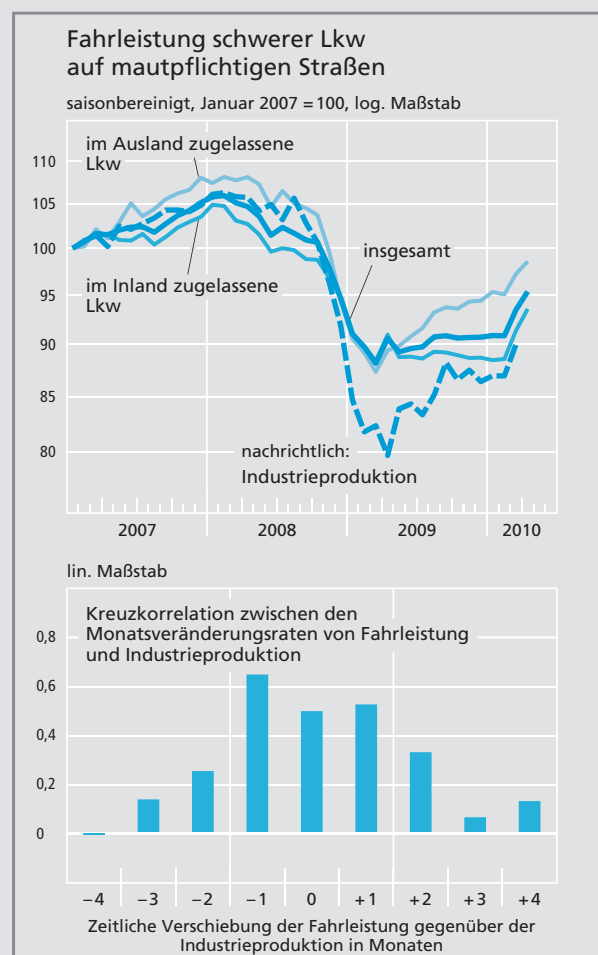
Die Fahrleistung der Mautfahrzeuge, die in Deutschland zugelassen sind, dürfte stark mit der Wertschöpfung der Frachtunternehmer und Speditionen korrelieren.³⁾ Nimmt man an, dass sich der Warentransport mittels Eisenbahn, Schiff und Flugzeug aufgrund kurzfristig begrenzter Substitutionsmöglichkeiten im Verlauf ähnlich entwickelt, können die Mautergebnisse ein Anhaltspunkt für die Einschätzung der Aktivitäten in diesem Wirtschaftsbereich sein.⁴⁾ Der Anteil des gesamten Gütertransportgewerbes an der Produktion aller Wirtschaftsbereiche (zu Herstellungspreisen) ist mit schätzungsweise 2½% allerdings eher gering.

Die Eigenschaft der Mautstatistik als Konjunkturindikator lässt sich daher eher mit der Dienstleistungsfunktion des Güterverkehrs für die industrielle Erzeugung begründen. Da sowohl im Bereich der Materialwirtschaft als auch bei der Produktionssteuerung heutzutage überwiegend auf die Vorhaltung großer Lagerbestände verzichtet wird, ist die Zulieferung von Rohwaren und Zwischenprodukten ebenso wie der Abtransport der Fertigerzeugnisse in zeitlicher Hinsicht eng mit dem Herstellungsprozess verbunden. Die Gesamtfahrleistung der schweren Lkw könnte damit ein Frühindikator für die Industrieproduktion sein, wobei im Fall einer hohen kontemporären Korrelation der beiden Reihen eine (unechte) Vorlaufeigenschaft schon allein dadurch bestehen würde, dass die Mautstatistik rund drei Wochen vor den entsprechenden monatlichen Produktionsergebnissen veröffentlicht wird. Nach der Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2006 wurden direkte Verkehrsdienstleistungen über Land (d.h. Straßen- und Eisenbahnverkehr zusammen) zu rund einem Drittel vom Verarbeitenden Gewerbe nachgefragt. Darüber hinaus ist noch die Verwendung im Handel und für Verkehrsvermittlungen quantitativ von Bedeutung.⁵⁾ Über den Handelskanal dürfte die Beziehung zwischen Güterproduktion und -transport – zumindest soweit im Inland produzierte Waren im Auftrag von Handelsunternehmen transferiert werden – tendenziell noch enger werden. Dasselbe gilt im Prinzip für den Anteil des Speditionswesens, auf das gemessen am Umsatz rund drei Fünftel der indirekten Verkehrsdienstleistungen entfallen.

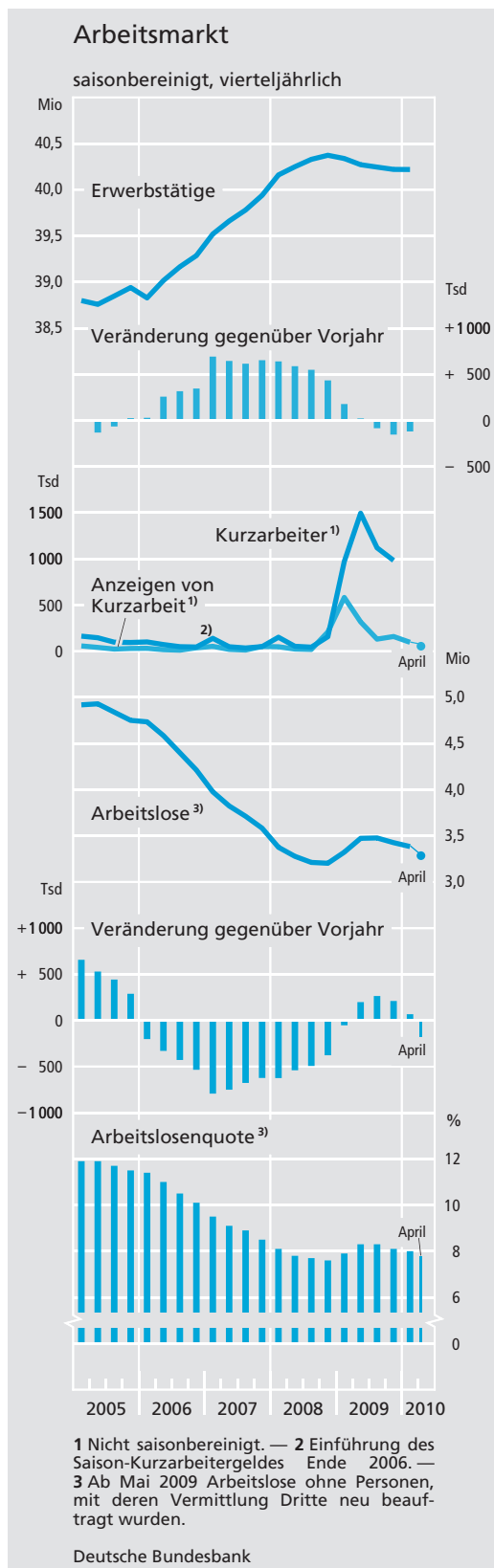
Den statistischen Auswertungen in der Stichprobe von Januar 2007 bis März 2010 zufolge sind die saisonbereinigten Monatsveränderungsraten zwischen mautpflichtiger Fahrleistung und Industrieproduktion erkennbar korreliert. Im Vergleich zur kontemporären Beziehung wird der Zusammenhang sogar etwas enger, wenn entweder ein Vor- oder ein

Schiffs- und Luftverkehr. Dazu gehören überdies Nebentätigkeiten für den Verkehr (z.B. Frachtumschlag, Lagerei) und Verkehrsvermittlungen wie das Speditionswesen und die Tätigkeit von Reisebüros und -ver-

Nachlauf von einem Monat unterstellt wird. Dies steht im Einklang damit, dass Frachtdienstleistungen in der Regel vor und nach der Warenproduktion auftreten. Die höchste Korrelation, die auf der Rolle als Inputzulieferer basiert, legt eine Frühindikatorfunktion für die industrielle Erzeugung nahe. Damit dürfte sich die Vorhersage der Verlaufsrates der Industrieproduktion verbessern, wenn die Veränderungsrate der Gesamtfahrleistung der schweren Lkw aus dem Vormonat in die den Prognosemodellen zugrunde liegende Informationsmenge einbezogen wird. Erste ökonomische Ergebnisse sind vielversprechend, aufgrund des kurzen Beobachtungszeitraums aber als vorläufig einzustufen.



anstellen. — 5 Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Input-Output-Rechnung keine getrennten Angaben für den Personen- und Güterverkehr ausweist.



ausgeglichen haben. Nach wie vor kam es zu beträchtlichen Personalaufstockungen in ganz oder teilweise öffentlich finanzierten Dienstleistungsbereichen, während der Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe weiter anhielt. Dort nahm die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse nach dem Jahreswechsel ähnlich stark ab wie im vierten Quartal 2009. Obwohl die Erholung der Industriekonjunktur teilweise schon deutliche Fortschritte gemacht hat, scheint somit der Personalanpassungsprozess in wichtigen Branchen noch nicht abgeschlossen zu sein. Allerdings nimmt die Zahl der Leiharbeiter, die üblicherweise zu einem Großteil im Verarbeitenden Gewerbe eingesetzt werden, bereits seit der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder zu.

Der gemessen an der gegenwärtigen Produktionsleistung nach wie vor erhebliche Beschäftigungsüberhang in der Industrie zeigt sich überdies daran, dass die wirtschaftlich bedingte Kurzarbeit nur langsam zurückgeht. Im Dezember 2009 waren davon 810 000 Betriebsangehörige betroffen, was im Umfang etwa einem kompletten Arbeitsausfall von 238 000 Beschäftigten entspricht. Die Neuanmeldungen reduzierten sich im ersten Quartal 2010 zwar um ein Drittel. Für einen weiterhin recht hohen Bestand spricht jedoch, dass die für diese Zwecke verausgabten Mittel der Bundesagentur für Arbeit seit dem Jahreswechsel kaum zurückgingen und im Berichtszeitraum noch rund die Hälfte des Höchststandes vom Frühjahr 2009 betragen.

Konjunkturelle Kurzarbeit immer noch recht hoch

Im ersten Quartal 2010 wurden saisonbereinigt 3,38 Millionen Arbeitslose registriert. Trotz

*Arbeitslosigkeit
nach dem
Jahreswechsel
geringfügig ...*

des ausgesprochen kalten Winterwetters waren das 42 000 Personen weniger als im Vorquartal. Der Rückgang dürfte allerdings überwiegend auf die Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zurückzuführen sein. Die Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne, die zusätzlich Beschäftigungssuchende, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt wurden, sowie Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen und Langzeitarbeitslose über 58 Jahre ohne Aussicht auf ein Jobangebot erfasst, übertraf ihren Stand vom Herbst 2009 hingegen saisonbereinigt um 9 000 Personen. Auf die Erwerbslosenzahl könnte sich überdies der verringerte Pendlersaldo dämpfend ausgewirkt haben. Die offizielle Arbeitslosenquote betrug im Berichtszeitraum saisonbereinigt 8,0 % und übertraf damit das vergleichbare Vorjahrsniveau nur noch geringfügig um 0,1 Prozentpunkte. In der erweiterten Rechnung ergäbe sich für die entsprechende Quote binnen Jahresfrist ein Zuwachs um 0,7 Prozentpunkte.

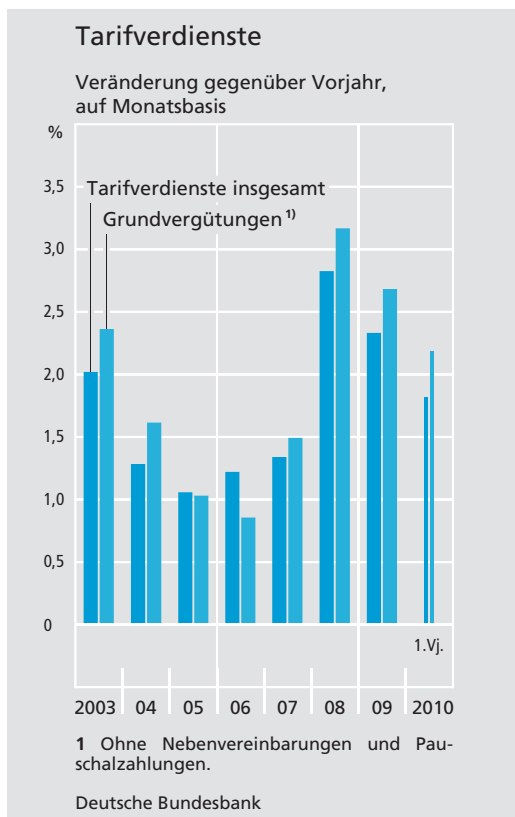
*... und zu
Frühjahrsbeginn
spürbar
gesunken*

Im April 2010 hat sich die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt deutlich um 68 000 gegenüber dem Vormonat auf 3,29 Millionen Personen verringert. Die entsprechende Quote sank auf 7,8 %. Der Rückgang dürfte auch deshalb so stark ausgefallen sein, weil der für die Statistik relevante Stichtag in diesem Monat in eine Phase erhöhter Einstellungsaktivität nach dem Ende der Osterferien fiel.

*Zunehmende
Beschäftigungs-
absichten
beflügeln
vornehmlich
Leiharbeit*

Nach starken Verbesserungen in den vergangenen Monaten haben sowohl das ifo Beschäftigungsbarometer als auch der BA-Stellenindex inzwischen Werte erreicht, die im vergangenen Aufschwung den Beginn der spürbaren Beschäftigungsausweitung mar-

kiert haben. Im Unterschied zur gegenwärtigen Situation war damals – wie an der Zahl der von Vollzeitbeschäftigten geleisteten Stunden ablesbar – jedoch der Personalbestand in Teilen der Wirtschaft deutlich stärker ausgelastet. Es ist daher zu erwarten, dass das Bestreben der Betriebe und Beschäftigten, Kurzarbeit zurückzuführen, Negativsalden bei den Arbeitszeitkonten auszugleichen und die betriebsüblichen Wochenarbeitszeiten anzuheben, die positive Wirkung der konjunkturellen Erholung für den Arbeitsmarkt diesmal erkennbar verzögert. Außerdem profitiert davon zunächst überwiegend die Leiharbeit. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Arbeitskräftebedarf im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung gemäß der IAB-Umfrage zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot im ersten Quartal 2010 das Vorjahrsniveau bereits deutlich überstiegen hat, obwohl die Zahl der Vakanzen insgesamt binnen Jahresfrist noch leicht rückläufig war. Gleichwohl bietet das aufgehellte gesamtwirtschaftliche Umfeld die Perspektive, dass der Anpassungsdruck auch in den von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Branchen merklich abnehmen könnte. Insoweit birgt das Vorhaben der Bundesregierung, die erweiterten Möglichkeiten der Kurzarbeit in wesentlichen Bestandteilen schon jetzt bis März 2012 zu verlängern, das Risiko, dass dieses Instrument, das zur Überbrückung temporärer Produktionsausfälle konzipiert ist, zukünftig vermehrt von Betrieben in Anspruch genommen werden könnte, die eher unter strukturellen Problemen leiden.



Löhne und Preise

Tarifrunde 2010 mit sehr verhaltenen Abschlüssen

Die Tarifrunde 2010 steht zwar vornehmlich im Zeichen der gegenwärtig noch gedrückten Kapazitätsauslastung, reflektiert aber in einigen Abschlüssen auch die Erwartung, dass sich der konjunkturelle Erholungsprozess fortsetzen wird. In den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes dominierte das Ziel der Beschäftigungssicherung die Verhandlungen, sodass die Verträge zum Teil erweiterte Möglichkeiten für eine vorübergehende Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten vorsehen. Die Arbeitnehmervertreter in der Metall- und Chemieindustrie gingen diesmal ohne konkrete Lohnforderungen in die Tarifgespräche, die vergleichsweise rasch und geräuschlos abgeschlossen wurden. In beiden Branchen wurde für das lau-

fende Jahr auf eine tabellenwirksame Entgeltanhebung verzichtet. Stattdessen wurden Einmalzahlungen vereinbart, die teilweise nach der betrieblichen Ertragslage gestaffelt werden können. Während der jüngste Abschluss für die Chemiebranche durch die sehr kurze Laufzeit eine Festlegung für das kommende Jahr vermied, gibt es in der Metallindustrie 2011 eine durchaus beachtliche Tarifierhebung, wobei der nach wie vor hohen Unsicherheit in den Geschäftsaussichten dadurch Rechnung getragen wird, dass in die Verträge Flexibilisierungselemente für betriebliche Sondersituationen eingebaut wurden. Im Unterschied zu den Abschlüssen in der Privatwirtschaft sieht der neue Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen vor, dass die tabellenwirksamen Leistungen in diesem Jahr etwas stärker steigen als 2011.

In der Tarifverdienststatistik der Bundesbank spiegelt sich das Muster der Lohnabschlüsse insofern wider, als sich im Berichtsquartal der Vorjahrsabstand der tariflichen Grundvergütungen auf Monatsbasis weiter verringert hat (+ 2,2 %, nach + 2,6 % im Schlussquartal 2009). Dies zeigen auch die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes. Die Tarifverdienste insgesamt stiegen im ersten Vierteljahr 2010 binnen Jahresfrist hingegen mit 1,8 % ebenso wie im Vorquartal moderat. Die Effektivverdienste (auf Monatsbasis) erhöhten sich im Berichtszeitraum um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr, nachdem sie 2009 insgesamt leicht rückläufig gewesen waren. Die Lohndrift verringerte sich von – 1,6 Prozentpunkten im vierten Quartal 2009 auf – 0,5 Prozentpunkte im ersten Vierteljahr 2010.

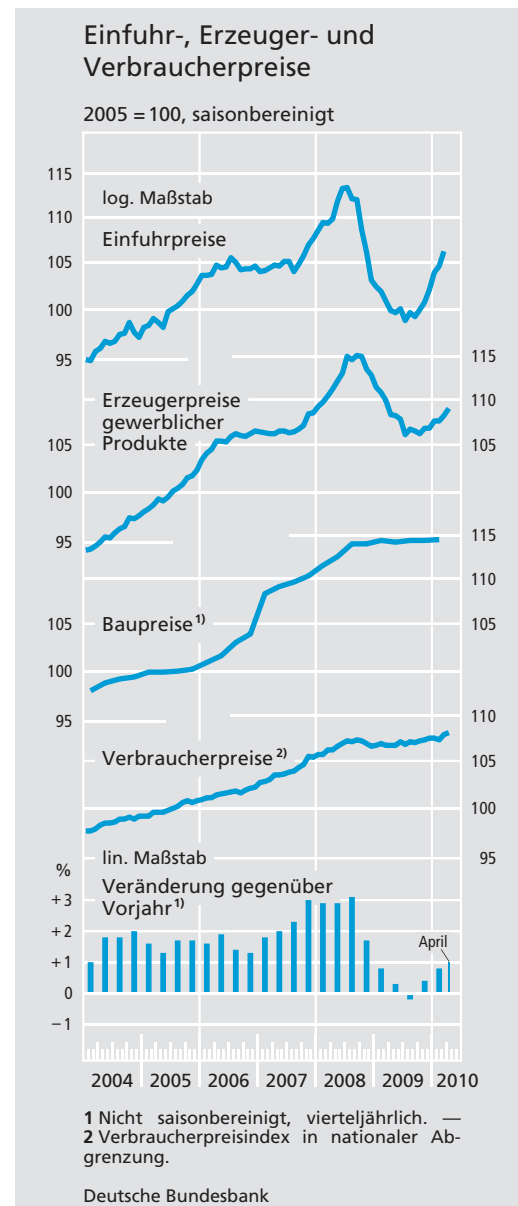
Moderates Lohnplus im ersten Quartal 2010

Zunehmende Ausweitung von branchenspezifischen Mindestlöhnen

Im Berichtszeitraum wurde der Mindestlohn für die Gebäudereiniger und Dachdecker für allgemeinverbindlich erklärt. Im Sicherheits- und Wachgewerbe sowie im Pflegesektor sind ebenfalls branchenweit gültige Lohnuntergrenzen geplant. Möglicherweise aus Furcht vor zunehmender Niedriglohnkonkurrenz ab Mai 2011, wenn die letzten Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Ausländer in Deutschland fallen werden, sind in weiteren Branchen Verhandlungen über Mindestlöhne aufgenommen worden.

Preistendenzen wieder allgemein aufwärtsgerichtet

Im Winter 2010 zeigte die Preistendenz erstmals auf allen Fertigungs- und Absatzstufen wieder nach oben. Der Disinflationprozess, der seit dem dritten Quartal 2008 ausgehend von den Rohstoffen über die Vorprodukte bis hin zu den Fertigprodukten zu beobachten gewesen war, ist damit abgeschlossen und nach und nach in eine ähnlich gestaffelte Gegenbewegung gemündet. Diese Entwicklung wurde in letzter Zeit noch durch die Abwertung des Euro verstärkt. Insgesamt erhöhten sich die Einfuhrpreise im Vergleich zum Vorquartal saisonbereinigt recht deutlich um 3,9% und die Exportpreise um 1,3%. Im Inlandsabsatz stiegen die industriellen Erzeugerpreise mit 1,1% ebenfalls kräftig, und im April erhöhten sie sich nochmals um 0,7%. Damit liegen die Preise zwar mittlerweile wieder über ihrem Vorjahrsniveau, aber immer noch deutlich unter den Höchstständen vom Sommer 2008. Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis, die Terms of Trade, verschlechterte sich wegen der überproportional gestiegenen Einfuhrpreise weiter. Auf der Verbraucherstufe glichen der starke Anstieg der Rohölnotierungen und die insbesondere



witterungsbedingte Verteuerung von Nahrungsmitteln den leichten Rückgang bei anderen Waren und Dienstleistungen mehr aus.

Auf den vorgelagerten Stufen verteuerte sich vor allem Energie kräftig. Im Importbereich erhöhte sich der entsprechende Teilindex gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um nicht weniger als 12,4%. Im Inlandsab-

Auf allen Absatzstufen steigende Preise

satz, wo die Preisausschläge wegen des niedrigeren Rohölanteils üblicherweise eine geringere Amplitude haben, waren es 2,3 %. Bei Vorleistungsgütern verstärkten sich die Preissteigerungen ebenfalls. Auch hier folgten die industriellen Erzeugerpreise mit einer leichten Verzögerung und einem geringeren Ausschlag dem Einfuhrbereich (saisonbereinigt + 1,2 %, gegenüber + 4,5 %). Die Umkehr der allgemeinen Preistendenz führte im Winter erstmals seit Längerem auch zu Preiserhöhungen bei Endprodukten. Vor allem importierte Konsumgüter verteuerten sich recht deutlich. Selbst die Einfuhrpreise von Investitionsgütern stiegen leicht an. Im Inlandsabsatz zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Baupreise blieben gegenüber der Vorperiode nahezu unverändert und übertrafen ihren vergleichbaren Vorjahrsstand nur noch um 0,1 %. Die Verkaufspreise von Wohnimmobilien sanken dem vdp-Index zufolge im ersten Quartal 2010 etwas. Im Vorjahresvergleich ergab sich ein Minus von 1 ½ %.

Verbraucherpreise unter dem Einfluss von Energie und Nahrungsmitteln

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Vergleich zum Vorzeitraum saisonbereinigt mit 0,3 % ähnlich stark wie in den beiden Quartalen zuvor. Dies resultierte wie im Herbst 2009 zu einem großen Teil aus Preisanhebungen bei Energieträgern. Zusätzlich verteuerten sich Nahrungsmittel witterungsbedingt. Die anderen Hauptkomponenten gingen – abgesehen von den Mieten – leicht zurück. Die Zunahme im Energiebereich ergab sich vor allem aus den höheren internationalen Rohölnotierungen, die in Euro gerechnet wegen des gesunkenen Außenwerts verstärkt stiegen und denen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe üblicherweise zeitnah folgen.

Hinzu kamen im März deutliche Margenausweitungen. Bei Gas lief die verzögerte Anpassung der Preise an den Rückgang der Rohölnotierungen im Jahr 2008 aus. In den Nahrungsmittelpreisen – insbesondere für Gemüse – schlug sich vor allem das besonders kalte Winterwetter nieder. Insgesamt waren Nahrungsmittel aber immer noch preiswerter als ein Jahr zuvor. Für andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter – allen voran Bekleidung und Schuhe – mussten die Konsumenten etwas weniger zahlen. Der ebenfalls leichte Rückgang des Teilindex für Dienstleistungen geht vor allem auf Preisreduktionen im Finanz- und Gesundheitsbereich sowie günstigere Pauschalreisen zurück. Hingegen wurde die Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsdienstleistungen von 19 % auf 7 % zum 1. Januar 2010 an die Verbraucher nicht weitergegeben. Die Wohnungsmieten setzten ihren moderat aufwärtsgerichteten Trend fort und stiegen binnen Jahresfrist unverändert um 1 %. Der nationale Verbraucherpreisindex erhöhte sich im ersten Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %, nach 0,4 % im Herbst 2009; beim harmonisierten Index waren es 0,8 %, nach 0,4 %. Dabei dürfte auch der frühe Ostertermin von Bedeutung gewesen sein.

Im April nahmen die Kosten der Lebenshaltung saisonbereinigt nochmals um 0,2 % zu, nach einem Anstieg um 0,6 % im März. Die Vorjahrsrate des Verbraucherpreisindex reduzierte sich dennoch um 0,1 Prozentpunkte auf 1,0 % (HVPI ebenfalls 1,0 %, nach 1,2 %). Vor allem die Energiepreise stiegen weiter an. Saisonale Nahrungsmittel standen unter dem Einfluss des besonders kalten Winterwetters.

Preise im April vor allem wegen Energie weiter erhöht

Der leichte Rückgang der Vorjahrsrate ergab sich vor allem aus der Gegenbewegung zum Ostereffekt. In kurz- bis mittelfristiger Perspektive wird die Preisentwicklung vor allem durch das Auf und Ab an den internationalen Devisen- und Rohwarenmärkten geprägt, während der von der Binnenwirtschaft ausgehende Preisauftrieb vorläufig äußerst begrenzt bleiben dürfte.

Auftragslage und Perspektiven

*Konjunkturelle
Belebung im
Frühjahr*

Die konjunkturelle Erholung wird im Frühjahr 2010 auch infolge der entfallenen temporären Belastungsfaktoren der ersten Monate des Jahres deutlich Fahrt aufnehmen. Die Wirtschaftsleistung wird aller Voraussicht nach kräftig expandieren. Im Baugewerbe dürften die witterungsbedingten Produktionsausfälle angesichts der recht günstigen Auftragslage zügig aufgeholt werden. Zudem sprechen die vorlaufenden Indikatoren dafür, dass die industrielle Erzeugung im zweiten Quartal deutlich an Schwung gewinnt, zumal die Nachfrage der Produktionsleistung in den vergangenen Monaten erheblich vorausgeeilt ist. Schließlich wird der Verlauf des privaten Konsums nicht mehr so stark wie in den Vorquartalen davon beeinträchtigt werden, dass sich die Zulassungen von Neuwagen nach dem Wegfall der Umweltprämie normalisieren.

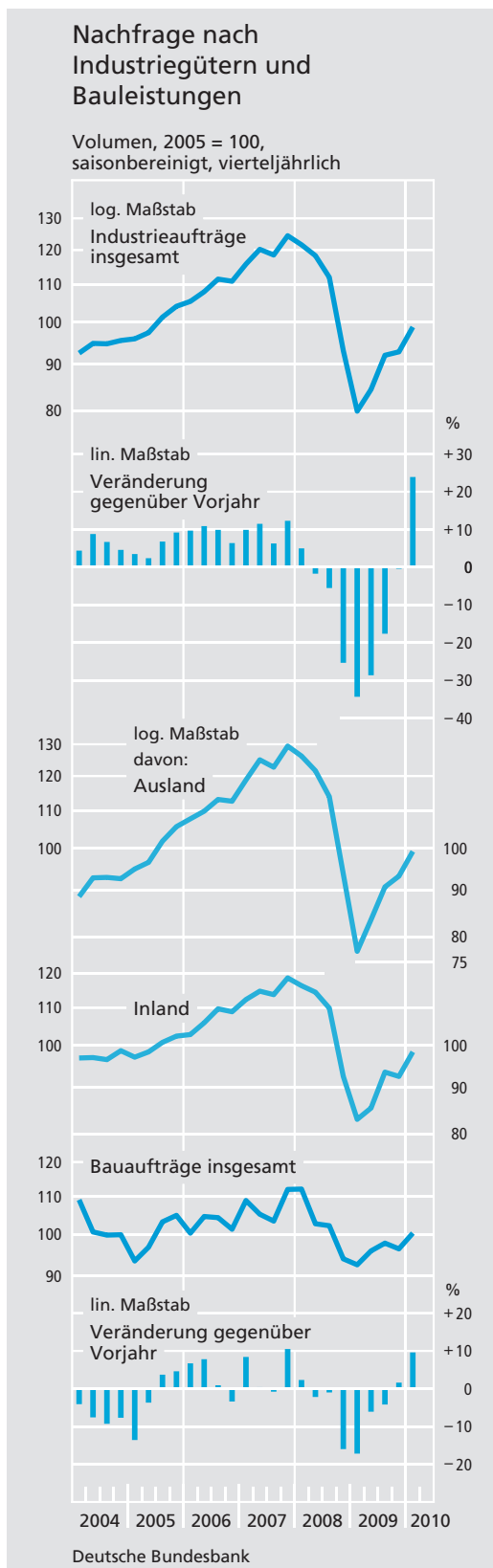
*Günstige
Export-
perspektiven*

Die Haupttriebkraft der Aufwärtsbewegung ist nach wie vor der Export. So versprechen sich die Unternehmen noch stärkere Impulse vom Auslandsgeschäft. Dies gilt insbesondere bei Präsenz auf den nichteuropäischen Ab-

satzmärkten, die derzeit eine hohe konjunkturelle Dynamik aufweisen. Außerdem kommen den deutschen Exporteuren dort die jüngsten Verschiebungen im internationalen Währungsgefüge zugute. Nach den Erhebungen des ifo Instituts ist die Beurteilung der Ausfuhrerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt in eine Region vorgestoßen, in der sich dieser Indikator letztmalig während des kräftigen Exportbooms im vergangenen Aufschwung aufgehalten hatte. Dies dürfte auch die weitere Aufhellung des Geschäftsklimas in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt getragen haben. Bei der Interpretation der Umfrageindikatoren darf aber nicht übersehen werden, dass diese in der Regel Tendenzaussagen in Form eines Saldenergebnisses zusammenfassen. Hohe Indexstände drücken damit vor allem aus, dass sich die Stimmung in der Breite der Wirtschaft verbessert. Von welchem Ausgangsniveau der Impuls ausgeht und welche Stärke er besitzt, bleibt in den Befragungen unberücksichtigt.

Der Auftragseingang ist mit neuem Schwung in das Jahr 2010 gestartet. Die Bestellungen sind im ersten Quartal saisonbereinigt um 6,5 % gestiegen, nach einem moderaten Plus von 0,9 % im Dreimonatsabschnitt zuvor. Der kräftige Auftragsschub war regional breit gestreut. Zudem konnten Großaufträge aus dem In- wie dem Ausland verbucht werden. Besonders stark expandierte zuletzt die Nachfrage aus dem Euro-Raum, die sich jedoch ebenso wie die Binnennachfrage im vorigen Herbst vergleichsweise schwach entwickelt hatte. Die Bestellungen aus dem Nicht-EWU-Bereich setzten ihre kräftige Aufwärtsbewegung fort. Die Nachfrageexpansion betraf im

*Industrieller
Auftrags-
eingang mit
neuem
Schwung*



Berichtszeitraum sowohl den Vorleistungs- als auch den Investitionsgüterbereich. Bei Konsumgüterproduzenten gingen im ersten Quartal 2010 hingegen etwas weniger Aufträge als im Vorquartal ein. Trotz der kräftigen Zunahme ist die Erholung des Auftragseingangs in der Industrie im Vergleich zu den Stimmungsindikatoren weniger weit vorangeschritten. Der während der Abschwächungsphase insgesamt erlittene Nachfragerückgang wurde bis dato rund zur Hälfte ausgeglichen.

In den Frühjahrsmonaten wird die Bauproduktion voraussichtlich von weiteren Nachholeffekten gekennzeichnet sein, nachdem es bereits im März zu einer kräftigen Erholung gekommen ist. Zum Jahresende 2009 waren gerade im Hochbau zahlreiche Vorhaben genehmigt worden; der Baubeginn verzögerte sich jedoch aufgrund der langen Frostperiode in diesem Winter. Die Auftragslage im öffentlichen Bau profitiert trotz der Finanznot im kommunalen Bereich weiter von Impulsen aus den Konjunkturprogrammen. Die Nachfrage nach Wohnbauten war nach dem Jahreswechsel hingegen geringer als im letzten Vierteljahr 2009.

Nachholeffekte am Bau

Die Zuversicht der gewerblichen Wirtschaft hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung prägt auch die Stimmungslage der privaten Haushalte. Angesichts der stabilen Arbeitsmarktlage scheint für viele Arbeitnehmer das Risiko einer Entlassung keine herausgehobene Rolle zu spielen. Die Einbußen beim Entgelt, die mit der Kurzarbeit oder der Verkürzung betriebsüblicher Arbeitszeiten zusammenhängen, wirken sich ebenso wie eher moderate Lohn- und Gehaltsperspektiven nur

Stimmung der Haushalte ungetrübt

gedämpft auf die Einkommenserwartung der privaten Haushalte aus. Darin schlägt sich wohl auch nieder, dass sich deren Ausgaben-spielraum durch den erneuten fiskalpolitischen Entlastungsschritt vom Jahresbeginn für sich genommen spürbar erhöht hat. Die Anschaffungsneigung bleibt damit auf vergleichsweise hohem Niveau. Dies ist eine

gute Voraussetzung dafür, dass die Verbrauchskonjunktur die vom Export angeführte zyklische Belebung auch weiterhin binnenwirtschaftlich flankiert. Das Risiko negativer Vertrauenseffekte durch die sich zuletzt dramatisch verschärfenden Spannungen im Euro-Raum könnte sich diesbezüglich jedoch als belastender Faktor erweisen.

Öffentliche Finanzen^{*)}

Staatlicher Gesamthaushalt

Die Lage der Staatsfinanzen in Deutschland verschlechterte sich bereits im vergangenen Jahr im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich. Aufgrund der automatischen Stabilisatoren, darüber hinaus einbrechender Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern und umfangreicher Stützungsmaßnahmen wurde die EU-Regelgrenze für die Defizitquote mit 3,1 % überschritten, und die Schuldenquote erreichte einen Rekordwert von 73,1 %. Im laufenden Jahr wird sich die Verschlechterung fortsetzen, und die Defizitquote könnte eine Größenordnung von annähernd 5 % erreichen. Im Gegensatz zum Vorjahr ist diese Entwicklung aber hauptsächlich auf finanzpolitische Maßnahmen (1¼ % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)) zurückzuführen, während die Konjunkturkomponente – bei Berücksichtigung der Wachstumsstruktur¹⁾ – weitgehend unverändert ist. Dabei schlagen insbesondere verschiedene (überwiegend permanente) Steuererleichterungen und stark steigende

Lage der Staatsfinanzen verschlechtert sich 2010 nochmals erheblich

* Im Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ erfolgt eine Analyse auf der Datengrundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sowie der Maastricht-Kennzahlen. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

¹ Die für die öffentlichen Haushalte besonders relevanten gesamtwirtschaftlichen Bezugsgrößen (Bruttolöhne und -gehälter, privater Konsum, Arbeitslosigkeit) haben sich in der Krise stabiler entwickelt als das BIP. Konjunkturbereinigungsverfahren, die an der Produktionslücke ansetzen (unter Vernachlässigung der Wachstumsstruktur), weisen daher einen stärker belastenden Konjunkturreinfluss 2009 und eine entlastende Wirkung im laufenden Jahr aus, während das hier verwendete „disaggregierte“ Verfahren, das den Struktureffekt berücksichtigt, einen geringeren Einfluss 2009 und eine weitgehend unveränderte Konjunkturkomponente im laufenden Jahr anzeigt.

Investitionen zu Buche. Die Schuldenquote wird weiter deutlich zunehmen.²⁾

Staatliche Maßnahmen senken die Einnahmenquote und...

Die staatliche Einnahmenquote dürfte 2010 deutlich sinken. Ausschlaggebend sind hierfür steuerpolitische Maßnahmen wie die erweiterte Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen und die verschiedenen im Zusammenhang mit der Krise beschlossenen Entlastungen (v.a. Tarifsenkung bei der Einkommensteuer, Erleichterungen bei der Unternehmensbesteuerung, neue Umsatzsteuerbegünstigung für Beherbergungsleistungen). Bei den Sozialbeiträgen werden die Mindereinnahmen durch den im Jahresdurchschnitt niedrigeren Beitragssatz zum Gesundheitsfonds hingegen durch die von Krankenkassen erhobenen Zusatzbeiträge der Versicherten und die einmalig besonders hoch ausfallende Insolvenzgeldumlage an die Bundesagentur für Arbeit (BA) etwa ausgeglichen. Die Quote dürfte sich außerdem insbesondere dadurch verringern, dass die Löhne und Gehälter – anders als im Vorjahr – langsamer zunehmen als das nominale BIP.

...erhöhen die Ausgabenquote

Die staatliche Ausgabenquote war bereits 2009 sprunghaft angestiegen und dürfte im laufenden Jahr nochmals etwas zunehmen. Seit Beginn der Krise sind erhebliche Ausgabenerhöhungen beschlossen worden (insbesondere Investitionen, Anhebung des Kindergelds), und auch die Gesundheitsleistungen dürften weiter deutlich wachsen. Das Auslaufen von Abwrackprämie und Kinderbonus bilden hier lediglich ein begrenztes Gegengewicht. Spürbare einmalige Entlastungen ergeben sich durch die ausgabenmin-

dernd verbuchten Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen.³⁾

Für das kommende Jahr zeichnet sich ein begrenzter Rückgang des Staatsdefizits ab. Zwar entfallen einerseits Einmalentlastungen (höhere Insolvenzgeldumlage, Erlöse aus Frequenzversteigerungen). Doch laufen andererseits verschiedene Förderprogramme aus. Insbesondere die Investitionen dürften dadurch von ihrem 2010 erreichten vergleichsweise hohen Niveau aus wieder deutlich zurückgehen. Eine gewisse Verbesserung der Staatsfinanzen ergibt sich auch, soweit der Wegfall einmaliger Bundeszuschüsse an die gesetzliche Krankenversicherung dort durch Ausgabenbegrenzungen oder Beitragserhöhungen kompensiert wird. Insgesamt ist die Lage der Staatsfinanzen aber weiter erheblich ungünstiger als vor der Krise. So sind seitdem erhebliche permanente Steuerentlastungen beschlossen worden (rd. 1½ % des BIP), die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern sind mit dem Einbruch 2009 wieder auf ihren längerfristigen Trend zurückgefallen, und der Ausgabenspielraum hat sich infolge des niedriger eingeschätzten Produktionspotenzials eingengt. Auch wird die Schuldenquote aufgrund des umfangreichen Defi-

2011 begrenzte Verbesserung durch Auslaufen temporärer Maßnahmen

² Die Schuldenquote wird auch durch die Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor beeinflusst, wobei die Verbuchung noch nicht abschließend durch Eurostat geklärt ist. Während sich die Maßnahmen voraussichtlich zum weit überwiegenden Teil nicht im VGR-Defizit niederschlagen werden, könnten sie den staatlichen Schuldenstand erheblich erhöhen.

³ In den VGR werden Erwerbe und Verkäufe von nicht-finanziellen Vermögensgegenständen saldiert und auf der Ausgabenseite ausgewiesen. Daher mindern die Erlöse aus der Versteigerung (ebenso wie im Jahr 2000) als Ergebnis eines Vermögensverkaufs die Ausgaben, während in finanzstatistischer (haushaltsmäßiger) Betrachtung die Verbuchung auf der Einnahmenseite erfolgt.

zits von dem bereits hohen Wert aus weiter zunehmen, und ein Anstieg des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus wäre relativ schnell mit zusätzlichen Ausgaben in Milliardenhöhe verbunden.⁴⁾

Priorität für schnelle Eindämmung der Schuldendynamik

Im Vergleich zum Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Januar 2010 könnte die Defizitquote aus heutiger Sicht zwar zunächst niedriger ausfallen, wozu insbesondere eine günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung beitragen dürfte. Allerdings würde es der Intention sowohl der nationalen als auch der europäischen Regeln und den daran anknüpfenden Vereinbarungen widersprechen, eine positiver als erwartete Haushaltsentwicklung zum Anlass für Steuererleichterungen oder Ausgabensteigerungen zu nehmen. Angesichts der weiter sehr hohen Defizitquote und der steigenden Schuldenquote muss vielmehr die zügige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Priorität genießen. Auch die Auflagen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit sehen vor, dass eine besser als erwartete Entwicklung zu einer schnelleren Eindämmung der Schuldendynamik genutzt wird. Damit wäre außerdem ein wichtiger Schritt getan, um die neuen nationalen Haushaltsregeln, die vom Bund ab 2016 einen strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt verlangen, einhalten zu können.

Fiskalische Maßnahmen zur Stabilisierung der Währungsunion zwar vertretbar, ...

Die jüngsten Entwicklungen im Euro-Raum haben gezeigt, welche dramatischen Folgen eine unsolide Haushaltspolitik auslösen kann, und sie haben die wichtige Rolle Deutschlands als Stabilitätsanker unterstrichen (siehe zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im

Euro-Gebiet S. 28f.). Ende April hatte die verschlechterte Haushalts- und Wirtschaftslage Griechenlands zu einer Vertrauenskrise geführt, aus der sich das Land nicht mehr aus eigener Kraft befreien konnte. Da ein Zahlungsausfall Griechenlands in der sehr fragilen Lage ein erhebliches Ansteckungsrisiko für andere Mitgliedsländer der Währungsunion dargestellt hätte, beschlossen die Finanzminister des Euro-Raums an strikte Auflagen gebundene finanzielle Hilfen für Griechenland. Bereits eine Woche später hatte sich die Lage an den Finanzmärkten allerdings nochmals verschärft. Der Ecofin-Rat hat daraufhin ein umfangreiches Maßnahmenpaket vereinbart, das neben der Absicht zur beschleunigten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in besonders gefährdeten Ländern und zur Reform des fiskalischen Regelwerks insbesondere vorsieht, einen Europäischen Finanziellen Stabilisierungsmechanismus einzurichten. Das Paket ist in seiner Gesamtheit angesichts der akuten Gefährdungssituation zwar ebenso wie die Hilfen für Griechenland vertretbar. Gleichwohl wird dadurch die im AEU-Vertrag festgelegte Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre Haushaltspolitik geschwächt und das institutionelle Fundament der Währungsunion beschädigt. Deshalb ist es jetzt dringend geboten, durch eine weitreichende Härtung des europäischen Regelwerks starke Anreize zu einer soliden Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten zu setzen. Anderenfalls ist das mit den Regelungen im AEU-Vertrag verfolgte Ziel gefährdet, die Geldpolitik gegen

... Beschädigung der Grundprinzipien erfordert nun aber durchgreifende Härtung des europäischen Regelwerks

⁴ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Verschuldung und Zinsbelastung des Staates in Deutschland, Monatsbericht, April 2010, S. 15ff.

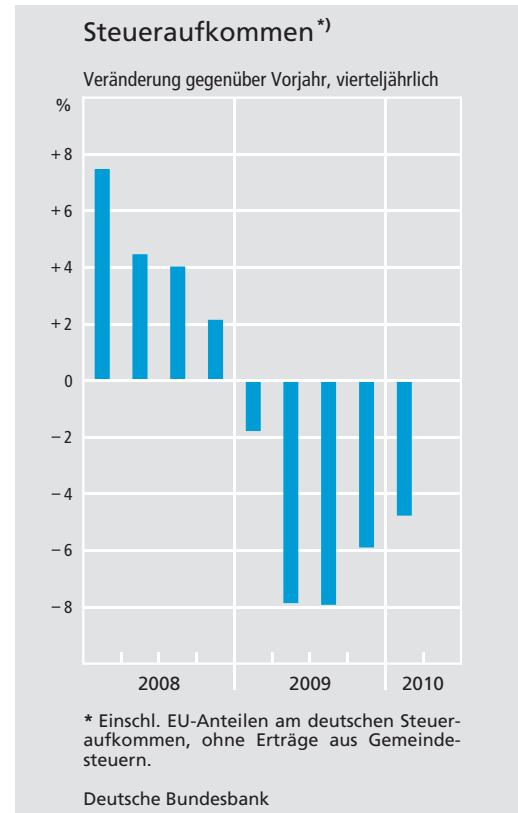
unsolide öffentliche Haushalte abzusichern (vgl. auch die Erläuterungen auf S. 12 f.).

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Erheblicher Rückgang der Steuereinnahmen im ersten Quartal

Die Steuereinnahmen⁵⁾ sanken im ersten Quartal 2010 um 5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum (siehe nebenstehendes Schaubild und Tabelle auf S. 80). Besonders hoch waren die Ausfälle bei den einkommensabhängigen Steuern (– 10 %). Vor allem das Lohnsteueraufkommen fiel stark (– 11 %), was zum guten Teil auf die Anhebung des davon abgesetzten Kindergelds und Steuersenkungen (v. a. erweiterter Abzug von Versicherungsbeiträgen, volle Wirkung der beiden Tarifsenkungen 2009 und 2010) zurückzuführen ist. Auch bei den gewinnabhängigen Steuern kam es zu erheblichen Mindereinnahmen (– 7 %). Dabei war einerseits bei noch rückläufiger Grundtendenz ein negativer Einfluss durch Steuerentlastungen (neben den bereits genannten insbesondere die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise beschlossenen Unternehmensteuerentlastungen) zu verzeichnen. Andererseits entfielen gegenüber dem Vorjahr die Steuerrückerstattungen nach dem Verfassungsgerichtsurteil zur Entfernungspauschale vom Dezember 2008, und die Auszahlungen der vom Aufkommen abgesetzten, auslaufenden Eigenheimzulage waren geringer. Auch die Einnahmen aus verbrauchsabhängigen Steuern waren rückläufig (– 1 %), wobei die unterjährige Entwicklung teilweise aber sehr volatil ist.



Für das Gesamtjahr wird gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung erwartet, dass die Steuereinnahmen (inkl. Gemeindesteuern) gegenüber 2009 nochmals deutlich um 2 ½ % zurückgehen.⁶⁾ Zwar entfällt der negative Sondereffekt 2009 im Zusammenhang mit der Entfernungspauschale, und die makroökonomischen Bezugsgrößen nehmen mit der wirtschaftlichen Erholung wieder zu. Auch könnte die Korrektur bei den gewinnabhängigen Steuern, deren Aufkommen

Deutlicher Einnahmerückgang für 2010 erwartet

5 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das letzte Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

6 Die Schätzung basiert auf der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung. Danach wird für 2010 ein Anstieg des BIP um real 1,4 % bzw. nominal 1,8 % erwartet (November 2009: 1,2 % bzw. 1,6 %). Für 2011 wird mit einem Zuwachs um real 1,6 % und nominal 2,4 % gerechnet. In der mittleren Frist bis 2014 liegt das erwartete nominale Wachstum bei 2,9 % jährlich.

Steueraufkommen

Steuerart	1. Vierteljahr		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		Schätzung für 2010 ^{1) 2)}
	2009	2010			
	Mrd €				
Steuereinnahmen insgesamt ²⁾	116,7	111,2	- 4,8	- 2,6	
darunter:					
Lohnsteuer	34,0	30,3	- 10,9	- 7,4	
Gewinnabhängige Steuern ³⁾	16,0	14,9	- 7,2	- 6,7	
davon:					
Veranlagte Einkommensteuer	3,0	6,2	.	+ 0,1	
Körperschaftsteuer	4,4	2,0	- 55,6	- 2,1	
Kapitalertragsteuer ⁴⁾	8,7	6,8	- 21,8	- 15,2	
Steuern vom Umsatz ⁵⁾	43,1	42,9	- 0,5	+ 1,6	
Energiesteuer	4,8	4,4	- 6,9	- 1,6	
Tabaksteuer	2,4	2,5	+ 4,1	- 1,2	

1 Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2010. — 2 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. — 3 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. — 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — 5 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

nach dem außerordentlichen Anstieg bis 2008 im letzten Jahr eingebrochen war, weitgehend abgeschlossen sein. Allerdings laufen die Kasseneinnahmen der wirtschaftlichen Entwicklung nach, und die Steuerrechtsänderungen führen per saldo zu hohen Ausfällen (etwa 4 % des Aufkommens oder 20 Mrd €).⁷⁾

Ohne weitere Steuerentlastung wieder Zuwächse ab 2011

Für 2011 wird bei geltendem Steuerrecht mit einem nur geringen Aufkommensanstieg um 1 % gerechnet. Die Wirtschaft nimmt zwar weiter Fahrt auf, doch senken zusätzliche Mindereinnahmen aus Steuerentlastungen – infolge zeitlicher Verzögerungen bis zu deren voller finanzieller Wirkung – das Aufkommen um rund ½ % (3 ½ Mrd €). Im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2014 wird dann ein durchschnittliches Einnahmewachstum von 4 % prognostiziert. Dabei

führt der Fiscal Drag per saldo zu Mindereinnahmen, weil die positive Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression die unterdurchschnittliche Entwicklung wegen weitgehender Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern überwiegt. Rechtsänderungen haben vergleichsweise geringe Auswirkungen, da Zuwächse – beispielsweise durch das Auslaufen der Eigenheimzulage und der Begünstigung bei den Abschreibungsregeln (Konjunkturpaket I) – steigende Ausfälle, etwa durch die Steuerfreistellung von Rentenversicherungsbeiträgen im Zusammenhang mit der Umstellung auf die nachgelagerte Rentenbesteuerung und die Riesterförderung, gegenüberstehen.

Obwohl sich die Erwartungen hinsichtlich der makroökonomischen Entwicklung gegenüber der letzten offiziellen Steuerschätzung vom November 2009 verbessert haben, ergeben sich infolge der Ausfälle durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ (6 Mrd €) für das laufende Jahr Mindereinnahmen von 1 Mrd €. ⁸⁾ Im Vergleich zur letzten Mittelfristprognose vom Mai 2009 ist vor allem von Be-

Mindereinnahmen gegenüber früheren Erwartungen

⁷⁾ Für das laufende Jahr erwartet die Bundesregierung ein weiteres Urteil in der Rechtssache Meilicke zur Berücksichtigung ausländischer Körperschaftsteuerzahlungen bei der Besteuerung von Dividenden im 2001 abgeschafften Anrechnungsverfahren. Diesbezüglich sind in der offiziellen Steuerschätzung temporäre Belastungen durch Steuererstattungen berücksichtigt (insgesamt 5 Mrd €, davon rd. 3 ½ Mrd € im Jahr 2011 und weitere 1 ½ Mrd € im Jahr 2012).

⁸⁾ Die Prognoseunsicherheit bei der Steuerschätzung ist grundsätzlich sehr hoch. Neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder den finanziellen Wirkungen von Rechtsänderungen werden v. a. auch die unabhängig von diesen Erklärungsfaktoren zu beobachtenden Aufkommensschwankungen der gewinnabhängigen Steuern häufig nicht korrekt vorhergesehen. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Entwicklung der Steuereinnahmen in Deutschland und aktuelle steuerpolitische Fragen, Monatsbericht, Oktober 2008, S. 35 f.

deutung, dass der nur unter sehr hoher Unsicherheit zu prognostizierende längerfristige Trend bei den gewinnabhängigen Steuern angesichts des Einbruchs im Jahr 2009 nun niedriger angesetzt wird (bereinigt um die Korrektur der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte und neue Rechtsänderungen) und die weiteren Steuerentlastungen zu Ausfällen von mittelfristig 8 Mrd € führen. Dem stehen in den ersten Prognosejahren zwar Aufwärtsrevisionen infolge günstigerer gesamtwirtschaftlicher Eckwerte gegenüber. Diese laufen zum letzten Vergleichsjahr 2013 aber aus. Die Mindereinnahmen gegenüber der offiziellen Prognose vom Mai 2009 sind daher erheblich und steigen von 11 ½ Mrd € im Jahr 2011 auf 13 ½ Mrd € im Jahr 2013.

Bundshaushalt

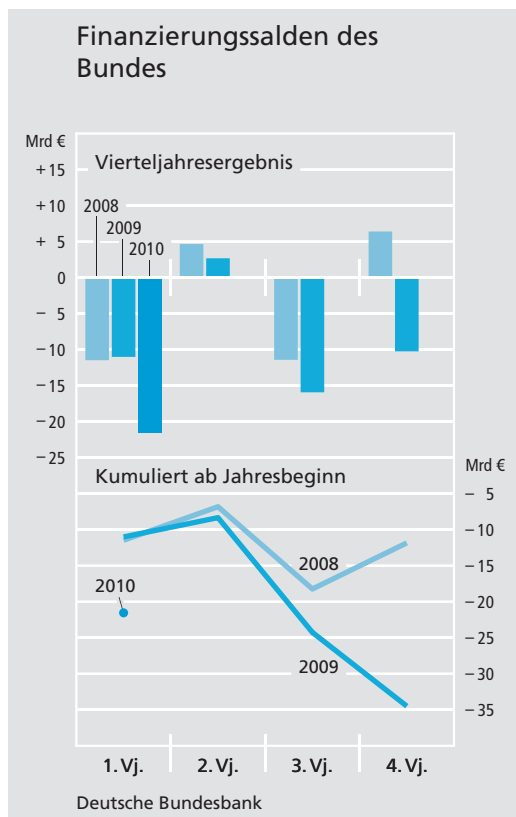
Im ersten Quartal kräftige Zunahme des Defizits bei sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres verdoppelte sich das Defizit im Bundshaushalt gegenüber dem Vorjahr fast auf 21 ½ Mrd €. Die Einnahmen waren um gut 7 % niedriger als vor Jahresfrist (– 4 ½ Mrd €). Trotz der Erträge aus der im Sommer 2009 auf den Bund übertragenen Kfz-Steuer sank das Steueraufkommen dabei um 3 % (– 1 ½ Mrd €), wozu auch eine höhere Abführung zur Finanzierung des EU-Haushalts beigetragen hat. Deutlich stärker gingen die nichtsteuerlichen Einnahmen zurück, da der positive Einmaleffekt vom Vorjahr aus der – ausnahmsweise trotz Überschreitung des Schwellenwerts vollständig im Bundshaushalt verwendeten – Gewinnausschüttung der Bundesbank entfiel. Die Ausgaben wuchsen dagegen kräftig um 7 ½ % (+ 6 Mrd €). Den größten Beitrag hierzu leisteten höhere

Zahlungen an die Sozialversicherungen (+ 5 Mrd €), insbesondere an die defizitäre BA, nachdem diese ihre liquiden Rücklagen weitgehend aufgebraucht hatte, und den Gesundheitsfonds. Aber auch die Zuweisungen an Gebietskörperschaften fielen vor allem infolge der Kompensationszahlungen an die Länder für die Kfz-Steuer um 2 Mrd € höher aus. Dagegen gingen die Zinsausgaben ungeachtet der hohen Defizite angesichts der sehr günstigen Refinanzierungsbedingungen weiter deutlich um 8 % zurück (– 1 Mrd €).

Der von der neuen Bundesregierung zu Jahresbeginn eingebrachte Entwurf für den Bundshaushalt 2010 wurde im Laufe der parlamentarischen Beratungen Anfang März noch einmal überarbeitet. Das außerordentlich hohe Defizit wurde aber nur moderat verringert. Die Ausgabenansätze wurden um 6 Mrd € gesenkt. Dabei wurden insbesondere günstigere Entwicklungen im Hinblick auf den Defizitausgleich an die BA (– 3 Mrd €), die Zinsaufwendungen (– 1 ½ Mrd €) sowie die Ausgaben im Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit (– ½ Mrd €) eingestellt. Per saldo wurde die Ermächtigung für die Netto-Neuverschuldung um 5 ½ Mrd € auf 80 Mrd € zurückgenommen. Gegenüber dem Ist des Vorjahres bedeutet dies dennoch eine außerordentlich kräftige Zunahme um 46 Mrd €. Das durch Abzug der Konjunkturkomponente sowie der finanziellen Transaktionen bestimmte strukturelle Defizit des Bundes, das im Rahmen der neuen Schuldenregel bis 2016 auf maximal 0,35 % des BIP zurückgeführt werden muss, wurde auf 66 ½ Mrd € oder 2,8 % des BIP veranschlagt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass vor allem mit

Haushaltsplan mit außerordentlich hohem Defizitansatz, ...



Sonderzuschüssen (insgesamt gut 16 ½ Mrd €) an die BA und den Gesundheitsfonds das veranschlagte strukturelle Defizit des Bundes 2010 einmalig aufgebläht wird.

... der aber im Vollzug deutlich unterschritten werden dürfte

Die tatsächliche Entwicklung des Bundeshaushalts im laufenden Jahr dürfte insgesamt erheblich günstiger ausfallen als veranschlagt. So werden nach der jüngsten Steuerschätzung Mehreinnahmen von 4 ½ Mrd € gegenüber dem Haushaltsansatz erwartet. Außerdem hat die Frequenzversteigerung durch die Bundesnetzagentur zu Erlösen von 4 ½ Mrd € geführt, während im Bundeshaushalt offenbar lediglich die Mindestgebotssumme von knapp 100 Mio € veranschlagt ist. Auch auf der Ausgabenseite sind erhebliche Entlastungen gegenüber den Ansätzen absehbar. Angesichts der nun nochmals deutlich güns-

tiger eingeschätzten Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte der zum Defizitausgleich notwendige Zuschuss an die BA merklich niedriger ausfallen, und auch bei den Kosten im Zusammenhang mit Langzeitarbeitslosigkeit sollten die Haushaltsermächtigungen nicht voll ausgeschöpft werden müssen. Darüber hinaus zeichnen sich nicht zuletzt bei den Zinskosten weitere spürbare Entlastungen ab, sodass das Defizit merklich unter 70 Mrd € bleiben könnte. Auch die strukturelle Komponente dürfte dann deutlich niedriger als veranschlagt ausfallen.

Nach der neuen Schuldenregel bestimmt das strukturelle Defizit des Jahres 2010 als Ausgangswert die degressiv gestaffelte Verschuldungsgrenze in der Übergangszeit bis 2016. Um die Glaubwürdigkeit der Regel nicht zu gefährden, sollte der Versuchung widerstanden werden, diese noch vor ihrer ersten Anwendung für den Haushalt 2011 durch die Schaffung von Umgehungsmöglichkeiten in Form zusätzlicher Verschuldungsspielräume zu schwächen und die notwendige Konsolidierung wie so häufig in der Vergangenheit aufzuschieben. Der in Artikel 143d GG verankerte „Abbau des bestehenden Defizits“ erfordert im Hinblick auf den Anpassungspfad ab 2011 die Anknüpfung zumindest an eine aktuelle Schätzung des strukturellen Defizits für 2010 statt an das Haushaltssoll. Darüber hinaus sollte im Sinne der Regelungsintention auf die Berücksichtigung lediglich einmaliger Zuschüsse an die Sozialversicherungen verzichtet werden.⁹⁾

Glaubwürdigkeit der neuen Schuldengrenze nicht gefährden

⁹ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Bundeshaushalt 2010 und Verschuldungsspielraum bis 2016, Monatsbericht, Februar 2010, S. 76f.

*Konsolidierungsaufgabe
äußerst
anspruchsvoll*

Der Konsolidierungsbedarf im Bundeshaushalt bis zum Erreichen der ab 2016 greifenden Verfassungsgrenze von 0,35 % des BIP stellt eine außerordentlich große finanzpolitische Herausforderung dar. Berücksichtigt man zudem die hohe Unsicherheit von Haushaltsprognosen, so erscheint ein merklicher Sicherheitsabstand zur Verfassungsgrenze notwendig, um tendenziell in zyklische Schwächephasen fallende kurzfristige und unerwartete Konsolidierungsnotwendigkeiten zu vermeiden.¹⁰⁾ Insofern ist für die nächsten Jahre kein Spielraum für weitere Haushaltsbelastungen absehbar.

*Extrahaushalte
auch 2010 mit
hohem Defizit*

Die Nebenhaushalte des Bundes verzeichneten im ersten Quartal ein Defizit von 1 ½ Mrd €, nach einem ausgeglichenen Ergebnis vor Jahresfrist. Ausschlaggebend war vor allem die Entwicklung beim Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin). Höhere Beteiligungserwerbe führten zu einem Defizit von 1 ½ Mrd €, nach ½ Mrd € im ersten Quartal 2009. Aber auch beim im Frühjahr 2009 mit dem Konjunkturpaket II gegründeten Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) stand ein Defizit von ½ Mrd € zu Buche, da die Mittelabflüsse für Investitionen und die Abwrackprämie von jeweils gut ½ Mrd € den Anteil von gut ½ Mrd € an der Gewinnausschüttung der Bundesbank übertrafen. Beim Pensionsservice Post und Telekommunikation ergab sich wie vor Jahresfrist ein Überschuss von ½ Mrd € aus Beitragszahlungen der Postnachfolgeunternehmen, die zur Tilgung von Anleihen aus deren Verbriefung zurückzulegen sind. Im Gesamtjahr wird nach einem Defizit von 21 Mrd € im Jahr 2009 aufgrund der noch ausstehenden Mittelabrufe aus dem

ITF und erwarteter weiterer Beteiligungserwerbe durch den Soffin mit einer Deckungslücke von deutlich mehr als 10 Mrd € gerechnet.

Länderhaushalte¹¹⁾

Das Defizit der Länderhaushalte betrug im ersten Quartal gut 7 Mrd €, nach knapp 10 ½ Mrd € vor Jahresfrist. Blendet man die nunmehr entfallene umfangreiche Rekapitalisierung der BayernLB im Vorjahr (7 Mrd €) aus, ergibt sich allerdings eine deutliche Zunahme. Die Einnahmen gingen weiter um knapp 3 % (fast 2 Mrd €) zurück. Das Steueraufkommen war zwar immer noch spürbar rückläufig (– 8 ½ %). Dabei ist aber zu beachten, dass ein Großteil dieses Rückgangs auf der Übertragung der Kfz-Steuer auf den Bund ab Juli 2009 beruht. Die dafür den Ländern zufließenden Kompensationszahlungen des Bundes (vierteljährlich 2 ¼ Mrd €) schlugen sich im Anstieg der sonstigen Einnahmen nieder. Die Ausgaben gingen deutlich um 6 ½ % zurück. Bereinigt um die Bankrekapitalisierung 2009 bedeutete dies jedoch einen Zuwachs von 3 %. Dabei legten die Aufwendungen für Personal infolge der im Frühjahr 2009 vereinbarten Entgeltanpassungen (einschl. der Ost-West-Angleichung) und deren Übertragung

*Defizit im ersten Quartal
ohne Sonder-
effekt 2009
deutlich
gestiegen*

10 Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Zur Reform der Verschuldungsgrenzen von Bund und Ländern, Monatsbericht, Mai 2009, S. 82f.; sowie J. Kremer und D. Stegarescu (2009), Neue Schuldenregeln: Sicherheitsabstand für eine stetige Finanzpolitik, in: Wirtschaftsdienst, 89. Jg., Heft 9, S. 630 ff.

11 Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im Jahr 2009 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts April kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

auf die Beamten und Versorgungsempfänger kräftig zu (+ 5 %).¹²⁾

*Im Gesamtjahr
weiterer
Defizitanstieg
erwartet*

Für das Gesamtjahr wird insbesondere angesichts der weiteren Mindereinnahmen infolge der Steuerentlastungen trotz der gegenüber 2009 entfallenen umfangreichen Bankrekaptalisierung ein weiterer Anstieg des Defizits der Kernhaushalte der Länder erwartet. Gemäß den bislang vorliegenden Planungen soll das Defizit sogar auf einen Rekordwert von knapp 33½ Mrd € zunehmen. Dabei kommen zwar Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen – teilweise gestützt auf umfangreiche Entnahmen aus Rücklagen – ohne die Aufnahme zusätzlicher Kredite aus. Die besonders hoch verschuldeten Länder Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein und Berlin, aber auch die anderen westdeutschen Länder planen jedoch teilweise sehr deutliche Überschreitungen ihrer Regelkreditgrenzen. Nicht zuletzt wegen weiterer Steuersenkungen wird nach der neuesten Steuerschätzung für die Länder trotz der etwas günstigeren gesamtwirtschaftlichen Lage nur eine Verbesserung um 1 Mrd € gegenüber der Schätzung vom November 2009 erwartet. Im Vergleich zur letzten Mittelfristprognose vom Mai 2009, für die ein deutlich stärkerer Anpassungsbedarf als gegenüber der Novemberschätzung bestand, ergeben sich aber Ausfälle von jeweils rund 4 Mrd € in den Jahren 2011 bis 2013. Insgesamt dürfte der ab 2020 vorgegebene strukturelle Haushaltsausgleich insbesondere für einige hoch verschuldete Länder ohne wesentliche Konsolidierungsanstrengungen, die sich vor allem auf die Ausgabenseite konzentrieren müssen, schwer zu erreichen sein.

Ähnlich wie beim Bund bildet das strukturelle Defizit 2010 für die fünf Länder mit grundsätzlichem Anspruch auf Übergangshilfen den Ausgangspunkt für die vorgeschriebene stufenweise Rückführung in den nächsten Jahren. Bei der Überwachung der Haushaltsentwicklung und der Bewertung der Konsolidierungsfortschritte vor einer Auszahlung von Hilfen kommt dem jüngst konstituierten Stabilitätsrat als Nachfolgegremium des Finanzplanungsrates eine wesentliche Rolle zu.

Sozialversicherungen¹³⁾

Rentenversicherung

Für das erste Vierteljahr weist die gesetzliche Rentenversicherung ein Defizit von gut 2 Mrd € aus, das damit um gut ½ Mrd € höher ausfiel als vor Jahresfrist. Auf der Einnahmenseite ergab sich ein Zuwachs um fast 2 %. Während die Pflichtbeiträge der Beschäftigten (einschl. der Beiträge auf Kurzarbeit) um lediglich 1 % zulegten, nahmen die Beiträge für arbeitslose Bezieher von Lohnersatzleistungen nochmals sehr stark zu (+ 18½ %). Die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt wuchsen mit 2½ % vergleichsweise kräftig,

*Defizitaus-
weitung trotz
positiver
Einnahmen-
entwicklung*

¹² Mit einer Erweiterung der Monatsstatistiken werden seit Jahresbeginn nun auch detailliertere Angaben zu Ausgaben- und Einnahmenpositionen der Länder veröffentlicht, die künftig eine deutlich verbesserte zeitnahe Analyse der Haushaltsentwicklungen ermöglichen (vgl. dazu: BMF, Monatsbericht, April 2010). Zu den neu ausgewiesenen Positionen zählen insbesondere Einnahmen aus Veräußerungen und von Verwaltungen sowie Ausgaben für Versorgung und Beihilfe, laufenden Sachaufwand, Zinsen, Zahlungen an Verwaltungen sowie Sach- und sonstige Investitionen.

¹³ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 2009 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts März kommentiert. Neuere Daten liegen nicht vor.

da sie 2010 großteils entsprechend den deutlichen Entgeltzuwächsen des Jahres 2008 angepasst werden. Die Ausgaben sind mit fast 3 % stärker als die Einnahmen gestiegen. Ausschlaggebend war der Zuwachs bei den Rentenausgaben, der wiederum auf der relativ hohen Rentenanpassung Mitte 2009 beruhte. Die Zahl der Renten hat dagegen weiterhin nur geringfügig zugenommen. Nochmals deutlich mehr wurde für Rehabilitationsmaßnahmen aufgewendet (+ 20 %).

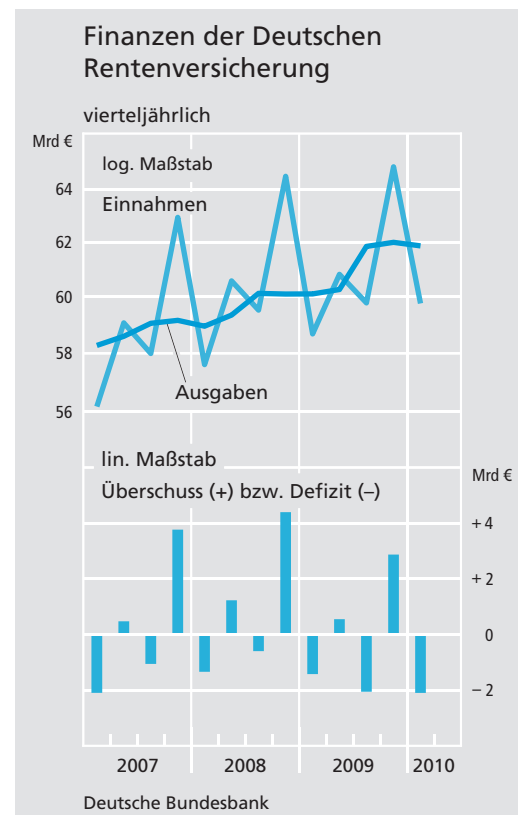
*Defizit 2010
geringer als
erwartet*

Die gesetzliche Rentenversicherung wird im laufenden Jahr voraussichtlich mit einem Defizit abschließen, das allerdings wesentlich geringer ausfallen dürfte als im Rentenversicherungsbericht vom Herbst 2009 erwartet (3 ½ Mrd €). Dazu trägt insbesondere die mittlerweile günstigere Einschätzung der Beschäftigung und auch der Arbeitsentgelte bei.¹⁴⁾ Zur Jahresmitte werden die Renten nicht vermindert, obwohl die Durchschnittsentgelte im vergangenen Jahr um fast ½ % gesunken sind. Ohne die Schutzklausel¹⁵⁾ wären die Renten im Westen um 2,1 % und im Osten um 0,5 % gekürzt worden. Es ist vorgesehen, sämtliche unterlassenen Rentenkürzungen (kumulierter Korrekturbedarf von 3,8 % im Westen und 1,8 % im Osten) in den kommenden Jahren über die jeweilige Halbierung positiver Rentenanpassungen nachzuholen, um die mittelfristigen Beitragssatzziele einzuhalten.

Bundesagentur für Arbeit

*Anhaltende
Verschlechterung der
Finanzlage im
Vorjahrsvergleich, ...*

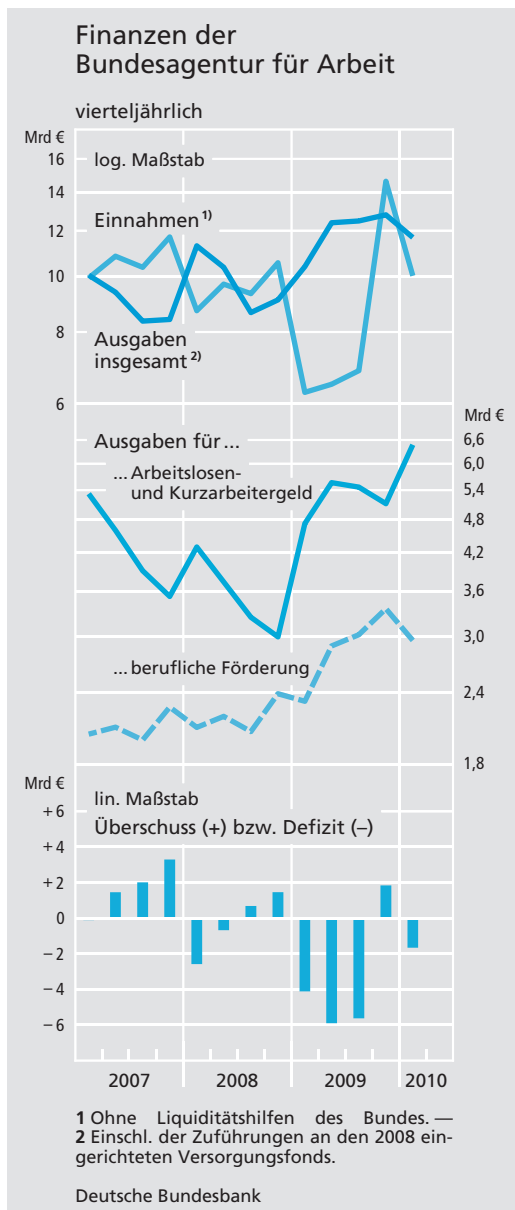
Bei der BA ergab sich im ersten Quartal ein Defizit von gut 1 ½ Mrd €. Vor einem Jahr war es mit gut 4 Mrd € noch deutlich höher ausgefallen. Allerdings leistete der Bund bereits



beträchtliche Zuschüsse von 3 ½ Mrd €, während im vergangenen Jahr erst im September mit Überweisungen des regulären Bundeszuschusses begonnen wurde. Außerdem erfolgten im ersten Quartal 2010 noch keine Zahlungen für den Eingliederungsbeitrag an den Bund (Vorjahr: fast 1 Mrd €). Bereinigt um diese Sondereffekte hat sich die Finanzlage der BA deutlich verschlechtert. Hierzu hat

¹⁴ Im Rentenversicherungsbericht 2009 erwartete die Bundesregierung für 2010 noch einen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer von 0,7 % und einen Rückgang der Arbeitnehmerzahl um 2,0 %. Ende April 2010 wurden diese Annahmen nach oben revidiert (auf + 1,0 % für die Durchschnittsentgelte und - 0,2 % für die Zahl der Beschäftigten). Allein aufgrund dieser Neueinschätzung dürfte das Finanzergebnis 2010 um rd. 2 Mrd € günstiger ausfallen.

¹⁵ Insbesondere der Altersvorsorgeanteil („Riester-Treppe“), aber auch der Nachhaltigkeitsfaktor hätten eine Rentenkürzung bewirkt. In Westdeutschland wäre ein merklicher Rückgang der Pro-Kopf-Entgelte hinzugekommen.



auch der Rückgang der Beitragseinnahmen um 1 % beigetragen. Deutliche Mehreinnahmen ergaben sich hingegen bei der Insolvenzgeldumlage, nachdem der Umlagesatz zu Jahresbeginn von 0,1 % auf 0,41 % der Bruttoarbeitsentgelte angehoben worden war.¹⁶⁾

Die Ausgaben übertrafen ihren Vorjahrswert im ersten Quartal um 12 ½ %. Wäre die erste

Rate des Eingliederungsbeitrags nicht gestundet worden, wären die Ausgaben allerdings um fast ein Viertel gestiegen. Maßgeblich für den Ausgabenzuwachs waren erneut das Arbeitslosen- und das Kurzarbeitergeld, wofür jeweils fast 1 Mrd € mehr ausgegeben wurde. Außerdem wurde für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (einschl. der hier erfassten Erstattungen von Sozialbeiträgen bei Kurzarbeit) gut ½ Mrd € mehr aufgewendet. Gemessen an den Vorquartalen hat sich der Ausgabenzuwachs gegenüber dem Vorjahr aber zuletzt merklich verlangsamt, und bei der Kurzarbeit wurde der Höhepunkt der Aufwendungen bereits im Sommer 2009 überschritten.

... aber Ausgabenzuwachstum zuletzt verlangsamt

Die BA hat bereits in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres in beachtlichem Ausmaß auf Finanzhilfen des Bundes zurückgegriffen. Im Bundeshaushalt 2010 sind zum Defizitausgleich für dieses Jahr keine Darlehen, sondern Zuschüsse in Höhe von knapp 13 Mrd € vorgesehen. Zusammen mit dem disponiblen Rücklagenbestand von 3 Mrd € Ende 2009 würde damit ein BA-Defizit von fast 16 Mrd € abgedeckt. In Anbetracht der zuletzt günstigeren Konjunktur- und Arbeitsmarkteinschätzungen könnte das Defizit zwar erheblich geringer ausfallen. Insgesamt ist aber deutlich zu erkennen, dass ein Beitragssatz von 2,8 % beziehungsweise 3,0 % ab 2011 zu niedrig ist, um die Eigenfinanzierung der BA über den Konjunkturzyklus hinweg sicherzustellen.

Zuschussbedarf voraussichtlich deutlich niedriger als bislang veranschlagt

¹⁶ Nachdem das Insolvenzgeld im Jahr 2009 die Umlagebeiträge um fast 1 Mrd € überschritten hat, soll die Lücke durch einen Überschuss im laufenden Jahr geschlossen werden.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze | 5* |
| 2. Außenwirtschaft | 5* |
| 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren | 6* |

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

- | | |
|--|-----|
| 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang | 8* |
| 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) | 10* |
| 3. Liquiditätsposition des Bankensystems | 14* |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

- | | |
|------------|-----|
| 1. Aktiva | 16* |
| 2. Passiva | 18* |

IV. Banken

- | | |
|---|-----|
| 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland | 20* |
| 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen | 24* |
| 3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland | 26* |

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs)	40*

V. Mindestreserven

1. Reservesätze	42*
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998	42*
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion	42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze	43*
2. Basiszinssätze	43*
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)	43*
4. Geldmarktsätze nach Monaten	43*
5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion	44*
6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs)	45*

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland	48*
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	49*
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland	50*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten	50*
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere	51*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland	51*

VIII. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren	52*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren	53*

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“	54*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	54*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	55*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	55*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	56*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	56*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	57*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	57*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	58*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	58*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	59*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	59*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	59*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	60*

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens	61*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	62*
3. Auftragseingang in der Industrie	63*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	64*

5. Einzelhandelsumsätze	64*
6. Arbeitsmarkt	65*
7. Preise	66*
8. Einkommen der privaten Haushalte	67*
9. Tarif- und Effektivverdienste	67*

XI. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	68*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	69*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	70*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	71*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland	71*
6. Vermögensübertragungen	71*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	72*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	73*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion	73*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	74*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	75*
12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der EWWU	75*
13. Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	76*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze			
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2008 Juli	0,3	9,2	9,2	9,3	9,9	11,7	6,0	4,19	4,96	4,7	
Aug.	0,2	8,9	8,9	9,0	10,1	11,6	6,3	4,30	4,97	4,5	
Sept.	1,2	9,0	8,7	8,8	9,4	10,8	6,2	4,27	5,02	4,4	
Okt.	3,6	9,3	8,7	8,4	8,2	9,5	4,5	3,82	5,11	4,3	
Nov.	2,2	8,8	7,7	8,0	8,2	9,1	5,1	3,15	4,24	4,1	
Dez.	3,4	8,3	7,6	7,1	7,2	7,8	4,3	2,49	3,29	3,7	
2009 Jan.	5,1	7,5	6,0	6,5	6,9	7,1	5,0	1,81	2,46	3,9	
Febr.	6,2	7,0	5,8	5,7	6,6	6,4	5,8	1,26	1,94	4,0	
März	6,1	6,3	5,2	5,3	5,8	5,2	5,4	1,06	1,64	3,9	
April	8,4	6,0	4,9	4,6	5,0	4,2	5,3	0,84	1,42	3,9	
Mai	8,1	5,2	3,9	4,1	4,5	3,6	5,7	0,78	1,28	4,0	
Juni	9,5	5,0	3,6	3,5	4,8	3,4	6,2	0,70	1,23	4,2	
Juli	12,0	4,6	2,9	3,0	3,8	2,3	6,1	0,36	0,97	4,0	
Aug.	13,4	4,5	2,4	2,4	3,3	1,6	6,4	0,35	0,86	3,8	
Sept.	12,8	3,6	1,8	1,5	3,5	1,4	6,6	0,36	0,77	3,8	
Okt.	11,8	2,3	0,3	0,6	3,3	0,9	7,4	0,36	0,74	3,7	
Nov.	12,5	1,8	- 0,2	- 0,1	2,8	0,7	7,1	0,36	0,72	3,7	
Dez.	12,4	1,6	- 0,3	- 0,2	2,6	0,7	6,8	0,35	0,71	3,7	
2010 Jan.	11,4	1,8	0,1	- 0,2	1,7	- 0,0	6,1	0,34	0,68	3,8	
Febr.	11,0	1,6	- 0,3	- 0,1	1,6	- 0,0	5,3	0,34	0,66	3,8	
März	10,9	1,7	- 0,1	...	1,7	- 0,1	5,5	0,35	0,64	3,7	
April	0,35	0,64	3,7	

1 Quelle: EZB. — 2 Saisonbereinigt. — 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. — 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber dem Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's. — 5 Euro OverNight Index Average. — 6 Euro Interbank Offered Rate. — 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. — 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen.

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)		
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr		Währungsreserven	nominal	real 4)
Mio €							Euro/US-\$	1. Vj. 1999=100		
2008 Juli	- 9 620	- 739	+ 28 734	+ 10 379	+ 11 151	+ 8 921	- 1 717	1,5770	113,2	112,7
Aug.	- 16 023	- 8 376	+ 9 018	- 22 335	+ 16 362	+ 12 700	+ 2 290	1,4975	110,9	110,3
Sept.	- 12 374	- 3 501	+ 18 219	- 30 426	+ 89 262	- 42 237	+ 1 620	1,4370	109,3	108,5
Okt.	- 10 944	+ 2 307	+ 17 155	- 1 119	+ 97 035	- 70 777	- 7 985	1,3322	105,8	105,2
Nov.	- 18 055	- 5 245	+ 7 280	- 51 660	+ 36 103	+ 23 245	- 408	1,2732	105,0	104,5
Dez.	- 4 975	- 437	+ 15 161	+ 921	- 3 150	+ 9 536	+ 7 855	1,3449	110,2	109,7
2009 Jan.	- 23 567	- 10 548	+ 31 581	- 21 454	- 3 474	+ 51 278	+ 5 231	1,3239	109,8	109,2
Febr.	- 5 738	+ 61	+ 8 457	- 15 583	+ 66 238	- 43 465	+ 1 267	1,2785	108,7	108,0
März	- 7 929	+ 2 872	+ 10 851	- 27 565	+ 58 853	- 19 579	- 858	1,3050	111,1	110,3
April	- 9 794	+ 4 110	+ 18 083	+ 7 680	+ 7 718	+ 1 502	+ 1 182	1,3190	110,3	109,5
Mai	- 13 697	+ 2 593	+ 9 398	+ 17 466	+ 43 195	- 49 092	- 2 171	1,3650	110,8	109,9
Juni	+ 1 537	+ 7 264	- 16 600	- 24 798	+ 42 769	- 34 152	- 418	1,4016	112,0	111,1
Juli	+ 8 088	+ 14 115	- 19 404	+ 7 209	- 20 022	- 2 893	- 3 698	1,4088	111,6	110,5
Aug.	- 6 059	- 1 853	- 10 785	+ 1 706	+ 15 914	- 29 161	+ 756	1,4268	111,7	110,6
Sept.	- 5 608	+ 1 535	+ 17 568	- 32 628	+ 77 734	- 30 809	+ 3 270	1,4562	112,9	111,6
Okt.	- 153	+ 8 534	+ 1 519	- 3 001	+ 10 004	- 4 848	- 636	1,4816	114,3	112,8
Nov.	- 2 378	+ 4 984	+ 2 770	- 7 436	- 6 282	+ 15 105	+ 1 382	1,4914	114,0	112,5
Dez.	+ 9 498	+ 5 873	- 8 063	+ 2 661	+ 65 156	- 75 046	- 834	1,4614	113,0	111,3
2010 Jan.	- 14 743	- 7 358	+ 14 488	- 3 107	+ 4 382	+ 11 742	+ 1 470	1,4272	110,8	108,9
Febr.	- 5 161	+ 5 325	+ 7 160	+ 175	+ 9 711	+ 922	- 3 648	1,3686	108,0	106,0
März	1,3569	107,4	105,7
April	1,3406	106,1	104,4

* Quelle: EZB. — 1 S. auch Tab. XI.12 und 13, S. 75*/ 76* . — 2 Einschl. Finanzderivate. — 3 Gegenüber den Währungen der EWK-21-Gruppe. — 4 Auf Basis der Verbraucherpreise.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾								
2007	2,8	2,9	2,5	4,9	2,4	4,5	6,0	1,5
2008	0,6	1,0	1,3	1,2	0,2	2,0	- 3,0	- 1,3
2009	- 4,1	- 3,0	- 4,9	- 7,8	- 2,6	- 2,0	- 7,1	- 5,0
2008 4.Vj.	- 1,9	- 0,9	- 1,7	- 2,7	- 1,8	0,7	- 8,0	- 3,2
2009 1.Vj.	- 5,0	- 4,0	- 6,4	- 7,8	- 3,3	- 1,0	- 8,7	- 6,7
2.Vj.	- 4,9	- 4,4	- 7,0	- 9,3	- 3,4	- 1,9	- 7,4	- 6,4
3.Vj.	- 4,1	- 2,9	- 4,7	- 8,9	- 2,1	- 2,4	- 7,1	- 4,4
4.Vj.	- 2,2	- 1,1	- 1,5	- 5,1	- 0,3	- 2,5	- 5,1	- 2,7
2010 1.Vj.	0,5	...	1,7
Industrieproduktion ¹⁾³⁾								
2007	3,7	2,9	6,0	4,8	1,2	2,3	5,0	1,8
2008	- 1,7	- 0,6	0,0	1,1	- 2,5	- 4,2	- 1,5	- 3,5
2009	- 15,1	- 14,0	- 16,8	- 21,2	- 12,0	- 9,2	- 3,9	- 18,4
2008 4.Vj.	- 8,9	- 7,8	- 7,6	- 6,8	- 8,9	- 7,5	- 7,1	- 10,3
2009 1.Vj.	- 18,6	- 16,5	- 20,5	- 21,9	- 15,7	- 8,1	- 3,6	- 22,4
2.Vj.	- 18,8	- 17,5	- 20,6	- 24,0	- 15,8	- 11,3	- 2,4	- 23,2
3.Vj.	- 14,5	- 13,8	- 16,5	- 22,3	- 11,0	- 9,9	- 4,1	- 17,2
4.Vj.	- 7,6	- 7,4	- 9,4	- 16,3	- 5,2	- 7,2	- 5,5	- 9,4
2010 1.Vj.	s) 4,3	...	10)p) 6,3	3,3	4,0	p) - 6,8	p) 5,9	3,0
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾								
2007	84,3	83,2	87,5	87,3	86,6	76,9	76,6	78,2
2008	83,0	82,9	86,5	84,4	85,8	76,4	...	75,9
2009	71,4	72,3	72,8	67,7	73,0	70,7	...	66,7
2009 1.Vj.	74,6	75,4	76,2	72,0	76,0	73,4	...	70,4
2.Vj.	70,2	70,4	71,8	66,5	71,2	70,3	...	66,2
3.Vj.	69,6	71,5	71,1	65,3	70,8	68,3	...	64,6
4.Vj.	71,0	72,0	72,1	67,0	74,1	70,6	...	65,6
2010 1.Vj.	72,3	73,7	73,9	74,6	74,6	69,0	...	66,7
2.Vj.	75,5	76,9	79,8	74,6	76,4	69,7	...	68,6
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾								
2007	7,5	7,5	8,4	6,9	8,4	8,3	4,6	6,1
2008	7,5	7,0	7,3	6,4	7,8	7,7	6,3	6,7
2009	9,4	7,9	7,5	8,2	9,5	9,5	11,9	7,8
2009 Okt.	9,8	8,0	7,5	8,7	9,9	10,2	13,0	8,1
Nov.	9,8	8,0	7,5	8,8	10,0	10,2	13,1	8,1
Dez.	9,9	8,0	7,4	8,8	9,9	10,2	12,9	8,4
2010 Jan.	9,9	8,0	7,4	8,9	10,0	...	13,1	8,5
Febr.	10,0	8,0	7,4	8,9	10,1	...	13,1	8,6
März	10,0	8,1	7,3	9,0	10,1	...	13,2	8,8
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾								
2007	6) 2,1	1,8	2,3	1,6	1,6	3,0	2,9	2,0
2008	7) 3,3	4,5	2,8	3,9	3,2	4,2	3,1	3,5
2009	8) 0,3	0,0	0,2	1,6	0,1	1,3	- 1,7	0,8
2009 Nov.	0,5	0,0	0,3	1,3	0,5	2,1	- 2,8	0,8
Dez.	0,9	0,3	0,8	1,8	1,0	2,6	- 2,6	1,1
2010 Jan.	1,0	0,8	0,8	1,6	1,2	2,3	- 2,4	1,3
Febr.	0,9	0,8	0,5	1,3	1,4	2,9	- 2,4	1,1
März	1,4	1,9	1,2	1,5	1,7	3,9	- 2,4	1,4
April	p) 1,5	2,1	1,0	1,6	1,9	4,7	- 2,5	1,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁹⁾								
2007	- 0,6	- 0,2	0,2	5,2	- 2,7	- 5,1	0,1	- 1,5
2008	- 2,0	- 1,2	0,0	4,2	- 3,3	- 7,7	- 7,3	- 2,7
2009	- 6,3	- 6,0	- 3,3	- 2,2	- 7,5	- 13,6	- 14,3	- 5,3
Staatliche Verschuldung ⁹⁾								
2007	65,9	84,2	65,0	35,2	63,8	95,7	25,0	103,5
2008	69,4	89,8	66,0	34,2	67,5	99,2	43,9	106,1
2009	78,6	96,7	73,2	44,0	77,6	115,1	64,0	115,8

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemitteilungen und sind vorläufig. — 1 Veränderung gegen Vorjahrszeitraum in Prozent. — 2 Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten be-

rechnet. — 3 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. — 4 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. — 5 In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. — 6 Ab 2007 einschl. Slowenien. —

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
6,5	3,8	3,6	3,5	1,9	10,6	6,8	3,6	5,1	2007
0,0	2,1	2,0	2,0	0,0	6,2	3,5	0,9	3,6	2008
- 3,4	- 1,9	- 4,0	- 3,6	- 2,7	- 4,7	- 7,8	- 3,6	- 1,7	2009
- 4,1	0,7	- 0,7	- 0,3	- 1,6	1,6	- 0,8	- 0,9	2,2	2008 4.Vj.
- 6,1	- 2,0	- 4,5	- 4,7	- 4,1	- 5,7	- 8,2	- 3,8	0,6	2009 1.Vj.
- 7,6	- 3,9	- 5,5	- 4,9	- 3,6	- 5,5	- 9,2	- 4,8	- 1,6	2.Vj.
- 1,1	- 2,4	- 3,7	- 3,1	- 2,2	- 4,9	- 8,3	- 3,8	- 2,7	3.Vj.
1,5	0,5	- 2,2	- 1,2	- 0,9	- 2,6	- 5,5	- 2,2	- 3,1	4.Vj.
...	...	0,1	0,4	...	4,6	...	- 1,2	- 2,4	2010 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
- 0,6	-	2,3	5,9	0,1	16,5	7,4	2,0	4,3	2007
- 5,3	-	1,4	1,2	- 4,1	3,2	1,7	- 7,3	4,0	2008
- 15,9	-	- 7,6	- 11,9	- 8,6	- 14,2	- 17,5	- 15,8	p) - 8,6	2009
- 17,9	-	- 6,5	- 4,5	- 6,8	- 11,3	- 8,2	- 16,6	- 0,1	2008 4.Vj.
- 24,8	-	- 9,8	- 12,4	- 12,3	- 22,0	- 18,0	- 22,6	- 7,2	2009 1.Vj.
- 21,3	-	- 12,5	- 16,7	- 9,9	- 21,5	- 23,9	- 18,6	- 9,6	2.Vj.
- 16,4	-	- 6,9	- 13,2	- 7,4	- 12,8	- 18,9	- 14,6	- 8,8	3.Vj.
2,5	-	- 1,4	- 5,3	- 4,5	1,1	- 8,3	- 5,6	p) - 8,6	4.Vj.
p) 15,3	-	6,0	...	4,0	20,2	- 0,1	0,3	...	2010 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁴⁾									
87,3	80,8	83,6	85,2	81,8	73,6	85,9	81,0	70,0	2007
85,1	79,0	83,4	83,0	79,8	72,0	84,1	79,2	72,0	2008
69,2	69,7	75,9	74,8	72,6	53,7	71,1	70,0	66,3	2009
72,6	69,0	77,5	77,2	76,4	53,3	75,2	73,5	69,5	2009 1.Vj.
65,2	65,9	74,6	73,2	70,6	50,9	69,1	69,8	66,7	2.Vj.
67,4	71,0	75,5	73,5	71,5	51,9	69,3	67,9	64,8	3.Vj.
71,6	73,0	76,0	75,2	72,0	58,8	70,7	68,8	64,3	4.Vj.
77,5	77,3	77,3	75,8	75,1	58,1	73,0	68,9	61,7	2010 1.Vj.
79,3	75,7	78,8	79,4	75,7	55,4	75,3	70,9	63,1	2.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁵⁾									
4,2	6,4	3,2	4,4	8,1	11,1	4,9	8,3	4,0	2007
4,9	5,9	2,8	3,8	7,7	9,5	4,4	11,3	3,6	2008
5,4	6,9	3,4	4,8	9,6	12,0	5,9	18,0	5,3	2009
5,5	6,9	3,8	5,0	10,2	13,8	6,5	19,0	6,0	2009 Okt.
5,5	7,0	3,8	4,8	10,1	14,1	6,4	19,0	6,2	Nov.
5,5	7,1	3,9	4,8	10,2	14,2	6,3	18,9	6,2	Dez.
5,4	7,0	3,9	4,8	10,3	14,1	6,2	18,9	6,3	2010 Jan.
5,6	7,1	4,0	4,9	10,3	14,1	6,1	19,0	6,4	Febr.
5,6	6,9	4,1	4,9	10,5	14,1	6,2	19,1	6,7	März
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
2,7	0,7	1,6	2,2	2,4	1,9	3,8	2,8	2,2	2007
4,1	4,7	2,2	3,2	2,7	3,9	5,5	4,1	4,4	2008
0,0	1,8	1,0	0,4	- 0,9	0,9	0,9	- 0,2	0,2	2009
1,7	- 0,1	0,7	0,6	- 0,8	0,0	1,8	0,4	1,0	2009 Nov.
2,5	- 0,4	0,7	1,1	- 0,1	0,0	2,1	0,9	1,6	Dez.
3,0	1,2	0,4	1,2	0,1	- 0,2	1,8	1,1	2,5	2010 Jan.
2,3	0,7	0,3	0,9	0,2	- 0,2	1,6	0,9	2,8	Febr.
3,2	0,6	0,7	1,8	0,6	0,3	1,8	1,5	2,3	März
3,1	0,8	p) 0,6	p) 1,8	0,7	0,7	2,7	1,6	2,5	April
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁹⁾									
3,6	- 2,2	0,2	- 0,4	- 2,6	- 1,9	0,0	1,9	3,4	2007
2,9	- 4,5	0,7	- 0,4	- 2,8	- 2,3	- 1,7	- 4,1	0,9	2008
- 0,7	- 3,8	- 5,3	- 3,4	- 9,4	- 6,8	- 5,5	- 11,2	- 6,1	2009
Staatliche Verschuldung ⁹⁾									
6,7	61,9	45,5	59,5	63,6	29,3	23,4	36,2	58,3	2007
13,7	63,7	58,2	62,6	66,3	27,7	22,6	39,7	48,4	2008
14,5	69,1	60,9	66,5	76,8	35,7	35,9	53,2	56,2	2009

7 Ab 2008 einschl. Malta und Zypern. — 8 Ab 2009 einschl. Slowakische Republik. — 9 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat; Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische

Kommission (Maastricht-Definition). — 10 Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2008 Aug.	24,9	30,9	34,4	- 6,0	0,7	3,0	15,9	12,9	15,8	3,0	- 1,3	- 0,5	14,6
Sept.	41,3	67,8	- 19,5	- 26,5	- 36,8	28,2	9,9	- 18,3	8,3	- 13,4	- 1,3	- 10,8	33,9
Okt.	17,4	25,3	8,4	- 7,9	- 7,4	103,7	- 36,1	- 139,7	- 40,8	- 0,7	2,6	- 66,3	23,6
Nov.	117,3	78,6	60,0	38,8	41,0	5,5	- 84,7	- 90,2	40,6	26,0	3,4	- 9,0	20,2
Dez.	6,2	- 8,9	62,4	15,1	21,6	- 45,9	- 199,0	- 153,1	59,2	43,0	3,7	11,5	1,0
2009 Jan.	102,3	32,1	6,6	70,2	56,2	- 69,6	- 29,5	40,1	54,9	31,7	2,1	6,8	14,3
Febr.	28,9	- 8,5	13,8	37,4	40,7	46,2	- 109,6	- 155,8	43,5	13,2	- 0,3	23,8	6,8
März	51,3	14,3	12,2	37,0	45,7	- 30,6	- 132,7	- 102,1	18,9	22,9	0,4	1,8	- 6,2
April	86,9	44,2	48,3	42,6	31,4	40,6	41,6	1,0	16,2	15,0	0,1	- 5,3	6,3
Mai	34,8	22,6	8,8	12,1	19,5	17,1	- 54,6	- 71,6	57,4	23,7	1,3	23,3	9,1
Juni	108,5	35,6	3,9	72,9	49,9	44,1	- 50,6	- 94,7	75,9	20,7	0,8	14,1	40,3
Juli	- 34,9	- 40,3	- 10,1	5,4	4,7	10,5	- 39,4	- 49,8	28,0	12,1	1,1	13,7	1,1
Aug.	- 52,9	- 62,7	- 1,0	9,8	4,9	25,5	- 22,3	- 47,8	37,1	6,7	0,7	16,7	13,0
Sept.	72,2	50,4	5,5	21,8	31,2	- 13,7	- 34,6	- 21,0	21,3	16,3	1,0	- 9,5	13,6
Okt.	- 5,9	- 39,8	- 1,6	33,9	14,3	9,6	10,8	1,2	5,4	1,6	2,2	- 0,4	1,9
Nov.	42,4	44,8	13,8	- 2,4	2,4	- 6,3	6,0	12,3	28,5	9,4	0,6	4,0	14,4
Dez.	- 36,4	- 4,1	1,9	- 32,3	- 27,7	49,2	- 52,9	- 102,1	41,3	19,1	- 1,1	- 13,5	36,8
2010 Jan.	- 36,0	- 58,2	- 26,7	22,2	10,9	18,5	69,7	51,2	13,4	- 14,6	1,0	31,5	- 4,4
Febr.	18,0	- 7,5	- 10,1	25,5	30,3	- 24,9	6,5	31,4	- 0,5	5,3	- 0,7	- 7,6	2,5
März	63,1	6,0	- 19,1	57,1	33,8	- 13,7	- 13,5	0,2	28,0	1,7	- 0,1	16,3	10,0

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2008 Aug.	25,7	30,3	25,8	- 4,6	- 4,2	- 10,2	- 5,1	5,1	- 1,5	- 1,0	- 1,1	- 1,7	2,3
Sept.	1,3	18,6	2,2	- 17,3	- 14,8	34,7	71,4	36,7	- 7,4	- 3,0	- 1,1	- 6,3	2,9
Okt.	- 9,9	- 12,8	- 10,7	3,0	1,2	23,2	- 2,8	- 26,0	- 14,2	- 3,1	3,0	- 16,8	2,8
Nov.	7,4	12,0	1,2	- 4,6	- 2,5	- 38,2	- 76,5	- 38,3	- 5,6	0,8	3,7	- 9,9	- 0,3
Dez.	13,7	15,4	30,8	- 1,7	- 0,8	- 6,5	- 31,1	- 24,7	27,3	29,8	3,8	- 18,0	11,7
2009 Jan.	36,2	29,7	7,1	6,5	6,9	- 59,8	- 54,4	5,4	0,4	3,7	0,0	- 0,6	- 2,8
Febr.	- 9,1	- 6,6	6,7	- 2,4	- 0,3	- 1,8	- 24,9	- 23,0	- 13,7	6,8	- 0,0	- 9,8	- 10,7
März	9,2	13,7	- 3,6	- 4,6	- 0,1	- 30,8	- 35,1	- 4,4	- 3,0	2,6	0,8	- 6,8	0,4
April	20,1	13,4	12,0	6,7	4,9	19,7	40,7	21,0	- 8,3	3,9	0,2	- 5,9	- 6,5
Mai	- 3,3	- 4,2	- 8,5	1,0	5,1	28,0	- 5,7	- 33,7	2,9	2,6	1,5	2,4	- 3,6
Juni	15,8	16,1	5,0	- 0,3	1,6	- 22,9	- 19,2	3,8	34,5	13,6	1,0	- 3,0	23,0
Juli	- 8,5	- 23,3	- 3,6	14,8	1,9	- 25,3	- 31,6	- 6,3	- 7,1	0,9	1,2	- 9,0	- 0,2
Aug.	- 27,5	- 18,8	- 6,4	- 8,7	- 3,2	1,9	- 13,3	- 15,2	1,5	1,9	0,8	1,8	- 2,9
Sept.	22,3	18,7	0,5	3,6	6,5	- 6,7	- 28,0	- 21,3	- 12,0	2,9	1,2	- 17,1	0,9
Okt.	- 0,1	- 19,2	- 5,1	19,1	7,3	9,2	- 0,9	- 10,1	- 0,5	- 0,9	2,4	- 1,3	- 0,7
Nov.	- 0,4	6,6	2,4	- 7,0	1,3	- 0,4	- 1,2	- 0,8	- 0,9	2,2	0,9	- 10,0	6,0
Dez.	- 37,4	- 30,0	- 9,7	- 7,4	- 1,4	10,6	- 9,3	- 20,0	- 12,5	0,7	- 1,1	- 12,8	0,6
2010 Jan.	16,6	5,4	8,1	11,1	8,1	- 16,7	6,8	23,5	- 6,2	2,4	- 1,6	- 0,3	- 6,7
Febr.	- 12,8	- 14,5	- 10,4	1,7	5,0	- 23,1	- 18,2	5,0	- 6,8	0,5	- 0,7	- 6,3	- 0,4
März	- 2,0	- 9,5	- 5,9	7,5	8,2	- 13,6	3,0	16,6	3,5	1,1	0,1	3,2	- 0,9

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beihet zum Monatsbericht 1, S. 112). — 1 Quelle: EZB. — 2 Abzüglich Bestand der

MFIs. — 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 4 Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. — 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). — 6 In Deutschland nur Spareinlagen. — 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. — 8 Abzüglich

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldver-schreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarkt-pap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
5,9	- 9,6	-	15,7	- 0,9	- 52,6	- 2,7	- 49,9	54,2	- 2,5	9,8	14,6	- 7,7	2008 Aug.
4,5	- 0,7	-	57,5	72,0	83,5	1,1	82,4	- 1,5	- 10,1	2,4	- 27,6	- 10,8	Sept.
65,1	- 4,3	-	101,1	104,3	56,4	41,7	14,7	52,4	- 4,6	5,0	- 1,3	- 7,0	Okt.
69,9	- 31,9	-	44,3	49,6	25,5	4,8	20,7	19,7	4,4	- 12,6	10,1	- 2,8	Nov.
66,5	- 102,6	-	70,2	103,7	74,7	19,2	55,5	- 15,1	44,2	- 6,3	- 19,5	- 7,7	Dez.
62,5	- 3,1	-	81,6	- 64,6	22,1	- 11,9	34,0	- 131,7	45,1	- 6,4	34,9	- 45,6	2009 Jan.
14,0	2,5	-	15,1	- 6,7	4,5	3,6	0,9	- 34,3	23,0	3,4	20,2	- 1,7	Febr.
12,7	- 11,4	-	0,4	10,7	33,5	4,0	29,5	- 43,2	20,5	11,2	0,9	- 22,4	März
14,0	43,7	-	81,6	68,9	82,6	9,3	73,3	- 36,4	22,8	- 0,3	2,3	- 10,7	April
5,9	6,2	-	5,8	4,3	26,9	2,8	24,1	- 38,7	16,1	- 1,9	0,6	- 8,8	Mai
20,4	55,0	-	1,2	28,6	91,0	3,0	88,0	- 74,1	11,7	11,1	- 22,6	- 15,9	Juni
54,1	40,5	-	38,9	- 15,9	- 0,8	10,5	- 11,3	- 34,0	18,9	- 27,3	16,0	- 11,6	Juli
12,3	- 14,0	-	38,2	- 15,5	7,4	- 4,3	11,7	- 39,9	16,9	- 9,2	1,1	- 14,7	Aug.
20,7	10,1	-	6,4	9,5	62,4	- 0,5	63,0	- 59,6	6,7	24,5	- 19,5	- 8,1	Sept.
22,3	- 9,4	-	14,6	26,2	55,6	4,8	50,8	- 44,1	14,7	- 25,8	- 4,8	- 10,3	Okt.
13,6	40,8	-	19,7	- 7,0	38,4	4,6	33,7	- 49,2	3,8	5,5	- 15,0	- 3,2	Nov.
57,2	- 55,2	-	83,9	96,4	83,0	20,0	63,0	- 23,8	37,3	13,7	- 26,3	0,1	Dez.
30,6	- 3,4	-	58,2	- 47,2	- 4,1	- 12,9	8,7	- 71,5	28,4	- 21,1	9,6	0,4	2010 Jan.
3,9	24,9	-	27,4	- 27,8	- 15,2	2,5	- 17,7	- 21,7	9,1	16,0	- 9,6	- 6,0	Febr.
6,1	16,3	-	11,2	1,0	7,8	9,2	- 1,4	- 14,6	7,8	16,4	- 13,6	- 7,5	März

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarkt-papiere) (netto) 7)		
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte					
0,1	2,1	2,4	- 1,0	14,9	1,4	14,1	- 3,2	5,0	- 0,3	- 2,1	2008 Aug.		
0,7	24,9	2,1	0,5	17,9	16,3	- 0,8	- 3,3	7,8	- 0,4	- 1,7	Sept.		
- 1,4	- 8,6	7,5	10,6	37,5	28,2	13,9	- 1,4	- 1,2	- 3,9	1,8	Okt.		
0,2	- 59,5	1,3	1,3	34,2	9,2	9,9	- 1,1	2,8	- 0,8	14,1	Nov.		
- 0,0	- 17,3	1,1	5,6	- 2,7	1,5	- 2,2	8,1	- 9,9	- 0,8	0,6	Dez.		
0,6	- 31,3	17,5	- 18,2	6,7	57,9	- 47,7	3,8	6,3	- 0,4	- 13,3	2009 Jan.		
8,1	- 14,1	1,5	0,7	8,8	17,2	- 23,1	5,3	6,6	0,8	1,9	Febr.		
3,2	0,7	- 0,3	1,3	- 22,5	- 1,8	- 19,4	2,8	13,7	- 0,6	- 17,2	März		
14,4	7,2	1,3	1,6	26,5	32,1	- 20,8	3,1	4,9	- 0,1	7,3	April		
12,0	19,8	0,4	0,1	- 10,0	4,1	- 15,0	2,4	- 1,7	- 0,3	0,5	Mai		
- 9,2	- 15,3	- 0,3	1,5	- 17,1	20,0	- 33,9	3,7	2,5	- 0,2	- 9,2	Juni		
- 5,8	3,7	- 0,1	3,3	- 24,6	2,3	- 19,0	4,6	- 11,0	- 1,1	- 0,2	Juli		
1,7	- 18,5	1,6	- 1,4	- 10,2	12,8	- 18,0	4,5	- 10,6	- 0,1	1,1	Aug.		
- 2,3	20,1	1,6	0,1	9,6	20,5	- 26,1	3,1	11,9	0,1	0,0	Sept.		
1,4	11,1	1,5	0,8	- 3,1	27,9	- 30,7	4,2	- 0,4	- 0,1	- 3,9	Okt.		
- 7,8	2,0	0,3	1,5	5,9	24,0	- 16,8	3,0	- 2,3	- 0,2	- 1,7	Nov.		
- 8,9	2,5	0,0	4,3	- 7,8	- 16,6	3,7	10,0	- 0,5	- 0,6	- 3,8	Dez.		
- 6,1	16,6	0,7	- 2,9	- 4,4	29,3	- 27,6	4,7	- 12,3	0,7	0,8	2010 Jan.		
3,8	- 30,9	2,1	0,6	5,5	0,3	- 11,6	5,9	10,7	- 0,2	0,5	Febr.		
1,6	- 2,9	0,5	3,1	- 14,6	- 14,2	0,8	1,8	- 0,4	- 0,5	- 2,1	März		

Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. — 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder

M3 vergleichbar. — 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾											
2008 Febr.	23 026,4	14 732,6	12 267,0	10 342,7	1 053,9	870,5	2 465,6	971,1	1 494,5	5 595,8	2 698,0
März	23 065,5	14 868,1	12 396,6	10 443,2	1 084,6	868,9	2 471,5	977,7	1 493,7	5 429,5	2 767,9
April	23 259,2	15 058,8	12 564,5	10 517,8	1 122,3	924,4	2 494,3	990,1	1 504,2	5 530,7	2 669,7
Mai	23 460,3	15 153,2	12 656,5	10 583,2	1 156,3	917,0	2 496,7	982,5	1 514,2	5 522,4	2 784,6
Juni	23 407,6	15 198,6	12 693,0	10 646,6	1 187,7	858,7	2 505,6	994,4	1 511,1	5 365,2	2 843,8
Juli	23 405,7	15 304,5	12 787,3	10 701,5	1 208,8	877,1	2 517,2	995,5	1 521,8	5 408,6	2 692,6
Aug.	23 627,6	15 348,0	12 832,5	10 709,0	1 245,3	878,1	2 515,5	988,9	1 526,5	5 512,4	2 767,3
Sept.	23 893,7	15 389,0	12 897,3	10 804,8	1 218,2	874,3	2 491,7	999,3	1 492,4	5 608,4	2 896,4
Okt.	24 578,8	15 443,9	12 954,8	10 860,9	1 258,9	835,0	2 489,0	999,6	1 489,5	5 794,7	3 340,1
Nov.	24 736,3	15 550,8	13 015,0	10 870,3	1 321,2	823,5	2 535,8	997,2	1 538,6	5 681,2	3 504,3
Dez.	24 116,3	15 520,2	12 967,3	10 772,0	1 409,1	786,1	2 552,9	988,6	1 564,3	5 239,1	3 357,1
2009 Jan.	24 498,5	15 700,1	13 061,2	10 860,1	1 411,9	789,1	2 638,9	1 004,1	1 634,9	5 400,0	3 398,4
Febr.	24 441,8	15 723,5	13 046,5	10 836,8	1 432,9	776,8	2 676,9	1 000,7	1 676,2	5 311,2	3 407,1
März	24 162,3	15 748,5	13 034,5	10 815,3	1 449,4	769,9	2 713,9	991,6	1 722,3	5 043,4	3 370,4
April	24 244,9	15 839,8	13 083,0	10 812,2	1 475,4	795,4	2 756,8	1 002,7	1 754,1	5 105,9	3 299,3
Mai	23 924,1	15 847,4	13 086,2	10 809,8	1 483,6	792,9	2 761,2	995,1	1 766,1	4 971,2	3 105,5
Juni	24 089,7	15 951,0	13 116,1	10 836,5	1 498,9	780,7	2 834,9	1 018,1	1 816,8	4 918,9	3 219,8
Juli	24 038,5	15 918,9	13 074,3	10 799,8	1 496,8	777,7	2 844,6	1 018,7	1 825,8	4 880,7	3 239,0
Aug.	23 956,5	15 867,8	13 012,9	10 735,1	1 496,0	781,8	2 854,9	1 023,5	1 831,3	4 869,2	3 219,5
Sept.	23 908,3	15 942,6	13 062,6	10 769,1	1 496,1	797,4	2 880,0	1 014,0	1 866,0	4 786,5	3 179,2
Okt.	23 859,1	15 928,9	13 016,1	10 723,2	1 493,8	799,1	2 912,8	1 033,6	1 879,2	4 792,9	3 137,3
Nov.	24 010,8	15 967,5	13 058,5	10 752,5	1 494,4	811,6	2 909,0	1 026,1	1 882,9	4 800,3	3 243,0
Dez.	23 828,6	15 930,7	13 057,3	10 745,1	1 500,5	811,7	2 873,4	1 021,7	1 851,8	4 814,8	3 083,0
2010 Jan.	24 034,4	15 915,5	13 020,5	10 733,7	1 471,1	815,7	2 895,0	1 033,2	1 861,9	4 951,3	3 167,6
Febr.	24 196,0	15 937,4	13 012,6	10 737,0	1 474,1	801,4	2 924,8	1 028,5	1 896,3	5 009,1	3 249,6
März	24 250,2	15 994,3	13 014,2	10 759,6	1 461,0	793,6	2 980,1	1 051,8	1 928,2	5 005,0	3 250,9
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2008 Febr.	5 186,3	3 525,7	2 879,9	2 442,3	144,4	293,3	645,8	383,9	261,9	1 427,6	233,0
März	5 222,7	3 565,8	2 919,8	2 456,6	163,7	299,5	646,0	381,6	264,4	1 422,9	234,1
April	5 300,6	3 614,0	2 958,7	2 466,4	161,4	330,8	655,4	386,3	269,0	1 441,3	245,3
Mai	5 283,0	3 600,6	2 951,1	2 473,1	162,5	315,5	649,5	381,1	268,4	1 436,0	246,5
Juni	5 230,1	3 581,4	2 944,7	2 491,9	162,8	290,0	636,6	380,1	256,6	1 399,5	249,2
Juli	5 239,5	3 592,2	2 959,4	2 503,6	162,1	293,7	632,9	380,0	252,9	1 394,5	252,8
Aug.	5 284,5	3 623,9	2 995,2	2 511,9	187,2	296,1	628,8	379,8	249,0	1 410,0	250,6
Sept.	5 383,1	3 627,7	3 016,0	2 530,7	188,4	296,9	611,7	377,3	234,4	1 501,9	253,5
Okt.	5 457,7	3 632,1	3 016,4	2 540,2	186,7	289,5	615,7	379,4	236,3	1 554,5	271,1
Nov.	5 385,6	3 637,4	3 026,4	2 549,0	191,6	285,8	611,1	377,3	233,8	1 463,2	285,0
Dez.	5 310,8	3 642,6	3 035,0	2 529,4	224,5	281,1	607,6	374,9	232,8	1 379,1	289,1
2009 Jan.	5 343,8	3 682,0	3 065,9	2 557,6	219,9	288,4	616,1	374,8	241,3	1 367,2	294,6
Febr.	5 315,0	3 672,2	3 058,5	2 544,1	235,8	278,6	613,8	372,8	241,0	1 348,2	294,6
März	5 282,0	3 674,0	3 065,2	2 555,9	235,1	274,3	608,8	368,1	240,7	1 278,5	329,5
April	5 330,0	3 694,6	3 079,0	2 557,4	234,9	286,8	615,6	369,8	245,8	1 319,6	315,8
Mai	5 261,9	3 684,9	3 068,7	2 556,8	234,0	277,8	616,2	365,5	250,8	1 292,8	284,3
Juni	5 220,8	3 698,7	3 082,9	2 566,5	246,0	270,4	615,8	363,7	252,1	1 270,5	251,6
Juli	5 173,5	3 689,5	3 059,0	2 545,9	245,8	267,3	630,6	376,6	254,0	1 238,5	245,5
Aug.	5 149,9	3 660,3	3 038,5	2 532,0	242,9	263,6	621,8	371,0	250,7	1 223,4	266,3
Sept.	5 131,7	3 679,7	3 054,4	2 548,0	242,8	263,6	625,2	368,1	257,1	1 186,5	265,5
Okt.	5 128,8	3 677,6	3 033,3	2 532,0	240,4	260,9	644,2	379,8	264,4	1 184,0	267,3
Nov.	5 131,5	3 675,6	3 041,1	2 537,6	240,3	263,2	634,6	368,9	265,7	1 184,3	271,6
Dez.	5 084,8	3 642,7	3 015,1	2 520,4	235,5	259,1	627,6	363,0	264,6	1 188,8	253,3
2010 Jan.	5 123,4	3 660,2	3 021,3	2 516,0	239,8	265,5	638,8	366,1	272,7	1 211,6	251,5
Febr.	5 099,1	3 649,6	3 008,2	2 513,7	237,7	256,8	641,4	362,9	278,5	1 208,0	241,5
März	5 106,0	3 638,3	2 993,1	2 509,7	233,9	249,6	645,2	362,2	283,0	1 209,5	258,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. — 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarkt-

papiere von öffentlichen Haushalten. — 4 Euro-Bargeldumlauf (s. auch Anm. 8, S. 12*). Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
										Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)	
628,8	8 906,7	8 389,3	8 461,9	2 973,7	1 814,1	205,0	1 849,1	1 505,7	114,4	2008 Febr.	
632,9	8 997,0	8 475,7	8 547,8	3 024,7	1 834,5	203,1	1 861,5	1 511,7	112,3	März	
641,4	9 077,2	8 555,9	8 627,0	3 002,6	1 922,9	208,1	1 871,1	1 511,3	111,0	April	
645,8	9 134,1	8 631,1	8 696,7	3 027,1	1 949,3	208,6	1 894,1	1 508,1	109,6	Mai	
652,1	9 224,9	8 681,5	8 743,5	3 063,1	1 941,1	215,5	1 910,0	1 505,1	108,9	Juni	
658,8	9 207,3	8 687,5	8 760,7	2 986,3	2 031,6	225,1	1 913,3	1 496,2	108,3	Juli	
656,1	9 230,3	8 695,3	8 776,7	2 942,3	2 081,1	233,3	1 918,5	1 494,4	107,2	Aug.	
657,2	9 302,0	8 759,5	8 840,7	3 025,4	2 081,6	236,5	1 906,6	1 484,6	106,1	Sept.	
698,9	9 467,0	8 856,6	8 941,8	3 049,8	2 151,7	237,6	1 911,0	1 482,7	109,0	Okt.	
703,7	9 601,2	8 935,7	8 997,5	3 060,0	2 164,4	239,4	1 933,7	1 487,3	112,6	Nov.	
722,9	9 637,2	9 075,4	9 113,9	3 105,8	2 151,9	235,6	1 972,7	1 531,4	116,5	Dez.	
712,3	9 761,5	9 115,3	9 171,1	3 184,2	2 040,4	241,3	2 011,1	1 576,9	117,3	2009 Jan.	
716,0	9 780,6	9 127,3	9 173,9	3 185,1	1 996,9	250,2	2 024,7	1 599,9	117,2	Febr.	
719,9	9 810,0	9 155,3	9 193,9	3 203,3	1 955,1	251,8	2 045,9	1 620,0	117,8	März	
729,2	9 874,4	9 235,9	9 273,0	3 254,9	1 938,7	253,4	2 063,4	1 643,9	118,8	April	
732,0	9 879,9	9 251,8	9 285,0	3 275,9	1 893,7	252,0	2 085,3	1 657,9	120,2	Mai	
735,0	9 947,4	9 291,9	9 328,7	3 354,1	1 835,5	241,6	2 106,6	1 669,7	121,3	Juni	
745,5	9 878,9	9 276,5	9 318,4	3 341,7	1 794,1	254,0	2 118,0	1 688,2	122,4	Juli	
741,2	9 849,1	9 273,0	9 312,2	3 350,5	1 752,5	257,2	2 123,8	1 704,9	123,2	Aug.	
740,6	9 887,3	9 295,0	9 329,7	3 406,9	1 694,4	254,0	2 138,5	1 711,5	124,4	Sept.	
745,5	9 932,9	9 313,6	9 356,5	3 460,6	1 648,0	256,0	2 139,1	1 726,0	126,9	Okt.	
750,1	9 913,8	9 315,0	9 348,2	3 485,2	1 598,6	259,1	2 147,6	1 730,0	127,7	Nov.	
770,1	9 955,3	9 410,2	9 464,9	3 558,1	1 582,3	259,7	2 170,3	1 767,6	126,9	Dez.	
757,2	9 955,4	9 375,6	9 430,9	3 578,0	1 512,8	262,2	2 155,6	1 796,9	125,4	2010 Jan.	
759,6	9 938,7	9 367,7	9 415,6	3 559,6	1 493,5	266,2	2 165,6	1 805,9	124,9	Febr.	
768,9	9 927,2	9 359,1	9 412,9	3 562,6	1 478,3	265,6	2 167,4	1 813,8	125,1	März	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
169,4	2 638,9	2 559,5	2 487,6	764,9	402,2	45,8	726,2	440,0	108,5	2008 Febr.	
170,8	2 645,3	2 564,1	2 492,0	773,5	402,6	45,5	725,5	438,4	106,5	März	
173,6	2 650,1	2 574,0	2 498,9	760,6	425,8	46,0	725,6	435,7	105,1	April	
174,0	2 671,0	2 591,1	2 508,4	763,8	435,1	46,3	725,8	433,7	103,7	Mai	
176,2	2 671,2	2 589,5	2 502,9	770,0	425,7	47,4	725,3	431,6	102,9	Juni	
178,2	2 676,3	2 596,5	2 512,2	750,5	458,7	49,2	724,8	426,5	102,5	Juli	
177,2	2 688,5	2 608,0	2 522,6	751,6	472,1	50,3	724,0	423,4	101,3	Aug.	
177,7	2 698,7	2 618,7	2 532,2	768,0	471,5	51,5	720,9	420,1	100,3	Sept.	
188,3	2 742,6	2 664,9	2 580,8	798,6	489,4	52,8	718,1	418,8	103,2	Okt.	
189,6	2 760,1	2 685,4	2 592,5	804,1	492,9	54,6	716,3	417,6	106,9	Nov.	
195,2	2 799,3	2 728,0	2 632,6	800,8	493,7	54,4	747,3	425,7	110,7	Dez.	
177,0	2 819,7	2 748,0	2 657,0	859,6	452,3	53,7	751,4	429,4	110,7	2009 Jan.	
177,7	2 834,1	2 754,4	2 660,1	872,0	432,0	52,8	758,1	434,7	110,6	Febr.	
179,0	2 821,3	2 740,2	2 650,6	870,1	418,5	52,7	760,7	437,3	111,3	März	
180,6	2 854,6	2 759,1	2 667,2	880,6	418,0	52,0	764,7	439,8	112,1	April	
180,7	2 860,9	2 753,2	2 661,0	884,4	401,8	51,8	767,2	442,2	113,6	Mai	
182,2	2 856,1	2 755,9	2 666,6	902,2	372,6	50,8	780,8	445,7	114,6	Juni	
185,6	2 840,1	2 747,1	2 663,6	907,2	358,8	50,2	781,5	450,2	115,7	Juli	
184,2	2 832,1	2 748,8	2 667,0	919,1	344,4	49,1	783,3	454,6	116,5	Aug.	
184,3	2 830,8	2 750,2	2 671,8	937,9	324,4	47,9	786,2	457,7	117,7	Sept.	
185,0	2 834,4	2 752,2	2 676,5	966,4	295,8	47,6	784,8	461,8	120,1	Okt.	
186,5	2 839,6	2 767,0	2 687,1	987,8	280,1	46,6	787,0	464,7	120,9	Nov.	
190,8	2 828,4	2 763,3	2 688,5	975,3	283,8	46,9	788,0	474,6	119,8	Dez.	
187,9	2 830,4	2 772,0	2 696,8	1 005,5	261,0	44,4	788,2	479,4	118,3	2010 Jan.	
188,5	2 829,6	2 776,4	2 695,8	1 003,1	253,7	43,7	792,4	485,3	117,6	Febr.	
191,6	2 817,8	2 766,9	2 688,9	992,7	255,1	42,8	793,5	487,1	117,7	März	

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. dazu Anm. 3 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der

Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (s. „sonstige Passivpositionen“). — 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. — 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva													
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
öffentliche Haushalte													
Stand am Jahres- bzw. Monatseende	sonstige öffentliche Haushalte							Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-			
	Zentral- staaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten					
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)													
2008 Febr.	189,0	255,8	122,1	95,0	4,1	24,6	1,7	8,3	314,3	309,9	749,6	2 803,2	2 178,4
März	199,9	249,2	118,5	91,5	5,1	24,4	1,7	8,1	314,0	309,9	742,5	2 809,3	2 200,4
April	197,5	252,7	119,0	94,4	5,2	24,6	1,7	7,9	328,9	322,8	751,3	2 812,4	2 197,1
Mai	173,9	263,5	120,8	103,6	5,3	24,5	1,6	7,6	333,3	327,3	755,8	2 844,7	2 226,8
Juni	211,2	270,1	124,0	106,9	5,8	24,4	1,6	7,4	330,3	324,5	733,0	2 856,5	2 241,8
Juli	180,8	265,7	118,8	107,9	5,8	24,4	1,6	7,2	333,1	329,0	743,2	2 878,2	2 260,8
Aug.	186,7	266,8	117,5	110,3	5,9	24,4	1,6	7,1	343,1	333,3	757,9	2 888,8	2 261,3
Sept.	191,2	270,1	121,1	110,1	5,9	24,6	1,5	6,8	345,6	341,0	731,1	2 906,9	2 267,9
Okt.	256,3	268,9	122,9	107,4	5,8	24,8	1,5	6,6	351,0	347,4	729,8	2 890,9	2 209,9
Nov.	326,2	277,6	129,3	110,2	5,7	24,5	1,5	6,4	336,6	333,4	739,7	2 871,2	2 207,9
Dez.	259,8	263,5	124,4	101,7	4,9	24,7	1,6	6,1	330,1	327,4	725,7	2 828,6	2 224,4
2009 Jan.	325,3	265,1	125,9	99,4	5,0	24,6	2,0	8,2	324,0	321,4	759,7	2 824,7	2 194,6
Febr.	339,3	267,4	130,3	97,0	5,3	24,6	2,3	8,0	327,4	324,6	779,7	2 849,1	2 215,7
März	351,9	264,2	134,9	89,3	4,6	24,9	2,6	7,9	338,5	335,5	780,6	2 801,5	2 200,0
April	337,6	263,8	139,9	83,8	4,8	24,9	2,8	7,7	338,2	335,4	781,5	2 811,9	2 196,0
Mai	331,7	263,2	138,1	84,7	4,9	25,0	3,0	7,5	336,2	333,4	771,3	2 807,5	2 214,7
Juni	352,5	266,3	146,0	80,3	4,6	25,0	3,1	7,3	347,3	344,5	741,7	2 805,9	2 203,1
Juli	298,4	262,1	146,0	74,9	4,9	25,5	3,5	7,2	320,0	317,6	758,0	2 808,7	2 207,9
Aug.	274,6	262,3	148,3	72,3	5,1	25,7	3,8	7,1	310,8	308,8	759,3	2 804,7	2 201,6
Sept.	295,3	262,3	154,7	65,9	5,2	25,7	3,9	6,8	335,2	333,0	740,5	2 775,6	2 191,4
Okt.	317,7	258,8	151,7	65,1	5,2	26,0	4,2	6,6	309,4	307,2	734,9	2 762,3	2 180,5
Nov.	304,1	261,5	158,1	61,8	5,0	26,1	4,1	6,4	314,9	312,7	721,8	2 757,1	2 176,8
Dez.	246,9	243,6	143,9	58,8	4,8	25,9	4,0	6,2	328,7	326,0	646,9	2 759,0	2 172,1
2010 Jan.	277,4	247,1	144,4	56,8	4,8	28,2	4,3	8,6	307,7	306,1	657,1	2 806,0	2 189,4
Febr.	273,5	249,6	146,6	56,8	4,8	28,4	4,7	8,4	323,7	322,2	647,5	2 800,5	2 168,5
März	267,4	246,9	142,3	58,6	4,6	28,5	4,9	8,1	340,1	338,3	628,7	2 826,7	2 188,7
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2008 Febr.	38,7	112,6	23,5	63,9	3,2	20,6	0,9	0,4	45,9	45,9	21,5	862,3	642,2
März	40,8	112,4	23,1	63,2	4,2	20,7	0,9	0,4	46,7	46,7	20,0	854,3	648,3
April	37,5	113,7	22,8	64,5	4,2	20,9	0,9	0,4	55,7	55,7	18,4	859,7	644,1
Mai	39,7	122,9	24,3	72,2	4,3	20,8	0,9	0,4	56,0	56,0	17,8	848,4	630,4
Juni	39,4	128,8	26,3	75,5	4,8	21,0	0,9	0,4	63,9	63,9	17,7	842,9	626,2
Juli	37,3	126,9	23,4	76,7	4,5	21,1	0,8	0,3	58,1	58,1	17,7	842,4	619,3
Aug.	37,3	128,6	24,6	77,1	4,6	21,1	0,8	0,3	63,1	63,1	17,3	846,5	619,4
Sept.	38,0	128,4	25,0	76,4	4,6	21,3	0,8	0,3	70,9	70,9	16,9	845,5	607,4
Okt.	36,6	125,1	25,0	73,2	4,5	21,3	0,8	0,3	69,8	69,8	13,0	853,5	600,2
Nov.	36,7	130,8	28,7	75,7	4,4	21,0	0,8	0,3	71,0	71,0	12,3	854,6	607,1
Dez.	36,7	129,9	32,0	72,0	3,6	21,2	0,8	0,3	61,1	61,1	11,5	819,1	596,4
2009 Jan.	37,3	125,4	32,2	67,2	3,6	21,1	1,0	0,4	67,4	67,4	11,1	822,0	575,4
Febr.	45,4	128,6	37,1	65,0	3,9	21,1	1,0	0,4	74,0	74,0	12,0	814,7	563,9
März	48,6	122,2	36,3	59,5	3,4	21,4	1,1	0,5	87,7	87,7	11,4	779,4	542,7
April	62,7	124,6	41,4	56,8	3,5	21,3	1,2	0,5	92,6	92,6	11,2	782,5	531,5
Mai	74,7	125,1	41,0	57,6	3,5	21,3	1,2	0,5	90,9	90,9	10,9	776,7	538,0
Juni	65,8	123,7	43,0	54,3	3,2	21,3	1,3	0,6	93,4	93,4	10,7	764,5	521,5
Juli	60,0	116,5	40,3	49,4	3,3	21,5	1,4	0,6	82,4	82,4	9,6	754,9	510,6
Aug.	50,2	114,9	41,1	46,6	3,4	21,5	1,6	0,6	71,7	71,7	9,5	755,1	507,7
Sept.	47,9	111,2	42,4	41,7	3,4	21,5	1,6	0,7	83,7	83,7	9,6	734,0	498,1
Okt.	49,3	108,5	41,6	39,5	3,4	21,7	1,6	0,7	83,3	83,3	9,5	727,1	492,8
Nov.	41,6	110,9	44,1	39,3	3,3	21,7	1,7	0,7	81,0	81,0	9,3	713,6	483,0
Dez.	32,7	107,3	40,7	39,5	3,2	21,4	1,8	0,7	80,5	80,5	8,7	703,3	470,7
2010 Jan.	26,6	107,0	40,3	37,4	3,1	23,7	1,7	0,7	68,2	68,2	9,4	712,0	466,2
Febr.	22,7	111,1	43,4	38,4	3,1	23,7	1,7	0,7	78,9	78,9	9,2	711,0	456,3
März	21,2	107,7	39,6	38,9	3,0	23,7	1,8	0,7	78,4	78,4	8,6	714,4	458,2

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bauparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). — 1 Quelle: EZB. — 2 In Deutschland nur Spareinlagen. — 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. — 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. — 5 Ohne

Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. — 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. — 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. — 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (s. auch Anm. 4, S. 10*). — 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)								Nachrichtlich					Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
								Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)		Geldkapitalbildung 13)	sonstige Passivpositionen			
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	M1 10)	M2 11)	M3 12)	ins- gesamt 8)	darunter: Intra- Eurosystem- Verbindlich- keit/Forde- rung aus der Begebung von Bank- noten 9)	verschreibungen (netto) 3)						
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)														
173,2	98,9	2 531,1	4 983,3	1 519,8	- 23,4	3 143,9	-	3 800,4	7 464,3	8 799,5	6 047,2	114,2	2008 Febr.	
165,7	111,7	2 531,9	4 896,2	1 506,7	- 12,9	3 179,6	-	3 852,0	7 537,6	8 870,7	6 044,8	113,8	März	
155,7	112,8	2 543,9	5 079,2	1 500,1	- 25,2	3 093,7	-	3 836,8	7 618,1	8 965,9	6 058,4	111,5	April	
159,6	125,5	2 559,6	5 134,8	1 488,0	- 33,8	3 157,3	-	3 867,3	7 681,2	9 054,3	6 083,4	110,9	Mai	
151,9	130,3	2 574,3	4 962,7	1 494,4	- 50,6	3 204,0	-	3 914,3	7 727,1	9 071,2	6 119,4	112,0	Juni	
149,1	137,7	2 591,4	5 005,3	1 517,5	- 48,6	3 110,4	-	3 838,3	7 743,1	9 104,9	6 162,1	111,0	Juli	
140,5	137,4	2 610,9	5 119,4	1 528,7	- 39,3	3 142,4	-	3 789,7	7 752,3	9 129,9	6 196,8	109,9	Aug.	
146,9	140,3	2 619,7	5 179,1	1 563,8	- 33,9	3 241,5	-	3 876,4	7 832,7	9 195,3	6 227,6	108,8	Sept.	
140,4	136,4	2 614,1	5 291,3	1 570,2	- 11,3	3 590,6	-	3 944,0	7 964,6	9 321,2	6 235,6	106,3	Okt.	
136,8	137,9	2 596,5	5 166,7	1 609,1	- 37,0	3 744,8	-	3 969,0	8 011,1	9 361,5	6 282,8	109,5	Nov.	
138,5	129,1	2 561,1	4 780,5	1 613,6	- 79,3	3 556,5	-	4 035,3	8 095,4	9 418,0	6 294,8	115,1	Dez.	
93,7	123,6	2 607,3	5 000,3	1 658,4	- 100,1	3 557,4	-	4 095,8	8 094,0	9 394,5	6 427,0	106,6	2009 Jan.	
88,7	126,8	2 633,6	4 862,5	1 670,0	- 98,2	3 554,4	-	4 102,1	8 086,5	9 408,5	6 478,2	103,6	Febr.	
66,2	128,8	2 606,5	4 645,8	1 645,1	- 89,0	3 509,6	-	4 131,0	8 087,0	9 400,4	6 448,0	105,5	März	
65,8	140,2	2 606,0	4 674,1	1 646,7	- 87,9	3 476,3	-	4 197,7	8 155,7	9 480,8	6 467,4	104,4	April	
53,7	145,3	2 608,5	4 516,7	1 657,0	- 108,8	3 332,0	-	4 220,9	8 149,7	9 455,5	6 503,4	107,4	Mai	
38,9	143,7	2 623,4	4 439,5	1 689,9	- 70,2	3 453,0	-	4 311,7	8 178,6	9 449,5	6 573,3	108,7	Juni	
25,6	146,1	2 637,1	4 386,6	1 697,4	- 63,6	3 506,9	-	4 311,0	8 162,5	9 411,6	6 607,7	109,7	Juli	
12,3	144,8	2 647,6	4 312,0	1 715,9	- 75,2	3 538,4	-	4 317,6	8 145,3	9 372,1	6 643,4	109,6	Aug.	
7,2	141,8	2 626,5	4 238,8	1 738,7	- 71,4	3 522,7	-	4 379,3	8 145,9	9 370,4	6 660,7	108,7	Sept.	
- 1,4	141,1	2 622,6	4 229,7	1 745,9	- 97,6	3 495,8	-	4 434,5	8 170,7	9 354,4	6 667,2	108,6	Okt.	
- 2,2	137,3	2 622,0	4 216,3	1 780,2	- 61,3	3 617,6	-	4 472,1	8 162,2	9 333,4	6 710,0	110,2	Nov.	
3,8	130,0	2 625,2	4 239,1	1 801,8	- 44,6	3 372,0	-	4 558,1	8 266,5	9 375,0	6 756,2	117,2	Dez.	
1,9	130,1	2 674,0	4 354,5	1 798,8	- 39,9	3 437,7	-	4 556,0	8 225,1	9 321,9	6 790,7	107,8	2010 Jan.	
0,7	125,7	2 674,2	4 419,5	1 814,1	- 29,8	3 522,0	-	4 542,6	8 205,4	9 303,0	6 815,6	107,8	Febr.	
12,2	121,7	2 692,8	4 427,6	1 831,3	- 60,1	3 559,9	-	4 550,3	8 206,9	9 309,6	6 853,2	107,4	März	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
27,2	48,2	787,0	794,7	377,0	- 228,9	674,8	102,4	788,4	1 744,4	1 887,1	2 019,8	-	2008 Febr.	
25,0	48,8	780,6	813,3	379,8	- 212,8	676,2	103,7	796,6	1 751,3	1 891,8	2 013,5	-	März	
24,7	52,5	782,5	837,1	375,4	- 187,9	692,0	104,1	783,4	1 760,6	1 911,9	2 009,9	-	April	
19,6	51,6	777,3	824,7	369,6	- 197,6	693,0	106,3	788,1	1 780,6	1 925,6	1 997,6	-	Mai	
13,3	53,9	775,8	789,2	375,0	- 228,6	698,8	107,2	796,3	1 782,2	1 931,0	2 000,4	-	Juni	
12,2	54,3	775,9	783,7	381,7	- 223,0	702,7	107,4	773,9	1 790,4	1 932,6	2 006,2	-	Juli	
13,7	50,9	782,0	803,1	382,3	- 241,0	724,7	109,8	776,2	1 804,4	1 949,4	2 011,0	-	Aug.	
13,5	49,5	782,5	850,4	391,3	- 238,3	747,6	111,8	793,1	1 817,9	1 968,8	2 016,5	-	Sept.	
19,2	45,6	788,7	862,4	388,3	- 248,6	776,8	119,3	823,6	1 863,0	2 010,7	2 019,9	-	Okt.	
33,2	45,7	775,7	815,4	395,6	- 309,6	786,2	120,6	832,8	1 878,8	2 040,9	2 015,9	-	Nov.	
41,9	37,5	739,8	762,8	406,3	- 334,6	785,4	121,8	832,8	1 883,0	2 034,9	2 025,6	-	Dez.	
32,7	33,5	755,8	791,6	414,8	- 353,2	770,3	139,2	891,8	1 898,9	2 043,7	2 054,1	-	2009 Jan.	
34,5	33,5	746,8	770,8	407,4	- 376,1	778,2	140,7	909,1	1 898,4	2 052,3	2 044,4	-	Febr.	
19,3	31,4	728,8	751,2	400,0	- 382,6	813,6	140,4	906,4	1 878,9	2 028,6	2 022,7	-	März	
24,5	33,4	724,5	774,4	390,7	- 373,8	797,8	141,8	922,0	1 893,1	2 054,9	2 013,9	-	April	
25,8	32,5	718,4	727,4	389,3	- 361,3	767,1	142,2	925,5	1 883,5	2 043,6	2 010,3	-	Mai	
22,0	26,6	715,9	731,4	407,9	- 390,7	747,5	141,9	945,2	1 873,0	2 025,8	2 041,0	-	Juni	
23,3	25,1	706,4	724,8	408,0	- 397,8	751,5	141,8	947,5	1 860,8	2 001,2	2 033,8	-	Juli	
24,7	24,9	705,6	718,3	408,3	- 407,6	762,6	143,4	960,2	1 859,9	1 990,7	2 035,8	-	Aug.	
26,3	23,2	684,5	690,3	409,6	- 396,2	769,8	144,9	980,3	1 856,9	1 999,7	2 020,1	-	Sept.	
23,7	21,9	681,5	678,5	411,0	- 388,6	773,6	146,5	1 008,0	1 857,8	1 996,2	2 019,8	-	Okt.	
21,5	22,4	669,7	674,6	424,7	- 384,9	773,7	146,8	1 031,9	1 867,7	2 001,8	2 024,8	-	Nov.	
23,1	17,0	663,2	663,8	423,6	- 390,1	766,7	146,8	1 015,9	1 865,7	1 994,9	2 016,8	-	Dez.	
25,4	17,2	669,3	693,8	419,4	- 364,7	755,0	147,6	1 045,8	1 872,9	1 993,1	2 019,7	-	2010 Jan.	
27,4	16,7	666,9	703,0	424,6	- 394,6	737,4	149,6	1 046,5	1 872,4	2 004,6	2 026,0	-	Febr.	
27,3	15,3	671,8	721,0	424,3	- 419,9	761,3	150,2	1 032,4	1 861,0	1 990,6	2 031,8	-	März	

emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumschlages entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (s. auch Anm. 3 zum Banknotenumschlages in der Tab. III.2). — 10 Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. — 11 M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis

zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. — 12 M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. — 13 Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. — 14 Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquidi- täts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2007 Okt.	321,9	194,3	262,3	0,3	–	1,6	0,9	637,3	63,7	– 118,0	193,4	832,3
Nov.	327,6	180,2	265,0	0,1	–	0,6	5,1	640,1	55,9	– 123,3	194,4	835,1
Dez.	327,5	173,0	278,6	0,3	–	0,4	2,2	644,6	61,9	– 126,6	196,8	841,9
2008 Jan.	343,8	255,7	268,8	0,3	–	1,1	68,4	668,2	46,4	– 116,4	200,9	870,2
Febr.	353,6	173,8	268,5	0,2	–	0,4	0,6	651,7	51,7	– 110,7	202,4	854,5
März	343,3	181,3	268,5	0,1	0,3	0,3	–	653,2	59,7	– 125,0	205,3	858,7
April	349,4	181,5	278,6	0,1	2,6	0,6	0,4	662,1	66,4	– 124,8	207,5	870,3
Mai	364,5	174,4	295,0	0,1	–	0,3	0,8	667,6	68,8	– 112,2	208,6	876,6
Juni	375,0	172,8	287,9	0,3	–	0,2	0,5	671,4	67,3	– 111,5	208,1	879,7
Juli	376,4	185,4	275,4	0,1	–	0,4	0,5	677,2	64,9	– 118,3	212,7	890,3
Aug.	374,5	166,3	299,3	0,1	–	0,3	0,6	686,1	61,3	– 123,0	214,8	901,2
Sept.	376,6	163,5	300,0	0,1	–	0,6	0,7	685,0	61,1	– 121,2	214,0	899,5
Okt.	417,3	174,1	334,3	7,5	5,9	19,9	45,5	684,3	55,2	– 82,6	216,8	921,0
Nov.	549,0	301,6	452,5	12,7	4,2	213,7	2,3	722,1	85,0	78,2	218,6	1 154,4
Dez.	580,5	337,3	457,2	2,7	–	200,9	4,9	731,1	107,8	114,3	218,7	1 150,7
2009 Jan.	581,3	219,2	613,6	2,9	–	238,5	3,3	753,1	99,9	100,6	221,5	1 213,1
Febr.	547,4	224,9	551,4	2,1	–	175,4	6,1	740,2	102,7	79,3	222,1	1 137,7
März	512,7	224,3	472,4	1,6	–	95,5	4,0	741,5	110,1	41,4	218,6	1 055,5
April	508,0	230,5	443,1	1,1	–	57,8	3,7	747,3	139,0	13,3	221,6	1 026,6
Mai	512,4	239,7	426,9	0,7	–	42,7	3,1	757,5	141,9	13,7	220,8	1 021,0
Juni	487,9	238,8	400,6	0,7	–	22,3	2,1	759,8	141,7	– 15,8	217,9	1 000,0
Juli	457,1	221,4	504,9	1,3	–	119,7	9,9	763,1	137,9	– 65,1	219,2	1 102,0
Aug.	433,6	94,1	694,0	0,3	2,8	185,1	22,1	770,8	133,9	– 103,9	216,9	1 172,8
Sept.	427,6	74,8	645,4	0,3	8,4	136,7	18,5	769,1	125,7	– 110,4	216,9	1 122,7
Okt.	421,4	79,1	616,9	0,3	14,3	109,6	12,9	768,8	139,0	– 113,1	214,7	1 093,1
Nov.	413,0	52,3	626,1	0,3	20,1	86,5	12,0	770,7	148,7	– 118,9	212,8	1 070,0
Dez.	407,6	55,8	593,4	0,7	24,6	65,7	9,9	775,2	150,1	– 130,2	211,4	1 052,3
2010 Jan.	413,0	60,6	648,4	0,4	28,4	147,0	8,1	796,8	119,8	– 132,1	211,2	1 155,0
Febr.	425,6	59,7	662,2	0,2	33,5	168,3	13,3	783,6	122,6	– 117,5	210,9	1 162,8
März	426,9	80,5	641,1	0,9	38,0	186,4	10,5	784,6	113,2	– 119,3	211,8	1 182,9
April	439,8	77,7	650,5	0,4	43,6	200,7	8,4	792,9	113,6	– 116,1	212,5	1 206,1
Deutsche Bundesbank												
2007 Okt.	82,4	93,2	142,9	0,2	–	0,9	0,2	173,5	0,1	98,8	45,2	219,6
Nov.	84,6	78,3	139,0	0,0	–	0,4	1,5	174,1	0,0	80,0	45,9	220,5
Dez.	84,6	73,2	133,6	0,3	–	0,3	0,7	175,2	0,1	68,7	46,7	222,1
2008 Jan.	91,5	102,1	134,6	0,1	–	0,6	26,4	180,6	0,1	73,7	46,9	228,1
Febr.	96,0	60,8	130,6	0,0	–	0,2	0,1	176,2	0,0	63,3	47,7	224,1
März	90,8	59,8	122,5	0,0	0,1	0,2	–	177,5	0,1	46,9	48,6	226,3
April	92,9	76,7	109,9	0,0	1,5	0,5	–	179,7	0,0	52,4	48,6	228,7
Mai	99,6	75,7	112,7	0,0	–	0,2	0,2	181,0	0,0	57,9	48,6	229,8
Juni	104,4	73,5	112,8	0,1	–	0,1	0,1	182,7	0,1	58,9	49,1	231,8
Juli	102,8	79,4	107,2	0,0	–	0,1	0,1	183,6	0,1	55,9	49,5	233,2
Aug.	99,6	70,8	111,9	0,0	–	0,1	0,0	185,5	0,0	46,5	50,1	235,7
Sept.	100,6	76,7	105,2	0,1	–	0,2	0,1	185,7	0,1	46,2	50,2	236,2
Okt.	114,4	74,8	118,6	0,9	3,6	10,1	8,6	186,2	0,2	55,9	51,2	247,5
Nov.	138,6	103,6	163,2	2,7	2,0	88,8	1,1	198,9	0,3	68,7	52,3	339,9
Dez.	146,9	105,1	158,5	2,0	–	84,2	1,1	197,9	0,2	77,2	52,0	334,0
2009 Jan.	141,2	72,4	198,1	2,4	–	91,5	1,2	195,8	4,1	68,5	52,8	340,2
Febr.	132,9	79,4	178,5	1,3	–	77,9	2,2	185,0	2,5	71,4	53,2	316,1
März	135,3	72,9	147,8	1,2	–	51,9	1,7	185,3	9,6	55,7	52,9	290,1
April	142,9	74,7	122,8	0,7	–	38,9	1,6	186,3	14,6	46,2	53,4	278,7
Mai	150,7	87,5	111,9	0,1	–	24,1	1,3	189,1	26,2	56,3	53,3	266,5
Juni	145,7	95,0	103,4	0,7	–	15,4	0,6	189,3	32,3	54,3	52,8	257,4
Juli	138,0	81,0	141,5	0,6	–	49,4	4,5	190,2	23,5	40,4	53,2	292,8
Aug.	128,6	47,6	189,1	0,1	0,8	70,1	4,9	192,0	23,5	23,6	52,2	314,2
Sept.	126,0	40,6	178,0	0,1	2,9	51,8	4,3	192,3	23,6	23,4	52,2	296,4
Okt.	124,2	37,3	175,9	0,2	4,9	49,4	3,0	192,5	23,7	22,4	51,5	293,3
Nov.	120,7	34,6	178,8	0,2	6,2	34,2	4,3	192,5	23,6	34,8	51,0	277,7
Dez.	116,3	33,7	171,1	0,6	7,2	25,7	2,7	193,3	18,8	37,8	50,5	269,5
2010 Jan.	112,1	42,8	168,9	0,1	7,9	44,8	2,3	198,4	10,7	25,3	50,3	293,5
Febr.	112,3	42,2	168,6	0,1	8,9	50,3	5,2	195,6	5,4	25,4	50,2	296,1
März	112,6	51,8	157,9	0,8	10,0	67,8	5,0	196,5	2,1	11,8	50,0	314,3
April	116,2	40,9	164,9	0,2	11,5	69,8	3,4	198,0	0,3	11,9	50,3	318,2

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. — * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. — 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. — 3 Ab Aug. 2009 einschl. der im Rahmen des Programms

zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen des Eurosystems bereitgestellten Liquidität. — 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwapengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. — 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamt-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben- der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen			
	Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 4,6	- 74,4	+ 90,6	+ 0,1	- 10,7	+ 1,2	- 0,8	- 1,9	+ 11,4	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	2007 Okt.
+ 5,7	- 14,1	+ 2,7	- 0,2	-	- 1,0	+ 4,2	+ 2,8	- 7,8	- 5,3	+ 1,0	+ 2,8	Nov.
- 0,1	- 7,2	+ 13,6	+ 0,2	-	- 0,2	- 2,9	+ 4,5	+ 6,0	- 3,3	+ 2,4	+ 6,8	Dez.
+ 16,3	+ 82,7	- 9,8	- 0,0	-	+ 0,7	+ 66,2	+ 23,6	- 15,5	+ 10,2	+ 4,1	+ 28,3	2008 Jan.
+ 9,8	- 81,9	- 0,3	- 0,1	-	- 0,7	- 67,8	- 16,5	+ 5,3	+ 5,7	+ 1,5	+ 15,7	Febr.
- 10,3	+ 7,5	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 1,5	+ 8,0	- 14,3	+ 2,9	+ 4,2	März
+ 6,1	+ 0,2	+ 10,1	+ 0,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 8,9	+ 6,7	+ 0,2	+ 2,2	+ 11,6	April
+ 15,1	- 7,1	+ 16,4	- 0,0	- 2,6	- 0,3	+ 0,4	+ 5,8	+ 2,4	+ 12,6	+ 1,1	+ 6,3	Mai
+ 10,5	- 1,6	- 7,1	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,3	+ 3,8	- 1,5	+ 0,7	- 0,5	+ 3,1	Juni
+ 1,4	+ 12,6	- 12,5	- 0,2	-	+ 0,2	+ 0,0	+ 5,8	- 2,4	- 6,8	+ 4,6	+ 10,6	Juli
- 1,9	- 19,1	+ 23,9	- 0,0	-	- 0,1	+ 0,1	+ 8,9	- 3,6	- 4,7	+ 2,1	+ 10,9	Aug.
+ 2,1	- 2,8	+ 0,7	+ 0,0	-	+ 0,3	+ 0,1	- 1,1	- 0,2	+ 1,8	- 0,8	- 1,7	Sept.
+ 40,7	+ 10,6	+ 34,3	+ 7,4	+ 5,9	+ 19,3	+ 44,8	- 0,7	- 5,9	+ 38,6	+ 2,8	+ 21,5	Okt.
+ 131,7	+ 127,5	+ 118,2	+ 5,2	- 1,7	+ 193,8	+ 43,2	+ 37,8	+ 29,8	+ 160,8	+ 1,8	+ 233,4	Nov.
+ 31,5	+ 35,7	+ 4,7	- 10,0	- 4,2	- 12,8	+ 2,6	+ 9,0	+ 22,8	+ 36,1	+ 0,1	- 3,7	Dez.
+ 0,8	- 118,1	+ 156,4	+ 0,2	-	+ 37,6	- 1,6	+ 22,0	- 7,9	- 13,7	+ 2,8	+ 62,4	2009 Jan.
- 33,9	+ 5,7	- 62,2	- 0,8	-	- 63,1	+ 2,8	- 12,9	+ 2,8	- 21,3	+ 0,6	+ 75,4	Febr.
- 34,7	- 0,6	- 79,0	- 0,5	-	- 79,9	- 2,1	+ 1,3	+ 7,4	- 37,9	- 3,5	- 82,2	März
- 4,7	+ 6,2	- 29,3	- 0,5	-	- 37,7	- 0,3	+ 5,8	+ 28,9	- 28,1	+ 3,0	- 28,9	April
+ 4,4	+ 9,2	- 16,2	- 0,4	-	- 15,1	- 0,6	+ 10,2	+ 2,9	+ 0,4	- 0,8	- 5,6	Mai
- 24,5	- 0,9	- 26,3	- 0,0	-	- 20,4	- 1,0	+ 2,3	- 0,2	- 29,5	- 2,9	- 21,0	Juni
- 30,8	- 17,4	+ 104,3	+ 0,6	-	+ 97,4	+ 7,8	+ 3,3	- 3,8	- 49,3	+ 1,3	+ 102,0	Juli
- 23,5	- 127,3	+ 189,1	- 1,0	+ 2,8	+ 65,4	+ 12,2	+ 7,7	- 4,0	- 38,8	- 2,3	+ 70,8	Aug.
- 6,0	- 19,3	- 48,6	- 0,0	+ 5,6	- 48,4	- 3,6	- 1,7	- 8,2	- 6,5	- 0,0	- 50,1	Sept.
- 6,2	+ 4,3	- 28,5	+ 0,0	+ 5,9	- 27,1	- 5,6	- 0,3	+ 13,3	- 2,7	- 2,2	- 29,6	Okt.
- 8,4	- 26,8	+ 9,2	- 0,0	+ 5,8	- 23,1	- 0,9	+ 1,9	+ 9,7	- 5,8	- 1,9	- 23,1	Nov.
- 5,4	+ 3,5	- 32,7	+ 0,4	+ 4,5	- 20,8	- 2,1	+ 4,5	+ 1,4	- 11,3	- 1,4	- 17,7	Dez.
+ 5,4	+ 4,8	+ 55,0	- 0,3	+ 3,8	+ 81,3	- 1,8	+ 21,6	- 30,3	- 1,9	- 0,2	+ 102,7	2010 Jan.
+ 12,6	- 0,9	+ 13,8	- 0,2	+ 5,1	+ 21,3	+ 5,2	- 13,2	+ 2,8	+ 14,6	- 0,3	+ 7,8	Febr.
+ 1,3	+ 20,8	- 21,1	+ 0,7	+ 4,5	+ 18,1	- 2,8	+ 1,0	- 9,4	- 1,8	+ 0,9	+ 20,1	März
+ 12,9	- 2,8	+ 9,4	- 0,5	+ 5,6	+ 14,3	- 2,1	+ 8,3	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,7	+ 23,2	April
Deutsche Bundesbank												
+ 1,3	- 31,9	+ 28,7	+ 0,1	- 4,1	+ 0,6	- 0,4	- 0,6	- 0,0	- 5,6	- 0,0	+ 0,1	2007 Okt.
+ 2,2	- 14,9	- 3,8	- 0,2	-	- 0,5	+ 1,2	+ 0,6	- 0,0	- 18,8	+ 0,7	+ 0,9	Nov.
- 0,0	- 5,2	- 5,5	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,8	+ 1,0	+ 0,0	- 11,3	+ 0,8	+ 1,6	Dez.
+ 6,9	+ 28,9	+ 1,0	- 0,1	-	+ 0,4	+ 25,6	+ 5,4	+ 0,0	+ 5,1	+ 0,2	+ 6,0	2008 Jan.
+ 4,5	- 41,3	- 4,0	- 0,1	-	- 0,4	- 26,3	- 4,4	- 0,0	- 10,5	+ 0,8	- 4,0	Febr.
- 5,2	- 1,0	- 8,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,3	+ 0,0	- 16,3	+ 0,9	+ 2,2	März
+ 2,1	+ 16,9	- 12,5	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,3	-	+ 2,2	- 0,0	+ 5,4	- 0,0	+ 2,4	April
+ 6,7	- 1,1	+ 2,7	- 0,0	- 1,5	- 0,3	+ 0,2	+ 1,3	- 0,0	+ 5,5	+ 0,0	+ 1,1	Mai
+ 4,8	- 2,1	+ 0,1	+ 0,1	-	- 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,0	Juni
- 1,7	+ 5,9	- 5,6	- 0,1	-	+ 0,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	- 2,9	+ 0,4	+ 1,4	Juli
- 3,2	- 8,6	+ 4,7	- 0,0	-	- 0,1	- 0,0	+ 2,0	- 0,1	- 9,4	+ 0,6	+ 2,5	Aug.
+ 1,0	+ 5,9	- 6,7	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	Sept.
+ 13,8	- 1,9	+ 13,5	+ 0,8	+ 3,6	+ 10,0	+ 8,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 9,7	+ 0,9	+ 11,4	Okt.
+ 24,2	+ 28,8	+ 44,6	+ 1,9	- 1,6	+ 78,6	- 7,5	+ 12,7	+ 0,1	+ 12,8	+ 1,1	+ 92,4	Nov.
+ 8,3	+ 1,5	- 4,6	- 0,8	- 2,0	- 4,6	+ 0,0	- 1,0	- 0,2	+ 8,5	- 0,3	- 5,9	Dez.
- 5,7	- 32,7	+ 39,5	+ 0,4	-	+ 7,3	+ 0,1	- 2,1	+ 4,0	- 8,7	+ 0,9	+ 6,1	2009 Jan.
- 8,3	+ 7,0	- 19,5	- 1,0	-	- 13,6	+ 0,9	- 10,8	- 1,7	+ 2,9	+ 0,3	- 24,0	Febr.
+ 2,3	- 6,4	- 30,7	- 0,2	-	- 26,1	- 0,4	+ 0,3	+ 7,2	- 15,7	- 0,2	- 26,0	März
+ 7,6	+ 1,8	- 25,1	- 0,5	-	- 12,9	- 0,1	+ 1,0	+ 5,0	- 9,5	+ 0,5	- 11,4	April
+ 7,8	+ 12,8	- 10,9	- 0,6	-	- 14,8	- 0,3	+ 2,7	+ 11,6	+ 10,1	- 0,2	- 12,2	Mai
- 5,0	+ 7,5	- 8,5	+ 0,5	-	- 8,7	- 0,6	+ 0,2	+ 6,2	- 2,0	- 0,5	- 9,1	Juni
- 7,7	- 13,9	+ 38,1	- 0,0	-	+ 34,1	+ 3,8	+ 0,9	- 8,9	- 13,9	+ 0,4	+ 35,4	Juli
- 9,3	- 33,5	+ 47,6	- 0,5	+ 0,8	+ 20,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,0	- 16,8	- 1,0	+ 21,5	Aug.
- 2,6	- 7,0	- 11,1	+ 0,0	+ 2,1	- 18,2	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 17,9	Sept.
- 1,8	- 3,3	- 2,1	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,1	- 1,0	- 0,8	- 3,1	Okt.
- 3,5	- 2,7	+ 3,0	- 0,0	+ 1,3	- 15,2	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	+ 12,5	- 0,4	- 15,6	Nov.
- 4,4	- 0,9	- 7,7	+ 0,4	+ 1,0	- 8,5	- 1,6	+ 0,7	- 4,8	+ 3,0	- 0,5	- 8,2	Dez.
- 4,2	+ 9,1	- 2,2	- 0,5	+ 0,7	+ 19,1	- 0,4	+ 5,1	- 8,1	- 12,6	- 0,2	+ 24,0	2010 Jan.
+ 0,2	- 0,6	- 0,3	+ 0,0	+ 1,0	+ 5,5	+ 3,0	- 2,8	- 5,2	+ 0,1	- 0,1	+ 2,6	Febr.
+ 0,3	+ 9,6	- 10,6	+ 0,7	+ 1,1	+ 17,4	+ 0,3	+ 0,9	- 3,3	- 13,6	- 0,1	+ 18,2	März
+ 3,6	- 10,8	+ 7,0	- 0,7	+ 1,5	+ 2,0	- 1,6	+ 1,6	- 1,8	+ 0,1	+ 0,3	+ 3,9	April

werts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von die-

ser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. — 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. — 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. — 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Aus- weisstichtag/ Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Gold- forderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwa- rung an Ansässige im Euro-Wa- rungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wert- papieranlagen, Auslandskre- dite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wert- papieran- lagen und Kredite	Forderungen aus der Kredit- fazilität im Rahmen des WKMs II
Eurosystem 2)									
2009 Sept. 4.	1 819,5	232,1	196,3	58,0	138,2	58,9	17,0	17,0	-
11.	1 802,5	232,0	198,1	63,3	134,8	58,2	16,3	16,3	-
18.	1 793,0	232,0	196,7	63,3	133,4	59,1	15,6	15,6	-
25.	1 790,2	231,9	196,3	63,6	132,7	58,1	15,0	15,0	-
Okt. 2.	3) 1 844,6	3) 238,2	3) 194,4	3) 62,9	3) 131,5	3) 52,3	15,1	15,1	-
9.	1 802,7	238,2	193,7	62,9	130,8	48,9	15,4	15,4	-
16.	1 801,4	238,2	194,3	62,9	131,5	47,7	15,0	15,0	-
23.	1 786,1	238,2	195,0	63,1	131,9	44,1	15,3	15,3	-
30.	1 779,0	238,2	194,7	63,2	131,5	43,0	16,4	16,4	-
Nov. 6.	1 773,7	238,1	193,0	61,8	131,2	42,6	16,5	16,5	-
13.	1 759,6	238,2	194,0	62,2	131,8	41,9	16,7	16,7	-
20.	1 761,5	238,1	193,8	62,2	131,6	41,2	17,1	17,1	-
27.	1 759,2	238,1	192,2	62,1	130,1	39,7	17,4	17,4	-
Dez. 4.	1 759,4	238,1	192,7	62,2	130,4	36,0	15,7	15,7	-
11.	1 744,5	238,1	191,9	62,2	129,7	34,9	15,2	15,2	-
18.	1 842,4	238,1	192,1	62,3	129,8	33,3	15,7	15,7	-
25.	1 852,5	238,1	191,9	61,4	130,6	31,7	15,7	15,7	-
2010 Jan. 1.	3) 1 904,9	3) 266,9	3) 195,5	62,8	3) 132,7	3) 32,2	15,2	15,2	-
8.	1 879,6	266,9	196,1	62,8	133,3	31,4	16,2	16,2	-
15.	1 870,6	266,9	196,4	62,8	133,6	28,2	17,3	17,3	-
22.	1 870,3	266,9	195,1	62,8	132,3	27,8	17,4	17,4	-
29.	1 877,7	266,9	193,8	62,8	130,9	28,3	18,1	18,1	-
Febr. 5.	1 874,5	266,9	194,5	62,8	131,7	29,0	17,8	17,8	-
12.	1 874,7	266,9	193,4	62,8	130,6	29,2	17,1	17,1	-
19.	1 880,9	266,9	195,7	63,0	132,7	28,8	17,3	17,3	-
26.	1 889,0	266,9	197,6	64,4	133,2	28,3	15,4	15,4	-
März 5.	1 890,3	266,9	197,5	64,4	133,1	27,8	16,1	16,1	-
12.	1 886,7	266,9	197,2	64,3	132,9	28,3	15,7	15,7	-
19.	1 889,7	266,9	198,0	64,2	133,8	28,4	16,1	16,1	-
26.	1 894,9	266,9	198,6	64,4	134,2	28,5	15,7	15,7	-
April 1.	3) 1 942,5	3) 286,7	3) 210,6	3) 66,5	3) 144,1	3) 29,3	17,6	17,6	-
9.	1 936,7	286,7	209,4	66,7	142,7	28,5	17,2	17,2	-
16.	1 940,0	286,7	209,9	66,6	143,3	28,4	16,8	16,8	-
23.	1 943,3	286,7	209,3	66,6	142,7	28,0	17,3	17,3	-
30.	1 956,8	286,7	211,7	66,5	145,2	27,2	17,5	17,5	-
Mai 7.	1 983,2	286,7	209,6	66,5	143,1	28,8	16,8	16,8	-
Deutsche Bundesbank									
2008 Juni	447,2	64,9	3) 30,3	2,5	3) 27,8	12,2	0,3	0,3	-
Juli	435,9	64,9	29,1	2,5	26,6	9,4	0,3	0,3	-
Aug.	449,0	64,9	29,1	2,5	26,7	10,1	0,3	0,3	-
Sept.	3) 519,7	3) 68,8	3) 31,1	2,6	3) 28,5	3) 39,1	0,3	0,3	-
Okt.	591,6	68,8	34,5	2,6	31,9	50,5	0,3	0,3	-
Nov.	577,1	68,8	34,8	3,3	31,5	61,1	0,3	0,3	-
Dez.	3) 612,9	3) 68,2	3) 31,0	3,3	3) 27,7	63,3	0,3	0,3	-
2009 Jan.	560,5	68,2	28,7	3,3	25,5	46,7	0,3	0,3	-
Febr.	547,5	68,2	29,0	3,3	25,7	45,3	0,3	0,3	-
März	3) 539,7	3) 75,7	3) 32,1	3,5	3) 28,6	3) 50,7	0,3	0,3	-
April	540,5	75,7	32,7	3,5	29,2	42,0	0,3	0,3	-
Mai	555,9	75,7	32,3	4,7	27,6	37,5	0,3	0,3	-
Juni	3) 628,3	3) 73,0	31,7	4,5	27,2	3) 30,8	0,3	0,3	-
Juli	572,3	73,0	31,8	4,7	27,1	25,3	0,3	0,3	-
Aug.	571,2	73,0	41,6	15,1	26,5	24,0	0,3	0,3	-
Sept.	3) 577,7	3) 74,9	3) 41,9	16,3	3) 25,6	3) 21,6	0,3	0,3	-
Okt.	557,2	74,9	42,5	16,6	25,9	16,9	0,3	0,3	-
Nov.	551,7	74,9	41,0	15,9	25,1	13,0	0,3	0,3	-
Dez.	3) 588,2	3) 83,9	41,6	16,0	25,6	4,4	0,3	0,3	-
2010 Jan.	571,8	83,9	41,7	16,0	25,7	-	0,3	0,3	-
Febr.	591,6	83,9	42,4	16,7	25,7	-	-	-	-
März	3) 608,6	3) 90,2	3) 44,7	3) 17,2	3) 27,5	-	-	-	-
April	615,5	90,2	44,8	17,2	27,6	-	-	-	-

*) Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Euro-
päischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken

der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispo-
sitionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet								Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteueroptionsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenfinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich	insgesamt		Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere	Eurosystem 2)			
706,7	72,1	634,4	-	-	0,1	0,1	23,3	315,4	10,2	305,2	36,2	233,6	2009 Sept.	4.
689,3	93,3	595,9	-	-	0,1	0,0	24,0	316,6	11,1	305,5	36,2	231,7		11.
683,8	87,8	595,9	-	-	0,1	0,0	24,7	317,5	12,8	304,7	36,2	227,4		18.
681,0	85,0	595,9	-	-	0,1	0,0	26,4	319,1	14,2	304,8	36,2	226,2		25.
734,3	66,8	667,4	-	-	0,1	0,0	24,7	320,8	15,6	305,2	36,2	228,6	Okt.	2.
694,6	62,6	631,9	-	-	0,1	0,0	24,0	322,9	17,4	305,5	36,2	228,9		9.
691,4	62,3	629,0	-	-	0,1	0,0	22,2	324,2	18,3	305,9	36,2	232,3		16.
679,6	50,5	629,0	-	-	0,1	0,0	21,1	325,4	19,7	305,7	36,2	231,2		23.
672,3	49,4	622,7	-	-	0,1	0,1	19,9	323,5	20,6	302,9	36,2	234,8		30.
669,9	46,9	622,7	-	-	0,1	0,1	20,2	324,1	21,6	302,5	36,2	233,2	Nov.	6.
649,9	52,0	595,4	-	-	2,5	0,0	21,8	325,8	22,7	303,0	36,2	235,2		13.
649,5	53,3	595,4	-	-	0,8	0,1	22,1	326,1	24,2	301,9	36,2	237,5		20.
649,0	59,7	589,1	-	-	0,1	0,0	20,6	327,9	25,3	302,6	36,2	238,1		27.
648,1	58,8	589,1	-	-	0,1	0,0	22,6	328,2	26,2	302,0	36,2	241,9	Dez.	4.
629,3	56,5	572,6	-	-	0,2	0,0	24,4	328,9	26,7	302,3	36,2	245,5		11.
722,9	53,6	669,3	-	-	0,0	0,0	24,8	329,2	27,7	301,5	36,2	250,0		18.
728,6	59,2	669,3	-	-	0,0	0,0	25,8	329,5	28,5	301,0	36,2	254,9		25.
749,9	79,3	669,3	-	-	1,3	0,0	26,3	328,7	28,8	299,9	36,2	254,2	2010 Jan.	1.
724,0	54,7	669,3	-	-	0,0	0,0	26,9	329,6	29,1	300,5	36,2	252,2		8.
719,9	60,7	659,1	-	-	0,0	0,0	27,3	327,2	29,9	297,3	36,2	251,3		15.
720,9	58,6	662,2	-	-	0,1	0,0	28,5	328,8	32,1	296,8	36,2	248,7		22.
726,3	64,0	662,2	-	-	0,1	0,0	26,7	331,2	33,5	297,7	36,2	250,2		29.
718,7	56,4	662,2	-	-	0,1	0,0	26,9	332,6	34,8	297,8	36,1	251,9	Febr.	5.
717,1	76,7	636,5	-	-	3,9	0,0	27,4	334,0	36,1	297,9	36,1	253,4		12.
719,2	82,5	636,5	-	-	0,1	0,0	27,6	333,9	37,4	333,9	36,1	255,4		19.
726,9	82,0	644,7	-	-	0,2	0,0	26,7	335,8	38,7	297,1	36,1	255,3		26.
724,9	80,5	644,4	-	-	0,1	0,0	26,4	336,7	39,6	297,1	36,1	257,9	März	5.
722,8	78,4	644,3	-	-	0,1	0,0	27,2	338,9	41,5	297,3	36,1	253,5		12.
723,4	79,0	644,3	-	-	0,1	0,0	25,4	340,3	42,4	297,8	36,1	255,0		19.
725,4	81,1	644,3	-	-	0,0	0,0	27,2	342,9	43,5	299,4	36,1	253,6		26.
740,0	78,3	661,7	-	-	0,1	0,0	26,7	345,2	44,4	300,8	36,1	250,4	April	1.
730,9	71,5	659,3	-	-	0,0	0,0	29,0	348,5	46,1	302,4	36,1	250,4		9.
736,3	70,6	665,7	-	-	0,0	0,0	31,7	351,0	47,2	303,8	36,1	243,1		16.
735,9	70,2	665,7	-	-	0,0	0,0	32,7	352,1	48,5	303,6	36,1	245,0		23.
743,6	75,6	667,2	-	-	0,8	0,0	32,7	354,7	50,2	304,5	35,6	247,0		30.
760,0	90,3	667,2	-	-	2,4	0,0	33,9	360,2	51,6	308,5	35,6	251,7	Mai	7.
Deutsche Bundesbank														
192,4	86,5	105,9	-	-	0,0	-	18,4	-	-	-	4,4	124,3	2008 Juni	
184,5	75,5	109,0	-	-	0,0	-	20,3	-	-	-	4,4	122,9	Juli	
180,4	76,6	103,8	-	-	0,0	-	22,9	-	-	-	4,4	136,8	Aug.	
223,5	69,2	153,5	-	-	0,8	-	25,2	-	-	-	4,4	127,2	Sept.	
297,1	107,2	186,4	-	-	3,5	-	38,5	-	-	-	4,4	97,4	Okt.	
263,3	101,4	159,7	-	-	2,2	-	23,5	-	-	-	4,4	120,9	Nov.	
277,7	75,3	201,6	-	-	0,8	-	22,0	-	-	-	4,4	146,0	Dez.	
245,4	74,4	169,2	-	-	1,8	-	3,9	-	-	-	4,4	162,9	2009 Jan.	
219,4	75,4	143,4	-	-	0,6	-	4,4	-	-	-	4,4	176,4	Febr.	
186,7	71,6	114,6	-	-	0,6	-	5,0	-	-	-	4,4	184,6	März	
194,6	83,6	110,6	-	-	0,4	-	6,0	-	-	-	4,4	184,8	April	
225,0	121,5	103,4	-	-	0,2	-	5,9	2,1	-	2,1	4,4	172,6	Mai	
273,5	71,6	201,6	-	-	0,3	-	6,5	4,4	-	4,4	4,4	203,8	Juni	
231,8	48,8	182,9	-	-	0,1	-	4,5	6,5	1,2	5,3	4,4	194,6	Juli	
220,9	45,9	175,0	-	-	0,1	-	6,0	8,5	3,2	5,3	4,4	192,4	Aug.	
205,6	33,0	168,8	-	-	3,8	-	6,8	10,6	5,3	5,3	4,4	211,6	Sept.	
212,9	35,1	177,7	-	-	0,1	-	6,8	11,6	6,4	5,3	4,4	186,8	Okt.	
206,0	35,3	170,6	-	-	0,0	-	6,9	12,9	7,6	5,3	4,4	192,3	Nov.	
223,6	53,6	170,0	-	-	0,0	-	7,1	13,2	7,9	5,3	4,4	209,6	Dez.	
210,3	41,7	168,5	-	-	0,0	-	7,7	14,1	8,8	5,3	4,4	209,4	2010 Jan.	
209,1	51,6	157,3	-	-	0,1	-	7,2	15,6	10,3	5,3	4,4	228,9	Febr.	
206,1	40,9	164,7	-	-	0,6	-	7,3	17,0	11,8	5,3	4,4	239,0	März	
206,1	41,6	164,5	-	-	0,0	-	7,8	18,1	12,9	5,3	4,4	244,2	April	

am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für

Monatsultimo. — 2 Quelle: EZB. — 3 Veränderung überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems
2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Bank- notennum- lauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbind- lichkeiten in Euro gegenüber Kreditin- stituten des Euro- Währungs- gebiets	Verbind- lichkeiten aus der Bege- bung von Schuld- verschrei- bungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserve- gut- haben)	Einlage- fazilität	Termin- einlagen	Verbind- lichkeiten aus Ge- schäften mit Rück- nahme- verein- barung			Einlagen aus dem Margen- ausgleich	insgesamt	Einlagen von öffent- lichen Haus- halten	Sonstige Verbind- lichkeiten
Eurosystem 4)													
2009 Sept. 4.	1 819,5	770,0	339,7	199,6	140,1	-	-	0,0	0,2	-	145,3	134,6	10,7
11.	1 802,5	769,2	331,9	243,0	88,8	-	-	0,0	0,2	-	138,4	127,7	10,7
18.	1 793,0	767,5	325,2	236,2	89,0	-	-	0,0	0,2	-	145,7	134,4	11,4
25.	1 790,2	766,1	306,5	189,8	116,8	-	-	0,0	0,2	-	160,7	145,0	15,7
Okt. 2.	5) 1 844,6	770,9	368,9	218,3	150,6	-	-	0,0	0,2	-	151,8	140,8	10,9
9.	1 802,7	772,3	321,3	176,5	144,8	-	-	0,0	0,2	-	152,3	138,4	13,9
16.	1 801,4	770,9	322,0	254,0	68,0	-	-	0,0	0,3	-	158,3	144,4	13,9
23.	1 786,1	768,7	300,3	219,6	80,7	-	-	0,0	0,4	-	167,4	153,1	14,2
30.	1 779,0	771,6	277,3	189,5	87,8	-	-	0,0	0,4	-	182,3	173,9	8,3
Nov. 6.	1 773,7	773,8	309,8	180,9	128,9	-	-	0,0	0,5	-	146,0	137,5	8,4
13.	1 759,6	773,2	286,5	232,2	54,3	-	-	0,0	0,4	-	155,5	147,3	8,2
20.	1 761,5	771,6	275,9	229,8	46,1	-	-	0,0	0,4	-	163,6	155,4	8,2
27.	1 759,2	774,4	273,4	205,1	68,3	-	-	0,0	0,2	-	166,6	158,4	8,2
Dez. 4.	1 759,4	785,2	282,7	159,4	123,4	-	-	0,0	0,4	-	150,9	142,2	8,7
11.	1 744,5	789,4	274,7	242,6	32,1	-	-	0,0	0,3	-	139,8	131,1	8,7
18.	1 842,4	797,5	389,3	252,8	136,5	-	-	0,0	0,3	-	113,3	104,6	8,7
25.	1 852,5	807,2	368,7	204,6	164,1	-	-	0,0	0,3	-	133,8	125,7	8,1
2010 Jan. 1.	5) 1 904,9	806,5	395,6	233,5	162,1	-	-	0,0	0,3	-	129,7	120,5	9,3
8.	1 879,6	796,4	387,8	160,7	227,1	-	-	0,0	0,5	-	123,4	114,9	8,4
15.	1 870,6	787,9	394,5	162,4	232,1	-	-	0,0	0,5	-	119,1	110,5	8,6
22.	1 870,3	783,4	387,3	244,2	143,1	-	-	-	0,3	-	133,0	124,4	8,6
29.	1 877,7	783,5	384,8	219,5	165,3	-	-	0,0	0,4	-	143,6	135,2	8,3
Febr. 5.	1 874,5	785,2	398,6	169,3	229,4	-	-	-	0,5	-	121,6	113,4	8,3
12.	1 874,7	785,2	404,8	254,7	150,1	-	-	-	0,5	-	115,7	107,5	8,2
19.	1 880,9	782,8	394,8	207,8	187,0	-	-	0,0	0,4	-	131,5	123,5	8,1
26.	1 889,0	784,3	402,5	199,8	202,7	-	-	-	0,6	-	134,3	126,2	8,1
März 5.	1 890,3	788,4	423,7	164,0	259,8	-	-	0,0	0,4	-	109,5	101,3	8,2
12.	1 886,7	788,1	423,0	262,6	160,3	-	-	0,0	2,4	-	112,9	104,9	8,1
19.	1 889,7	787,7	418,2	223,1	195,1	-	-	0,0	0,6	-	121,6	113,5	8,1
26.	1 894,9	791,3	413,8	199,9	213,9	-	-	0,0	0,8	-	128,2	120,2	8,0
April 1.	5) 1 942,5	801,7	421,8	179,2	242,7	-	-	0,0	0,7	-	126,3	118,2	8,2
9.	1 936,7	797,5	427,2	177,9	249,3	-	-	0,0	0,6	-	120,4	112,4	8,1
16.	1 940,0	794,5	430,9	259,7	171,1	-	-	0,0	0,5	-	125,6	117,5	8,1
23.	1 943,3	792,8	421,5	204,1	217,4	-	-	-	0,7	-	137,8	129,9	7,9
30.	1 956,8	798,1	449,1	197,5	251,6	-	-	-	0,5	-	113,1	104,9	8,1
Mai 7.	1 983,2	802,6	454,2	172,2	282,0	-	-	0,0	0,6	-	107,9	98,6	9,3
Deutsche Bundesbank													
2008 Juni	447,2	183,8	56,0	55,1	0,9	-	-	-	-	-	0,5	0,0	0,4
Juli	435,9	186,0	41,2	40,9	0,4	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,4
Aug.	449,0	185,1	50,6	50,5	0,1	-	-	-	-	-	0,4	0,0	0,3
Sept.	5) 519,7	185,3	111,5	65,8	45,7	-	-	-	-	-	0,7	0,1	0,6
Okt.	591,6	197,1	146,4	48,4	98,0	-	-	-	-	-	7,9	0,2	7,7
Nov.	577,1	198,1	138,3	52,5	85,7	-	-	-	-	-	2,9	0,1	2,8
Dez.	5) 612,9	206,6	166,9	100,7	66,3	-	-	-	-	-	1,1	0,2	0,9
2009 Jan.	560,5	184,7	127,2	49,3	77,8	-	-	-	-	-	2,6	2,2	0,5
Febr.	547,5	185,2	106,6	54,2	52,4	-	-	-	-	-	12,5	11,9	0,6
März	5) 539,7	186,5	100,0	53,1	46,9	-	-	-	-	-	15,7	15,4	0,3
April	540,5	189,5	80,0	48,3	31,7	-	-	-	-	-	30,8	30,2	0,6
Mai	555,9	190,0	87,2	71,1	16,1	-	-	-	-	-	36,8	36,2	0,5
Juni	5) 628,3	190,6	176,7	75,1	101,5	-	-	-	-	-	23,7	23,4	0,4
Juli	572,3	192,9	120,7	44,5	76,2	-	-	-	-	-	23,9	23,5	0,4
Aug.	571,2	191,6	107,4	46,2	61,2	-	-	-	-	-	24,0	23,5	0,4
Sept.	5) 577,7	191,5	109,7	76,1	33,6	-	-	-	-	-	24,0	23,6	0,4
Okt.	557,2	192,6	86,5	50,7	35,9	-	-	-	-	-	24,0	23,6	0,4
Nov.	551,7	193,7	87,0	59,0	28,0	-	-	-	-	-	16,0	15,6	0,4
Dez.	5) 588,2	201,3	112,2	76,7	35,5	-	-	-	-	-	10,4	10,0	0,4
2010 Jan.	571,8	195,6	106,3	60,9	45,4	-	-	-	-	-	4,1	3,7	0,4
Febr.	591,6	195,8	127,6	55,2	72,3	-	-	-	-	-	0,7	0,3	0,4
März	5) 608,6	199,0	135,7	82,3	53,4	-	-	-	-	-	0,6	0,2	0,4
April	615,5	199,2	139,1	58,6	80,5	-	-	-	-	-	0,7	0,2	0,5

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. — 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monats-

ultimo. — 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknoten-Umlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes an in Umlauf befind-

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva 3)	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten 2)	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II							
Eurosystem 4)											
94,1	1,8	12,7	12,7	—	46,3	148,7	—	187,8	73,0	2009 Sept. 4.	
89,3	2,1	12,1	12,1	—	51,5	147,0	—	187,8	73,0	11.	
83,4	3,2	11,0	11,0	—	51,5	144,6	—	187,8	73,0	18.	
85,7	3,0	10,7	10,7	—	51,5	145,0	—	187,8	73,0	25.	
76,3	3,9	8,8	8,8	5)	50,9	147,6	5)	192,3	73,0	Okt. 2.	
78,9	4,6	8,1	8,1	—	50,9	149,0	—	192,3	73,0	9.	
70,9	4,0	9,3	9,3	—	50,9	149,7	—	192,3	73,0	16.	
69,7	2,5	11,0	11,0	—	50,9	150,1	—	192,3	73,0	23.	
65,8	4,5	8,1	8,1	—	50,9	152,8	—	192,3	73,0	30.	
61,8	3,3	9,5	9,5	—	50,9	152,9	—	192,3	73,0	Nov. 6.	
58,2	4,2	8,9	8,9	—	50,9	156,5	—	192,3	73,0	13.	
62,1	3,6	9,7	9,7	—	50,9	158,5	—	192,3	73,0	20.	
57,0	3,2	9,0	9,0	—	50,9	159,2	—	192,3	73,0	27.	
49,6	3,2	10,0	10,0	—	50,9	161,2	—	192,3	73,0	Dez. 4.	
48,9	3,6	9,0	9,0	—	50,9	162,8	—	192,3	73,0	11.	
47,4	3,3	9,3	9,3	—	50,9	165,8	—	192,3	73,0	18.	
46,5	3,7	9,6	9,6	—	50,9	166,6	—	192,3	73,0	25.	
46,8	4,0	9,6	9,6	—	51,2	167,8	5)	220,2	73,0	2010 Jan. 1.	
46,3	4,7	9,6	9,6	—	51,2	166,5	—	220,2	73,0	8.	
43,4	5,0	9,2	9,2	—	51,2	165,5	—	220,2	74,0	15.	
41,0	5,0	8,4	8,4	—	51,2	166,5	—	220,2	74,0	22.	
40,2	2,7	9,4	9,4	—	51,2	167,5	—	220,2	74,0	29.	
40,0	2,9	10,4	10,4	—	51,2	169,7	—	220,2	74,0	Febr. 5.	
40,1	2,6	9,9	9,9	—	51,2	170,1	—	220,2	74,5	12.	
40,0	2,8	11,1	11,1	—	51,2	171,5	—	220,2	74,5	19.	
40,5	1,9	12,1	12,1	—	51,2	166,5	—	220,2	75,0	26.	
39,8	1,8	11,4	11,4	—	51,2	168,8	—	220,2	75,0	März 5.	
38,8	1,3	12,1	12,1	—	51,2	161,6	—	220,2	75,0	12.	
37,9	1,6	12,6	12,6	—	51,2	163,1	—	220,2	75,0	19.	
37,6	1,6	12,9	12,9	—	51,2	160,6	—	220,2	76,4	26.	
37,2	1,4	5)	5)	5)	53,0	160,2	5)	249,2	76,4	April 1.	
36,5	0,9	13,0	13,0	—	53,0	161,6	—	249,2	76,7	9.	
36,4	1,1	13,4	13,4	—	53,0	158,8	—	249,2	76,7	16.	
36,2	1,0	13,0	13,0	—	53,0	161,4	—	249,2	76,7	23.	
40,1	1,1	14,5	14,5	—	53,0	161,4	—	249,2	76,7	30.	
56,7	2,8	12,7	12,7	—	53,0	167,0	—	249,2	76,7	Mai 7.	
Deutsche Bundesbank											
19,6	0,0	3,9	3,9	—	1,3	12,5	107,2	5)	57,4	5,0	2008 Juni
22,1	0,0	3,0	3,0	—	1,3	12,2	107,4	—	57,4	5,0	Juli
24,0	0,0	2,4	2,4	—	1,3	13,1	109,8	—	57,4	5,0	Aug.
24,7	0,0	2,1	2,1	—	1,3	5)	111,8	5)	62,2	5,0	Sept.
21,7	11,9	3,8	3,8	—	1,3	14,8	119,3	—	62,2	5,0	Okt.
16,1	13,5	3,0	3,0	—	1,3	15,9	120,6	—	62,2	5,0	Nov.
9,2	18,4	2,5	2,5	—	1,3	16,9	121,8	5)	63,1	5,0	Dez.
6,9	13,4	0,1	0,1	—	1,3	17,0	139,2	—	63,1	5,0	2009 Jan.
7,5	7,6	0,2	0,2	—	1,3	17,7	140,7	—	63,1	5,0	Febr.
7,5	0,0	—	—	—	1,4	5)	140,4	5)	71,5	5,0	März
8,3	0,0	0,2	0,2	—	1,4	12,1	141,8	—	71,5	5,0	April
8,7	0,1	0,5	0,5	—	1,4	12,6	142,2	—	71,5	5,0	Mai
9,3	0,0	0,8	0,8	—	1,3	5)	12,4	5)	66,6	5,0	Juni
6,7	0,0	1,2	1,2	—	1,3	12,2	141,8	—	66,6	5,0	Juli
8,1	0,0	0,9	0,9	—	11,9	12,4	143,4	—	66,6	5,0	Aug.
8,6	0,0	0,1	0,1	—	13,0	5)	13,2	5)	67,6	5,0	Sept.
8,5	0,0	0,5	0,5	—	13,0	12,9	146,5	—	67,6	5,0	Okt.
9,3	0,0	0,0	0,0	—	13,0	13,2	146,8	—	67,6	5,0	Nov.
9,1	0,0	—	—	—	13,1	13,5	146,8	5)	76,8	5,0	Dez.
9,8	0,0	0,2	0,2	—	13,1	13,2	147,6	—	76,8	5,0	2010 Jan.
9,3	0,0	0,3	0,3	—	13,1	13,4	149,6	—	76,8	5,0	Febr.
9,3	0,0	0,1	0,1	—	13,6	10,3	150,2	5)	84,8	5,0	März
11,5	0,0	0,3	0,3	—	13,6	10,2	151,1	—	84,8	5,0	April

lichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen

Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. — 3 Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. — 4 Quelle: EZB. — 5 Veränderungen überwiegend aufgrund der Neubewertung zum Quartalsende.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Zeit	Bilanzsumme	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im				
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland		
				zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken		zusammen	Unternehmen und Personen	Buchkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2001	6 303,1	14,6	2 069,7	1 775,5	1 140,6	634,9	294,2	219,8	74,4	3 317,1	3 084,9	2 497,1	2 235,7
2002	6 394,2	17,9	2 118,0	1 769,1	1 164,3	604,9	348,9	271,7	77,2	3 340,2	3 092,2	2 505,8	2 240,8
2003	6 432,0	17,3	2 111,5	1 732,0	1 116,8	615,3	379,5	287,7	91,8	3 333,2	3 083,1	2 497,4	2 241,2
2004	6 617,4	15,1	2 174,3	1 750,2	1 122,9	627,3	424,2	306,3	117,9	3 358,7	3 083,4	2 479,7	2 223,8
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2008 Juni	7 688,7	13,8	2 556,9	1 855,1	1 281,7	573,3	701,8	436,9	265,0	3 576,9	3 098,7	2 604,6	2 333,7
Juli	7 675,4	14,2	2 532,5	1 833,9	1 263,1	570,8	698,6	430,6	268,1	3 587,8	3 110,1	2 616,3	2 341,6
Aug.	7 744,7	14,2	2 556,0	1 860,3	1 284,2	576,2	695,7	427,4	268,3	3 619,5	3 137,0	2 645,3	2 344,2
Sept.	7 896,2	13,7	2 614,7	1 918,3	1 351,8	566,6	696,3	431,1	265,2	3 623,3	3 134,6	2 657,2	2 354,8
Okt.	8 030,2	15,4	2 670,4	1 962,1	1 399,6	562,5	708,3	453,2	255,1	3 627,7	3 135,2	2 653,3	2 357,7
Nov.	7 985,4	15,1	2 705,1	1 995,0	1 408,3	586,8	710,1	462,5	247,6	3 633,0	3 134,5	2 657,2	2 362,4
Dez.	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3
2009 Jan.	7 906,4	14,0	2 676,9	1 975,0	1 382,5	592,5	701,9	465,2	236,7	3 677,6	3 189,7	2 706,2	2 375,7
Febr.	7 846,4	13,9	2 649,2	1 950,8	1 357,1	593,7	698,4	466,0	232,4	3 667,8	3 183,1	2 702,3	2 368,3
März	7 777,1	13,9	2 611,1	1 923,6	1 312,9	610,7	687,4	458,5	228,9	3 669,6	3 193,6	2 716,4	2 383,4
April	7 802,2	15,3	2 584,9	1 902,2	1 295,0	607,1	682,7	454,9	227,8	3 690,1	3 216,1	2 730,5	2 385,5
Mai	7 685,1	15,8	2 537,1	1 869,2	1 263,7	605,5	667,9	444,2	223,7	3 680,5	3 198,6	2 714,9	2 384,7
Juni	7 710,6	15,0	2 601,5	1 943,5	1 333,1	610,4	658,0	436,9	221,2	3 694,3	3 211,7	2 725,6	2 388,3
Juli	7 619,1	14,0	2 558,6	1 890,7	1 277,0	613,7	667,8	448,3	219,5	3 685,1	3 205,7	2 706,7	2 372,4
Aug.	7 590,2	14,0	2 563,6	1 886,5	1 270,3	616,2	677,2	458,7	218,4	3 655,8	3 183,7	2 691,4	2 361,6
Sept.	7 519,5	13,9	2 512,5	1 862,6	1 253,1	609,6	649,9	432,3	217,6	3 675,2	3 199,8	2 705,4	2 375,4
Okt.	7 498,4	14,2	2 496,7	1 824,6	1 219,2	605,4	672,2	456,2	216,0	3 673,1	3 202,2	2 692,0	2 365,5
Nov.	7 493,5	13,8	2 496,0	1 826,7	1 224,7	602,0	669,4	448,7	220,6	3 671,2	3 201,7	2 700,0	2 372,5
Dez.	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5
2010 Jan.	7 452,7	14,3	2 465,1	1 806,6	1 220,4	586,2	658,5	440,7	217,8	3 655,8	3 198,2	2 695,9	2 354,2
Febr.	7 449,5	14,2	2 491,6	1 830,8	1 250,2	580,5	660,8	444,5	216,3	3 645,2	3 184,7	2 682,5	2 350,8
März	7 454,6	14,4	2 489,7	1 832,0	1 250,3	581,7	657,7	440,2	217,5	3 633,9	3 180,8	2 673,6	2 347,0
Veränderungen 1)													
2002	165,7	3,3	63,6	6,5	23,7	- 17,1	57,1	51,9	5,2	34,1	15,7	16,5	10,4
2003	90,7	- 0,6	- 12,2	- 44,1	- 42,6	- 1,5	31,9	18,8	13,1	30,0	23,6	22,8	26,4
2004	209,7	- 2,1	71,6	24,0	10,9	13,1	47,6	17,1	30,5	44,0	17,4	- 0,4	- 1,3
2005	191,4	0,1	96,5	10,3	22,8	- 12,5	86,2	48,1	38,0	59,7	14,1	37,1	15,5
2006	353,9	1,1	81,2	0,5	28,0	- 27,6	80,8	19,5	61,3	55,9	1,5	32,5	13,2
2007	515,3	1,5	215,6	135,5	156,2	- 20,8	80,1	44,1	36,0	54,1	- 1,0	38,6	53,2
2008	314,0	- 0,1	184,4	164,2	127,3	36,9	20,2	34,6	- 14,4	140,2	102,5	130,8	65,4
2009	- 454,8	- 0,5	- 189,5	- 166,4	- 182,1	15,8	- 23,2	- 2,5	- 20,7	17,3	38,2	16,9	6,5
2008 Juli	- 1,5	0,4	- 8,8	- 5,6	- 5,4	- 0,2	- 3,2	- 6,4	3,2	10,1	11,3	11,7	7,8
Aug.	47,7	- 0,0	25,7	29,7	24,6	5,1	- 4,0	- 4,2	0,2	25,6	24,1	26,4	0,4
Sept.	129,0	- 0,5	55,9	56,1	65,8	- 9,7	- 0,3	2,9	- 3,2	1,2	- 3,5	10,7	9,2
Okt.	47,4	1,7	42,7	34,0	38,6	- 4,6	8,7	19,3	- 10,6	- 9,9	- 6,9	- 11,0	- 4,6
Nov.	- 9,6	- 0,4	45,7	43,2	18,9	24,3	2,5	9,9	- 7,4	7,4	0,9	5,6	6,4
Dez.	- 30,1	2,7	- 9,2	5,5	5,9	- 0,4	- 14,7	- 7,1	- 7,6	13,5	30,4	30,3	- 4,9
2009 Jan.	- 43,6	- 3,8	- 14,8	- 23,0	- 29,4	6,4	8,2	10,0	- 1,8	36,2	27,8	20,8	16,5
Febr.	- 76,0	- 0,1	- 28,3	- 25,2	- 26,4	1,2	- 3,1	0,6	- 3,7	- 9,1	- 5,2	- 2,5	- 6,7
März	- 51,3	0,1	- 31,5	- 22,4	- 39,6	17,2	- 9,1	- 5,9	- 3,2	9,2	13,9	17,4	18,4
April	19,9	1,4	- 27,3	- 21,9	- 18,3	- 3,6	- 5,4	- 3,9	- 1,6	20,1	22,4	13,9	2,2
Mai	- 75,1	0,5	- 32,8	- 19,4	- 24,0	4,6	- 13,4	- 9,3	- 4,1	- 3,3	- 13,7	- 11,9	2,1
Juni	25,3	- 0,8	64,3	74,4	69,5	4,9	- 10,1	- 7,2	- 2,9	15,8	14,8	12,4	4,8
Juli	- 93,3	- 1,1	- 42,9	- 52,7	- 56,1	3,3	9,8	11,4	- 1,6	- 8,5	- 5,2	- 18,1	- 15,1
Aug.	- 9,7	0,0	6,0	- 3,5	- 6,0	2,5	9,5	10,6	- 1,1	- 27,5	- 20,9	- 14,3	- 9,8
Sept.	- 57,5	- 0,0	- 49,6	- 23,0	- 16,5	- 6,5	- 26,6	- 25,9	- 0,7	22,3	17,5	15,4	15,0
Okt.	- 16,3	0,3	- 15,2	- 37,5	- 33,4	- 4,2	22,4	24,1	- 1,7	- 0,1	3,5	- 12,4	- 8,6
Nov.	2,5	- 0,4	0,4	2,9	6,1	- 3,1	- 2,6	7,2	4,6	- 0,4	0,2	6,1	5,1
Dez.	- 79,7	3,4	- 17,7	- 14,9	- 8,0	- 6,9	- 2,8	0,2	- 3,1	- 37,4	- 16,8	- 9,9	- 17,4
2010 Jan.	- 8,8	- 2,9	- 17,4	- 8,1	0,8	- 8,9	- 9,3	- 9,4	0,1	16,6	11,3	3,9	- 1,7
Febr.	- 7,0	- 0,2	25,8	24,0	29,6	- 5,6	1,8	3,4	- 1,7	- 12,8	- 14,6	- 14,4	- 4,4
März	8,9	0,3	- 0,2	2,5	0,1	2,4	- 2,7	- 4,3	1,6	- 3,3	2,2	- 4,8	- 2,7

*) Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschließlich Bauspar-

kassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte					
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere				
261,3	587,8	468,7	119,1	232,3	111,3	53,7	121,0	26,2	94,8	727,3	572,0	174,3	2001
265,0	586,4	448,5	137,9	248,0	125,0	63,6	123,0	25,5	97,5	738,1	589,2	179,9	2002
256,2	585,6	439,6	146,1	250,2	133,5	62,7	116,6	25,9	90,7	806,4	645,6	163,6	2003
255,9	603,8	423,0	180,8	275,3	140,6	61,9	134,7	25,7	109,0	897,8	730,4	171,4	2004
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009
270,9	494,1	349,4	144,7	478,3	340,1	158,3	138,1	26,2	111,9	1 303,5	1 013,6	237,6	2008 Juni
274,7	493,8	349,6	144,2	477,7	343,1	161,9	134,6	26,0	108,7	1 299,8	1 011,4	241,2	Juli
301,1	491,7	349,0	142,8	482,4	349,9	167,7	132,6	26,4	106,2	1 316,1	1 027,0	239,0	Aug.
302,4	477,5	344,8	132,7	488,7	358,9	175,9	129,8	28,0	101,8	1 401,2	1 106,2	243,3	Sept.
295,6	481,9	346,7	135,2	492,5	363,1	182,5	129,3	28,3	101,1	1 455,9	1 166,6	260,8	Okt.
294,8	477,2	344,2	133,0	498,5	369,2	186,6	129,4	28,6	100,8	1 357,6	1 078,6	274,7	Nov.
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	Dez.
330,5	483,5	344,3	139,2	487,9	359,7	182,0	128,3	26,1	102,1	1 256,5	991,4	281,4	2009 Jan.
334,1	480,8	342,4	138,3	484,7	356,1	175,8	128,5	25,9	102,7	1 233,9	974,1	281,6	Febr.
333,0	477,1	338,1	139,0	476,0	348,8	172,5	127,2	25,5	101,7	1 169,9	916,9	312,7	März
345,0	485,6	340,5	145,1	474,1	348,6	171,9	125,5	24,8	100,7	1 213,3	961,0	298,7	April
330,1	483,7	336,6	147,0	481,9	353,8	172,1	128,1	24,4	103,7	1 184,7	933,9	267,1	Mai
337,3	486,1	336,5	149,7	482,5	357,3	178,2	125,2	22,7	102,5	1 165,0	912,3	234,8	Juni
334,3	499,0	348,5	150,5	479,4	352,3	173,5	127,1	23,6	103,5	1 132,8	882,1	228,8	Juli
329,8	492,4	342,9	149,5	472,1	347,1	170,4	124,9	23,7	101,2	1 107,4	856,8	249,5	Aug.
330,0	494,3	340,0	154,3	475,4	349,0	172,6	126,4	23,6	102,8	1 069,0	822,5	248,8	Sept.
326,5	510,2	351,7	158,5	470,9	341,3	166,5	129,6	23,7	105,9	1 063,7	822,7	250,7	Okt.
327,5	501,7	340,9	160,8	469,5	341,0	165,1	128,4	23,5	105,0	1 057,5	818,6	255,0	Nov.
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	Dez.
341,7	502,3	338,0	164,4	457,5	325,5	161,9	132,1	23,7	108,3	1 081,5	838,8	236,0	2010 Jan.
331,7	502,2	334,8	167,4	460,5	325,7	162,9	134,8	23,7	111,1	1 072,7	832,8	225,9	Febr.
326,6	507,3	335,5	171,8	453,1	319,6	162,7	133,5	22,3	111,2	1 073,9	833,9	242,6	März
Veränderungen 1)													
6,2	0,8	- 20,2	19,4	18,3	15,9	12,0	2,4	- 0,6	3,0	65,7	64,1	- 0,4	2002
- 3,6	0,8	- 8,7	9,6	6,4	13,1	2,6	- 6,8	- 0,8	- 6,0	115,4	97,7	- 42,0	2003
0,9	17,8	- 17,0	34,9	26,6	8,2	3,1	18,4	0,0	18,4	111,0	100,2	- 14,7	2004
21,7	- 23,0	- 14,3	- 8,6	45,5	27,4	2,2	18,2	4,6	13,5	57,2	31,3	- 22,2	2005
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,2	- 1,3	- 3,8	205,8	165,7	9,8	2006
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,7	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	223,0	136,7	21,1	2007
65,4	- 28,3	- 16,9	- 11,5	37,7	42,2	40,3	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,1	- 7,5	29,7	2008
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 21,0	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,2	- 162,2	- 99,8	2009
3,9	- 0,4	0,2	- 0,6	- 1,3	2,2	3,4	- 3,5	- 0,3	- 3,2	- 6,1	- 4,3	2,8	2008 Juli
26,0	- 2,2	- 0,6	- 1,6	1,5	3,8	4,0	- 2,3	0,3	- 2,6	- 5,5	- 4,1	1,9	Aug.
1,6	- 14,2	- 4,1	- 10,1	4,7	7,8	7,1	- 3,1	1,6	- 4,7	70,3	65,5	2,1	Sept.
- 6,4	4,0	1,8	2,3	- 3,0	- 1,9	2,5	- 1,1	- 0,0	- 1,0	- 2,8	7,6	15,8	Okt.
- 0,8	- 4,7	- 2,5	- 2,2	6,5	6,4	4,4	0,1	0,4	- 0,2	- 75,6	- 65,5	13,2	Nov.
35,2	0,2	- 0,2	0,3	- 16,9	- 15,1	- 10,7	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 34,0	- 30,0	- 3,1	Dez.
4,4	7,0	1,3	5,6	8,3	8,8	6,1	- 0,5	- 1,7	1,2	- 52,0	- 48,0	- 9,1	2009 Jan.
4,2	- 2,7	- 1,8	- 0,9	- 3,9	- 4,2	- 6,7	0,3	- 0,3	0,5	- 24,8	- 20,7	- 13,7	Febr.
- 1,0	- 3,5	- 4,2	0,7	- 4,7	- 3,6	- 1,1	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 38,3	- 35,2	9,3	März
11,7	8,5	2,4	6,1	- 2,3	- 0,6	- 0,8	- 1,7	- 0,5	- 1,2	40,2	41,5	- 14,5	April
- 14,0	- 1,8	- 3,8	2,0	10,5	7,7	2,2	2,7	- 0,3	3,1	- 7,0	- 7,5	- 32,6	Mai
7,5	2,5	- 0,2	2,6	1,0	3,7	6,3	- 2,7	- 1,7	- 1,1	- 19,1	- 21,2	- 35,0	Juni
- 3,0	12,9	12,0	0,9	- 3,3	- 5,2	- 4,6	1,9	0,9	1,0	- 31,6	- 29,5	- 9,1	Juli
- 4,4	- 6,7	- 5,6	- 1,0	- 6,6	- 4,5	- 2,6	- 2,1	0,1	- 2,2	- 9,6	- 9,8	21,5	Aug.
0,5	2,0	- 2,8	4,9	4,8	3,2	3,2	1,6	- 0,0	1,6	- 28,4	- 25,3	- 1,8	Sept.
- 3,8	15,9	11,7	4,2	- 3,6	- 6,8	- 5,5	3,2	0,0	3,1	- 1,8	3,2	0,5	Okt.
1,0	- 5,9	- 8,2	2,3	- 0,5	0,5	- 0,9	- 1,1	- 0,1	- 0,9	- 0,7	0,9	3,6	Nov.
7,5	- 6,9	- 5,9	- 1,0	- 20,6	- 20,1	- 2,9	- 0,4	- 0,1	- 0,4	- 9,0	- 10,7	- 18,9	Dez.
5,6	7,3	2,8	4,5	5,3	1,5	- 1,0	3,8	0,2	3,6	6,1	6,3	- 11,2	2010 Jan.
- 10,0	- 0,2	- 3,2	3,0	1,8	- 0,9	0,3	2,7	- 0,0	2,7	- 17,1	- 13,7	- 2,7	Febr.
- 2,1	7,0	0,7	6,3	- 5,5	- 4,1	- 0,1	- 1,3	- 1,4	0,1	8,4	1,1	3,7	März

auch Anmerkung * in Tabelle II,1). — 2 Einschließlich Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Zeit	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
	Bilanzsumme	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		zusammen	täglich fällig
								zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
2001	6 303,1	1 418,0	1 202,1	215,9	2 134,0	1 979,7	525,0	880,2	290,6	574,5	461,9	105,2	7,6
2002	6 394,2	1 478,7	1 236,2	242,4	2 170,0	2 034,9	574,8	884,9	279,3	575,3	472,9	87,4	8,1
2003	6 432,0	1 471,0	1 229,4	241,6	2 214,6	2 086,9	622,1	874,5	248,0	590,3	500,8	81,8	9,3
2004	6 617,4	1 528,4	1 270,8	257,6	2 264,2	2 148,5	646,2	898,9	239,9	603,5	515,5	71,9	8,8
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7
2008 Juni	7 688,7	1 764,2	1 448,9	315,3	2 670,8	2 551,5	768,8	1 249,3	530,1	533,4	430,7	79,8	27,1
Juli	7 675,4	1 749,7	1 439,1	310,6	2 675,9	2 557,0	746,2	1 283,0	563,6	527,9	425,6	81,7	27,3
Aug.	7 744,7	1 753,3	1 446,9	306,3	2 688,1	2 569,2	748,7	1 296,8	577,6	523,6	422,5	81,6	27,1
Sept.	7 896,2	1 832,7	1 529,1	303,5	2 698,0	2 573,6	758,0	1 296,4	578,4	519,2	419,2	86,4	34,4
Okt.	8 030,2	1 913,9	1 642,3	271,6	2 734,7	2 620,5	786,9	1 312,8	598,0	520,8	417,8	77,6	28,8
Nov.	7 985,4	1 862,4	1 595,7	266,7	2 757,2	2 645,5	804,3	1 317,8	603,6	523,4	416,7	75,0	25,6
Dez.	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4
2009 Jan.	7 906,4	1 794,4	1 533,3	261,1	2 817,1	2 701,2	857,7	1 304,6	557,0	539,0	428,6	80,7	33,6
Febr.	7 846,4	1 760,2	1 509,8	250,4	2 821,6	2 714,6	882,6	1 287,7	534,4	544,3	433,9	73,4	25,7
März	7 777,1	1 693,9	1 456,2	237,6	2 805,6	2 699,1	879,3	1 272,1	515,8	547,8	436,6	73,2	26,8
April	7 802,2	1 701,3	1 458,7	242,6	2 823,8	2 716,8	895,8	1 269,8	509,3	551,1	439,1	74,4	25,4
Mai	7 685,1	1 678,3	1 445,4	232,9	2 824,1	2 711,3	898,8	1 257,5	494,8	555,0	441,5	74,2	26,0
Juni	7 710,6	1 695,3	1 469,0	226,3	2 832,4	2 716,6	918,7	1 238,2	461,7	559,7	445,1	73,2	26,0
Juli	7 619,1	1 641,3	1 417,8	223,4	2 816,2	2 706,5	922,3	1 218,7	442,0	565,5	449,7	73,2	24,7
Aug.	7 590,2	1 635,5	1 414,6	220,8	2 808,1	2 707,6	933,8	1 203,1	424,4	570,8	454,3	73,7	25,8
Sept.	7 519,5	1 603,4	1 381,3	222,1	2 806,8	2 706,2	953,3	1 177,9	398,2	575,1	457,4	76,2	26,5
Okt.	7 498,4	1 602,0	1 373,6	228,4	2 797,5	2 696,7	981,3	1 133,7	367,5	581,7	461,5	74,9	26,2
Nov.	7 493,5	1 599,1	1 375,7	223,4	2 823,6	2 724,5	1 005,5	1 133,4	353,0	585,6	464,5	73,0	25,9
Dez.	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7
2010 Jan.	7 452,7	1 596,8	1 348,9	247,9	2 826,3	2 736,7	1 025,2	1 113,9	330,5	597,6	479,2	66,6	20,1
Febr.	7 449,5	1 597,3	1 361,7	235,6	2 828,9	2 736,7	1 025,5	1 108,4	323,8	602,9	485,1	69,6	20,4
März	7 454,6	1 566,6	1 328,7	237,9	2 817,1	2 726,4	1 010,0	1 111,7	326,1	604,7	486,8	69,7	21,9
Veränderungen ¹⁾													
2002	165,7	70,2	37,2	33,1	53,0	57,0	50,3	5,9	- 11,0	0,8	11,0	- 2,6	0,6
2003	90,7	3,8	- 3,3	7,1	44,7	50,3	48,8	- 13,6	- 31,6	15,1	28,0	- 3,8	1,4
2004	209,7	62,3	42,8	19,6	53,5	64,9	26,3	25,5	- 8,3	13,1	14,7	- 9,3	- 0,4
2005	191,4	32,8	26,9	5,8	65,0	75,5	69,4	7,3	- 6,9	- 1,2	2,9	- 8,0	0,5
2006	353,9	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,5	4,4
2007	515,3	148,3	134,8	13,5	185,1	177,3	24,6	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6
2008	314,0	65,8	121,5	- 55,8	162,4	173,1	38,8	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,4	- 0,1
2009	- 454,8	- 235,3	- 224,5	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1
2008 Juli	- 1,5	- 1,8	3,0	- 4,7	5,1	5,4	- 22,7	33,6	33,5	- 5,6	- 5,1	1,9	0,3
Aug.	47,7	5,2	11,3	- 6,1	10,3	11,1	1,9	13,6	13,7	- 4,3	- 3,1	- 0,9	- 0,4
Sept.	129,0	76,2	80,4	- 4,2	8,4	3,7	8,8	- 0,7	0,6	- 4,4	- 3,3	4,0	7,2
Okt.	47,4	67,5	103,9	- 36,3	32,0	44,4	27,1	15,7	18,9	1,5	- 1,4	- 11,0	- 6,2
Nov.	- 9,6	- 36,3	- 30,0	- 6,2	27,8	29,9	17,5	9,8	7,8	2,6	- 1,1	- 2,2	- 3,2
Dez.	- 30,1	- 26,1	- 4,5	- 21,6	42,7	44,4	6,4	26,2	- 3,5	11,8	8,1	- 1,6	- 3,0
2009 Jan.	- 43,6	- 42,8	- 57,3	14,5	16,7	12,4	47,1	- 38,5	- 42,1	3,8	3,8	5,8	11,2
Febr.	- 76,0	- 35,3	- 24,5	- 10,8	4,4	13,2	24,8	- 16,9	- 22,7	5,3	5,3	- 7,2	- 7,8
März	- 51,3	- 60,9	- 49,1	- 11,8	- 15,1	- 14,9	- 2,6	- 15,8	- 18,5	3,5	2,8	0,1	1,2
April	19,9	6,5	1,7	4,8	17,9	17,2	33,2	- 19,3	- 23,6	3,3	3,1	1,1	- 1,4
Mai	- 75,1	- 14,8	- 5,9	- 8,8	1,6	- 4,6	3,5	- 11,9	- 14,1	3,9	2,4	0,2	0,7
Juni	25,3	17,1	23,7	- 6,5	8,2	5,3	19,9	- 19,3	- 33,1	4,7	3,6	- 0,8	0,3
Juli	- 93,3	- 54,0	- 51,1	- 2,9	- 16,1	- 10,1	3,5	- 19,4	- 19,7	5,8	4,6	0,0	- 1,3
Aug.	- 9,7	- 5,1	- 2,6	- 2,4	3,6	1,3	11,6	- 15,6	- 17,6	5,3	4,5	0,6	1,1
Sept.	- 57,5	- 31,3	- 33,0	1,7	- 0,7	- 1,0	19,8	- 25,1	- 26,1	4,3	3,1	2,8	0,8
Okt.	- 16,3	- 1,0	- 7,3	6,3	4,3	3,8	28,1	- 31,0	- 30,6	6,6	4,2	- 1,0	- 0,3
Nov.	2,5	- 2,1	2,8	- 4,9	13,5	15,1	24,4	- 13,1	- 14,4	3,8	3,0	- 1,8	- 0,3
Dez.	- 79,7	- 11,8	- 21,8	10,0	- 6,5	6,1	- 8,3	5,5	3,2	8,9	9,9	- 9,3	- 8,3
2010 Jan.	- 8,8	5,3	- 7,9	13,2	7,3	4,8	26,9	- 25,3	- 26,0	3,2	4,7	- 2,4	2,3
Febr.	- 7,0	3,6	12,0	- 8,4	- 6,0	- 0,4	- 0,1	- 5,6	- 6,8	5,2	5,9	- 5,2	0,3
März	8,9	- 15,1	- 17,4	2,3	- 11,7	- 10,4	- 15,5	3,3	2,3	1,8	1,8	0,1	1,4

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschließlich Bauspar-

kassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. — 1 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (s. a. Anm. *)

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
92,4	9,0	5,2	3,8	49,1	46,9	4,9	33,2	1 445,4	129,3	647,6	319,2	300,8	2001
74,6	9,9	4,7	3,6	47,7	45,6	3,3	36,7	1 468,2	71,6	599,2	343,0	309,8	2002
68,6	11,4	3,9	3,1	45,9	44,2	14,1	36,7	1 486,9	131,3	567,8	340,2	300,8	2003
59,8	9,8	3,3	2,7	43,8	41,4	14,8	31,5	1 554,8	116,9	577,1	329,3	317,2	2004
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,8	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
50,5	23,4	2,3	1,8	39,4	37,8	63,9	23,8	1 641,4	217,1	679,2	442,6	402,9	2008 Juni
52,0	25,5	2,3	1,7	37,2	35,2	58,1	23,5	1 644,8	222,2	674,8	443,6	405,0	Juli
52,3	26,4	2,3	1,7	37,3	36,3	63,1	23,2	1 655,8	224,7	687,9	448,7	424,6	Aug.
49,7	25,5	2,3	1,7	38,0	37,5	70,9	22,4	1 642,2	219,9	741,6	445,3	443,0	Sept.
46,5	21,8	2,3	1,7	36,6	35,5	69,8	18,6	1 637,0	214,5	747,9	453,9	454,4	Okt.
47,1	23,9	2,3	1,7	36,7	34,4	71,0	17,5	1 655,9	242,5	713,2	448,2	460,1	Nov.
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	Dez.
44,6	19,7	2,4	1,8	35,2	33,0	67,4	15,9	1 614,6	215,8	697,5	462,3	437,1	2009 Jan.
45,2	19,3	2,5	1,8	33,6	32,7	74,0	15,4	1 604,9	211,4	686,7	441,5	442,1	Febr.
44,0	18,2	2,5	1,8	33,2	32,0	87,7	14,8	1 580,2	201,3	664,6	447,9	482,5	März
46,5	21,0	2,5	1,9	32,6	32,0	92,6	14,4	1 579,0	203,6	697,7	430,2	463,3	April
45,7	19,9	2,5	1,9	38,5	36,5	90,9	14,1	1 574,2	196,6	646,6	425,4	431,7	Mai
44,7	19,1	2,5	1,9	42,6	40,6	93,4	13,6	1 571,0	185,5	652,1	441,8	411,0	Juni
46,0	19,7	2,5	1,9	36,6	34,6	82,4	12,4	1 565,9	181,1	647,3	441,5	412,0	Juli
45,3	19,2	2,5	1,9	26,8	25,0	71,7	12,2	1 570,3	177,8	626,3	443,6	422,6	Aug.
47,1	19,2	2,5	1,9	24,4	22,7	83,7	12,4	1 543,3	171,9	599,7	442,8	427,3	Sept.
46,2	18,8	2,5	1,9	25,9	23,2	83,3	12,3	1 530,6	161,7	591,4	439,4	442,0	Okt.
44,6	16,3	2,5	1,9	26,1	24,2	81,0	12,0	1 518,8	158,0	589,4	440,6	429,1	Nov.
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	Dez.
44,0	15,5	2,5	2,0	23,0	21,3	68,2	12,2	1 503,2	142,7	598,0	441,8	406,3	2010 Jan.
46,6	15,1	2,5	2,0	22,6	20,7	78,9	12,0	1 496,5	140,1	608,5	441,6	385,9	Febr.
45,2	13,6	2,6	2,0	21,1	20,4	78,4	11,6	1 503,2	138,0	622,6	445,8	409,3	März
Veränderungen 1)													
- 2,6	1,0	- 0,5	- 0,3	- 1,4	- 1,3	- 1,6	4,1	18,8	14,8	- 2,1	25,6	- 2,7	2002
- 4,4	2,0	- 0,8	- 0,4	- 1,8	- 1,4	10,7	- 0,5	49,6	- 2,2	4,9	- 3,3	- 19,4	2003
- 8,3	- 1,4	- 0,6	- 0,4	- 2,1	- 2,8	0,8	- 5,2	73,2	- 14,8	21,7	- 10,5	14,0	2004
- 7,7	- 0,4	- 0,9	- 0,7	- 2,5	- 3,0	4,7	0,2	39,1	- 9,5	22,0	14,4	13,3	2005
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	3,9	3,1	- 3,3	0,3	34,4	21,7	32,4	27,9	33,7	2006
8,0	13,0	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,3	48,7	48,8	42,9	65,1	2007
- 7,4	0,7	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,8	50,4	- 0,0	39,2	56,6	2008
- 5,6	- 7,6	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	-105,0	- 87,3	- 95,5	- 0,1	- 65,1	2009
1,6	2,1	- 0,0	- 0,0	- 2,2	- 2,6	- 5,8	- 0,3	4,5	5,7	- 5,8	1,5	1,0	2008 Juli
- 0,5	0,4	- 0,0	- 0,0	0,1	1,1	5,0	- 0,3	2,7	2,3	0,4	3,3	21,0	Aug.
- 3,1	- 1,4	- 0,0	- 0,0	0,7	1,3	7,8	- 0,8	- 20,9	- 5,0	44,7	- 4,9	18,5	Sept.
- 4,9	- 5,0	0,1	0,0	- 1,4	- 2,0	- 1,1	- 3,8	- 29,6	- 5,6	- 26,3	3,8	5,0	Okt.
1,0	2,2	0,0	0,0	0,1	- 1,1	2,8	- 1,1	21,3	28,0	- 26,5	- 4,3	6,7	Nov.
1,3	1,3	0,1	0,0	- 0,1	0,4	- 9,9	- 1,1	- 27,1	- 9,0	- 24,2	17,3	- 1,8	Dez.
- 5,5	- 5,7	0,0	0,0	- 1,5	- 1,8	6,3	- 0,5	- 12,5	- 17,7	11,9	- 3,2	- 19,6	2009 Jan.
0,6	- 0,4	0,0	0,0	- 1,6	- 0,3	6,6	- 0,5	- 9,7	- 4,7	- 13,1	- 20,8	- 7,5	Febr.
- 1,1	- 0,9	0,0	0,0	- 0,3	- 0,6	13,7	- 0,6	- 12,9	- 9,9	- 9,5	8,9	25,1	März
2,4	2,7	0,0	0,0	- 0,3	0,4	4,9	- 0,4	- 3,4	2,3	31,4	- 18,2	- 18,9	April
- 0,5	- 0,9	0,0	0,0	5,9	4,4	- 1,7	- 0,3	4,2	- 6,9	- 39,9	3,1	- 27,3	Mai
- 1,1	- 0,8	- 0,0	0,0	3,8	4,1	2,5	- 0,4	- 3,5	- 11,1	5,4	16,3	- 20,4	Juni
1,3	0,6	0,0	0,0	- 6,0	- 6,0	- 11,0	- 1,2	- 4,8	- 4,4	- 4,6	- 0,2	- 1,4	Juli
- 0,5	- 0,4	0,0	0,0	1,7	1,9	- 10,6	- 0,3	6,1	- 3,3	- 18,2	2,5	12,4	Aug.
2,0	0,0	0,0	0,0	- 2,5	- 2,3	11,9	0,2	- 22,7	- 5,9	- 21,3	0,2	6,1	Sept.
- 0,7	- 0,1	0,0	0,0	1,5	0,5	- 0,4	- 0,1	- 11,0	- 10,2	- 7,1	- 3,1	2,1	Okt.
- 1,5	- 2,4	- 0,0	0,0	0,2	0,9	- 2,3	- 0,2	- 10,1	- 3,7	0,8	1,5	1,4	Nov.
- 1,1	0,6	0,0	0,0	- 3,3	- 1,9	- 0,5	- 0,6	- 24,6	- 11,8	- 31,4	12,8	- 17,1	Dez.
0,1	- 1,6	0,0	0,0	0,2	- 0,9	- 12,3	0,8	- 6,2	- 5,3	26,3	- 13,0	- 17,0	2010 Jan.
- 5,5	- 4,8	0,0	0,0	- 0,4	- 0,6	10,7	- 0,1	- 10,9	- 2,7	6,4	- 1,2	- 9,4	Febr.
- 1,3	- 1,5	0,0	0,0	- 1,5	- 0,4	- 0,4	- 0,4	6,7	- 1,9	14,1	4,1	11,7	März

in Tabelle II, 1). — 2 Ohne Einlagen von Zentralregierungen. — 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu

den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht.

IV. Banken
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2009 Okt.	1 945	7 570,4	75,4	3 018,5	2 143,8	851,1	3 953,2	502,4	2 694,2	1,0	737,1	152,9	370,4
Nov.	1 937	7 565,4	87,6	3 003,7	2 130,7	850,4	3 945,9	492,6	2 693,1	0,9	740,7	153,8	374,3
Dez.	1 939	7 509,8	96,2	2 988,9	2 124,1	826,9	3 915,8	459,2	2 702,0	1,0	739,8	151,4	357,5
2010 Jan.	1 938	7 525,5	75,2	3 001,4	2 144,5	821,7	3 940,7	465,7	2 702,4	1,1	755,4	152,4	355,8
Febr.	1 938	7 522,7	73,4	3 018,4	2 168,9	816,8	3 938,4	461,9	2 705,7	1,0	756,1	146,6	346,0
März	1 938	7 527,9	104,0	2 992,2	2 138,8	821,4	3 921,3	464,4	2 695,8	1,0	746,0	147,9	362,5
Kreditbanken ⁵⁾													
2010 Febr.	277	2 207,6	26,7	919,0	788,3	111,7	1 063,8	223,2	624,4	0,5	209,0	72,1	126,0
März	278	2 204,1	61,5	894,7	765,8	111,5	1 040,5	215,2	620,3	0,5	197,3	73,5	133,9
Großbanken ⁶⁾													
2010 Febr.	4	1 298,2	15,9	575,5	498,0	59,2	542,1	139,8	270,4	0,4	125,5	65,2	99,6
März	4	1 279,7	49,0	542,9	467,5	58,4	514,1	130,2	265,4	0,4	111,9	66,6	107,0
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2010 Febr.	170	714,9	9,6	224,5	172,9	51,0	451,8	61,5	308,7	0,1	81,2	6,6	22,5
März	170	724,5	10,6	228,6	176,8	51,4	456,2	63,3	309,9	0,1	82,5	6,6	22,5
Zweigstellen ausländischer Banken													
2010 Febr.	103	194,5	1,3	119,1	117,5	1,6	69,9	22,0	45,3	0,0	2,3	0,3	3,9
März	104	199,9	1,9	123,2	121,4	1,8	70,1	21,7	45,1	0,0	2,9	0,3	4,3
Landesbanken													
2010 Febr.	10	1 450,1	9,2	662,4	494,1	159,5	684,2	93,4	444,7	0,1	139,5	22,0	72,4
März	10	1 447,0	7,5	660,5	489,5	160,8	680,6	93,7	440,5	0,1	140,3	21,9	76,4
Sparkassen													
2010 Febr.	431	1 066,9	21,3	265,5	95,7	169,0	744,8	62,0	581,1	0,2	101,3	17,4	18,0
März	431	1 064,7	19,6	262,9	91,3	170,9	747,2	63,1	581,6	0,2	102,2	17,3	17,6
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2010 Febr.	2	256,0	0,8	160,4	115,6	43,9	66,6	16,8	20,2	0,0	29,4	14,8	13,4
März	2	260,7	0,4	161,5	116,4	44,3	64,9	15,9	19,9	0,0	28,3	14,8	19,1
Kreditgenossenschaften													
2010 Febr.	1 157	693,4	13,7	198,6	76,1	121,7	450,7	33,7	356,3	0,1	60,5	11,5	18,8
März	1 157	694,8	13,5	197,9	73,5	123,7	453,4	34,3	357,2	0,1	61,6	11,5	18,6
Realkreditinstitute													
2010 Febr.	18	762,9	0,6	263,4	165,9	96,5	482,7	10,6	353,5	-	118,5	1,3	14,9
März	18	760,4	0,5	266,9	170,0	95,9	477,9	10,3	350,6	-	117,0	1,3	13,8
Bausparkassen													
2010 Febr.	25	195,2	0,1	58,0	39,0	19,0	124,9	1,4	110,9	.	12,6	0,3	11,9
März	24	194,5	0,1	56,8	37,6	19,2	125,5	1,4	111,1	.	13,0	0,3	11,8
Banken mit Sonderaufgaben													
2010 Febr.	18	890,6	1,1	491,0	394,3	95,3	320,7	20,8	214,6	-	85,3	7,2	70,6
März	18	901,8	0,9	491,0	394,7	95,0	331,3	30,4	214,5	-	86,3	7,2	71,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken ⁷⁾													
2010 Febr.	147	815,6	8,9	337,6	280,3	54,8	431,7	72,8	274,0	0,2	82,4	6,1	31,3
März	145	814,3	18,4	342,7	289,6	51,0	420,9	69,0	269,1	0,2	80,0	4,9	27,4
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken ⁸⁾													
2010 Febr.	44	621,1	7,6	218,6	162,8	53,3	361,7	50,8	228,7	0,2	80,1	5,8	27,4
März	41	614,4	16,5	219,5	168,1	49,2	350,7	47,3	224,1	0,2	77,1	4,7	23,1

* Für den Zeitraum bis Dezember 1998 werden im Abschnitt IV (mit Ausnahme der Tabelle IV. 1) Aktiva und Passiva der Banken (ohne Bausparkassen) in Deutschland gezeigt, ab Januar 1999 Aktiva und Passiva der monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden –

Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen s. Anm. zur Tabelle IV.3. — 1 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 2 In den Termineinlagen enthalten. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuld-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 4)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 1)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 2)	Spareinlagen 3)							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 1)										
Alle Bankengruppen															
2 030,1	352,6	1 677,5	3 057,0	1 117,8	415,3	810,9	135,9	591,3	468,4	121,6	1 595,0	374,3	514,0	2009 Okt.	
2 026,6	386,4	1 640,1	3 066,5	1 130,8	410,9	810,0	134,4	595,1	471,4	119,7	1 581,1	377,6	513,7	Nov.	
2 007,7	342,5	1 665,2	3 046,0	1 107,6	405,9	809,7	116,3	604,1	481,5	118,8	1 575,9	378,8	501,3	Dez.	
2 031,8	396,3	1 635,4	3 057,4	1 147,5	377,2	808,0	118,8	607,3	486,3	117,5	1 574,9	369,5	491,9	2010 Jan.	
2 038,8	404,0	1 634,8	3 074,7	1 148,5	385,7	810,9	140,4	612,5	492,2	117,1	1 567,3	370,3	471,7	Febr.	
2 029,6	407,8	1 621,8	3 055,2	1 132,5	384,5	807,0	137,2	614,4	494,1	116,9	1 578,0	370,4	494,8	März	
Kreditbanken 5)															
731,4	268,9	462,5	994,6	516,5	152,2	174,0	55,3	126,7	105,9	25,2	208,6	115,3	157,7	2010 Febr.	
731,2	271,7	459,4	983,3	504,1	156,2	171,3	55,3	126,3	105,8	25,5	210,2	115,7	163,7	März	
Großbanken 6)															
448,0	187,7	260,4	522,1	248,6	84,6	100,5	49,9	78,8	74,9	9,7	171,3	70,0	86,7	2010 Febr.	
431,4	170,2	261,2	511,8	239,3	86,4	97,6	49,8	78,8	75,0	9,8	173,8	70,0	92,7	März	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
151,7	39,3	112,4	422,2	241,6	56,7	61,1	5,4	47,9	30,9	14,8	37,3	39,0	64,8	2010 Febr.	
162,0	53,7	108,2	422,1	239,5	59,5	60,7	5,4	47,5	30,8	15,0	36,4	39,3	64,8	März	
Zweigstellen ausländischer Banken															
131,6	41,9	89,7	50,3	26,4	10,8	12,4	-	0,0	0,0	0,6	0,0	6,3	6,2	2010 Febr.	
137,8	47,8	90,0	49,4	25,4	10,3	13,0	-	0,0	0,0	0,7	0,0	6,4	6,3	März	
Landesbanken															
441,0	63,6	377,4	412,2	88,5	113,2	195,1	75,5	13,9	11,9	1,5	437,4	73,8	85,7	2010 Febr.	
436,5	61,8	374,7	405,5	88,8	107,8	193,5	71,6	13,9	11,4	1,5	437,0	73,3	94,7	März	
Sparkassen															
198,7	17,9	180,8	731,4	314,0	43,1	15,8	-	291,8	227,3	66,9	29,1	58,1	49,6	2010 Febr.	
198,4	18,8	179,7	729,0	311,9	42,1	15,9	-	292,6	228,4	66,4	28,6	58,2	50,4	März	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
132,2	31,8	100,4	36,2	11,5	8,2	14,3	4,3	-	-	2,3	58,9	12,0	16,6	2010 Febr.	
133,0	30,7	102,3	34,5	9,6	8,5	14,1	3,1	-	-	2,3	58,1	12,1	23,0	März	
Kreditgenossenschaften															
107,1	3,4	103,7	487,6	208,0	50,9	29,2	-	179,5	146,4	20,0	28,2	39,8	30,7	2010 Febr.	
107,8	3,9	103,9	487,4	207,7	49,7	29,3	-	180,9	147,8	19,9	27,7	40,1	31,8	März	
Realkreditinstitute															
225,6	5,6	220,0	190,7	5,1	11,7	173,6	4,7	0,4	0,4	0,0	304,5	20,2	21,9	2010 Febr.	
222,2	7,1	215,1	191,7	5,1	12,5	173,6	5,1	0,4	0,4	0,0	306,2	18,4	21,9	März	
Bausparkassen															
28,8	2,3	26,4	131,8	0,5	1,6	128,5	-	0,3	0,3	0,9	5,7	7,5	21,4	2010 Febr.	
27,5	1,2	26,3	132,6	0,4	1,6	129,3	-	0,3	0,3	0,9	5,5	7,4	21,5	März	
Banken mit Sonderaufgaben															
174,1	10,5	163,5	90,1	4,6	4,9	80,3	0,6	-	-	0,4	494,9	43,5	88,0	2010 Febr.	
173,0	12,6	160,4	91,1	4,8	6,1	79,9	2,0	-	-	0,4	504,6	45,3	87,8	März	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 7)															
273,7	96,5	177,1	372,0	190,6	65,1	87,2	15,7	20,9	20,6	8,2	73,2	43,1	53,6	2010 Febr.	
291,6	113,2	178,4	359,6	179,9	65,1	85,6	15,1	20,8	20,6	8,2	71,8	40,9	50,5	März	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 8)															
142,0	54,6	87,4	321,8	164,2	54,3	74,8	15,7	20,8	20,6	7,6	73,2	36,8	47,3	2010 Febr.	
153,8	65,4	88,4	310,2	154,5	54,8	72,5	15,1	20,8	20,6	7,6	71,8	34,5	44,2	März	

verschreibungen. — 5 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 6 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. —

7 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. — 8 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen 1)	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) 2) 3)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 6)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel 4)	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 5)	insgesamt	Buchkredite	Wechsel 4)	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 7)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2000	15,6	50,8	1 639,6	1 056,1	0,0	26,8	556,6	3,6	3 003,7	2 657,3	6,5	2,3	304,7
2001	14,2	56,3	1 676,0	1 078,9	0,0	5,6	591,5	2,8	3 014,1	2 699,4	4,8	4,4	301,5
2002	17,5	45,6	1 691,3	1 112,3	0,0	7,8	571,2	2,7	2 997,2	2 685,0	4,1	3,3	301,9
2003	17,0	46,7	1 643,9	1 064,0	0,0	8,8	571,0	2,3	2 995,6	2 677,0	3,7	3,4	309,6
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	–	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2008 Okt.	14,6	51,4	1 884,6	1 343,9	0,0	39,3	501,4	1,9	3 045,1	2 703,4	1,0	2,3	338,4
Nov.	14,4	54,7	1 914,5	1 349,3	0,0	57,6	507,6	1,9	3 044,6	2 705,5	1,1	2,0	336,1
Dez.	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009 Jan.	13,5	51,8	1 893,6	1 327,3	0,0	54,5	511,8	1,9	3 097,3	2 718,9	1,1	3,1	374,3
Febr.	13,4	54,4	1 865,5	1 299,3	0,0	52,2	514,0	1,9	3 091,2	2 709,8	0,9	3,2	377,2
März	13,5	54,1	1 835,7	1 255,7	0,0	35,9	544,2	1,7	3 101,4	2 720,6	0,9	3,7	376,2
April	14,9	48,5	1 819,9	1 243,3	0,0	32,5	544,1	1,7	3 124,3	2 725,1	0,9	5,4	392,9
Mai	15,4	73,3	1 771,0	1 187,2	0,0	29,3	554,6	1,6	3 106,5	2 720,5	0,9	5,8	379,3
Juni	14,6	78,1	1 840,0	1 251,2	0,0	26,3	562,4	1,6	3 121,8	2 724,0	0,8	3,7	393,3
Juli	13,5	55,4	1 811,6	1 219,6	0,0	24,6	567,4	1,7	3 116,5	2 720,1	0,8	5,3	390,3
Aug.	13,6	61,2	1 801,7	1 207,4	0,0	22,9	571,3	1,7	3 094,1	2 703,8	0,7	4,8	384,8
Sept.	13,5	88,1	1 751,1	1 163,2	0,0	19,0	568,9	1,8	3 110,3	2 714,8	0,7	7,0	387,9
Okt.	13,8	61,2	1 739,8	1 156,2	0,0	15,8	567,8	1,8	3 116,9	2 716,5	0,7	5,3	394,4
Nov.	13,5	73,8	1 729,6	1 149,1	0,0	13,6	566,9	1,9	3 117,3	2 712,8	0,7	5,4	398,4
Dez.	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	–	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010 Jan.	13,9	60,9	1 723,0	1 157,7	0,0	29,8	535,5	2,0	3 111,5	2 691,3	0,8	4,0	415,3
Febr.	13,6	59,2	1 748,8	1 188,8	0,0	28,2	531,8	2,0	3 103,1	2 684,8	0,7	3,2	414,4
März	13,9	89,5	1 720,0	1 158,7	–	27,2	534,1	1,9	3 098,8	2 681,7	0,8	3,1	413,3
Veränderungen *)													
2001	– 1,4	+ 5,5	+ 34,6	+ 20,1	– 0,0	– 21,3	+ 35,8	– 0,9	+ 11,9	+ 40,8	– 1,6	+ 1,6	+ 0,3
2002	+ 3,3	– 10,7	+ 15,0	+ 33,1	+ 0,0	+ 2,3	– 20,3	– 0,2	– 19,2	– 18,0	– 0,8	– 1,1	+ 1,7
2003	– 0,5	+ 1,1	– 47,2	– 48,2	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	– 8,0	– 0,4	+ 0,3	+ 9,3
2004	– 2,1	– 5,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 0,0	– 1,4	+ 22,1	– 0,2	+ 3,3	– 35,0	– 1,0	+ 1,1	+ 39,2
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	– 0,0	– 0,8	– 11,9	– 0,0	– 6,7	– 11,8	– 0,3	– 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	– 3,6	+ 24,5	– 0,0	+ 2,6	– 30,6	– 0,2	– 12,4	– 20,3	– 0,5	– 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	– 39,8	+ 0,4	– 15,9	+ 12,1	– 0,3	– 0,5	– 27,2
2008	– 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	– 0,8	+ 92,0	+ 47,3	– 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	– 0,5	– 23,6	– 147,2	– 157,3	– 0,0	– 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	– 11,2	– 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2008 Okt.	+ 1,3	– 17,1	+ 61,1	+ 64,7	– 0,0	+ 1,3	– 4,9	– 0,0	+ 0,4	+ 4,8	+ 0,0	– 0,2	– 4,3
Nov.	– 0,2	+ 4,8	+ 38,0	+ 13,6	–	+ 18,3	+ 6,1	+ 0,1	– 0,5	+ 2,2	+ 0,0	– 0,3	– 2,4
Dez.	+ 3,0	+ 47,8	– 51,3	– 49,7	–	– 1,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 23,2	– 9,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 31,7
2009 Jan.	– 3,9	– 50,8	+ 31,9	+ 29,2	+ 0,0	– 1,3	+ 4,0	– 0,1	+ 26,2	+ 20,0	– 0,1	– 0,1	+ 6,4
Febr.	– 0,1	+ 2,6	– 28,1	– 28,0	– 0,0	– 2,3	+ 2,2	+ 0,0	– 6,1	– 9,1	– 0,1	+ 0,2	+ 2,9
März	+ 0,0	– 0,3	– 29,8	– 43,6	–	– 16,3	+ 30,1	– 0,2	+ 9,2	+ 9,8	– 0,0	+ 0,4	– 1,0
April	+ 1,5	– 5,5	– 15,9	– 12,4	–	– 3,3	– 0,1	– 0,0	+ 22,8	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,7	+ 16,7
Mai	+ 0,5	+ 24,7	– 45,4	– 52,6	–	– 3,2	+ 10,5	– 0,1	– 16,9	– 4,6	– 0,1	+ 0,5	– 12,8
Juni	– 0,9	+ 4,8	+ 69,0	+ 64,0	+ 0,0	– 3,0	+ 7,9	– 0,0	+ 15,8	+ 3,5	– 0,1	– 1,6	+ 14,0
Juli	– 1,1	– 22,6	– 28,4	– 31,6	–	– 1,8	+ 5,0	+ 0,1	– 5,4	– 3,9	– 0,0	+ 1,5	– 3,1
Aug.	+ 0,1	+ 5,7	– 9,9	– 12,2	– 0,0	– 1,6	+ 3,9	– 0,0	– 22,4	– 16,4	– 0,0	– 0,5	– 5,5
Sept.	– 0,1	+ 26,9	– 51,3	– 44,9	– 0,0	– 3,9	– 2,5	+ 0,2	+ 15,9	+ 10,7	– 0,0	+ 2,2	+ 3,1
Okt.	+ 0,3	– 26,9	– 11,3	– 7,0	+ 0,0	– 3,2	– 1,1	– 0,0	+ 6,4	+ 1,8	+ 0,0	– 1,7	+ 6,3
Nov.	– 0,3	+ 12,6	– 10,2	– 7,1	+ 0,0	– 2,3	– 0,9	+ 0,0	+ 0,4	– 3,7	– 0,0	+ 0,1	+ 4,0
Dez.	+ 3,4	+ 5,1	– 17,9	– 11,1	– 0,0	+ 18,1	– 24,8	+ 0,3	– 20,2	– 23,8	+ 0,1	– 1,4	+ 4,9
2010 Jan.	– 3,0	– 18,1	+ 11,5	+ 19,7	+ 0,0	– 1,8	– 6,4	– 0,2	+ 11,2	– 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 11,8
Febr.	– 0,4	– 1,7	+ 26,3	+ 31,7	– 0,0	– 1,6	– 3,7	– 0,0	– 8,9	– 7,0	– 0,1	– 0,9	– 1,0
März	+ 0,4	+ 30,3	– 27,0	– 30,1	– 0,0	– 0,5	+ 3,6	– 0,0	+ 0,2	– 3,1	+ 0,0	– 0,1	+ 3,4

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998: inländische Noten und Münzen. — 2 Bis Dezember 1998 ohne Kredite an inländische Bausparkassen. — 3 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 5. — 4 Bis Dezember

1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzugs versandte Wechsel). — 5 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 3. — 6 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bausparkassen. — 7 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 8. — 8 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. —

IV. Banken

Ausgleichs- forderungen 8)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	Beteiligun- gen an in- ländischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3) 9) 10)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 3) 15)					Zeit	
			insgesamt	Sicht- einlagen 11) 12)	Termin- ein- lagen 12) 13)	weiter- gegebene Wechsel 14)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)	insgesamt	Sicht- ein- lagen 11)	Termin- ein- lagen 13) 16)	Spar- ein- lagen 17)	Spar- briefe 18)		Nach- richtlich: Treuhand- kredite 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
33,1	58,5	82,7	1 189,2	113,4	1 075,3	0,4	30,1	1 945,8	443,4	819,9	573,5	109,0	42,1	2000
4,0	57,0	95,9	1 204,9	123,1	1 081,6	0,3	27,2	2 034,0	526,4	827,0	574,5	106,0	43,3	2001
3,0	54,8	119,0	1 244,0	127,6	1 116,2	0,2	25,6	2 085,9	575,6	830,6	575,3	104,4	42,1	2002
2,0	56,8	109,2	1 229,6	116,8	1 112,6	0,2	27,8	2 140,3	624,0	825,7	590,3	100,3	40,5	2003
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	48,1	108,8	1 641,8	162,0	1 479,7	0,0	43,2	2 719,2	812,8	1 252,5	520,8	133,1	32,3	2008 Okt.
-	47,8	108,4	1 595,2	155,9	1 439,3	0,0	43,2	2 748,8	832,8	1 257,9	523,4	134,7	32,2	Nov.
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	Dez.
-	46,9	115,6	1 532,6	155,0	1 377,6	0,0	41,9	2 799,9	884,4	1 242,7	539,0	133,8	31,9	2009 Jan.
-	46,5	116,4	1 509,5	159,0	1 350,4	0,0	42,0	2 820,0	912,1	1 231,8	544,3	131,9	31,8	Febr.
-	46,4	119,5	1 455,9	138,3	1 317,7	0,0	40,6	2 817,3	914,0	1 226,4	547,8	129,1	30,9	März
-	45,5	119,1	1 458,0	153,2	1 304,8	0,0	39,6	2 839,6	932,2	1 231,1	551,1	125,2	31,1	April
-	44,7	110,6	1 444,8	121,6	1 323,1	0,0	38,3	2 837,0	935,4	1 224,4	555,1	122,1	31,2	Mai
-	44,2	108,4	1 467,8	117,4	1 350,4	0,0	37,6	2 847,3	956,0	1 213,1	559,7	118,5	31,1	Juni
-	43,8	107,5	1 417,1	119,2	1 297,9	0,0	37,2	2 819,9	954,4	1 185,6	565,5	114,4	31,2	Juli
-	43,5	108,0	1 413,9	125,7	1 288,2	0,0	36,9	2 801,5	962,4	1 157,0	570,8	111,2	42,0	Aug.
-	43,2	107,7	1 380,6	129,9	1 250,7	0,0	36,3	2 810,6	987,2	1 139,6	575,1	108,6	42,2	Sept.
-	42,9	103,7	1 372,8	126,2	1 246,7	0,0	35,8	2 812,0	1 014,0	1 110,4	581,8	105,9	42,2	Okt.
-	42,8	102,7	1 375,3	150,5	1 224,8	0,0	35,5	2 825,5	1 037,6	1 098,1	585,6	104,2	42,2	Nov.
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	Dez.
-	43,4	104,3	1 348,2	142,4	1 205,8	0,0	35,7	2 820,3	1 051,3	1 070,0	597,7	101,3	43,0	2010 Jan.
-	43,3	98,9	1 360,7	150,4	1 210,3	0,0	36,0	2 830,1	1 055,9	1 070,5	602,9	100,8	43,0	Febr.
-	42,9	98,7	1 327,9	129,4	1 198,5	0,0	36,1	2 819,0	1 040,0	1 073,7	604,7	100,5	42,8	März
Veränderungen *)														
- 29,1	- 1,5	+ 13,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 2,3	- 0,2	- 2,9	+ 88,5	+ 82,3	+ 8,1	+ 1,1	- 2,9	+ 1,0	2001
- 1,0	- 2,1	+ 24,2	+ 37,9	+ 1,7	+ 36,3	- 0,1	- 1,5	+ 51,7	+ 48,4	+ 4,1	+ 0,8	- 1,6	- 1,1	2002
- 1,0	+ 2,1	- 9,8	- 5,6	- 9,5	+ 3,9	+ 0,0	+ 2,4	+ 54,0	+ 48,4	- 4,8	+ 15,1	- 4,8	- 1,2	2003
- 1,1	+ 3,0	- 9,6	+ 41,3	+ 2,9	+ 38,5	- 0,1	+ 2,4	+ 62,0	+ 24,4	+ 25,9	+ 13,1	- 1,5	+ 1,2	2004
- 1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	- 0,3	+ 0,5	+ 113,0	+ 11,1	+ 101,9	- 0,0	+ 1,2	+ 43,2	+ 28,1	+ 10,1	+ 1,5	+ 3,5	- 0,1	2008 Okt.
-	- 0,3	- 0,3	- 30,7	- 3,3	- 27,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 34,3	+ 20,0	+ 10,1	+ 2,6	+ 1,7	- 0,0	Nov.
-	- 0,6	+ 2,8	- 12,7	- 17,4	+ 4,7	- 0,0	- 1,6	+ 33,5	+ 1,8	+ 19,2	+ 11,8	+ 0,6	+ 0,1	Dez.
-	- 0,3	+ 4,4	- 49,9	+ 16,5	- 66,4	- 0,0	+ 0,3	+ 18,5	+ 49,7	- 33,5	+ 3,8	- 1,5	- 0,4	2009 Jan.
-	- 0,3	+ 0,7	- 23,1	+ 4,0	- 27,1	-	+ 0,1	+ 20,2	+ 27,7	- 10,9	+ 5,3	- 2,0	- 0,1	Febr.
-	- 0,6	+ 3,2	- 53,6	- 20,7	- 32,8	- 0,0	- 1,4	- 3,0	+ 1,9	- 6,1	+ 3,5	- 2,4	- 0,9	März
-	- 0,9	- 0,4	+ 1,8	+ 14,9	- 13,2	+ 0,0	- 1,0	+ 22,3	+ 34,9	- 12,0	+ 3,3	- 3,9	+ 0,2	April
-	- 0,2	- 2,6	- 9,8	- 31,6	+ 21,8	- 0,0	- 1,1	- 2,6	+ 3,0	- 6,5	+ 3,9	- 3,1	- 0,0	Mai
-	- 0,4	- 2,2	+ 23,0	- 4,3	+ 27,3	- 0,0	- 0,7	+ 10,3	+ 20,6	- 11,3	+ 4,7	- 3,7	- 0,1	Juni
-	- 0,4	- 0,8	- 50,6	+ 1,9	- 52,5	-	- 0,4	- 27,4	- 1,7	- 27,4	+ 5,8	- 4,1	+ 0,1	Juli
-	- 0,3	+ 0,5	- 3,3	+ 6,4	- 9,7	- 0,0	- 0,3	- 7,0	+ 8,0	- 17,2	+ 5,3	- 3,1	+ 0,0	Aug.
-	- 0,3	- 0,3	- 34,3	+ 4,3	- 38,5	- 0,0	- 0,6	+ 9,1	+ 24,7	- 17,4	+ 4,3	- 2,6	+ 0,2	Sept.
-	- 0,3	- 4,1	- 7,8	- 3,8	- 4,1	+ 0,0	- 0,5	+ 1,7	+ 26,8	- 29,3	+ 6,6	- 2,5	+ 0,1	Okt.
-	- 0,1	- 0,9	+ 2,5	+ 24,4	- 21,9	- 0,0	- 0,3	+ 13,5	+ 23,6	- 12,3	+ 3,8	- 1,7	+ 0,0	Nov.
-	+ 0,0	+ 3,3	- 20,2	- 21,7	+ 1,5	+ 0,0	+ 0,2	+ 4,3	- 8,1	+ 4,5	+ 8,9	- 1,0	+ 0,1	Dez.
-	- 0,5	- 1,7	- 6,9	+ 13,6	- 20,4	- 0,0	- 0,0	- 9,5	+ 21,9	- 32,6	+ 3,2	- 1,9	- 0,5	2010 Jan.
-	- 0,1	- 5,4	+ 12,4	+ 7,9	+ 4,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 9,9	+ 4,6	+ 0,5	+ 5,2	- 0,5	- 0,0	Febr.
-	- 0,4	- 0,2	- 17,2	- 5,4	- 11,8	- 0,0	+ 0,0	- 11,2	- 15,9	+ 3,2	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	März

9 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. — 10 Bis Dezember 1998 ohne Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 11 Bis Dezember 1998 einschl. Termingelder bis unter 1 Monat. — 12 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. — 13 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat. —

14 Eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf und bis Dezember 1998 zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln. — 15 Bis Dezember 1998 einschl. Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Bausparkassen und Geldmarktfonds. — 16 Seit Einbeziehung der Bausparkassen Januar 1999 einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 17 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 16. — 18 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen 1)	Kredite an ausländische Banken (MFIs) 2)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel 3)			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Buchkredite, Wechsel 3)			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2000	0,4	507,7	441,4	325,4	116,0	1,3	65,0	3,6	475,8	286,8	71,1	215,7	6,5	182,5
2001	0,4	596,1	521,7	383,7	138,0	0,8	73,6	3,5	570,3	347,2	99,7	247,5	5,2	217,9
2002	0,3	690,6	615,3	468,0	147,2	0,9	74,4	2,7	558,8	332,6	92,6	240,0	9,3	216,9
2003	0,3	769,6	675,8	515,7	160,1	1,5	92,3	1,6	576,3	344,8	110,9	233,9	6,0	225,4
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2008 Okt.	0,8	1 571,1	1 232,6	859,9	372,7	27,3	311,3	2,0	990,1	597,4	208,6	388,8	17,0	375,6
Nov.	0,7	1 509,6	1 181,4	807,5	373,9	21,5	306,7	2,0	961,6	574,4	183,8	390,5	12,8	374,4
Dez.	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009 Jan.	0,4	1 433,6	1 122,7	743,9	378,8	14,8	296,1	1,9	915,4	541,1	153,8	387,3	12,2	362,1
Febr.	0,4	1 416,2	1 111,4	733,1	378,3	12,2	292,6	1,9	905,6	529,5	141,1	388,4	11,3	364,7
März	0,5	1 357,7	1 058,2	686,2	372,0	10,0	289,5	1,9	880,9	514,4	135,4	379,1	9,8	356,6
April	0,4	1 378,9	1 081,8	713,6	368,2	9,2	287,9	1,9	896,0	530,1	147,2	382,9	11,6	354,3
Mai	0,4	1 355,9	1 057,7	691,4	366,3	6,7	291,4	2,0	884,5	516,3	143,5	372,8	12,3	355,9
Juni	0,5	1 332,8	1 036,7	653,2	383,5	8,2	287,8	2,0	879,9	513,5	142,6	370,9	11,6	354,7
Juli	0,4	1 310,8	1 016,8	639,5	377,3	8,6	285,5	2,0	875,4	510,3	136,8	373,5	13,8	351,3
Aug.	0,3	1 311,7	1 017,4	647,4	370,0	8,3	286,1	3,1	851,5	491,7	130,6	361,1	13,1	346,6
Sept.	0,4	1 261,1	967,7	608,1	359,6	8,1	285,2	3,0	840,2	482,3	125,6	356,7	11,1	346,8
Okt.	0,4	1 278,7	987,6	637,1	350,5	7,8	283,3	3,0	836,3	480,4	127,2	353,3	13,1	342,7
Nov.	0,3	1 274,1	981,6	637,6	344,1	9,0	283,5	3,0	828,7	473,2	124,5	348,8	13,2	342,3
Dez.	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010 Jan.	0,4	1 278,4	986,8	647,2	339,6	5,3	286,2	2,9	829,2	477,1	121,1	356,0	12,1	340,1
Febr.	0,6	1 269,6	980,1	640,5	339,5	4,5	285,0	2,9	835,3	483,0	122,5	360,5	10,5	341,8
März	0,5	1 272,2	980,1	640,2	339,8	4,8	287,3	3,0	822,5	478,7	119,5	359,2	11,1	332,7
Veränderungen *)														
2001	+ 0,0	+ 83,7	+ 75,6	+ 54,4	+ 21,2	- 0,5	+ 8,5	- 0,2	+ 88,3	+ 53,4	+ 27,0	+ 26,4	- 1,5	+ 36,3
2002	- 0,1	+ 120,3	+ 118,0	+ 99,4	+ 18,6	+ 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 21,2	+ 12,7	- 0,4	+ 13,2	+ 4,6	+ 3,9
2003	- 0,1	+ 103,8	+ 84,6	+ 65,2	+ 19,3	+ 0,6	+ 18,7	- 0,4	+ 46,3	+ 35,1	+ 24,0	+ 11,0	- 2,7	+ 13,9
2004	- 0,1	+ 128,3	+ 89,4	+ 95,3	- 5,9	+ 1,3	+ 37,6	- 0,1	+ 65,8	+ 29,5	+ 31,7	- 2,2	+ 5,1	+ 31,1
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	+ 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2008 Okt.	+ 0,4	+ 9,5	+ 21,6	+ 19,2	+ 2,5	- 5,0	- 7,2	+ 0,0	- 10,3	+ 3,6	- 1,1	+ 4,7	- 2,0	- 11,8
Nov.	- 0,2	- 53,9	- 43,8	- 46,5	+ 2,8	- 5,7	- 4,4	- 0,0	- 12,5	- 7,4	- 10,3	+ 2,9	- 4,2	- 0,9
Dez.	- 0,3	- 31,8	- 19,9	- 22,1	+ 2,2	- 5,9	- 6,0	- 0,1	- 27,1	- 25,2	- 27,6	+ 2,4	+ 0,2	- 2,0
2009 Jan.	+ 0,1	- 39,9	- 34,8	- 39,1	+ 4,2	- 0,8	- 4,2	+ 0,1	- 15,8	- 5,3	- 1,5	- 3,9	- 0,7	- 9,7
Febr.	- 0,0	- 19,3	- 13,5	- 12,0	- 1,5	- 3,1	- 2,7	+ 0,0	- 12,8	- 13,6	- 13,3	- 0,4	- 0,9	+ 1,8
März	+ 0,1	- 42,4	- 37,7	- 38,1	+ 0,4	- 2,2	- 2,5	- 0,0	- 9,8	- 3,7	- 3,2	- 0,5	- 1,5	- 4,7
April	- 0,1	+ 18,4	+ 21,3	+ 26,0	- 4,7	- 0,8	- 2,1	- 0,0	+ 13,0	+ 14,5	+ 11,6	+ 2,9	+ 1,5	- 3,0
Mai	- 0,0	- 14,1	- 10,9	- 14,3	+ 3,5	- 2,5	- 0,7	- 0,1	+ 6,3	- 2,9	- 1,1	- 1,8	+ 0,8	+ 8,4
Juni	+ 0,1	- 23,9	- 21,2	- 38,2	+ 17,0	+ 1,0	- 3,7	- 0,0	- 4,3	- 2,5	- 0,2	- 2,3	- 0,7	- 1,0
Juli	- 0,0	- 21,8	- 19,9	- 13,7	- 6,1	+ 0,3	- 2,3	+ 0,0	- 5,0	- 3,4	- 5,8	+ 2,4	+ 2,2	- 3,8
Aug.	- 0,1	+ 4,9	+ 4,7	+ 9,7	- 5,0	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0	- 10,9	- 6,4	- 5,0	- 1,4	- 0,7	- 3,7
Sept.	+ 0,1	- 43,7	- 43,5	- 35,9	- 7,6	- 0,1	- 4,1	- 0,1	- 5,5	- 4,6	- 3,9	- 0,8	- 2,0	+ 1,1
Okt.	- 0,0	+ 19,4	+ 21,7	+ 30,1	- 8,4	- 0,4	- 2,0	- 0,0	- 1,2	- 0,1	+ 1,9	- 1,9	+ 2,1	- 3,2
Nov.	- 0,0	- 1,3	- 2,8	+ 2,2	- 5,1	+ 1,2	+ 0,3	- 0,0	- 4,3	- 4,6	- 2,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,2
Dez.	+ 0,0	- 6,4	- 4,8	+ 0,8	- 5,6	- 2,8	+ 1,1	- 0,1	- 22,6	- 11,2	- 9,2	- 2,0	- 3,4	- 8,1
2010 Jan.	+ 0,1	- 7,4	- 7,5	- 1,0	- 6,5	- 0,9	+ 1,0	+ 0,0	+ 5,4	+ 2,5	+ 2,8	- 0,3	+ 2,3	+ 0,5
Febr.	+ 0,2	- 14,1	- 11,8	- 9,2	- 2,6	- 0,9	- 1,5	- 0,0	- 0,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,4
März	- 0,1	+ 2,5	- 1,5	- 1,1	- 0,4	+ 0,3	+ 3,7	+ 0,1	- 6,7	- 5,8	- 3,3	- 2,5	+ 0,7	- 1,6

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Bis Dezember 1998: Noten und Münzen in Fremdwährung. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 4. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen 5)	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs) 2)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) 2)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	insgesamt	Sichteinlagen 6)	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite 4)	
				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristig				zusammen 7)	kurzfristig 7)	mittel- und langfristig		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,9	47,4	586,0	113,7	472,2	382,9	89,3	1,7	314,9	35,4	279,5	62,5	217,0	5,6	2000
13,8	47,6	622,7	91,9	530,8	434,5	96,3	1,4	350,6	34,0	316,6	97,6	219,0	5,3	2001
15,6	44,8	614,2	101,6	512,7	410,4	102,3	1,1	319,2	33,5	285,7	87,0	198,7	4,5	2002
11,6	41,4	590,7	95,1	495,6	387,7	107,9	0,4	307,3	32,2	275,1	102,4	172,7	3,6	2003
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,3	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009
26,3	49,2	780,1	243,5	536,6	415,1	121,5	0,3	325,3	103,6	221,7	117,9	103,8	2,7	2008 Okt.
26,5	49,0	752,0	254,4	497,6	369,7	127,9	0,3	307,8	103,7	204,1	101,4	102,7	2,6	Nov.
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	Dez.
25,9	50,9	737,2	253,1	484,1	359,6	124,6	0,3	306,8	123,8	183,0	82,4	100,7	2,6	2009 Jan.
26,1	49,4	733,1	251,7	481,4	356,7	124,6	0,3	279,9	100,5	179,4	78,5	100,9	2,5	Febr.
24,1	49,5	705,4	266,8	438,7	315,7	122,9	0,3	273,0	103,7	169,3	71,3	98,0	2,5	März
24,2	50,0	729,0	228,6	500,4	378,6	121,8	0,3	288,8	100,4	188,4	91,5	96,9	2,4	April
23,8	49,7	718,8	214,4	504,4	353,6	150,8	0,3	239,2	102,5	136,7	72,1	64,7	2,3	Mai
23,3	49,7	720,6	247,2	473,4	321,9	151,5	0,3	237,5	102,5	135,0	70,9	64,1	2,1	Juni
23,2	49,7	699,5	227,9	471,7	321,9	149,8	0,3	250,7	112,3	138,3	73,2	65,1	2,0	Juli
32,9	49,6	682,3	215,3	467,1	321,8	145,2	0,3	243,9	100,5	143,4	79,7	63,7	2,0	Aug.
32,5	49,3	665,4	218,9	446,5	304,7	141,9	0,2	237,0	94,7	142,3	76,1	66,2	2,0	Sept.
32,3	49,2	657,2	226,4	430,9	291,5	139,4	0,2	245,0	103,8	141,1	75,5	65,7	1,9	Okt.
32,1	51,1	651,3	235,9	415,4	281,6	133,7	0,2	241,0	93,2	147,8	82,1	65,7	1,9	Nov.
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	Dez.
32,4	48,0	683,5	253,9	429,6	299,0	130,6	0,2	237,2	96,1	141,0	74,7	66,4	1,9	2010 Jan.
32,8	47,7	678,1	253,6	424,5	293,3	131,2	0,2	244,5	92,6	152,0	82,3	69,7	1,9	Febr.
32,8	49,2	701,7	278,4	423,3	289,7	133,6	0,1	236,2	92,4	143,8	76,8	67,0	1,8	März
Veränderungen *)														
- 0,5	- 0,5	+ 23,5	- 23,6	+ 47,0	+ 42,4	+ 4,6	- 0,4	+ 30,8	- 1,8	+ 32,6	+ 33,3	- 0,7	- 0,6	2001
+ 1,7	+ 1,6	+ 22,7	+ 14,6	+ 8,1	- 1,3	+ 9,4	- 0,3	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,8	- 4,6	+ 8,4	- 0,9	2002
- 0,7	- 1,9	+ 5,7	- 2,0	+ 7,7	- 2,4	+ 10,0	- 0,0	+ 4,5	+ 0,4	+ 20,6	+ 16,5	+ 1,9	+ 1,9	2003
+ 0,7	- 1,5	+ 19,8	- 6,1	+ 25,9	+ 21,1	+ 4,8	+ 0,1	+ 13,0	+ 5,4	+ 7,6	+ 22,8	- 15,2	- 0,3	2004
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006
- 0,1	+ 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	+ 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009
+ 1,6	- 0,8	- 61,4	- 22,2	- 39,2	- 40,1	+ 0,9	+ 0,0	- 13,0	+ 0,1	- 13,2	- 13,3	+ 0,1	+ 0,1	2008 Okt.
+ 0,2	+ 0,1	- 26,4	+ 11,0	- 37,3	- 44,0	+ 6,6	- 0,0	- 10,4	+ 2,9	- 13,3	- 13,5	+ 0,2	- 0,1	Nov.
- 1,0	- 2,6	- 38,1	- 31,8	- 6,3	- 4,2	- 2,1	- 0,0	- 7,6	- 9,8	+ 2,2	+ 3,4	- 1,2	- 0,1	Dez.
+ 0,3	+ 4,6	+ 18,3	+ 32,1	- 13,8	- 12,9	- 0,9	- 0,0	+ 14,2	+ 30,4	- 16,3	- 14,8	- 1,4	+ 0,1	2009 Jan.
+ 0,3	- 1,6	- 5,9	- 1,8	- 4,0	- 3,8	- 0,2	- 0,0	- 27,4	- 23,4	- 4,0	- 3,9	- 0,1	- 0,1	Febr.
- 1,6	+ 0,8	- 17,5	+ 17,9	- 35,4	- 35,3	- 0,0	- 0,0	- 3,1	+ 4,0	- 7,1	- 6,0	- 1,1	- 0,1	März
+ 0,0	+ 0,3	+ 22,5	- 37,8	+ 60,3	+ 60,8	- 0,5	-	+ 14,8	- 3,3	+ 18,1	+ 19,8	- 1,6	- 0,1	April
- 0,9	+ 0,1	- 36,3	- 11,5	- 24,9	- 23,8	- 1,0	- 0,0	- 10,5	+ 3,1	- 13,6	- 14,3	+ 0,7	- 0,1	Mai
- 0,5	- 0,1	+ 1,9	+ 32,8	- 30,9	- 30,7	- 0,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	- 1,3	- 0,6	- 0,1	Juni
- 0,1	-	- 21,0	- 19,4	- 1,7	+ 0,0	- 1,7	- 0,0	+ 13,2	+ 9,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 1,1	- 0,1	Juli
+ 0,0	+ 0,1	- 15,1	- 12,8	- 2,3	+ 1,6	- 4,0	- 0,0	- 5,6	- 11,7	+ 6,1	+ 6,9	+ 0,7	+ 0,0	Aug.
- 0,4	+ 0,0	- 12,2	+ 4,7	- 16,9	- 14,6	- 2,3	- 0,1	- 5,6	- 5,5	- 0,1	- 2,9	+ 2,9	- 0,1	Sept.
- 0,2	- 0,1	- 6,9	+ 7,9	- 14,8	- 12,5	- 2,3	-	+ 8,2	+ 9,3	- 1,1	- 0,4	- 0,7	- 0,1	Okt.
- 0,2	+ 2,0	- 3,6	+ 10,2	- 13,9	- 8,8	- 5,1	-	- 3,3	- 10,4	+ 7,1	+ 6,9	+ 0,2	- 0,0	Nov.
- 0,0	- 6,1	- 5,4	- 24,4	+ 19,0	+ 22,5	- 3,5	- 0,0	- 26,4	- 15,6	- 10,8	- 9,1	- 1,7	- 0,0	Dez.
+ 0,3	+ 2,2	+ 25,6	+ 39,0	- 13,3	- 11,3	- 2,0	- 0,0	+ 19,4	+ 17,7	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,1	2010 Jan.
+ 0,4	- 0,5	- 5,0	- 1,5	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 0,0	- 1,4	- 3,9	+ 2,5	+ 3,0	- 0,5	- 0,0	Febr.
+ 0,0	+ 1,4	+ 22,4	+ 24,4	- 2,0	- 4,2	+ 2,2	- 0,0	- 8,6	- 0,2	- 8,4	- 5,6	- 2,8	- 0,1	März

vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite bzw. Einlagen einbezogen; s. a. Anm. 2. — 5 Bis Dezember 1998 einschl. den Auslandsfilialen zur Verfügung gestelltes Betriebskapital. —

6 Bis Dezember 1998 einschl. Termineinlagen bis unter 1 Monat. — 7 Bis Dezember 1998 ohne Termineinlagen bis unter 1 Monat.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt 1) 2)		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			an Unternehmen und Privatpersonen 1)			an öffentliche Haushalte				insgesamt	an Unter-
			insgesamt	zu-	Buchkredite und Wechsel 3) 4)	insgesamt	zu-	Buch-	Schatz-		
mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		insgesamt	zu-	Buch-	Schatz-	insgesamt	zu-			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2000	3 003,7	2 663,7	371,2	348,2	347,7	0,5	22,9	21,2	1,7	2 632,5	2 038,6
2001	3 014,1	2 704,2	387,9	356,7	355,2	1,5	31,2	28,2	2,9	2 626,2	2 070,2
2002	2 997,2	2 689,1	365,4	331,9	331,0	1,0	33,5	31,1	2,4	2 631,8	2 079,7
2003	2 995,6	2 680,6	355,2	315,0	313,4	1,6	40,2	38,4	1,8	2 640,4	2 096,1
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2008 Okt.	3 045,1	2 704,4	374,5	337,9	337,5	0,4	36,7	34,8	1,9	2 670,6	2 225,5
Nov.	3 044,6	2 706,6	375,8	341,3	340,9	0,4	34,5	32,9	1,6	2 668,8	2 226,4
Dez.	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009 Jan.	3 097,3	2 719,9	395,2	353,9	353,2	0,7	41,4	39,0	2,4	2 702,0	2 260,4
Febr.	3 091,2	2 710,7	386,9	344,0	343,6	0,5	42,8	40,1	2,8	2 704,3	2 266,9
März	3 101,4	2 721,5	410,5	368,3	367,9	0,4	42,2	39,0	3,3	2 690,9	2 256,7
April	3 124,3	2 726,0	408,5	362,5	362,1	0,4	46,0	41,0	5,0	2 715,8	2 276,8
Mai	3 106,5	2 721,4	401,9	360,4	359,5	0,9	41,4	36,5	5,0	2 704,6	2 263,1
Juni	3 121,8	2 724,8	401,8	362,3	362,0	0,3	39,5	36,0	3,4	2 720,0	2 274,1
Juli	3 116,5	2 720,9	387,8	336,5	336,1	0,3	51,3	46,4	4,9	2 728,7	2 281,7
Aug.	3 094,1	2 704,5	367,4	321,9	321,7	0,3	45,5	40,9	4,6	2 726,7	2 280,6
Sept.	3 110,3	2 715,5	383,3	337,5	337,2	0,3	45,8	39,1	6,7	2 727,1	2 279,4
Okt.	3 116,9	2 717,2	381,6	326,3	325,9	0,4	55,3	50,4	4,9	2 735,3	2 281,4
Nov.	3 117,3	2 713,4	374,5	327,2	327,0	0,2	47,4	42,1	5,2	2 742,7	2 289,4
Dez.	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010 Jan.	3 111,5	2 692,1	349,7	305,0	304,8	0,2	44,7	40,9	3,8	2 761,8	2 305,2
Febr.	3 103,1	2 685,6	343,5	299,8	299,6	0,2	43,7	40,8	2,9	2 759,6	2 302,2
März	3 098,8	2 682,4	348,9	302,9	302,6	0,3	46,1	43,2	2,8	2 749,9	2 290,3
Veränderungen *)											
2001	+ 11,9	+ 39,2	+ 15,3	+ 7,0	+ 5,9	+ 1,0	+ 8,4	+ 7,8	+ 0,6	- 3,4	+ 32,0
2002	- 19,2	- 18,8	- 23,4	- 25,7	- 25,2	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,6	+ 4,3	+ 7,6
2003	+ 0,1	- 8,4	- 10,0	- 16,7	- 17,5	+ 0,9	+ 6,7	+ 7,3	- 0,6	+ 10,1	+ 16,0
2004	+ 3,3	- 36,0	- 31,7	- 30,5	- 29,7	- 0,8	- 1,2	- 3,2	+ 1,9	+ 35,0	+ 15,6
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	+ 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2008 Okt.	+ 0,4	+ 4,8	- 3,1	- 7,1	- 6,6	- 0,5	+ 4,0	+ 3,7	+ 0,3	+ 3,4	+ 3,0
Nov.	- 0,5	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,4	+ 3,5	- 0,0	- 2,1	- 1,9	- 0,2	- 1,7	+ 0,9
Dez.	+ 23,2	- 9,6	- 2,8	- 3,8	- 5,6	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 26,0	+ 26,9
2009 Jan.	+ 26,2	+ 19,8	+ 21,0	+ 15,1	+ 16,7	- 1,5	+ 5,8	+ 4,4	+ 1,4	+ 5,2	+ 3,9
Febr.	- 6,1	- 9,2	- 8,3	- 9,8	- 9,6	- 0,2	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,3	+ 6,5
März	+ 9,2	+ 9,7	+ 23,6	+ 24,2	+ 24,3	- 0,1	- 0,6	- 1,1	+ 0,5	- 14,4	- 11,3
April	+ 22,8	+ 4,5	- 2,0	- 5,8	- 5,7	- 0,0	+ 3,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 24,9	+ 20,2
Mai	- 16,9	- 4,6	- 6,6	- 2,1	- 2,6	+ 0,5	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 10,4	- 12,9
Juni	+ 15,8	+ 3,4	+ 0,7	+ 2,7	+ 2,8	- 0,1	- 1,9	- 0,4	- 1,5	+ 15,1	+ 10,7
Juli	- 5,4	- 3,9	- 14,1	- 25,9	- 25,9	+ 0,0	+ 11,8	+ 10,3	+ 1,5	+ 8,6	+ 7,5
Aug.	- 22,4	- 16,4	- 20,4	- 14,5	- 14,4	- 0,1	- 5,8	- 5,5	- 0,4	- 2,0	- 1,1
Sept.	+ 15,9	+ 10,7	+ 15,9	+ 15,5	+ 15,5	+ 0,1	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	+ 0,1	- 1,5
Okt.	+ 6,4	+ 1,8	- 1,6	- 11,1	- 11,2	+ 0,0	+ 9,5	+ 11,2	- 1,7	+ 8,0	+ 1,7
Nov.	+ 0,4	- 3,7	- 7,0	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 7,9	- 8,2	+ 0,3	+ 7,4	+ 5,4
Dez.	- 20,2	- 23,7	- 27,2	- 20,8	- 20,8	- 0,0	- 6,4	- 5,0	- 1,4	+ 7,1	+ 7,5
2010 Jan.	+ 11,2	- 0,6	+ 2,3	- 1,5	- 1,6	+ 0,1	+ 3,8	+ 3,8	- 0,1	+ 9,0	+ 5,5
Febr.	- 8,9	- 7,1	- 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,0	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 2,8	- 3,5
März	+ 0,2	- 3,1	+ 5,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 2,4	+ 2,5	- 0,1	- 5,2	- 8,0

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bis Dezember 1998 einschl. Kredite an inländische Bauspar-

kassen. — 2 Bis Dezember 1998 einschl. Treuhandkredite; s. a. Anm. 8. — 3 Bis Dezember 1998 Wechselkredite (Wechselbestand zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und aus dem Wechselbestand vor Verfall zum Einzug versandte Wechsel). — 4 Ab 1999 einschl. geringer Beträge mittelfristiger Wechselserien. — 5 Ab 1999 Aufgliederung

IV. Banken

Kredite 2) 5)													Zeit
nehmen und Privatpersonen 1) 2)					an öffentliche Haushalte 2)								
Buchkredite			Wert- papiere 5)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 8)	zu- sammen	Buchkredite			Wertpa- piere 5) 9)	Aus- gleichs- forde- rungen 10)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite 8)		
zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)				zu- sammen	mittel- fristig 6)	lang- fristig 7)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 838,9	192,8	1 646,0	199,7	50,1	593,9	455,9	30,4	425,5	104,9	33,1	8,4	2000	
1 880,5	191,1	1 689,4	189,7	48,9	556,0	440,3	25,6	414,6	111,8	4,0	8,0	2001	
1 909,8	193,5	1 716,3	169,9	47,3	552,1	417,1	27,4	389,7	132,0	3,0	7,5	2002	
1 927,7	195,0	1 732,8	168,3	49,9	544,3	401,0	34,6	366,4	141,3	2,0	7,0	2003	
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 020,3	218,1	1 802,1	205,3	43,6	445,0	311,9	29,8	282,1	133,2	–	4,5	2008 Okt.	
2 021,5	218,7	1 802,8	204,9	43,3	442,4	311,3	29,9	281,4	131,2	–	4,5	Nov.	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	Dez.	
2 022,5	222,9	1 799,5	238,0	42,5	441,6	305,3	29,7	275,6	136,3	–	4,4	2009 Jan.	
2 024,7	225,8	1 799,0	242,2	42,2	437,4	302,4	29,2	273,2	135,0	–	4,4	Febr.	
2 015,5	224,4	1 791,1	241,1	42,0	434,3	299,2	28,8	270,4	135,1	–	4,4	März	
2 023,4	229,0	1 794,4	253,5	41,1	439,0	299,5	29,2	270,3	139,4	–	4,4	April	
2 025,2	230,2	1 795,0	237,9	40,3	441,5	300,2	30,4	269,8	141,4	–	4,4	Mai	
2 026,3	233,0	1 793,3	247,8	39,9	445,9	300,4	30,8	269,6	145,5	–	4,3	Juni	
2 036,3	236,7	1 799,5	245,5	39,5	447,0	302,1	31,8	270,3	144,9	–	4,3	Juli	
2 039,9	237,1	1 802,9	240,7	39,2	446,1	302,0	31,9	270,1	144,1	–	4,3	Aug.	
2 038,3	237,2	1 801,0	241,1	38,9	447,7	300,9	32,5	268,4	146,8	–	4,3	Sept.	
2 039,6	236,9	1 802,7	241,8	38,7	453,9	301,3	32,5	268,8	152,6	–	4,2	Okt.	
2 045,5	236,9	1 808,6	243,9	38,5	453,4	298,8	32,6	266,2	154,6	–	4,3	Nov.	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	Dez.	
2 049,4	241,4	1 808,0	255,8	39,2	456,6	297,0	31,5	265,5	159,5	–	4,2	2010 Jan.	
2 051,2	241,9	1 809,4	251,0	39,1	457,3	294,0	30,8	263,2	163,4	–	4,2	Febr.	
2 044,4	237,5	1 806,9	245,9	38,7	459,6	292,2	30,5	261,8	167,4	–	4,1	März	
Veränderungen *)													
+ 41,9	– 2,8	+ 44,7	– 9,8	– 1,2	– 35,4	– 16,5	– 5,5	– 10,9	+ 10,1	– 29,1	– 0,4	2001	
+ 26,6	– 2,1	+ 28,7	– 19,0	– 1,6	– 3,4	– 23,1	+ 1,0	– 24,1	+ 20,7	– 1,0	– 0,5	2002	
+ 17,9	+ 0,2	+ 17,8	– 1,9	+ 2,6	– 5,9	– 16,1	+ 4,9	– 21,0	+ 11,2	– 1,0	– 0,5	2003	
+ 10,7	+ 0,2	+ 10,5	+ 4,9	+ 3,6	+ 19,4	– 13,8	– 0,9	– 12,9	+ 34,3	– 1,1	– 0,6	2004	
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 9,6	+ 1,8	+ 7,8	– 6,6	– 0,4	+ 0,5	– 1,8	– 1,2	– 0,7	+ 2,3	–	+ 0,1	2008 Okt.	
+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7	– 0,4	– 0,3	– 2,6	– 0,6	+ 0,2	– 0,8	– 2,0	–	+ 0,0	Nov.	
– 3,8	+ 2,3	– 6,1	+ 30,7	– 0,5	– 0,9	– 1,9	– 0,2	– 1,7	+ 1,0	–	– 0,0	Dez.	
+ 1,7	+ 2,2	– 0,5	+ 2,2	– 0,3	+ 1,3	– 2,9	– 0,1	– 2,9	+ 4,2	–	– 0,0	2009 Jan.	
+ 2,3	+ 2,8	– 0,6	+ 4,2	– 0,3	– 4,2	– 2,9	– 0,4	– 2,5	– 1,3	–	– 0,0	Febr.	
– 10,2	– 3,1	– 7,2	– 1,1	– 0,5	– 3,1	– 3,2	– 0,4	– 2,9	+ 0,1	–	– 0,0	März	
+ 7,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 12,3	– 0,9	+ 4,7	+ 0,4	+ 0,4	– 0,1	+ 4,3	–	+ 0,0	April	
+ 1,8	+ 1,2	+ 0,7	– 14,8	– 0,1	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,2	– 0,5	+ 1,9	–	– 0,0	Mai	
+ 0,8	+ 2,6	– 1,8	+ 9,9	– 0,4	+ 4,4	+ 0,3	+ 0,5	– 0,2	+ 4,1	–	– 0,0	Juni	
+ 10,0	+ 3,8	+ 6,2	– 2,4	– 0,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,7	– 0,6	–	– 0,0	Juli	
+ 3,7	+ 0,3	+ 3,4	– 4,8	– 0,3	– 0,9	– 0,2	+ 0,1	– 0,2	– 0,7	–	– 0,0	Aug.	
– 2,0	+ 0,2	– 2,1	+ 0,5	– 0,3	+ 1,6	– 1,1	+ 0,6	– 1,7	+ 2,6	–	– 0,0	Sept.	
+ 1,3	– 0,3	+ 1,6	+ 0,4	– 0,2	+ 6,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 5,8	–	– 0,0	Okt.	
+ 3,3	+ 0,0	+ 3,3	+ 2,1	– 0,2	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,0	–	+ 0,0	Nov.	
+ 3,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 4,5	+ 0,1	– 0,4	– 0,8	– 0,4	– 0,4	+ 0,4	–	– 0,0	Dez.	
– 1,9	– 1,3	– 0,6	+ 7,4	– 0,4	+ 3,4	– 0,9	– 0,7	– 0,3	+ 4,4	–	– 0,1	2010 Jan.	
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 4,8	– 0,1	+ 0,8	– 3,1	– 0,7	– 2,4	+ 3,8	–	– 0,0	Febr.	
– 6,8	– 4,4	– 2,5	– 1,2	– 0,4	+ 2,8	– 1,8	– 0,4	– 1,4	+ 4,6	–	– 0,0	März	

der Wertpapierkredite in mittel- und langfristig nicht mehr möglich. — 6 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über 1 Jahr bis unter 4 Jahre, ab 1999: über 1 Jahr bis 5 Jahre einschl. — 7 Bis Dezember 1998: Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und darüber, ab 1999: von über 5

Jahren. — 8 Ab 1999 nicht mehr in die Kredite einbezogen; s. a. Anm. 2. — 9 Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; s. a. Anm. 10. — 10 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)^{x)}

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) ¹⁾														
Zeit	darunter:													
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
			zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														
2008	2 357,5	1 157,4	1 093,4	907,1	186,3	1 332,6	302,8	157,4	56,1	52,1	138,9	34,6	74,0	127,6
2009 März	2 383,5	1 150,8	1 087,5	901,5	186,0	1 363,1	301,2	160,9	61,7	62,8	131,0	34,0	74,5	161,5
2009 Juni	2 388,5	1 149,7	1 087,4	899,6	187,7	1 365,5	300,9	160,4	62,7	63,4	128,8	34,8	74,7	173,3
2009 Sept.	2 375,6	1 149,2	1 092,1	900,2	191,9	1 346,7	300,7	155,4	63,1	62,7	126,2	36,0	73,6	165,7
2009 Dez.	2 357,6	1 155,1	1 094,7	905,0	189,7	1 327,1	301,4	145,8	68,5	63,2	122,1	36,4	74,7	165,2
2010 März	2 347,1	1 151,5	1 090,4	902,0	188,5	1 320,8	299,6	143,9	69,5	63,7	122,2	37,6	77,2	162,7
Kurzfristige Kredite														
2008	335,5	–	8,4	–	8,4	294,8	4,5	51,4	5,4	10,4	54,7	3,1	7,4	70,9
2009 März	368,0	–	8,7	–	8,7	328,1	4,8	54,6	6,5	15,2	48,9	3,4	7,6	106,1
2009 Juni	362,2	–	8,8	–	8,8	322,3	4,8	51,5	6,2	15,8	46,8	3,7	7,8	109,2
2009 Sept.	337,3	–	8,8	–	8,8	296,9	4,8	46,4	5,4	15,1	44,0	3,9	7,3	98,4
2009 Dez.	306,3	–	8,4	–	8,4	266,9	4,5	36,3	6,0	14,2	39,7	3,0	7,1	90,7
2010 März	302,7	–	8,1	–	8,1	264,2	4,3	36,6	6,1	15,1	39,7	3,5	7,7	87,3
Mittelfristige Kredite														
2008	222,0	–	30,3	–	30,3	159,1	10,9	27,1	2,7	6,6	13,8	3,1	14,5	18,0
2009 März	224,4	–	31,4	–	31,4	160,0	11,3	29,0	3,4	8,2	13,2	2,9	14,5	16,9
2009 Juni	233,0	–	31,6	–	31,6	167,1	11,5	31,6	3,6	8,8	13,2	3,0	14,6	21,0
2009 Sept.	237,2	–	32,0	–	32,0	169,6	11,6	32,2	4,0	8,8	13,4	3,3	14,1	21,7
2009 Dez.	242,7	–	32,4	–	32,4	173,9	11,8	32,6	4,8	9,0	13,9	3,7	13,6	25,5
2010 März	237,5	–	32,2	–	32,2	168,9	11,6	30,4	5,1	8,9	14,6	3,7	13,2	26,1
Langfristige Kredite														
2008	1 800,0	1 157,4	1 054,6	907,1	147,5	878,7	287,5	78,9	48,0	35,2	70,4	28,4	52,1	38,6
2009 März	1 791,1	1 150,8	1 047,3	901,5	145,8	875,1	285,1	77,2	51,8	39,4	68,9	27,7	52,4	38,5
2009 Juni	1 793,3	1 149,7	1 047,0	899,6	147,4	876,2	284,5	77,3	52,9	38,8	68,8	28,0	52,2	43,0
2009 Sept.	1 801,0	1 149,2	1 051,3	900,2	151,1	880,2	284,3	76,8	53,8	38,9	68,8	28,8	52,2	45,6
2009 Dez.	1 808,6	1 155,1	1 053,9	905,0	148,9	886,4	285,1	76,9	57,7	40,0	68,5	29,8	54,0	49,0
2010 März	1 806,9	1 151,5	1 050,1	902,0	148,1	887,7	283,6	77,0	58,3	39,8	67,9	30,3	56,3	49,3
Kredite insgesamt Veränderungen im Vierteljahr *)														
2009 1.Vj.	+ 25,0	– 5,4	– 5,9	– 4,4	– 1,6	+ 29,5	– 1,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 2,0	– 7,5	– 0,2	+ 0,6	+ 33,8
2009 2.Vj.	+ 4,9	– 0,5	+ 0,7	– 0,5	+ 1,2	+ 3,8	+ 0,4	– 0,5	+ 1,1	+ 0,4	– 2,2	+ 0,7	– 0,4	+ 10,1
2009 3.Vj.	– 13,2	– 0,7	+ 3,3	+ 0,3	+ 3,0	– 19,2	– 0,2	– 4,3	+ 0,3	– 0,7	– 2,7	+ 1,3	– 1,1	– 7,6
2009 4.Vj.	– 23,3	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,3	– 23,9	+ 0,7	– 9,7	+ 3,8	+ 0,2	– 4,3	+ 0,4	+ 1,1	– 7,7
2010 1.Vj.	– 11,2	– 3,4	– 4,7	– 3,0	– 1,7	– 6,3	– 1,4	– 1,9	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,5	– 4,5
Kurzfristige Kredite														
2009 1.Vj.	+ 31,3	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 32,1	+ 0,3	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,7	– 5,8	+ 0,3	+ 0,2	+ 33,9
2009 2.Vj.	– 5,6	–	+ 0,0	–	+ 0,0	– 5,6	+ 0,0	– 3,1	– 0,3	+ 0,3	– 1,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,6
2009 3.Vj.	– 24,9	–	+ 0,0	–	+ 0,0	– 25,3	– 0,1	– 4,4	– 0,9	– 0,7	– 2,9	+ 0,1	– 0,5	– 10,9
2009 4.Vj.	– 30,9	–	– 0,3	–	– 0,3	– 29,9	– 0,3	– 10,1	+ 0,6	– 0,9	– 4,2	– 0,9	– 0,2	– 10,6
2010 1.Vj.	– 3,8	–	– 0,3	–	– 0,3	– 2,9	– 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,8	– 0,0	+ 0,4	+ 0,6	– 3,5
Mittelfristige Kredite														
2009 1.Vj.	+ 1,9	–	– 0,4	–	– 0,4	+ 1,7	+ 0,1	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,4	– 0,7	– 0,2	+ 0,1	+ 0,0
2009 2.Vj.	+ 8,4	–	+ 0,2	–	+ 0,2	+ 6,9	+ 0,2	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,6	– 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 3,0
2009 3.Vj.	+ 4,3	–	+ 0,4	–	+ 0,4	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,4	– 0,0	+ 0,2	+ 0,3	– 0,5	+ 0,7
2009 4.Vj.	+ 2,7	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,9	– 0,1	+ 0,3	+ 0,3	– 0,5	+ 2,4
2010 1.Vj.	– 5,8	–	– 0,2	–	– 0,2	– 5,6	– 0,2	– 2,3	+ 0,3	– 0,1	+ 0,6	– 0,1	– 0,3	– 1,6
Langfristige Kredite														
2009 1.Vj.	– 8,2	– 5,4	– 5,9	– 4,4	– 1,5	– 4,2	– 2,1	– 0,6	+ 0,9	– 0,1	– 1,0	– 0,4	+ 0,3	– 0,1
2009 2.Vj.	+ 2,1	– 0,5	+ 0,4	– 0,5	+ 0,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,2	– 0,6	– 0,2	+ 0,3	– 0,7	+ 4,5
2009 3.Vj.	+ 7,4	– 0,7	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,6	+ 3,7	– 0,3	– 0,5	+ 0,8	– 0,0	+ 0,8	– 0,0	+ 2,6	
2009 4.Vj.	+ 4,9	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 0,3	+ 3,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 2,3	+ 1,1	– 0,3	+ 1,0	+ 1,8	+ 0,4
2010 1.Vj.	– 1,7	– 3,4	– 4,2	– 3,0	– 1,2	+ 2,1	– 1,1	+ 0,1	+ 0,6	– 0,2	– 0,5	+ 0,3	+ 2,3	+ 0,6

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen

durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Ohne Treuhandkredite. — 2 Einschl. Einzelkaufleute. — 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten			
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt
691,9	169,4	51,7	190,2	381,4	58,2	1 011,4	787,3	224,0	132,1	17,1	13,5	3,3	2008
676,8	183,9	51,9	168,0	378,3	58,2	1 007,2	783,0	224,2	134,7	16,2	13,2	3,2	2009 März
667,5	181,2	50,7	171,3	380,3	55,7	1 010,3	783,4	226,8	137,2	16,1	12,7	3,1	Juni
663,9	180,9	50,0	172,3	379,7	55,1	1 015,9	788,1	227,8	140,3	16,2	13,0	3,3	Sept.
651,2	181,2	46,5	170,5	378,9	54,3	1 017,5	790,0	227,5	142,0	15,8	13,0	3,3	Dez.
643,9	179,5	44,9	171,7	378,1	54,4	1 013,4	787,5	225,8	141,8	15,0	13,0	3,3	2010 März
Kurzfristige Kredite													
91,4	13,4	17,0	19,3	35,4	9,4	39,7	3,9	35,8	2,8	17,1	1,0	0,0	2008
85,7	12,9	16,6	16,2	35,8	10,0	39,1	3,9	35,2	3,0	16,2	0,8	0,0	2009 März
81,0	12,0	15,5	16,4	35,5	9,8	39,2	3,9	35,3	3,1	16,1	0,7	0,0	Juni
76,5	11,5	15,1	15,8	34,6	9,2	39,7	4,0	35,7	3,0	16,2	0,7	0,0	Sept.
69,9	11,1	12,1	14,6	33,3	8,3	38,7	4,0	34,7	3,0	15,8	0,7	0,0	Dez.
68,2	10,6	11,7	14,8	33,8	8,9	37,8	3,8	34,0	3,0	15,0	0,7	0,0	2010 März
Mittelfristige Kredite													
73,3	8,2	9,2	21,3	26,7	4,0	62,3	19,5	42,8	35,1	-	0,6	0,0	2008
71,9	8,3	9,8	20,0	26,5	4,1	63,9	20,1	43,8	36,7	-	0,5	0,0	2009 März
71,3	7,9	10,3	20,8	26,8	4,1	65,4	20,1	45,2	38,1	-	0,5	0,0	Juni
72,1	7,9	10,5	21,9	27,2	4,0	67,0	20,4	46,6	39,6	-	0,6	0,0	Sept.
70,8	8,5	11,0	21,7	27,6	4,0	68,2	20,5	47,7	40,9	-	0,6	0,0	Dez.
66,9	8,4	9,5	21,7	27,4	3,9	68,1	20,5	47,6	40,9	-	0,6	0,0	2010 März
Langfristige Kredite													
527,2	147,8	25,6	149,7	319,3	44,8	909,4	763,9	145,4	94,2	-	11,9	3,2	2008
519,1	162,7	25,6	131,8	316,0	44,1	904,3	759,0	145,2	95,0	-	11,8	3,2	2009 März
515,2	161,3	24,8	134,2	318,1	41,9	905,7	759,4	146,3	96,0	-	11,4	3,0	Juni
515,3	161,1	24,4	134,6	317,9	41,9	909,2	763,7	145,5	97,7	-	11,7	3,3	Sept.
510,4	161,6	23,5	134,1	318,0	42,0	910,6	765,5	145,0	98,0	-	11,7	3,3	Dez.
508,8	160,5	23,7	135,1	316,9	41,6	907,5	763,2	144,3	97,9	-	11,7	3,3	2010 März
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt
- 6,1	- 0,3	+ 0,3	- 2,3	- 3,2	- 0,0	- 4,3	- 4,3	+ 0,0	+ 2,4	- 0,9	- 0,3	- 0,0	2009 1.Vj.
- 5,5	- 2,2	- 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 0,9	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,2	- 0,1	- 0,5	- 0,2	2.Vj.
- 4,5	- 0,3	- 1,5	+ 0,9	- 0,6	+ 0,6	+ 5,7	+ 3,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	3.Vj.
- 7,6	+ 0,5	- 2,9	+ 0,3	- 1,0	- 0,8	+ 0,6	+ 1,9	- 1,3	+ 0,7	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.
- 4,6	- 1,8	- 1,6	+ 0,9	- 0,8	+ 0,2	- 4,9	- 3,3	- 1,6	- 0,2	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	2010 1.Vj.
Kurzfristige Kredite													
- 2,3	- 0,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,4	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,0	2009 1.Vj.
- 3,7	- 0,6	- 1,0	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.
- 5,2	- 0,5	- 1,2	- 0,5	- 0,8	- 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	3.Vj.
- 3,7	- 0,3	- 2,4	- 0,4	- 1,3	- 0,9	- 1,0	- 0,1	- 1,0	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.
- 1,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	- 0,9	- 0,1	- 0,8	- 0,0	- 0,8	-	+ 0,0	2010 1.Vj.
Mittelfristige Kredite													
- 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	+ 0,3	- 0,6	+ 0,9	+ 1,6	-	- 0,1	+ 0,0	2009 1.Vj.
+ 0,4	- 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,6	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.
+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,5	-	+ 0,1	+ 0,0	3.Vj.
- 1,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.
- 2,1	- 0,1	- 1,5	- 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	-	- 0,0	- 0,0	2010 1.Vj.
Langfristige Kredite													
- 3,2	+ 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 3,0	- 0,7	- 3,9	- 3,7	- 0,2	+ 0,6	-	- 0,1	- 0,1	2009 1.Vj.
- 2,2	- 1,2	- 0,8	+ 2,6	+ 1,1	- 0,7	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,5	-	- 0,4	- 0,2	2.Vj.
- 0,0	- 0,2	- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,0	+ 3,5	+ 2,9	+ 0,6	+ 1,6	-	+ 0,3	+ 0,2	3.Vj.
- 2,9	+ 0,6	- 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,9	- 0,5	+ 0,3	-	- 0,0	+ 0,0	4.Vj.
- 1,0	- 1,2	+ 0,2	+ 0,7	- 1,1	- 0,4	- 3,9	- 3,1	- 0,7	- 0,1	-	+ 0,0	+ 0,0	2010 1.Vj.

worden sind. x) Ab Dezember 2008 werden die Daten auf der Grundlage der "Klassifikation der Wirtschaftszweige" des Statistischen Bundesamtes Ausgabe 2008 (WZ 2008) erhoben. Der Übergang von der "alten" zur "neuen" Klassifikation hat eine Vielzahl von Umsetzungen innerhalb der

Branchen zur Folge. Da die daraus resultierenden Brüche nur teilweise in den Veränderungen statistisch bereinigt werden konnten, sind die Daten ab dem 4. Quartal 2008 nur eingeschränkt mit den vorhergehenden Quartalen vergleichbar.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandskredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	2 579,1	779,9	1 125,4	418,9	706,5	22,8	683,7	555,4	118,4	36,4	35,0	22,6		
2008	2 781,4	834,6	1 276,1	530,6	745,6	32,6	713,0	535,2	135,4	32,3	34,4	59,3		
2009	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2009 April	2 839,6	932,2	1 231,1	469,7	761,4	32,9	728,4	551,1	125,2	31,1	34,0	91,9		
Mai	2 837,0	935,4	1 224,4	461,0	763,4	33,7	729,7	555,1	122,1	31,2	34,6	91,4		
Juni	2 847,3	956,0	1 213,1	436,9	776,2	33,4	742,8	559,7	118,5	31,1	34,7	93,6		
Juli	2 819,9	954,4	1 185,6	409,5	776,1	33,7	742,4	565,5	114,4	31,2	35,1	81,1		
Aug.	2 801,5	962,4	1 157,0	390,8	766,2	33,1	733,1	570,8	111,2	42,0	35,2	72,7		
Sept.	2 810,6	987,2	1 139,6	374,1	765,5	32,4	733,2	575,1	108,6	42,2	35,4	83,5		
Okt.	2 812,0	1 014,0	1 110,4	347,2	763,2	32,3	730,9	581,8	105,9	42,2	35,3	82,0		
Nov.	2 825,5	1 037,6	1 098,1	336,0	762,1	31,7	730,4	585,6	104,2	42,2	35,6	80,2		
Dez.	2 829,7	1 029,5	1 102,6	339,5	763,1	32,1	731,0	594,5	103,2	43,4	35,6	76,8		
2010 Jan.	2 820,3	1 051,3	1 070,0	309,9	760,1	30,3	729,8	597,7	101,3	43,0	38,1	63,5		
Febr.	2 830,1	1 055,9	1 070,5	310,8	759,7	29,9	729,8	602,9	100,8	43,0	38,1	73,3		
März	2 819,0	1 040,0	1 073,7	315,1	758,6	29,1	729,6	604,7	100,5	42,8	38,1	74,5		
Veränderungen *)														
2008	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	+ 114,5	+ 42,1	+ 10,0	+ 32,0	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	- 0,6	+ 36,7		
2009	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	- 207,5	+ 28,2	- 0,5	+ 28,7	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	+ 1,4	+ 17,5		
2009 April	+ 22,3	+ 34,9	- 12,0	- 16,1	+ 4,1	+ 0,5	+ 3,6	+ 3,3	- 3,9	+ 0,2	- 0,1	+ 5,5		
Mai	- 2,6	+ 3,0	- 6,5	- 8,5	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,9	- 3,1	- 0,0	+ 0,6	- 0,5		
Juni	+ 10,3	+ 20,6	- 11,3	- 24,1	+ 12,8	- 0,3	+ 13,1	+ 4,7	- 3,7	- 0,1	+ 0,1	+ 2,2		
Juli	- 27,4	- 1,7	- 27,4	- 27,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	+ 5,8	- 4,1	+ 0,1	+ 0,4	- 12,6		
Aug.	- 7,0	+ 8,0	- 17,2	- 18,7	+ 1,5	- 0,6	+ 2,1	+ 5,3	- 3,1	+ 0,0	+ 0,1	- 8,4		
Sept.	+ 9,1	+ 24,7	- 17,4	- 16,7	- 0,7	- 0,8	+ 0,1	+ 4,3	- 2,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 10,8		
Okt.	+ 1,7	+ 26,8	- 29,3	- 26,9	- 2,3	- 0,0	- 2,3	+ 6,6	- 2,5	+ 0,1	+ 0,2	- 1,5		
Nov.	+ 13,5	+ 23,6	- 12,3	- 11,1	- 1,1	- 0,7	- 0,5	+ 3,8	- 1,7	+ 0,0	+ 0,3	- 1,8		
Dez.	+ 4,3	- 8,1	+ 4,5	+ 3,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,6	+ 8,9	- 1,0	+ 0,1	+ 0,0	- 3,4		
2010 Jan.	- 9,5	+ 21,9	- 32,6	- 29,6	- 3,0	- 1,8	- 1,2	+ 3,2	- 1,9	- 0,5	+ 2,5	- 13,3		
Febr.	+ 9,9	+ 4,6	+ 0,5	+ 0,9	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 5,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	+ 9,8		
März	- 11,2	- 15,9	+ 3,2	+ 4,3	- 1,0	- 0,8	- 0,2	+ 1,8	- 0,4	- 0,2	- 0,0	+ 1,3		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	158,5	28,0	127,7	71,9	55,8	3,7	52,1	1,4	1,5	27,6	4,5	-		
2008	164,7	34,2	127,8	75,4	52,5	3,6	48,8	1,2	1,5	24,2	3,9	-		
2009	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2009 April	156,6	42,0	111,3	59,7	51,6	3,6	48,0	1,7	1,5	24,1	3,9	1,1		
Mai	161,5	42,5	115,7	63,9	51,8	3,8	48,0	1,8	1,5	24,1	3,9	2,2		
Juni	164,1	44,9	115,8	64,5	51,3	3,6	47,7	1,9	1,5	24,0	3,9	3,5		
Juli	151,0	41,6	105,8	54,1	51,7	3,9	47,9	2,1	1,5	24,1	3,9	2,2		
Aug.	139,8	42,2	93,8	52,7	41,1	3,9	37,3	2,2	1,5	34,7	3,9	3,8		
Sept.	133,7	43,6	86,3	45,2	41,1	3,9	37,1	2,3	1,5	34,9	3,9	1,8		
Okt.	131,0	42,6	84,5	43,6	40,9	3,9	37,0	2,4	1,6	34,9	3,9	2,7		
Nov.	134,4	44,9	85,4	44,6	40,9	3,8	37,1	2,5	1,5	34,9	3,9	3,3		
Dez.	129,3	41,8	83,4	43,0	40,4	3,6	36,8	2,6	1,5	35,7	3,9	0,5		
2010 Jan.	127,7	41,1	82,6	40,0	42,6	3,6	39,1	2,5	1,5	35,6	6,3	1,2		
Febr.	130,6	43,7	82,9	40,1	42,7	3,6	39,2	2,5	1,5	35,6	6,3	0,5		
März	127,6	40,3	83,3	41,3	42,0	3,4	38,5	2,5	1,5	35,4	6,3	0,9		
Veränderungen *)														
2008	+ 8,5	+ 6,2	+ 2,5	+ 5,1	- 2,6	+ 0,0	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,6	- 0,6	± 0,0		
2009	- 23,9	+ 7,5	- 32,9	- 32,2	- 0,7	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,5		
2009 April	+ 2,4	+ 4,7	- 2,4	- 2,2	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9		
Mai	+ 4,9	+ 0,5	+ 4,4	+ 4,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,2		
Juni	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 1,3		
Juli	- 13,1	- 3,4	- 10,0	- 10,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 1,3		
Aug.	+ 0,2	+ 0,6	- 0,6	- 1,4	+ 0,8	- 0,0	+ 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 1,6		
Sept.	- 6,0	+ 1,4	- 7,5	- 7,5	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 2,0		
Okt.	- 2,7	- 1,0	- 1,8	- 1,6	- 0,2	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,9		
Nov.	+ 3,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,5		
Dez.	- 5,1	- 3,1	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0	- 2,7		
2010 Jan.	- 1,6	- 0,8	- 0,7	- 3,0	+ 2,3	- 0,1	+ 2,3	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 2,4	+ 0,6		
Febr.	+ 2,9	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,6		
März	- 3,0	- 3,4	+ 0,4	+ 1,2	- 0,8	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,3		

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vor-

läufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	2 420,6	752,0	997,7	347,0	650,7	19,0	631,7	554,0	116,9	8,8	30,5	22,6		
2008	2 616,7	800,5	1 148,3	455,2	693,1	29,0	664,1	534,0	133,9	8,1	30,5	59,3		
2009	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2009 April	2 683,0	890,1	1 119,7	410,0	709,7	29,3	680,4	549,4	123,7	7,0	30,1	90,9		
Mai	2 675,4	892,9	1 108,7	397,1	711,6	29,9	681,7	553,3	120,6	7,1	30,7	89,2		
Juni	2 683,2	911,1	1 097,3	372,4	724,9	29,9	695,1	557,8	117,0	7,1	30,8	90,2		
Juli	2 668,9	912,8	1 079,8	355,4	724,4	29,9	694,5	563,5	112,8	7,2	31,2	78,9		
Aug.	2 661,7	920,2	1 063,2	338,1	725,1	29,3	695,8	568,5	109,7	7,2	31,3	68,9		
Sept.	2 676,8	943,5	1 053,3	328,8	724,5	28,4	696,0	572,9	107,1	7,3	31,4	81,7		
Okt.	2 681,0	971,4	1 025,9	303,6	722,3	28,4	693,9	579,4	104,3	7,3	31,4	79,3		
Nov.	2 691,1	992,6	1 012,7	291,5	721,2	27,9	693,3	583,1	102,7	7,3	31,7	76,9		
Dez.	2 700,4	987,6	1 019,2	296,5	722,7	28,5	694,2	591,9	101,6	7,7	31,7	76,3		
2010 Jan.	2 692,6	1 010,3	987,3	269,9	717,4	26,7	690,7	595,2	99,8	7,4	31,8	62,3		
Febr.	2 699,6	1 012,3	987,6	270,7	716,9	26,3	690,6	600,4	99,3	7,4	31,8	72,7		
März	2 691,4	999,8	990,4	273,7	716,7	25,6	691,1	602,2	99,0	7,3	31,8	73,7		
Veränderungen *)														
2008	+ 199,1	+ 48,1	+ 154,0	+ 109,4	+ 44,6	+ 10,0	+ 34,6	- 20,0	+ 17,0	- 0,7	+ 0,0	+ 36,7		
2009	+ 83,6	+ 203,8	- 146,4	- 175,3	+ 28,9	- 0,5	+ 29,4	+ 57,9	- 31,7	- 0,4	+ 1,4	+ 17,0		
2009 April	+ 19,9	+ 30,2	- 9,6	- 13,9	+ 4,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 3,3	- 3,9	+ 0,2	- 0,1	+ 4,6		
Mai	- 7,6	+ 2,6	- 10,9	- 12,8	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,3	+ 3,8	- 3,1	+ 0,1	+ 0,6	- 1,6		
Juni	+ 7,7	+ 18,2	- 11,4	- 24,7	+ 13,3	- 0,1	+ 13,4	+ 4,5	- 3,7	- 0,0	+ 0,1	+ 0,9		
Juli	- 14,3	+ 1,7	- 17,4	- 16,9	- 0,5	- 0,0	- 0,5	+ 5,6	- 4,1	+ 0,1	+ 0,4	- 11,3		
Aug.	- 7,2	+ 7,4	- 16,6	- 17,3	+ 0,7	- 0,6	+ 1,3	+ 5,1	- 3,1	+ 0,1	+ 0,1	- 10,0		
Sept.	+ 15,1	+ 23,3	- 9,9	- 9,3	- 0,6	- 0,9	+ 0,2	+ 4,3	- 2,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 12,8		
Okt.	+ 4,4	+ 27,8	- 27,4	- 25,3	- 2,1	- 0,0	- 2,1	+ 6,5	- 2,5	+ 0,0	+ 0,2	- 2,4		
Nov.	+ 9,9	+ 21,3	- 13,4	- 12,3	- 1,1	- 0,6	- 0,6	+ 3,7	- 1,7	+ 0,0	+ 0,3	- 2,3		
Dez.	+ 9,4	- 5,0	+ 6,5	+ 5,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 8,9	- 1,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,7		
2010 Jan.	- 7,8	+ 22,6	- 31,9	- 26,6	- 5,3	- 1,8	- 3,5	+ 3,2	- 1,8	- 0,3	+ 0,1	- 13,9		
Febr.	+ 7,0	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,8	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 5,2	- 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 10,4		
März	- 8,2	- 12,5	+ 2,8	+ 3,1	- 0,3	- 0,7	+ 0,4	+ 1,8	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2007	961,9	264,9	672,9	178,6	494,3	5,5	488,8	3,9	20,1	8,3	21,5	22,6		
2008	1 073,5	292,6	757,7	223,7	534,0	7,7	526,3	3,8	19,3	7,8	22,0	59,3		
2009	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2009 April	1 120,1	313,6	782,9	232,5	550,5	9,0	541,5	4,4	19,1	6,9	21,6	90,9		
Mai	1 106,5	305,7	777,2	225,7	551,5	9,2	542,2	4,5	19,2	7,0	21,5	89,2		
Juni	1 116,0	319,8	772,3	208,2	564,1	9,1	555,0	4,7	19,3	7,0	21,5	90,2		
Juli	1 100,5	313,2	763,1	199,9	563,2	9,1	554,0	4,9	19,3	7,1	21,8	78,9		
Aug.	1 093,6	311,2	758,0	194,2	563,8	9,1	554,7	5,0	19,4	7,1	21,8	68,9		
Sept.	1 109,2	326,3	758,1	195,5	562,6	8,5	554,1	5,1	19,6	7,2	21,9	81,7		
Okt.	1 107,8	342,8	740,1	180,6	559,5	8,4	551,0	5,2	19,7	7,2	21,8	79,3		
Nov.	1 106,2	346,5	734,6	176,4	558,2	8,5	549,7	5,3	19,8	7,2	22,0	76,9		
Dez.	1 105,6	336,4	743,6	187,5	556,1	9,1	547,0	5,5	20,2	7,6	21,8	76,3		
2010 Jan.	1 089,1	343,0	720,2	169,0	551,1	8,6	542,6	5,7	20,2	7,2	21,8	62,3		
Febr.	1 087,3	337,2	723,9	174,3	549,6	8,5	541,2	5,9	20,3	7,3	21,8	72,7		
März	1 083,5	329,6	727,5	178,7	548,8	8,4	540,4	6,2	20,2	7,2	21,8	73,7		
Veränderungen *)														
2008	+ 110,4	+ 27,0	+ 84,4	+ 45,0	+ 39,3	+ 2,1	+ 37,2	- 0,1	- 0,8	- 0,5	+ 0,4	+ 36,7		
2009	+ 32,6	+ 61,6	- 31,5	- 53,1	+ 21,6	+ 1,4	+ 20,3	+ 1,6	+ 0,9	- 0,4	- 0,3	+ 17,0		
2009 April	+ 15,1	+ 12,5	+ 2,6	- 1,3	+ 3,9	+ 0,4	+ 3,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,2	+ 4,6		
Mai	- 13,5	- 7,9	- 5,7	- 6,7	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 1,6		
Juni	+ 9,4	+ 14,1	- 4,9	- 17,6	+ 12,6	- 0,2	+ 12,8	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,9		
Juli	- 15,5	- 6,5	- 9,2	- 8,3	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	- 11,3		
Aug.	- 6,9	- 2,0	- 5,1	- 5,7	+ 0,7	- 0,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 10,0		
Sept.	+ 15,6	+ 15,1	+ 0,1	+ 1,3	- 1,2	- 0,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 12,8		
Okt.	- 1,4	+ 16,4	- 18,0	- 14,9	- 3,1	- 0,0	- 3,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 2,4		
Nov.	- 1,9	+ 3,8	- 5,8	- 4,4	- 1,4	+ 0,1	- 1,4	+ 0,0	+ 0,1	-	+ 0,1	- 2,3		
Dez.	- 0,6	- 10,2	+ 9,0	+ 11,1	- 2,1	+ 0,6	- 2,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,7		
2010 Jan.	- 16,5	+ 6,6	- 23,4	- 18,5	- 5,0	- 0,5	- 4,4	+ 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 0,0	- 13,9		
Febr.	- 1,8	+ 5,8	+ 3,7	+ 5,2	- 1,5	- 0,1	- 1,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 10,4		
März	- 3,8	- 7,5	+ 3,6	+ 4,4	- 0,8	- 0,1	- 0,7	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,9		

merkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu

Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen					insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen						inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zu-sammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	sonstige Privatpersonen		zu-sammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2007	1 458,7	487,1	472,1	83,9	320,9	67,2	15,0	324,8	300,7	41,7	234,3	24,7	
2008	1 543,2	507,8	491,8	85,1	336,5	70,3	16,0	390,6	367,2	50,4	281,0	35,8	
2009	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7	
2009 Okt.	1 573,2	628,6	608,9	110,0	408,8	90,2	19,6	285,8	267,8	26,4	219,0	22,4	
Nov.	1 584,9	646,1	626,2	112,5	421,3	92,4	19,9	278,1	261,4	25,1	214,8	21,5	
Dez.	1 594,9	651,3	631,3	112,5	424,6	94,3	19,9	275,6	258,5	24,5	213,2	20,7	
2010 Jan.	1 603,5	667,3	645,3	115,2	432,7	97,4	22,0	267,2	250,7	22,7	208,4	19,5	
Febr.	1 612,3	675,1	652,9	115,0	439,0	98,9	22,2	263,7	247,3	22,4	205,8	19,2	
März	1 607,9	670,1	648,5	112,8	437,0	98,6	21,7	263,0	246,6	21,9	205,4	19,4	
Veränderungen *)													
2008	+ 88,7	+ 21,1	+ 19,5	+ 1,2	+ 15,2	+ 3,2	+ 1,5	+ 69,7	+ 66,6	+ 9,4	+ 46,1	+ 11,1	
2009	+ 51,0	+ 142,2	+ 138,3	+ 27,4	+ 88,3	+ 22,6	+ 4,0	- 115,0	- 108,7	- 25,8	- 67,7	- 15,2	
2009 Okt.	+ 5,8	+ 11,4	+ 10,9	+ 4,5	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,5	- 9,4	- 8,4	- 1,7	- 5,5	- 1,3	
Nov.	+ 11,8	+ 17,5	+ 17,3	+ 2,5	+ 12,5	+ 2,3	+ 0,2	- 7,6	- 6,3	- 1,3	- 4,1	- 0,9	
Dez.	+ 10,0	+ 5,2	+ 5,1	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	+ 0,1	- 2,5	- 2,9	- 0,6	- 1,6	- 0,8	
2010 Jan.	+ 8,6	+ 16,0	+ 13,9	+ 2,7	+ 8,1	+ 3,1	+ 2,1	- 8,5	- 7,8	- 1,8	- 4,8	- 1,2	
Febr.	+ 8,8	+ 7,8	+ 7,6	- 0,2	+ 6,3	+ 1,5	+ 0,2	- 3,5	- 3,4	- 0,4	- 2,7	- 0,4	
März	- 4,4	- 4,9	- 4,4	- 2,2	- 1,9	- 0,3	- 0,5	- 0,7	- 0,6	- 0,5	- 0,4	+ 0,2	

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite														
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder							
		zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spar-einlagen und Spar-briefe 2)					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Spar-einlagen und Spar-briefe 2)		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	158,5	38,3	1,9	3,1	33,2	0,0	8,2	27,9	6,0	11,2	10,6	0,1	19,1		
2008	164,7	34,8	2,3	3,7	28,9	0,0	6,6	28,2	6,9	9,9	11,3	0,1	17,3		
2009	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0		
2009 Okt.	131,0	23,2	1,2	4,8	17,2	0,1	17,5	26,6	9,7	6,4	10,3	0,1	17,0		
Nov.	134,4	24,2	1,4	5,4	17,2	0,1	17,5	24,1	8,4	5,2	10,4	0,1	17,0		
Dez.	129,3	22,2	1,3	3,7	17,1	0,1	17,3	23,1	7,1	5,8	10,1	0,1	18,0		
2010 Jan.	127,7	21,3	1,3	2,8	17,1	0,1	17,3	27,2	8,4	6,2	12,4	0,1	17,9		
Febr.	130,6	20,7	1,5	2,0	17,2	0,1	17,3	29,6	9,2	7,8	12,4	0,2	17,9		
März	127,6	20,4	1,3	2,4	16,6	0,1	17,3	30,6	8,6	9,6	12,3	0,2	17,7		
Veränderungen *)															
2008	+ 8,5	- 3,2	+ 0,3	+ 0,6	- 4,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,5	+ 0,9	- 1,1	+ 0,7	- 0,0	- 0,6		
2009	- 23,9	- 0,8	- 1,0	+ 0,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,2	- 4,1	- 1,1	+ 0,0	- 0,4		
2009 Okt.	- 2,7	+ 0,5	- 0,1	+ 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1	- 1,5	+ 0,1	- 1,5	- 0,0	- 0,0	- 0,0		
Nov.	+ 3,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,3	- 1,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0		
Dez.	- 5,1	- 1,9	- 0,2	- 1,7	- 0,0	-	- 0,2	- 1,1	- 1,3	+ 0,6	- 0,3	- 0,0	- 0,0		
2010 Jan.	- 1,6	- 0,9	+ 0,0	- 1,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 4,1	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,3	+ 0,0	- 0,1		
Febr.	+ 2,9	- 0,6	+ 0,2	- 0,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,6	- 0,0	+ 0,0	- 0,0		
März	- 3,0	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	-	+ 1,0	- 0,7	+ 1,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,2		

* S. Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffent-

lichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch

IV. Banken

nach Befristung					Spareinlagen 3)			Nachrichtlich:					Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe 4)	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) 5)	in Termineinlagen enthalten: Verbindlichkeiten aus Repos			
		zusammen	darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
24,1	168,4	156,4	13,5	142,8	550,1	542,4	7,7	96,8	0,5	9,0	-	2007	
23,4	231,5	159,2	21,3	137,9	530,2	523,1	7,1	114,6	0,3	8,5	-	2008	
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	-	2009	
18,0	123,0	162,9	20,0	142,9	574,2	565,3	8,9	84,6	0,1	9,6	-	2009 Okt.	
16,7	115,1	163,0	19,4	143,6	577,8	569,0	8,8	82,9	0,1	9,7	-	Nov.	
17,2	109,0	166,6	19,4	147,2	586,5	577,5	9,0	81,5	0,1	9,8	-	Dez.	
16,5	100,8	166,3	18,2	148,2	589,5	580,4	9,1	79,6	0,1	9,9	0,0	2010 Jan.	
16,4	96,4	167,3	17,8	149,5	594,5	585,2	9,3	79,1	0,1	10,0	-	Febr.	
16,3	95,1	167,9	17,2	150,6	596,0	586,5	9,5	78,7	0,1	10,1	-	März	
Veränderungen *)													
+ 3,1	+ 64,4	+ 5,3	+ 7,9	- 2,6	- 19,9	- 19,3	- 0,6	+ 17,8	- 0,2	- 0,4	-	2008	
- 6,2	- 122,2	+ 7,2	- 1,9	+ 9,1	+ 56,3	+ 54,4	+ 1,9	- 32,6	+ 0,0	+ 1,7	-	2009	
- 1,0	- 10,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 6,4	+ 6,2	+ 0,2	- 2,6	- 0,0	+ 0,3	-	2009 Okt.	
- 1,3	- 7,9	+ 0,3	- 0,6	+ 0,9	+ 3,7	+ 3,7	- 0,1	- 1,7	+ 0,0	+ 0,2	-	Nov.	
+ 0,5	- 6,1	+ 3,6	+ 0,0	+ 3,6	+ 8,7	+ 8,4	+ 0,2	- 1,4	- 0,0	+ 0,2	-	Dez.	
- 0,7	- 8,2	- 0,3	- 1,2	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 0,1	- 1,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	2010 Jan.	
- 0,1	- 4,5	+ 1,0	- 0,4	+ 1,3	+ 5,0	+ 4,8	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	Febr.	
- 0,1	- 1,3	+ 0,6	- 0,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,2	- 0,3	- 0,0	+ 0,0	-	März	

Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bauspareinlagen; s. dazu Tab. IV.12. — 3 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 2. — 4 Einschl. Verbindlich-

keiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 5 In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)					Sozialversicherung							Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen 3)		Spareinlagen und Sparbriefe 2) 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
37,8	12,3	19,5	3,6	2,5	0,3	54,5	7,7	38,1	8,4	0,3	0,0	2007
42,5	14,3	22,0	3,9	2,2	0,2	59,2	10,7	39,8	8,4	0,3	0,0	2008
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	2009
37,4	18,2	11,8	4,3	3,1	0,4	43,8	13,5	20,6	9,1	0,6	0,0	2009 Okt.
37,1	18,7	11,0	4,2	3,2	0,4	49,0	16,4	22,9	9,1	0,7	0,0	Nov.
38,0	20,2	10,3	4,2	3,3	0,4	46,0	13,3	23,1	8,9	0,6	0,0	Dez.
34,1	17,2	9,3	4,3	3,3	0,4	45,2	14,1	21,8	8,7	0,5	0,0	2010 Jan.
35,8	18,9	9,3	4,3	3,3	0,4	44,4	14,1	21,1	8,8	0,5	0,0	Febr.
34,4	17,9	8,7	4,4	3,4	0,4	42,3	12,5	20,6	8,6	0,4	0,0	März
Veränderungen *)												
+ 5,4	+ 2,0	+ 3,3	+ 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 5,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	2008
- 4,4	+ 5,9	- 11,7	+ 0,3	+ 1,1	- 0,0	- 13,6	+ 2,5	- 16,8	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	2009
- 0,9	+ 0,1	- 1,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,8	- 1,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	-	2009 Okt.
- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 0,1	+ 0,1	-	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,5	- 0,0	+ 0,0	-	Nov.
+ 0,9	+ 1,5	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	-	- 3,0	- 3,0	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	-	Dez.
- 4,0	- 3,0	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	-	- 0,8	+ 0,8	- 1,3	- 0,1	- 0,1	-	2010 Jan.
+ 1,8	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	-	- 0,7	- 0,0	- 0,7	+ 0,0	- 0,0	-	Febr.
- 1,4	- 1,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,0	März

nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds

„Deutsche Einheit“, Lastenausgleichsfonds. — 2 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. — 3 Einschl. Bauspareinlagen. — 4 Ohne Bauspareinlagen; s. a. Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spar- einlagen	inländische Nichtbanken			ausländische Nicht- banken
	ins- gesamt	zu- sammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zu- sammen	darunter mit drei- monatiger Kündi- gungs- frist	Nicht- banken ins- gesamt		darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			
			zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)	zu- sammen	darunter Sonder- spar- formen 2)					zu- sammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2007	563,8	555,4	446,0	354,6	109,4	101,4	8,4	6,1	14,2	130,7	118,4	64,5	12,3	
2008	544,1	535,2	424,8	344,0	110,4	103,2	8,9	6,3	14,9	150,8	135,4	59,6	15,4	
2009	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	13,8	118,8	103,2	68,3	15,6	
2009 Nov.	595,1	585,6	464,5	371,6	121,1	113,3	9,5	6,9	0,8	119,7	104,2	66,5	15,5	
2009 Dez.	604,1	594,5	474,5	379,4	120,0	112,1	9,6	7,0	8,1	118,8	103,2	68,3	15,6	
2010 Jan.	607,3	597,7	479,2	382,3	118,5	110,6	9,6	7,1	0,7	117,5	101,3	70,2	16,2	
2010 Febr.	612,5	602,9	485,1	387,3	117,8	110,0	9,6	7,1	0,3	117,1	100,8	71,4	16,3	
2010 März	614,4	604,7	486,9	389,4	117,9	109,4	9,6	7,2	0,3	116,9	100,5	72,0	16,4	
Veränderungen *)														
2008	- 19,7	- 20,2	- 21,2	- 11,1	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,1	.	+ 20,1	+ 17,0	- 4,9	+ 3,2	
2009	+ 60,0	+ 59,3	+ 50,3	+ 35,8	+ 8,9	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,8	.	- 30,6	- 31,6	+ 9,5	+ 1,0	
2009 Nov.	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,0	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,8	- 0,0	+ 0,0	.	- 1,8	- 1,7	+ 1,8	- 0,2	
2009 Dez.	+ 9,0	+ 8,9	+ 9,9	+ 7,8	- 1,0	- 1,2	+ 0,1	+ 0,2	.	- 0,9	- 1,0	+ 1,8	+ 0,1	
2010 Jan.	+ 3,2	+ 3,2	+ 4,7	+ 3,0	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,1	.	- 1,3	- 1,9	+ 1,9	+ 0,6	
2010 Febr.	+ 5,2	+ 5,2	+ 5,9	+ 5,1	- 0,7	- 0,7	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,4	- 0,5	+ 1,2	+ 0,1	
2010 März	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 0,1	- 0,5	+ 0,0	+ 0,1	.	- 0,2	- 0,4	+ 0,6	+ 0,2	

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. — 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. — 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 5)			Nachrangig begebene	
Zeit	ins- gesamt	darunter:				mit Laufzeit:			ins- gesamt	darunter mit Laufzeit:			börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen	nicht börsen- fähige Schuld- verschrei- bungen
		variabel verzins- liche Anlei- hen 1)	Null- Kupon- Anlei- hen 1) 2)	Fremd- wäh- rungs- anlei- hen 3) 4)	Certi- ficates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2007	1 659,1	375,7	54,2	305,1	51,2	109,6	147,5	1 402,0	1,9	0,1	1,1	0,7	53,6	1,4
2008	1 640,1	395,9	50,7	314,1	64,0	162,6	153,3	1 324,2	2,3	0,2	1,3	0,8	52,5	1,6
2009	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	105,8	1 308,2	0,9	0,0	0,3	0,6	46,1	1,8
2009 Nov.	1 533,6	387,2	44,3	302,0	60,2	85,1	135,3	1 313,2	1,0	0,0	0,3	0,6	47,5	1,8
2009 Dez.	1 529,8	380,6	43,9	317,4	70,4	115,9	105,8	1 308,2	0,9	0,0	0,3	0,6	46,1	1,8
2010 Jan.	1 529,2	379,3	44,2	327,2	71,9	114,0	100,5	1 314,7	0,8	0,0	0,2	0,6	45,7	1,8
2010 Febr.	1 521,9	380,7	46,2	335,0	74,7	116,4	94,5	1 311,1	0,7	0,0	0,1	0,6	45,3	1,8
2010 März	1 532,8	385,9	45,2	340,3	75,5	118,5	94,4	1 319,9	0,7	0,0	0,1	0,6	45,1	1,8
Veränderungen *)														
2008	- 17,0	+ 18,2	- 3,7	+ 9,0	+ 12,8	+ 53,1	+ 5,8	- 75,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	- 1,1	+ 0,1
2009	- 110,1	- 15,3	- 6,8	+ 4,7	+ 6,4	- 46,7	- 47,8	- 15,6	- 1,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	- 6,4	+ 0,5
2009 Nov.	- 14,3	- 1,8	- 3,0	- 5,0	- 1,6	- 6,3	+ 0,5	- 8,4	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,4	- 0,0
2009 Dez.	- 3,8	- 6,6	- 0,4	+ 15,4	+ 10,2	+ 30,8	- 29,5	- 5,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 1,4	+ 0,0
2010 Jan.	- 0,6	- 1,3	+ 2,3	+ 9,8	+ 1,5	- 1,9	- 5,3	+ 6,6	- 0,1	-	- 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,0
2010 Febr.	- 7,3	- 3,5	+ 0,0	+ 7,8	+ 2,8	+ 2,4	- 6,0	- 3,6	- 0,1	-	- 0,0	- 0,0	- 0,4	- 0,0
2010 März	+ 10,9	+ 5,2	- 1,0	+ 5,3	+ 0,8	+ 2,1	- 0,1	+ 8,8	- 0,0	-	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,0

* S. Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders ange-

merkt. — 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. — 2 Emissionswert bei Auflegung. — 3 Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinsliche Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. — 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. — 5 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet s. a. Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats- ende	Anzahl der Insti- tute	Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaber- schuld- ver- schrei- bungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rückkla- gen) 7)	Nach- richtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abge- schlos- sene Ver- träge 8)
			Gut- haben und Dar- lehen (ohne Baudar- lehen) 1)	Baudar- lehen 2)	Bank- schuld- ver- schrei- bun- gen 3)	Baudarlehen			Wert- papiere (einschl. Schatz- wechsel und U-Schät- ze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin- gelder	Einlagen	Sicht- und Termin- gelder 6)			
						Bauspar- darlehen	Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite	sonstige Baudar- lehen								
Alle Bausparkassen																
2009	25	193,6	37,2	0,0	19,1	29,4	70,7	12,6	12,2	0,4	27,8	123,4	7,4	6,3	7,3	87,5
2010 Jan.	25	194,8	38,5	0,0	19,3	29,4	70,6	12,6	12,2	0,5	28,5	123,9	7,4	6,1	7,5	6,7
Febr.	25	195,2	39,0	0,0	19,0	29,2	70,5	12,6	12,6	0,5	28,3	124,4	7,4	5,7	7,5	6,8
März	24	194,5	37,6	0,0	19,2	29,1	70,8	12,7	13,0	0,5	27,0	125,2	7,4	5,5	7,4	7,8
Private Bausparkassen																
2010 Jan.	15	142,6	22,9	0,0	14,8	18,8	55,9	11,3	7,5	0,3	25,1	81,3	7,2	6,1	4,9	4,3
Febr.	15	142,6	23,2	0,0	14,4	18,7	55,9	11,1	7,7	0,3	24,8	81,7	7,2	5,7	4,9	4,3
März	14	141,8	22,0	0,0	14,5	18,6	56,2	11,3	7,8	0,3	23,6	82,2	7,2	5,5	4,8	4,9
Öffentliche Bausparkassen																
2010 Jan.	10	52,2	15,6	0,0	4,5	10,6	14,7	1,3	4,7	0,2	3,5	42,6	0,2	-	2,6	2,5
Febr.	10	52,6	15,8	0,0	4,6	10,5	14,6	1,4	4,9	0,2	3,5	42,8	0,2	-	2,6	2,5
März	10	52,7	15,6	0,0	4,7	10,5	14,6	1,4	5,2	0,2	3,4	43,0	0,2	-	2,6	2,9

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen- de Auszahlungs- verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar- darlehen 10)		Nach- richtlich: Einge- gangene Wohn- ungs- bau- prä- mien 12)		
	eingezahlte Bauspar- be- träge 9)	Zinsgut- schriften auf Bauspar- einlagen	Rückzah- lungen von Bauspar- einlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto- Zutei- lun- gen 11)	ins- gesamt	Zuteilungen			neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zie- rungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Tilgun- gen im Quartal			
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 9)							darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- kredit- en	
							zu- sammen	darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- kredit- en	zu- sammen								darunter zur Ablö- sung von Vor- und Zwi- schenfinan- zierungs- kredit- en
Alle Bausparkassen																	
2009	25,4	2,5	5,8	46,6	31,6	41,3	18,4	4,2	9,1	3,9	13,7	10,9	7,5	11,4	9,3	0,4	
2010 Jan.	2,3	0,0	0,4	3,1	2,2	2,7	1,2	0,3	0,6	0,3	0,8	10,9	7,5	0,9		0,0	
Febr.	2,2	0,0	0,4	3,2	2,4	2,7	1,2	0,4	0,6	0,3	0,9	11,0	7,7	0,9		0,0	
März	2,7	0,0	0,5	3,5	2,3	3,3	1,4	0,3	0,7	0,3	1,1	10,9	7,5	1,0	...	0,1	
Private Bausparkassen																	
2010 Jan.	1,4	0,0	0,2	2,1	1,5	2,0	0,9	0,3	0,4	0,2	0,7	6,8	4,0	0,6		0,0	
Febr.	1,4	0,0	0,2	2,1	1,4	1,9	0,8	0,3	0,4	0,2	0,7	6,7	3,9	0,6		0,0	
März	1,8	0,0	0,3	2,5	1,6	2,4	1,0	0,3	0,4	0,2	0,9	6,7	3,9	0,7	...	0,0	
Öffentliche Bausparkassen																	
2010 Jan.	0,8	-	0,2	0,9	0,7	0,7	0,4	0,1	0,2	0,1	0,2	4,1	3,6	0,3		0,0	
Febr.	0,8	-	0,2	1,2	1,0	0,8	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1	4,3	3,8	0,3		0,0	
März	0,9	0,0	0,2	1,0	0,8	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,2	4,2	3,7	0,3	...	0,0	

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Einschl. Postgiro Guthaben, Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. — 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. — 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. — 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. — 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. — 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. — 7 Einschl.

Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. — 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. — 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. — 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. — 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. — 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Bilanz- summe	Kredite an Banken (MFIs)					Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktiv- posi- tionen	
	deut- schen Banken (MFIs) mit Auslands- filialen bzw. Auslands- töchtern	Auslands- filialen 1) bzw. Auslands- töchter		ins- gesamt	Guthaben und Buchkredite			Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2) 3)	ins- gesamt	Buchkredite					
					zu- sammen	deutsche Banken	auslän- dische Banken			zu- sammen	an deutsche Nichtbanken	darunter Unter- nehmen und Privat- personen	an auslän- dische Nicht- banken		Geld- markt- papiere, Wertpa- piere 2)
Auslandsfilialen															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	52	218	2 042,4	813,8	743,1	238,6	504,5	70,7	1 066,8	811,4	21,6	20,7	789,8	255,3	161,8
2008	56	226	1 715,5	730,7	669,1	244,9	424,2	61,6	825,3	630,4	20,2	19,2	610,3	194,9	159,5
2009	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	19,7	514,0	156,7	190,9
2009 Mai	56	228	1 723,8	722,6	670,3	266,7	403,5	52,3	780,3	607,2	23,6	22,6	583,6	173,1	220,9
Juni	55	224	1 680,2	715,4	666,5	260,9	405,7	48,8	760,5	588,8	20,9	19,9	567,9	171,6	204,4
Juli	54	223	1 627,0	683,2	636,3	252,0	384,4	46,9	740,7	576,2	20,9	19,8	555,4	164,4	203,2
Aug.	54	225	1 586,8	663,4	617,1	248,1	369,0	46,3	720,8	555,7	21,5	20,5	534,2	165,1	202,6
Sept.	54	224	1 546,2	627,7	582,6	230,6	352,0	43,4	724,9	559,1	20,1	19,0	539,1	165,8	193,5
Okt.	54	225	1 552,6	612,5	569,0	229,1	339,9	45,4	720,6	553,1	20,0	18,9	533,1	167,5	219,5
Nov.	53	222	1 530,0	581,5	540,0	205,6	334,4	41,5	710,1	547,5	19,9	18,9	527,6	162,6	238,4
Dez.	51	211	1 461,6	579,2	539,1	210,1	328,9	40,2	691,5	534,7	20,7	19,7	514,0	156,7	190,9
2010 Jan.	53	212	1 557,1	609,7	570,4	214,8	355,6	39,3	715,9	552,3	20,7	19,7	531,6	163,6	231,5
Febr.	53	213	1 539,5	604,8	565,7	211,5	354,3	39,1	709,5	547,7	19,7	18,6	528,0	161,8	225,3
Veränderungen *)															
2008	+ 4	+ 8	- 359,4	- 98,5	- 89,3	+ 6,3	- 95,5	- 9,2	- 256,8	- 190,7	- 1,5	- 1,6	- 189,3	- 66,1	- 4,1
2009	- 5	- 15	- 247,9	- 148,8	- 127,3	- 34,7	- 92,6	- 21,5	- 131,7	- 94,6	+ 0,5	+ 0,5	- 95,1	- 37,1	+ 32,6
2009 Mai	-	- 2	- 27,3	- 17,6	- 15,2	- 9,6	- 5,6	- 2,5	- 15,0	- 10,8	- 1,1	- 1,0	- 9,8	- 4,1	+ 5,3
Juni	- 1	- 4	- 43,6	- 6,5	- 3,0	- 5,9	+ 2,9	- 3,5	- 20,6	- 19,3	- 2,7	- 2,7	- 16,6	- 1,2	+ 16,5
Juli	- 1	- 1	- 53,9	- 32,5	- 30,6	- 8,9	- 21,7	- 2,0	- 20,1	- 12,7	- 0,1	- 0,1	- 12,7	- 7,4	- 1,2
Aug.	-	+ 2	- 32,2	- 17,4	- 16,9	- 3,9	- 13,0	- 0,5	- 14,4	- 16,0	+ 0,7	+ 0,7	- 16,7	+ 1,6	- 0,4
Sept.	-	- 1	- 24,6	- 30,5	- 29,5	- 17,5	- 12,1	- 1,0	+ 14,3	+ 11,6	- 1,5	- 1,5	+ 13,1	+ 2,7	- 8,4
Okt.	-	+ 1	+ 11,6	- 12,9	- 11,3	- 1,5	- 9,8	- 1,6	- 1,6	- 4,1	- 0,1	- 0,1	- 4,0	+ 2,5	+ 26,1
Nov.	- 1	- 3	- 15,0	- 28,8	- 27,0	- 23,5	- 3,5	- 1,9	- 5,3	- 1,4	- 0,0	- 0,0	- 1,3	- 3,9	+ 19,1
Dez.	- 2	- 11	- 92,6	- 10,5	- 8,9	+ 4,5	- 13,4	- 1,6	- 33,5	- 24,5	+ 0,8	+ 0,8	- 25,2	- 9,0	- 48,6
2010 Jan.	+ 2	+ 1	+ 74,7	+ 23,4	+ 24,5	+ 4,6	+ 19,9	- 1,1	+ 11,6	+ 7,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 7,4	+ 4,1	+ 39,7
Febr.	-	+ 1	- 32,8	- 11,8	- 11,4	- 3,3	- 8,1	- 0,4	- 14,1	- 10,2	- 1,1	- 1,1	- 9,2	- 3,9	- 6,9
Auslandstöchter															
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2007	39	120	590,8	267,8	202,4	104,8	97,5	65,5	263,9	176,0	37,8	36,8	138,1	87,9	59,0
2008	38	116	594,9	244,9	183,1	85,5	97,6	61,8	267,8	196,5	42,2	41,6	154,3	71,3	82,2
2009	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	38,4	115,9	62,4	51,7
2009 Mai	37	112	533,6	220,1	165,1	74,3	90,7	55,0	261,4	191,7	43,1	42,5	148,7	69,7	52,1
Juni	37	111	530,3	218,2	163,8	75,0	88,8	54,4	260,4	190,8	42,4	41,8	148,4	69,7	51,7
Juli	37	112	526,5	208,9	155,0	72,3	82,7	54,0	260,8	191,3	41,9	41,3	149,4	69,6	56,7
Aug.	37	112	523,9	211,8	158,0	71,6	86,4	53,8	257,1	189,7	41,0	40,5	148,8	67,4	55,0
Sept.	36	112	531,3	214,0	163,3	73,8	89,5	50,7	251,6	186,9	40,9	40,4	146,0	64,7	65,8
Okt.	36	110	517,3	210,3	160,6	77,6	83,0	49,7	251,1	186,6	40,9	40,4	145,7	64,5	56,0
Nov.	36	108	516,5	212,8	163,7	77,5	86,2	49,1	247,0	183,5	41,0	40,5	142,5	63,4	56,7
Dez.	36	97	474,1	205,4	157,0	87,4	69,6	48,4	217,0	154,7	38,7	38,4	115,9	62,4	51,7
2010 Jan.	36	97	476,5	206,1	158,2	84,9	73,2	48,0	219,1	155,5	38,9	38,5	116,6	63,6	51,3
Febr.	36	96	480,5	211,7	163,8	85,4	78,4	47,9	218,9	155,7	38,6	38,2	117,1	63,2	49,9
Veränderungen *)															
2008	- 1	- 4	- 0,2	- 24,2	- 19,8	- 19,3	- 0,5	- 4,4	+ 1,1	+ 17,5	+ 4,4	+ 4,8	+ 13,2	- 16,4	+ 22,9
2009	- 2	- 19	- 120,2	- 39,8	- 26,9	+ 1,9	- 28,8	- 12,9	- 50,0	- 41,1	- 3,5	- 3,3	- 37,6	- 8,9	- 30,4
2009 Mai	- 1	- 1	- 13,5	- 7,2	- 5,6	+ 0,2	- 5,8	- 1,5	- 3,4	- 1,2	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 2,3	- 2,9
Juni	-	- 1	- 3,2	- 2,0	- 1,4	+ 0,6	- 2,0	- 0,6	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,0	- 0,4
Juli	-	+ 1	- 3,8	- 9,3	- 8,8	- 2,7	- 6,1	- 0,5	+ 0,5	+ 0,5	- 0,5	- 0,5	+ 1,0	- 0,1	+ 5,0
Aug.	-	-	- 1,7	+ 3,4	+ 3,3	- 0,7	+ 4,0	+ 0,1	- 3,4	- 1,3	- 0,9	- 0,8	- 0,3	- 2,2	- 1,7
Sept.	- 1	-	+ 9,7	+ 3,5	+ 6,0	+ 2,2	+ 3,8	- 2,6	- 4,7	- 2,0	- 0,1	- 0,1	- 1,9	- 2,7	+ 10,9
Okt.	-	- 2	- 13,3	- 3,3	- 2,5	+ 3,8	- 6,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2	- 9,8
Nov.	-	- 2	+ 0,2	+ 3,1	+ 3,4	- 0,1	+ 3,5	- 0,3	- 3,7	- 2,7	+ 0,2	+ 0,1	- 2,8	- 1,0	+ 0,8
Dez.	-	- 11	- 46,0	- 9,3	- 7,8	+ 9,9	- 17,7	- 1,5	- 31,4	- 30,4	- 2,3	- 2,1	- 28,1	- 1,1	+ 5,2
2010 Jan.	-	-	- 0,7	- 0,9	+ 0,3	- 2,5	+ 2,7	- 1,2	+ 0,7	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	- 0,6	+ 1,2	- 0,5
Febr.	-	- 1	+ 2,0	+ 4,4	+ 5,2	+ 0,5	+ 4,7	- 0,7	- 1,0	- 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 1,5

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandsstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandsstöchern grundsätzlich nicht in den Verände-

rungerwerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. — 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite											Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Umlauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passiv-positio-nen 6)	Zeit			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)						auslän-dische Nicht-banken							
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)												
					zu-sammen	kurzfristig	mittel- und langfristig										
					zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen	zu-sammen	darunter Unter-nehmen und Privat-personen									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandsfilialen		
1 723,7	1 191,0	547,7	643,3	532,7	55,3	51,2	47,5	4,1	3,9	477,4	186,0	29,2	103,5	2007			
1 446,1	1 070,4	554,3	516,1	375,7	45,0	36,5	34,6	8,5	8,0	330,7	126,6	35,6	107,2	2008			
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	31,6	3,5	3,3	290,5	157,5	33,9	144,4	2009			
1 393,7	990,9	522,3	468,6	402,8	43,9	39,3	38,5	4,5	4,0	359,0	148,5	35,9	145,6	2009 Mai			
1 344,9	968,0	517,0	451,1	376,8	41,4	36,9	36,3	4,5	3,9	335,5	158,1	35,7	141,6	Juni			
1 285,1	913,1	479,5	433,6	372,0	40,1	35,6	35,1	4,4	3,9	331,9	157,0	35,9	149,1	Juli			
1 250,3	875,2	465,5	409,7	375,1	38,3	33,8	33,4	4,4	3,9	336,8	157,8	35,8	142,9	Aug.			
1 206,4	851,8	446,3	405,5	354,6	38,1	33,7	32,9	4,4	3,9	316,4	166,3	35,7	137,8	Sept.			
1 203,4	822,4	441,1	381,3	381,1	36,9	32,5	32,2	4,4	3,9	344,2	169,4	34,7	145,1	Okt.			
1 172,1	829,1	434,1	395,0	343,0	36,5	32,2	31,6	4,3	3,8	306,5	169,0	34,6	154,3	Nov.			
1 125,9	798,0	449,6	348,4	327,9	37,4	33,8	31,6	3,5	3,3	290,5	157,5	33,9	144,4	Dez.			
1 195,5	824,5	444,2	380,3	371,1	36,3	32,9	32,3	3,5	3,2	334,7	171,2	34,2	156,3	2010 Jan.			
1 178,0	801,9	431,4	370,5	376,1	38,9	35,4	34,8	3,5	3,3	337,2	168,2	34,3	159,2	Febr.			
Veränderungen *)																	
- 304,0	- 139,7	+ 6,5	- 146,3	- 164,3	- 10,3	- 14,7	- 12,9	+ 4,4	+ 4,1	- 153,9	- 59,4	+ 6,5	- 2,4	2008			
- 312,0	- 267,8	- 104,7	- 163,1	- 44,2	- 7,6	- 2,6	- 3,0	- 5,0	- 4,7	- 36,6	+ 30,9	- 1,7	+ 34,9	2009			
- 28,3	- 23,9	- 4,0	- 19,9	- 4,4	- 3,1	- 2,9	- 3,1	- 0,2	- 0,1	- 1,3	+ 1,6	- 0,5	- 0,1	2009 Mai			
- 48,8	- 22,4	- 5,3	- 17,1	- 26,3	- 2,5	- 2,5	- 2,2	- 0,1	- 0,0	- 23,8	+ 9,6	- 0,3	- 4,1	Juni			
- 60,1	- 55,2	- 37,5	- 17,7	- 4,9	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 0,0	- 3,6	- 1,1	+ 0,3	+ 7,1	Juli			
- 29,3	- 35,1	- 14,0	- 21,2	+ 5,8	- 1,8	- 1,8	- 1,7	- 0,0	- 0,0	+ 7,6	+ 0,8	- 0,2	- 3,5	Aug.			
- 32,7	- 17,3	- 19,2	+ 1,9	- 15,4	- 0,1	- 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 15,3	+ 8,4	- 0,1	- 0,2	Sept.			
+ 1,2	- 26,6	- 5,3	- 21,3	+ 27,8	- 1,2	- 1,2	- 0,7	- 0,0	- 0,0	+ 29,0	+ 3,1	- 1,0	+ 8,3	Okt.			
- 25,8	+ 9,4	+ 7,0	+ 16,4	- 35,2	- 0,4	- 0,4	- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 34,8	- 0,4	- 0,1	+ 11,2	Nov.			
- 62,4	- 40,1	+ 15,5	- 55,6	- 22,4	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,0	- 0,8	- 0,6	- 23,2	- 11,5	- 0,7	- 17,9	Dez.			
+ 56,3	+ 18,9	- 5,4	+ 24,3	+ 37,4	- 1,0	- 1,0	+ 0,7	- 0,1	- 0,1	+ 38,4	+ 13,7	+ 0,2	+ 4,5	2010 Jan.			
- 28,5	- 29,2	- 12,8	- 16,4	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,1	- 1,9	- 3,0	+ 0,1	- 1,4	Febr.			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															Auslandstöchter		
437,3	270,1	118,2	151,9	167,2	37,1	30,3	29,5	6,8	6,7	130,1	69,5	28,6	55,4	2007			
453,7	277,7	145,1	132,7	176,0	32,8	24,1	23,6	8,7	8,6	143,2	57,7	30,5	52,9	2008			
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	29,4	7,4	7,3	122,1	33,3	24,3	38,9	2009			
402,5	242,5	121,6	121,0	160,0	33,3	24,9	24,2	8,4	8,3	126,7	55,2	28,5	47,4	2009 Mai			
403,0	240,1	122,3	117,8	162,9	33,7	25,3	24,6	8,4	8,3	129,2	54,2	28,7	44,5	Juni			
397,5	236,2	120,5	115,7	161,3	31,5	23,0	22,6	8,5	8,4	129,9	55,0	28,9	45,0	Juli			
394,9	235,3	122,7	112,5	159,7	30,8	22,4	21,8	8,4	8,3	128,9	55,2	28,0	45,8	Aug.			
403,7	239,7	128,2	111,5	164,0	31,0	22,5	21,7	8,5	8,4	133,0	54,6	28,0	45,1	Sept.			
387,8	228,3	121,7	106,6	159,5	31,7	23,2	22,3	8,5	8,4	127,8	53,7	27,9	47,9	Okt.			
387,2	227,1	119,9	107,2	160,1	30,0	21,5	21,1	8,5	8,4	130,0	53,3	28,9	47,1	Nov.			
377,6	218,5	125,4	93,1	159,1	37,0	29,6	29,4	7,4	7,3	122,1	33,3	24,3	38,9	Dez.			
378,1	220,5	121,5	99,1	157,5	34,2	26,9	26,6	7,4	7,3	123,3	33,5	24,4	40,7	2010 Jan.			
382,4	219,9	121,9	98,0	162,5	35,3	27,6	27,3	7,7	7,6	127,2	33,9	24,4	39,8	Febr.			
Veränderungen *)																	
+ 12,1	+ 4,8	+ 26,9	- 22,1	+ 7,3	- 4,3	- 6,3	- 5,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 11,6	- 11,8	+ 1,9	- 2,4	2008			
- 76,0	- 59,1	- 19,7	- 39,5	- 16,9	+ 4,2	+ 5,5	+ 5,8	- 1,4	- 1,4	- 21,1	- 24,3	- 6,2	- 13,6	2009			
- 10,6	- 3,8	- 2,7	- 1,1	- 6,8	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 6,7	- 1,6	- 0,6	- 0,8	2009 Mai			
+ 0,6	- 2,3	+ 0,7	- 3,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,5	- 1,0	+ 0,2	- 2,9	Juni			
- 5,5	- 4,0	- 1,8	- 2,2	- 1,6	- 2,3	- 2,3	- 2,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	Juli			
- 1,9	- 0,7	+ 2,2	- 2,9	- 1,3	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	+ 1,0	Aug.			
+ 10,3	+ 5,1	+ 5,4	- 0,4	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 5,1	- 0,6	- 0,0	- 0,0	Sept.			
- 15,3	- 11,0	- 6,4	- 4,6	- 4,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	- 0,0	- 0,0	- 5,0	- 0,9	- 0,1	+ 3,0	Okt.			
+ 0,2	- 0,9	- 1,9	+ 1,0	+ 1,1	- 1,7	- 1,7	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,7	- 0,4	+ 1,0	- 0,5	Nov.			
- 12,2	- 9,8	+ 5,5	- 15,4	- 2,4	+ 6,9	+ 8,1	+ 8,3	- 1,1	- 1,1	- 9,3	- 19,9	- 4,6	- 9,3	Dez.			
- 1,8	+ 0,9	- 4,0	+ 4,9	- 2,8	- 2,7	- 2,7	- 2,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,9	2010 Jan.			
+ 2,9	- 1,4	+ 0,5	- 1,9	+ 4,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,4	+ 0,0	- 1,4	Febr.			

als eine Filiale. — 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. — 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. — 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und

nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. — 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. — 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sicht- verbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998 – gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbind- lichkeiten	befristete Verbind- lichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). — 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). — 3 Durchschnittliche

Guthaben der reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. — 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion – ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungs- periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kre- ditinstitute auf Girokonten 5)	Überschuss- reserven 6)	Summe der Unterschrei- tungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2009 Sept.	10 710,1	214,2	0,5	213,7	214,7	1,1	0,0
Okt.	10 617,5	212,4	0,5	211,8	212,8	1,0	0,0
Nov.	10 538,1	210,8	0,5	210,2	211,4	1,2	0,0
Dez.	10 530,2	210,6	0,5	210,1	211,3	1,2	0,0
2010 Jan.	10 499,6	210,0	0,5	209,5	210,9	1,4	0,0
Febr.	10 568,9	211,4	0,5	210,9	211,8	1,0	0,0
März p)	10 595,2	211,9	0,5	211,4	212,5	1,2	0,0
April p) 8)	10 587,7	211,8	0,5	211,2	212,4	1,2	...
Mai p)	211,3
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2009 Sept.	2 566 298	51 326	188	51 138	51 456	318	0
Okt.	2 549 967	50 999	188	50 812	51 032	220	0
Nov.	2 523 110	50 462	187	50 275	50 532	257	2
Dez.	2 507 906	50 158	187	49 971	50 297	326	0
2010 Jan.	2 496 117	49 922	187	49 735	50 168	433	2
Febr.	2 496 911	49 938	187	49 751	50 044	293	0
März p)	2 508 645	50 173	187	49 985	50 295	310	0
April p)	2 504 766	50 095	187	49 908	50 213	305	0
Mai p)	2 510 392	50 208	187	50 020

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. — 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). — 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. — 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Euro-

päischen Zentralbank über die Auflegung einer Mindestreservepflicht. — 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. — 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. — 8 Die Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzierungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinan- zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzierungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
1999 1. Jan.	2,00	3,00	–	4,50	2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25
4. Jan.	2,75	3,00	–	3,25					
22. Jan.	2,00	3,00	–	4,50	2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50
9. April	1,50	2,50	–	3,50	15. Juni	1,75	–	2,75	3,75
5. Nov.	2,00	3,00	–	4,00	9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00
					11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25
2000 4. Febr.	2,25	3,25	–	4,25	13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50
17. März	2,50	3,50	–	4,50					
28. April	2,75	3,75	–	4,75	2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75
9. Juni	3,25	4,25	–	5,25	13. Juni	3,00	–	4,00	5,00
28. Juni	3,25	–	4,25	5,25					
1. Sept.	3,50	–	4,50	5,50	2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25
6. Okt.	3,75	–	4,75	5,75	8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75
					9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25
2001 11. Mai	3,50	–	4,50	5,50	12. Nov.	2,75	–	3,75	–
31. Aug.	3,25	–	4,25	5,25	10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00
18. Sept.	2,75	–	3,75	4,75					
9. Nov.	2,25	–	3,25	4,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
					11. März	0,50	1,50	–	2,50
2002 6. Dez.	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
					13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
2003 7. März	1,50	–	2,50	3,50					
6. Juni	1,00	–	2,00	3,00					

1 Gemäß Diskontsatz-Überleitungsgesetz (DÜG) i.V. mit der Basiszinssatz-
Bezugsgrößen-Verordnung. — 2 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß DÜG 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 2)
1999 1. Jan.	2,50	2002 1. Jan.	2,57
1. Mai	1,95	1. Juli	2,47
2000 1. Jan.	2,68	2003 1. Jan.	1,97
1. Mai	3,42	1. Juli	1,22
1. Sept.	4,26		
2004 1. Jan.		1. Juli	1,14
2001 1. Sept.	3,62		1,13
2002 1. Jan.	2,71	2005 1. Jan.	1,21
bis		1. Juli	1,17
3. April			
		2006 1. Jan.	1,37
		1. Juli	1,95
		2007 1. Jan.	2,70
		1. Juli	3,19
		2008 1. Jan.	3,32
		1. Juli	3,19
		2009 1. Jan.	1,62
		1. Juli	0,12

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2010 21. April	70 228	70 228	1,00	–	–	–	7	
28. April	75 624	75 624	1,00	–	–	–	7	
5. Mai	90 317	90 317	1,00	–	–	–	7	
12. Mai	99 570	99 570	1,00	–	–	–	7	
19. Mai	104 752	104 752	1,00	–	–	–	7	
	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2010 14. April	15 730	15 730	1,00	–	–	–	28	
29. April	4 846	4 846	1,00	–	–	–	91	
12. Mai	20 480	20 480	1,00	–	–	–	35	
13. Mai	35 668	35 668	1,00	–	–	–	182	

Quelle: EZB. — 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zu-
geteilt bzw. hereingenommen werden.

4. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Zeit	Geldmarktsätze am Frankfurter Bankplatz 1)				EURIBOR 3)						
	Tagesgeld		Dreimonatsgeld		EONIA 2)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Neun- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze	Monats- durchschnitte	Niedrigst- und Höchstsätze							
2009 Nov.	0,33	0,25 – 0,75	0,67	0,57 – 0,75	0,36	0,36	0,44	0,72	0,99	1,12	1,23
Dez.	0,32	4) 0,23 – 0,80	0,66	0,56 – 0,76	0,35	0,39	0,48	0,71	1,00	1,12	1,24
2010 Jan.	0,28	0,23 – 0,70	0,62	0,52 – 0,71	0,34	0,36	0,44	0,68	0,98	1,11	1,23
Febr.	0,30	0,24 – 0,75	0,60	0,51 – 0,69	0,34	0,34	0,42	0,66	0,96	1,10	1,23
März	0,28	0,23 – 0,75	0,57	0,49 – 0,66	0,35	0,34	0,41	0,64	0,95	1,09	1,22
April	0,29	0,24 – 0,75	0,58	0,49 – 0,67	0,35	0,35	0,40	0,64	0,96	1,10	1,23

1 Geldmarktsätze werden nicht offiziell festgesetzt oder notiert; die aus
den täglichen Angaben errechneten Monatsdurchschnitte sind ungewich-
tet. — 2 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Euro-
päischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmetho-
de act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im In-

terbankengeschäft, der über Moneyline Telerate veröffentlicht wird. —
3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Moneyline
Telerate nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durch-
schnittssatz. — 4 Ultimgeld 0,23%-0,30%.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze für die Bestände und das Neugeschäft der Banken (MFIs) in der Europäischen Währungsunion *)

a) Bestände ^{o)}

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte		Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften		Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		
					Wohnungsbaukredite			Konsumentenkredite und sonstige Kredite					
	mit vereinbarter Laufzeit				mit Ursprungslaufzeit								
	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2009 Juli	3,07	3,03	1,97	3,53	4,31	4,31	4,36	7,82	6,79	5,70	3,72	3,59	3,81
Aug.	2,94	3,01	1,89	3,39	4,23	4,25	4,28	7,82	6,74	5,65	3,65	3,50	3,73
Sept.	2,83	3,01	1,80	3,39	4,18	4,26	4,25	7,80	6,71	5,63	3,62	3,43	3,68
Okt.	2,64	2,96	1,70	3,34	4,05	4,19	4,18	7,69	6,66	5,54	3,56	3,37	3,60
Nov.	2,51	2,95	1,62	3,37	4,01	4,15	4,12	7,56	6,66	5,51	3,53	3,36	3,57
Dez.	2,36	2,91	1,56	3,30	4,08	4,11	4,07	7,55	6,57	5,43	3,46	3,35	3,50
2010 Jan.	2,20	2,81	1,45	3,23	3,99	4,05	4,00	7,51	6,52	5,38	3,47	3,31	3,45
Febr.	2,15	2,84	1,42	3,31	4,04	4,11	4,03	7,49	6,61	5,43	3,45	3,33	3,43
März	2,13	2,76	1,39	3,23	3,98	4,04	3,98	7,42	6,48	5,34	3,43	3,26	3,36

b) Neugeschäft ⁺⁾

Effektivzinssatz % p.a. 1)

Erhebungs- zeitraum	Einlagen privater Haushalte						Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften					
	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist			täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			
		bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren	bis 3 Monate	von über 3 Monaten	bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre	von über 2 Jahren		
2009 Juli	0,52	1,86	2,41	2,61	1,86	3,38	0,57	0,82	2,41	2,92		
Aug.	0,50	1,72	2,32	2,64	1,64	3,23	0,54	0,71	2,06	2,93		
Sept.	0,49	1,61	2,27	2,52	1,60	3,12	0,52	0,69	2,10	2,74		
Okt.	0,46	1,68	2,11	2,55	1,55	2,97	0,49	0,66	1,99	2,72		
Nov.	0,46	1,67	2,23	2,56	1,52	2,76	0,48	0,70	2,11	2,92		
Dez.	0,45	1,67	2,31	2,40	1,53	2,45	0,47	0,77	2,00	2,53		
2010 Jan.	0,43	1,74	2,33	2,52	1,47	2,23	0,45	0,72	1,95	2,44		
Febr.	0,42	1,75	2,24	2,36	1,45	2,11	0,44	0,73	2,11	2,39		
März	0,42	1,89	2,38	2,24	1,45	2,05	0,44	0,79	2,73	2,26		

Erhebungs- zeitraum	Kredite an private Haushalte												
	Über- ziehungs- kredite	Konsumentenkredite			Wohnungsbaukredite				Sonstige Kredite				
		insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			insgesamt	mit anfänglicher Zinsbindung			variabel oder	von über		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren bis 10 Jahre	von über 10 Jahren	bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	
2009 Juli	9,31	8,02	7,63	6,49	8,03	4,02	3,03	4,10	4,54	4,54	3,35	4,77	4,91
Aug.	9,26	8,17	7,93	6,54	7,96	4,06	3,00	4,10	4,54	4,45	3,24	4,74	4,82
Sept.	9,26	8,00	7,69	6,45	7,91	3,92	2,81	4,05	4,48	4,45	3,13	4,66	4,74
Okt.	9,16	7,87	7,32	6,38	7,94	3,85	2,77	4,02	4,45	4,40	3,21	4,73	4,72
Nov.	9,07	7,76	7,03	6,29	7,87	3,78	2,71	3,97	4,46	4,32	3,16	4,57	4,66
Dez.	8,99	7,43	6,42	6,26	7,56	3,81	2,71	3,96	4,42	4,26	3,08	4,40	4,35
2010 Jan.	8,94	7,86	6,83	6,42	8,04	3,79	2,71	3,94	4,38	4,26	3,13	4,45	4,46
Febr.	9,01	7,78	6,72	6,25	7,98	3,74	2,68	3,83	4,32	4,18	3,17	4,48	4,74
März	8,86	7,60	6,34	6,22	7,95	3,66	2,63	3,73	4,21	4,15	3,05	4,61	4,55

Erhebungs- zeitraum	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
	Überziehungs- kredite	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung			Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung		
		variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren	variabel oder bis 1 Jahr	von über 1 Jahr bis 5 Jahre	von über 5 Jahren
2009 Juli	4,34	3,56	4,78	4,32	2,37	2,89	3,90
Aug.	4,23	3,42	4,67	4,24	2,31	2,80	3,83
Sept.	4,25	3,36	4,54	4,16	2,06	2,89	3,64
Okt.	4,18	3,33	4,49	4,18	2,14	2,73	3,64
Nov.	4,11	3,34	4,49	4,10	2,22	2,74	3,80
Dez.	4,05	3,28	4,22	3,96	2,19	3,15	3,58
2010 Jan.	4,05	3,25	4,20	3,99	2,01	2,88	3,65
Febr.	4,02	3,25	4,22	4,05	1,94	2,90	3,61
März	3,99	3,24	4,21	4,00	1,98	2,41	3,43

Quelle: EZB. — Anmerkungen *, o und 1 s. S. 45; Anmerkung + s. S. 46. — 2 Effektiver Jahreszinssatz gemäß der Richtlinie 2008/48/EG, der die even-

tuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2009 März	3,71	278 398	2,45	179 828	2,15	109 282	4,42	23 274
April	3,56	261 337	2,45	180 758	1,86	110 298	4,39	23 265
Mai	3,42	251 435	2,44	182 163	1,72	107 732	4,36	23 269
Juni	3,32	240 427	2,44	183 008	1,52	101 792	4,25	23 871
Juli	3,10	226 909	2,43	184 056	1,30	101 908	4,17	24 569
Aug.	2,91	211 060	2,43	185 213	1,20	102 191	4,03	25 351
Sept.	2,75	196 660	2,42	186 698	1,09	99 264	3,99	25 666
Okt.	2,59	182 143	2,42	188 911	1,06	93 477	3,95	25 921
Nov.	2,39	170 152	2,41	191 395	1,01	92 010	3,92	26 499
Dez.	2,18	161 018	2,40	196 621	0,95	88 785	3,99	26 227
2010 Jan.	1,92	148 065	2,40	199 231	0,91	87 339	3,93	25 855
Febr.	1,80	141 541	2,40	201 737	0,88	86 509	4,16	24 504
März	1,77	138 799	2,38	203 418	0,83	86 735	4,04	24 304

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾				Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}							
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2009 März	5,34	5 628	4,65	25 121	5,01	914 717	9,16	69 930	5,56	65 236	6,10	310 908
April	5,06	5 584	4,57	25 145	4,98	915 839	8,93	68 006	5,58	66 027	6,01	313 261
Mai	4,97	5 586	4,54	25 160	4,97	916 289	8,76	67 806	5,54	66 445	5,99	313 661
Juni	4,86	5 605	4,49	25 260	4,95	916 103	8,98	69 625	5,49	66 936	5,98	313 433
Juli	4,64	5 645	4,44	25 362	4,93	917 085	8,74	67 655	5,44	67 784	5,95	314 065
Aug.	4,56	5 590	4,41	25 463	4,92	919 804	8,67	67 279	5,41	68 040	5,94	313 043
Sept.	4,51	5 673	4,38	25 577	4,91	920 688	8,67	69 218	5,36	68 844	5,94	312 413
Okt.	4,37	5 595	4,35	25 653	4,89	922 437	8,53	67 505	5,33	69 092	5,90	312 661
Nov.	4,38	5 539	4,33	25 786	4,88	923 421	8,40	66 513	5,29	69 197	5,89	312 363
Dez.	4,46	5 548	4,28	25 772	4,86	922 968	8,53	67 071	5,30	70 265	5,88	311 657
2010 Jan.	4,37	5 331	4,26	25 666	4,85	920 635	8,44	65 619	5,28	69 803	5,86	310 801
Febr.	4,36	5 265	4,25	25 617	4,84	919 585	8,30	64 998	5,26	69 606	5,85	310 649
März	4,34	5 409	4,22	25 702	4,83	919 685	8,40	66 783	5,22	69 960	5,83	310 442

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2009 März	4,51	183 679	4,30	139 786	4,55	543 946
April	4,18	178 062	4,02	142 202	4,40	541 091
Mai	4,13	177 190	3,93	142 644	4,36	541 981
Juni	4,09	174 044	3,87	142 643	4,27	539 830
Juli	3,92	164 009	3,76	144 430	4,18	542 592
Aug.	3,85	162 055	3,72	144 119	4,15	543 900
Sept.	3,87	160 310	3,65	144 402	4,10	542 542
Okt.	3,83	154 789	3,61	143 106	4,06	542 895
Nov.	3,82	152 333	3,61	142 207	4,06	547 731
Dez.	3,68	140 178	3,66	144 786	4,01	545 324
2010 Jan.	3,66	140 783	3,61	143 161	3,98	545 782
Febr.	3,67	140 023	3,62	143 854	3,96	547 450
März	3,77	139 145	3,49	139 288	3,93	544 007

* Gegenstand der EWU-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur EWU-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. — ^o Die Bestände werden zeitpunkt-

bezogen zum Monatsultimo erhoben. — ¹ Die Effektivzinssätze können grundsätzlich als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt werden. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. — ² Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. — ³ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bausparanleihen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. — ⁴ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. — ⁵ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. — ⁶ Einschl. Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2009 März	1,38	558 216	1,46	30 369	2,97	1 746	3,15	2 911	2,08	437 140	3,91	111 178
April	1,13	576 843	1,32	27 496	2,69	1 611	3,08	3 059	1,98	439 565	3,79	112 039
Mai	1,03	587 516	1,34	25 817	2,17	1 663	2,88	2 893	1,85	441 968	3,67	113 497
Juni	0,94	591 673	1,29	25 435	2,28	1 293	2,74	2 592	1,82	445 518	3,55	114 481
Juli	0,88	599 922	1,45	28 372	2,29	2 077	2,77	2 947	1,79	450 019	3,41	115 616
Aug.	0,84	609 242	1,18	21 694	2,14	1 393	2,83	2 866	1,62	454 401	3,25	116 343
Sept.	0,82	617 597	1,01	19 325	2,02	1 584	2,61	2 779	1,61	457 521	3,14	117 556
Okt.	0,79	629 015	1,03	19 145	1,97	1 868	2,75	3 393	1,49	461 657	2,99	119 952
Nov.	0,75	646 360	1,04	17 401	1,92	1 801	2,80	3 572	1,47	464 488	2,77	120 775
Dez.	0,75	651 570	0,87	19 427	1,94	1 704	2,69	3 516	1,52	474 429	2,44	119 702
2010 Jan.	0,73	667 262	1,12	20 151	1,88	1 645	2,93	3 755	1,37	479 240	2,22	118 141
Febr.	0,71	675 402	1,21	17 884	1,87	1 287	2,80	2 873	1,34	485 075	2,09	117 491
März	0,70	670 474	1,35	18 487	1,90	1 418	2,43	2 485	1,40	486 809	2,03	117 551

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
2009 März	1,03	203 071	1,10	50 263	2,63	480	4,02	1 149
April	0,81	209 654	0,89	50 849	2,57	358	3,68	538
Mai	0,81	211 660	0,77	43 357	2,32	412	3,41	395
Juni	0,61	217 069	0,78	42 875	1,77	279	2,11	917
Juli	0,55	222 639	0,54	46 924	2,22	356	2,91	1 713
Aug.	0,53	228 457	0,46	34 238	1,75	326	3,63	792
Sept.	0,51	234 141	0,42	38 890	1,78	325	2,91	565
Okt.	0,48	244 464	0,42	40 077	1,79	229	3,20	513
Nov.	0,47	249 011	0,48	41 382	1,75	301	3,59	559
Dez.	0,46	249 139	0,47	37 933	2,20	460	3,24	844
2010 Jan.	0,48	245 835	0,45	36 579	1,38	256	2,57	539
Febr.	0,47	238 889	0,46	30 650	1,57	200	2,76	294
März	0,45	243 829	0,47	34 398	1,87	344	3,04	473

Kredite an private Haushalte														
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)								Sonstige Kredite mit anfänglicher Zinsbindung 5)						
insgesamt		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
		effektiver Jahreszinssatz 9) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
		2009 März	6,95	4,74	1 171	5,06	3 180	8,19	2 765	3,01	6 416	4,82	1 467	4,90
April	6,99	4,41	1 510	5,30	3 112	8,28	2 485	2,68	7 353	4,65	1 773	4,79	2 329	
Mai	6,94	5,10	904	5,08	2 915	8,24	2 247	2,67	5 699	4,78	1 307	4,75	2 020	
Juni	6,79	5,20	1 484	4,99	3 097	8,19	2 347	2,65	6 020	4,66	1 419	4,83	2 407	
Juli	7,02	5,52	1 242	5,15	3 184	8,25	2 607	2,49	6 809	4,73	1 468	4,84	2 800	
Aug.	7,19	5,55	1 187	5,28	2 401	8,24	1 958	2,38	5 529	4,62	1 119	4,82	1 825	
Sept.	6,93	5,32	1 322	5,10	2 294	8,20	2 007	2,17	6 690	4,61	1 043	4,60	2 043	
Okt.	6,84	4,90	1 651	5,05	2 386	8,29	2 018	2,24	6 626	4,65	1 208	4,52	2 480	
Nov.	6,47	4,55	2 065	4,96	2 242	8,05	1 733	2,08	5 102	4,47	1 225	4,39	1 859	
Dez.	6,06	4,04	2 385	4,83	2 027	7,57	1 789	2,40	6 198	4,41	1 495	4,25	2 902	
2010 Jan.	6,95	4,36	2 233	5,30	1 775	8,45	1 889	2,30	5 417	4,43	1 422	4,37	1 894	
Febr.	6,91	4,32	2 127	5,31	1 759	8,37	1 834	2,23	4 795	4,62	977	4,57	1 634	
März	6,72	4,13	2 685	5,14	2 385	8,20	2 179	2,22	7 183	4,48	1 205	4,41	2 487	

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*. — + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und Überziehungskrediten gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet,

dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. — 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. — 9 Effektivzinssatz nach PAngV, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet. — 10 Ohne Überziehungskredite.

VI. Zinssätze

noch: 6. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Überziehungskredite 11)		insgesamt	variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	effektiver Jahres- zinssatz 9) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2009 März	11,16	45 902	4,42	4,19	2 787	4,12	3 343	4,40	6 831	4,49	4 609
April	10,97	43 989	4,34	3,86	3 150	4,01	3 521	4,37	7 455	4,54	4 272
Mai	10,87	43 269	4,29	3,80	2 616	3,93	3 031	4,35	6 547	4,47	4 000
Juni	10,85	45 907	4,31	3,73	2 654	3,88	3 410	4,39	7 491	4,53	4 261
Juli	10,58	44 140	4,31	3,56	3 374	3,89	3 747	4,45	8 321	4,54	4 424
Aug.	10,58	43 846	4,28	3,47	2 931	3,87	2 812	4,46	6 269	4,51	3 767
Sept.	10,61	45 022	4,22	3,38	2 256	3,81	2 587	4,37	5 904	4,45	4 060
Okt.	10,53	43 311	4,17	3,28	2 956	3,83	2 707	4,34	6 512	4,41	3 780
Nov.	10,36	41 858	4,14	3,24	2 214	3,78	2 462	4,35	5 363	4,32	3 681
Dez.	10,38	43 670	4,13	3,36	2 530	3,76	2 741	4,29	5 547	4,38	3 668
2010 Jan.	10,33	42 165	4,08	3,20	2 978	3,71	2 512	4,27	5 293	4,49	3 006
Febr.	10,28	41 795	4,06	3,16	2 057	3,67	2 096	4,22	4 389	4,34	3 354
März	10,36	43 281	3,96	3,04	2 660	3,56	2 470	4,09	5 889	4,30	4 291

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften								
Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)								
Überziehungskredite 11)		variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 12) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2009 März	5,65	84 903	3,83	12 529	4,95	1 198	4,69	1 333
April	5,21	82 312	3,60	11 605	4,85	1 204	4,48	1 488
Mai	5,24	81 653	3,52	10 634	4,83	1 078	4,41	1 139
Juni	5,14	82 602	3,36	11 556	4,82	1 090	4,61	1 392
Juli	5,01	76 756	3,36	11 383	4,73	1 398	4,54	1 680
Aug.	4,86	77 358	3,26	8 654	4,80	990	4,43	1 155
Sept.	5,05	76 050	3,28	11 592	4,72	986	4,35	1 283
Okt.	5,02	72 593	3,37	11 279	4,54	1 133	4,37	1 403
Nov.	4,99	72 412	3,37	8 729	4,70	965	4,22	1 252
Dez.	4,84	67 483	3,36	9 502	4,23	1 426	3,98	1 719
2010 Jan.	4,70	69 286	3,19	7 819	4,54	1 047	4,20	1 124
Febr.	4,82	68 416	3,43	7 546	4,63	943	4,17	940
März	5,03	66 491	3,41	11 441	4,70	1 073	4,16	1 337

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften						
Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 13)						
variabel oder bis 1 Jahr 10)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2009 März	3,09	73 340	4,23	2 283	4,50	3 512
April	2,84	67 171	4,22	2 706	4,47	3 480
Mai	2,84	58 465	3,98	2 404	4,47	2 783
Juni	2,93	69 989	4,33	2 229	4,69	4 190
Juli	2,74	70 243	3,85	3 615	4,52	4 734
Aug.	2,80	54 832	4,18	1 771	4,40	3 281
Sept.	2,26	59 657	4,23	2 479	4,12	3 334
Okt.	2,59	58 565	3,88	2 149	4,29	3 158
Nov.	2,95	51 190	3,87	1 858	4,20	3 859
Dez.	2,57	67 036	3,88	3 644	4,07	5 099
2010 Jan.	2,45	49 385	3,90	2 333	4,23	3 270
Febr.	2,43	37 997	4,54	1 840	4,07	3 029
März	2,32	50 387	3,69	1 628	3,81	6 273

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 45*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 46*. — 11 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositions-kredite sowie Kontokorrentkredite. — 12 Geschätzt. Der von

den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. — 13 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland *)

Festverzinsliche Wertpapiere											
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz				aus- ländische Schuldver- schreibungen 3)	Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				Aus- länder 7)
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 2)		zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 5)	Nicht- banken 6)	Offen- markt- operati- onen der Bundes- bank 5)	
Mio DM											
1997	332 655	250 688	184 911	1 563	64 214	81 967	204 378	144 177	60 201	-	128 276
1998	418 841	308 201	254 367	3 143	50 691	110 640	245 802	203 342	42 460	-	173 038
Mio €											
1999	292 663	198 068	156 399	2 184	39 485	94 595	155 766	74 728	81 038	-	136 898
2000	226 393	157 994	120 154	12 605	25 234	68 399	151 568	91 447	60 121	-	74 825
2001	180 227	86 656	55 918	14 473	16 262	93 571	111 281	35 848	75 433	-	68 946
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	46 940	-	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	69 809	-	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	- 13 723	-	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	32 978	-	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	56 530	-	116 583
2007	217 859	90 270	42 034	20 123	28 111	127 589	- 28 853	96 476	- 125 329	-	246 712
2008	72 358	66 139	- 45 712	86 527	25 322	6 219	21 032	68 049	- 47 017	-	51 326
2009	70 433	- 538	- 114 902	22 709	91 655	70 971	96 606	12 973	83 633	-	26 173
2010 Jan.	12 253	- 581	- 17 133	4 582	11 970	12 834	12 532	2 131	10 401	-	279
Febr.	12 646	16 982	- 7 526	4 684	19 824	- 4 336	2 945	- 7 949	10 894	-	9 701
März	10 066	3 740	- 2 448	5 961	227	6 326	10 373	7 919	2 454	-	307

Aktien									
Zeit	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb				
		inländische Aktien 8)		ausländische Aktien 9)	Inländer			Ausländer 12)	
		zu- sammen 10)	Kredit- institute 5) 11)		Nicht- banken 6)				
Mio DM									
1997	119 522	22 239	97 280	96 844	8 547	88 297	22 678		
1998	249 504	48 796	200 708	149 151	20 252	128 899	100 353		
Mio €									
1999	150 013	36 010	114 003	103 136	18 637	84 499	46 877		
2000	140 461	22 733	117 729	164 654	23 293	141 361	24 194		
2001	82 665	17 575	65 091	- 2 252	- 14 714	12 462	84 918		
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	- 23 236	41 634	20 941		
2003	11 896	16 838	- 4 946	15 121	7 056	22 177	27 016		
2004	- 3 317	10 157	- 13 474	7 432	5 045	2 387	10 748		
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329		
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748		
2007	- 3 722	10 053	- 13 773	- 48 183	- 6 702	41 481	44 461		
2008	- 20 326	11 326	- 31 651	10 417	- 23 079	33 496	30 742		
2009	36 217	23 962	12 254	24 015	- 8 335	32 350	12 201		
2010 Jan.	552	1 393	- 841	4 154	3 457	697	3 602		
Febr.	338	96	- 434	2 308	- 4 785	2 477	1 970		
März	7 065	5 192	1 873	4 892	4 338	554	2 173		

* Festverzinsliche Wertpapiere umfassen bis Ende 1999 Rentenwerte und Geldmarktpapiere inländischer Banken, ab Januar 2000 alle Schuldverschreibungen. Anteile an Investmentfonds s. Tabelle VII. 6. — 1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. — 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. — 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. — 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. — 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. — 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung

(-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. — 8 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. — 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. — 10 In- und ausländische Aktien. — 11 Bis einschl. 1998 ohne Aktien mit Konsortialbindung. — 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand 2)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 3)									
1997	846 567	621 683	53 168	276 755	54 829	236 933	1 915	222 972	114 813
1998	1 030 827	789 035	71 371	344 609	72 140	300 920	3 392	238 400	149 542
Mio €									
1999	571 269	448 216	27 597	187 661	59 760	173 200	2 570	120 483	57 202
2000	659 148	500 895	34 528	143 107	94 556	228 703	8 114	150 137	31 597
2001	687 988	505 646	34 782	112 594	106 166	252 103	11 328	171 012	10 605
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2009 Dez.	116 005	101 121	2 166	1 034	31 004	66 917	1 313	13 572	–
2010 Jan.	109 792	64 294	2 393	3 465	36 072	22 364	6 809	38 689	–
Febr.	94 437	53 246	1 939	4 171	31 193	15 943	6 077	35 114	–
März	109 558	67 153	3 671	3 161	36 175	24 146	7 182	35 223	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)									
1997	563 333	380 470	41 189	211 007	41 053	87 220	1 820	181 047	98 413
1998	694 414	496 444	59 893	288 619	54 385	93 551	2 847	195 122	139 645
Mio €									
1999	324 888	226 993	16 715	124 067	37 778	48 435	2 565	95 331	44 013
2000	319 330	209 187	20 724	102 664	25 753	60 049	6 727	103 418	27 008
2001	299 751	202 337	16 619	76 341	42 277	67 099	7 479	89 933	6 480
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2009 Dez.	18 895	15 404	943	538	5 103	8 820	998	2 493	–
2010 Jan.	46 523	22 926	705	2 856	12 498	6 866	4 714	18 882	–
Febr.	33 266	10 728	960	2 227	3 715	3 826	4 922	17 615	–
März	40 201	17 875	2 422	873	7 418	7 162	5 065	17 262	–
Netto-Absatz 5)									
1997	257 521	188 525	16 471	115 970	12 476	43 607	1 560	67 437	63 181
1998	327 991	264 627	22 538	162 519	18 461	61 111	3 118	60 243	84 308
Mio €									
1999	209 096	170 069	2 845	80 230	31 754	55 238	2 185	36 840	22 728
2000	155 615	122 774	5 937	29 999	30 089	56 751	7 320	25 522	16 705
2001	84 122	60 905	6 932	9 254	28 808	34 416	8 739	14 479	30 657
2002	131 976	56 393	7 936	26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	44 546
2003	124 556	40 873	2 700	42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	54 990
2004	167 233	81 860	1 039	52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	22 124
2005	141 715	65 798	2 151	34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	35 963
2006	129 423	58 336	12 811	20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	19 208
2007	86 579	58 168	10 896	46 629	42 567	73 127	3 683	32 093	29 750
2008	119 472	8 517	15 052	65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	31 607
2009	76 441	75 554	858	80 646	25 579	–	21 345	48 508	21 037
2009 Dez.	– 36 747	– 20 331	– 819	– 7 328	12 592	– 24 776	– 3 548	– 12 869	– 795
2010 Jan.	– 5 452	– 9 236	– 785	– 9 979	5 351	– 3 824	4 759	– 975	– 10
Febr.	13 001	– 11 720	847	– 2 473	– 1 252	– 8 842	5 084	19 637	– 2 529
März	14 754	7 111	2 481	– 4 517	7 669	1 479	5 318	2 325	– 1 282

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beiheft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. — 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. — 2 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. —

3 Brutto-Absatz ist nur der Erstabatz neu aufgelegter Wertpapiere. — 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. — 5 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Aus- landsanleihen unter inländ. Konsortialfüh- rung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypotheken- pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldver- schreibungen von Spezial- kreditinstituten	Sonstige Bankschuld- verschreibungen			
Mio DM									
1998	3 694 234	2 254 668	265 721	1 124 198	259 243	605 507	8 009	1 431 558	619 668
Mio €									
1999	2 097 926	1 322 863	134 814	655 024	163 284	369 741	6 280	768 783	339 560
2000	2 265 121	1 445 736	140 751	685 122	157 374	462 488	13 599	805 786	322 856
2001	2 349 243	1 506 640	147 684	675 868	201 721	481 366	22 339	820 264	292 199
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010 Jan.	3 321 183	1 791 793	150 375	286 466	521 572	833 379	231 783	1 297 606	32 968
Febr.	3 334 184	1 780 073	151 222	283 994	520 320	824 537	236 868	1 317 243	30 440
März	3 348 938 2)	1 781 705	153 702	279 476	527 989 2)	820 537	242 186 2)	1 325 048	29 157

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende März 2010

	1 318 800	808 951	66 005	140 072	211 859	391 014	36 719	473 132	13 071
bis unter 2	724 539	429 353	49 345	76 692	131 705	171 612	33 979	261 206	5 285
2 bis unter 4	521 355	286 180	20 524	31 176	65 835	168 648	37 042	198 132	4 216
4 bis unter 6	232 846	88 683	11 679	18 237	32 464	26 303	16 589	127 574	2 800
6 bis unter 8	164 291	58 233	4 368	8 275	34 208	11 384	6 738	99 319	306
8 bis unter 10	70 744	29 908	1 757	2 352	19 054	6 746	14 946	25 890	1 763
10 bis unter 15	69 517	18 148	24	1 436	11 696	4 992	2 959	48 411	651
15 bis unter 20	246 846	62 249	0	1 238	21 169	39 841	93 213	91 385	1 064

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. — 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. — 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldver-

schreibungen. — 3 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Bis Ende 1998 Mio DM, ab 1999 Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichts- zeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichts- zeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitali- sierung) Stand am Ende des Berichts- zeitraums 2)
			Barein- zahlung und Umtausch von Wandel- schuld- verschrei- bungen 1)	Ausgabe von Kapital- berichti- gungsaktien	Einbringung von Forde- rungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-An- teilen u.Ä.	Verschmel- zung und Vermögens- übertragung	Umwand- lung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalher- absetzung und Auflösung	
Mio DM										
1998	238 156	16 578	6 086	2 566	658	8 607	- 4 055	3 905	- 1 188	1 258 042
Mio €										
1999	133 513	11 747	5 519	2 008	190	1 075	2 099	1 560	- 708	1 603 304
2000	147 629	14 115	3 620	3 694	618	8 089	- 1 986	1 827	- 1 745	1 353 000
2001	166 187	18 561	7 987	4 057	1 106	8 448	1 018	905	- 3 152	1 205 613
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	- 868	- 2 152	- 2 224	647 492
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	927 256
2010 Jan.	175 763	72	205	-	86	-	0	203	- 15	887 966
Febr.	175 450	- 313	66	-	0	-	- 121	235	- 22	879 672
März	175 699	249	282	49	2	-	31	0	- 54	968 958

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. — 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. — 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufgehoben) oder zum Neuen Markt

(Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien		
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)		Deutscher Rentenindex (REX)	iBoxx-€Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktienindex (DAX)	
			zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre 4)								
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
1998	4,5	4,4	4,4	4,6	4,5	4,9	5,0	118,18	100,00	343,64	5 002,39	
1999	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,9	5,0	110,60	92,52	445,95	6 958,14	
2000	5,4	5,3	5,2	5,3	5,6	5,8	6,2	112,48	94,11	396,59	6 433,61	
2001	4,8	4,7	4,7	4,8	4,9	5,3	5,9	113,12	94,16	319,38	5 160,10	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63	
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16	
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08	
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26	
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92	
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32	
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20	
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43	
2010 Jan.	3,0	3,0	3,0	3,3	3,1	3,8	4,4	123,86	101,31	303,33	5 608,79	
Febr.	2,9	2,8	2,8	3,2	3,0	3,7	4,4	124,70	102,02	302,10	5 598,46	
März	2,8	2,8	2,8	3,1	2,9	3,5	4,2	124,93	102,01	331,65	6 153,55	
April	2,8	2,7	2,7	3,1	2,8	3,5	4,3	125,47	102,86	329,26	6 135,70	

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in DM oder Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewo-

gen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. — 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. — 3 Quelle: Deutsche Börse AG. — 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz							Erwerb						
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter			ausländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		Nichtbanken 3)		Ausländer 5)	
		zu-sammen	zu-sammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Offene Immobilienfonds			Spezialfonds	zu-sammen	darunter ausländische Anteile	zu-sammen		darunter ausländische Anteile
Mio DM														
1998	187 641	169 748	38 998	5 772	27 814	4 690	130 750	17 893	190 416	43 937	961	146 479	16 507	- 2 775
1999	111 282	97 197	37 684	3 347	23 269	7 395	59 513	14 086	105 521	19 862	- 637	85 659	14 722	5 761
2000	118 021	85 160	39 712	- 2 188	36 818	- 2 824	45 448	32 861	107 019	14 454	92	92 565	32 769	11 002
2001	97 077	76 811	35 522	12 410	9 195	10 159	41 289	20 266	96 127	10 251	2 703	85 876	17 563	951
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	- 680
2003	47 754	43 943	20 079	- 924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	- 2 658	734	52 205	3 077	- 1 793
2004	14 435	1 453	- 3 978	- 6 160	- 1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	- 124	7 001	- 3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	- 14 257	490	- 9 362	- 8 814	33 791	27 729	39 006	- 14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 695	13 436	- 7 872	- 4 839	- 12 848	6 840	21 307	42 259	50 925	- 229	4 240	51 154	38 019	4 770
2008	514	- 7 911	- 14 409	- 12 171	- 11 149	799	6 498	8 425	9 154	- 16 625	- 9 252	25 779	17 677	- 8 640
2009	43 139	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	- 609	42 984	- 14 995	- 8 178	57 979	7 569	155
2010 Jan.	13 133	10 008	2 704	706	- 10	1 811	7 303	3 125	12 269	1 007	574	11 262	2 551	864
Febr.	7 717	5 671	2 857	- 133	1 645	1 100	2 814	2 046	7 382	2 014	779	5 368	1 267	335
März	8 131	5 280	1 460	- 480	846	428	3 820	2 851	7 574	- 2 648	505	10 222	2 346	557

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. — 2 Buchwerte. — 3 Als Rest errechnet. — 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. — 5 Netto-Erwerb

bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Finanzierungsrechnung
1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Mrd €

Position	2007	2008	2009	2008				2009			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	85,9	121,0	49,9	6,4	14,6	12,9	87,1	9,4	15,2	5,5	19,8
Geldmarktpapiere	- 0,3	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,1	0,0	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Rentenwerte	- 53,3	1,8	- 4,6	19,4	1,3	6,6	- 25,5	9,8	0,3	1,7	- 16,4
Aktien	- 16,5	- 45,5	- 1,0	- 1,0	- 2,5	- 9,0	- 33,0	- 2,0	- 1,0	1,0	1,0
Sonstige Beteiligungen	2,9	3,0	3,0	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8
Investmentzertifikate	24,3	9,3	29,2	13,4	7,6	1,7	- 13,4	9,3	5,4	7,6	6,8
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	71,9	31,7	69,0	7,0	8,3	7,3	9,1	23,8	14,5	12,9	17,7
Kurzfristige Ansprüche	1,1	0,4	3,4	0,4	- 0,2	0,1	0,1	0,8	0,9	0,8	0,9
Längerfristige Ansprüche	70,8	31,2	65,6	6,6	8,5	7,2	9,0	23,0	13,6	12,1	16,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	4,3	7,3	7,7	1,8	1,8	1,8	1,9	1,9	2,0	1,9	1,9
Sonstige Forderungen 3)	- 4,1	- 2,8	- 5,5	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 1,3	- 1,4	- 1,4	- 1,4
Insgesamt	115,1	125,7	146,9	47,0	30,9	21,5	26,3	51,6	35,6	29,8	30,0
II. Finanzierung											
Kredite	- 20,7	- 16,0	- 4,4	- 9,9	0,8	- 1,2	- 5,7	- 7,6	2,4	4,6	- 3,9
Kurzfristige Kredite	- 1,2	1,2	- 4,3	- 0,7	0,0	0,6	1,4	- 0,4	- 0,1	- 1,3	- 2,5
Längerfristige Kredite	- 19,5	- 17,2	- 0,1	- 9,1	0,9	- 1,8	- 7,1	- 7,1	2,6	5,8	- 1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	- 0,4	0,4	1,2	0,1	0,1	- 0,1	0,4	0,3	0,2	- 0,2	0,9
Insgesamt	- 21,1	- 15,5	- 3,2	- 9,8	0,9	- 1,3	- 5,3	- 7,2	2,7	4,4	- 3,0
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	71,2	22,8	47,7	8,6	- 15,5	33,5	- 3,7	13,2	- 1,4	14,5	21,4
Geldmarktpapiere	- 11,6	- 4,1	8,6	13,7	- 24,7	- 13,4	20,3	2,0	- 0,6	- 3,3	10,6
Rentenwerte	- 104,0	7,6	- 4,7	- 55,3	0,5	9,7	52,7	- 1,0	- 15,5	- 17,0	28,8
Finanzderivate	44,9	14,3	- 10,3	10,3	8,3	0,1	- 4,4	- 11,4	- 2,0	3,0	0,2
Aktien	39,5	100,2	73,7	13,0	48,3	15,2	23,7	13,2	39,9	29,5	- 8,9
Sonstige Beteiligungen	17,4	18,5	19,0	12,3	17,7	- 8,5	- 3,0	11,2	6,4	3,7	- 2,3
Investmentzertifikate	- 2,9	- 8,2	- 41,4	- 3,8	- 2,8	5,6	- 7,2	- 3,0	- 10,1	- 15,5	- 12,8
Kredite	9,7	32,1	12,4	6,2	12,3	9,7	3,9	3,3	- 1,4	- 2,0	12,5
Kurzfristige Kredite	5,0	23,7	- 1,3	- 0,3	12,7	6,5	4,8	1,0	- 3,0	- 3,1	3,9
Längerfristige Kredite	4,6	8,4	13,7	6,5	- 0,4	3,2	- 0,9	2,3	1,6	1,2	8,6
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1,0	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Kurzfristige Ansprüche	1,0	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	104,0	- 51,8	- 67,9	23,6	- 11,8	- 29,3	- 34,4	- 44,8	- 18,8	- 25,1	20,8
Insgesamt	169,1	131,8	37,4	28,8	32,4	22,6	48,0	- 17,3	- 3,5	- 12,2	70,5
II. Finanzierung											
Geldmarktpapiere	18,6	3,6	- 26,7	9,5	- 6,5	0,4	0,2	- 13,5	- 8,3	- 2,3	- 2,7
Rentenwerte	- 11,4	6,0	19,6	- 2,5	1,6	1,5	5,4	3,5	6,5	5,8	3,8
Finanzderivate
Aktien	6,8	3,6	5,5	0,9	1,4	0,7	0,5	1,9	0,3	2,3	1,0
Sonstige Beteiligungen	34,9	14,9	8,1	6,2	5,7	0,2	2,8	3,7	0,7	1,1	2,6
Kredite	51,5	73,9	- 19,3	- 3,4	20,8	24,7	31,9	18,1	- 6,7	- 24,7	- 6,0
Kurzfristige Kredite	16,4	18,7	- 36,8	- 5,9	14,9	1,2	8,5	3,6	- 14,1	- 18,0	- 8,2
Längerfristige Kredite	35,1	55,3	17,5	2,5	5,9	23,4	23,4	14,5	7,5	- 6,7	2,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	1,3	2,9	2,9	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Verbindlichkeiten	13,3	- 0,7	9,6	9,2	- 0,8	5,4	- 14,5	15,3	- 6,4	0,8	- 0,1
Insgesamt	114,9	104,2	- 0,3	20,7	23,1	33,5	26,9	29,8	- 13,1	- 16,3	- 0,7

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische

Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

VIII. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2007	2008	2009	2008				2009			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 620,8	1 737,5	1 788,1	1 627,2	1 642,0	1 650,6	1 737,5	1 746,8	1 762,9	1 768,4	1 788,1
Geldmarktpapiere	1,7	1,6	0,8	1,6	1,5	1,5	1,6	1,4	1,3	1,1	0,8
Rentenwerte	343,7	324,6	362,8	367,4	351,6	329,0	324,6	315,0	321,5	368,4	362,8
Aktien	368,5	169,4	181,3	319,4	302,0	259,8	169,4	142,6	155,1	161,3	181,3
Sonstige Beteiligungen	187,8	177,5	183,8	186,6	189,3	194,4	177,5	178,3	179,8	179,7	183,8
Investmentzertifikate	549,4	503,6	555,3	539,6	543,4	530,8	503,6	502,6	526,0	542,9	555,3
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	1 190,4	1 216,9	1 295,3	1 195,7	1 203,5	1 209,8	1 216,9	1 234,6	1 255,0	1 275,8	1 295,3
Kurzfristige Ansprüche	80,8	81,3	84,7	81,2	81,0	81,1	81,3	82,1	83,0	83,8	84,7
Längerfristige Ansprüche	1 109,6	1 135,7	1 210,6	1 114,5	1 122,5	1 128,6	1 135,7	1 152,5	1 172,0	1 192,0	1 210,6
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	255,1	262,4	270,1	256,9	258,7	260,5	262,4	264,3	266,3	268,2	270,1
Sonstige Forderungen 3)	42,6	39,8	34,2	41,9	41,2	40,5	39,8	38,4	37,0	35,6	34,2
Insgesamt	4 559,8	4 433,4	4 671,7	4 536,3	4 533,2	4 476,8	4 433,4	4 424,1	4 505,0	4 601,4	4 671,7
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 536,7	1 520,8	1 520,7	1 525,5	1 526,4	1 525,1	1 520,8	1 513,4	1 518,2	1 522,8	1 520,7
Kurzfristige Kredite	78,9	80,0	75,7	78,1	78,1	78,7	80,0	79,6	79,5	78,2	75,7
Längerfristige Kredite	1 457,9	1 440,8	1 444,9	1 447,4	1 448,3	1 446,5	1 440,8	1 433,8	1 438,7	1 444,6	1 444,9
Sonstige Verbindlichkeiten	9,1	10,2	11,4	10,5	10,2	10,6	10,2	11,4	11,5	11,2	11,4
Insgesamt	1 545,8	1 531,0	1 532,0	1 536,0	1 536,6	1 535,7	1 531,0	1 524,8	1 529,7	1 534,0	1 532,0
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	477,0	507,3	560,7	474,6	470,0	502,5	507,3	517,4	517,5	539,9	560,7
Geldmarktpapiere	27,1	10,9	18,8	30,7	7,9	0,9	10,9	9,6	12,7	15,5	18,8
Rentenwerte	92,9	102,5	106,8	38,2	39,2	49,8	102,5	104,4	79,5	66,5	106,8
Finanzderivate
Aktien	1 024,3	644,2	800,4	924,3	933,5	861,4	644,2	575,1	668,3	718,3	800,4
Sonstige Beteiligungen	297,2	293,7	318,4	306,5	327,4	326,4	293,7	305,0	312,7	314,9	318,4
Investmentzertifikate	109,5	67,9	61,6	81,0	81,0	85,3	67,9	63,0	58,0	83,4	61,6
Kredite	152,2	184,1	200,7	159,7	172,3	179,4	184,1	187,5	186,4	188,2	200,7
Kurzfristige Kredite	103,0	126,3	123,7	103,3	115,9	119,8	126,3	126,2	124,2	120,3	123,7
Längerfristige Kredite	49,2	57,8	77,0	56,4	56,5	59,6	57,8	61,3	62,2	67,9	77,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 2)	43,8	44,2	44,6	43,9	44,0	44,1	44,2	44,3	44,4	44,5	44,6
Kurzfristige Ansprüche	43,8	44,2	44,6	43,9	44,0	44,1	44,2	44,3	44,4	44,5	44,6
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	500,2	576,9	525,9	520,2	536,7	569,4	576,9	588,9	513,0	521,8	525,9
Insgesamt	2 724,1	2 431,8	2 637,9	2 578,9	2 611,9	2 619,2	2 431,8	2 395,3	2 392,4	2 493,0	2 637,9
II. Verbindlichkeiten											
Geldmarktpapiere	36,5	40,2	13,5	46,0	39,6	44,9	40,2	26,7	18,4	16,1	13,5
Rentenwerte	82,2	96,8	123,4	82,3	78,9	81,6	96,8	102,5	106,1	116,7	123,4
Finanzderivate
Aktien	1 564,3	963,5	1 081,3	1 322,0	1 266,1	1 154,1	963,5	814,4	948,4	1 043,3	1 081,3
Sonstige Beteiligungen	670,4	685,3	693,4	676,6	682,3	682,5	685,3	688,9	689,7	690,8	693,4
Kredite	1 392,9	1 470,0	1 450,6	1 389,2	1 414,9	1 437,2	1 470,0	1 488,1	1 479,4	1 454,6	1 450,6
Kurzfristige Kredite	380,3	390,7	356,4	368,4	383,8	381,5	390,7	392,2	378,1	361,8	356,4
Längerfristige Kredite	1 012,6	1 079,2	1 094,2	1 020,8	1 031,2	1 055,7	1 079,2	1 095,9	1 101,4	1 092,9	1 094,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	215,5	218,4	221,3	216,2	216,9	217,7	218,4	219,1	219,8	220,6	221,3
Sonstige Verbindlichkeiten	446,8	490,8	475,9	454,6	465,5	474,4	490,8	552,8	470,1	482,5	475,9
Insgesamt	4 408,4	3 964,8	4 059,4	4 187,0	4 164,2	4 092,4	3 964,8	3 892,4	3 931,9	4 024,6	4 059,4

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie

Versorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. — 3 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Gesamtstaat					in % des BIP				
	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen		Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	
	Finanzierungssaldo ¹⁾					Stand am Jahres- bzw. Quartalsende				
	Mrd €									
2003	- 87,2	- 39,6	- 32,7	- 7,1	- 7,7	- 4,0	- 1,8	- 1,5	- 0,3	- 0,4
2004	- 83,5	- 52,0	- 27,9	- 2,4	- 1,2	- 3,8	- 2,4	- 1,3	- 0,1	- 0,1
2005	- 74,0	- 47,4	- 22,5	- 0,2	- 3,9	- 3,3	- 2,1	- 1,0	- 0,0	- 0,2
2006 p)	- 37,8	- 34,5	- 11,3	+ 3,0	+ 5,0	- 1,6	- 1,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2
2007 p)	+ 4,9	- 18,9	+ 4,6	+ 8,3	+ 10,9	+ 0,2	- 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
2008 p)	+ 1,0	- 14,2	+ 1,2	+ 5,8	+ 8,2	± 0,0	- 0,6	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3
2009 ts)	- 79,4	- 39,7	- 20,2	- 7,5	- 12,1	- 3,3	- 1,6	- 0,8	- 0,3	- 0,5
2008 1.Hj. p)	+ 7,3	- 7,0	+ 3,6	+ 5,7	+ 4,9	+ 0,6	- 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4
2.Hj. p)	- 6,3	- 7,2	- 2,5	+ 0,1	+ 3,3	- 0,5	- 0,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3
2009 1.Hj. ts)	- 20,7	- 10,4	- 7,2	- 0,1	- 3,1	- 1,8	- 0,9	- 0,6	- 0,0	- 0,3
2.Hj. ts)	- 58,6	- 29,2	- 13,0	- 7,4	- 9,0	- 4,7	- 2,4	- 1,1	- 0,6	- 0,7
2003	1 383,5	847,9	435,3	111,5	5,3	63,9	39,2	20,1	5,2	0,2
2004	1 453,8	889,5	459,8	116,3	4,2	65,8	40,2	20,8	5,3	0,2
2005	1 524,4	935,3	482,3	120,0	2,7	68,0	41,7	21,5	5,4	0,1
2006	1 571,7	970,7	492,1	122,4	1,7	67,6	41,7	21,2	5,3	0,1
2007	1 578,8	977,9	494,0	120,2	1,6	65,0	40,3	20,3	4,9	0,1
2008	1 646,2	1 006,8	533,3	118,8	1,5	66,0	40,3	21,4	4,8	0,1
2009 ts)	1 762,2	1 077,1	575,2	122,6	1,3	73,2	44,7	23,9	5,1	0,1
2008 1.Vj.	1 598,5	989,0	504,3	118,3	1,6	65,3	40,4	20,6	4,8	0,1
2.Vj.	1 634,3	997,0	531,4	118,7	1,6	66,0	40,2	21,5	4,8	0,1
3.Vj.	1 628,4	995,1	528,1	117,6	2,0	65,3	39,9	21,2	4,7	0,1
4.Vj.	1 646,2	1 006,8	533,3	118,8	1,5	66,0	40,3	21,4	4,8	0,1
2009 1.Vj. ts)	1 677,5	1 028,2	542,0	119,6	1,6	68,0	41,7	22,0	4,9	0,1
2.Vj. ts)	1 742,9	1 073,6	561,5	120,3	1,4	71,7	44,2	23,1	5,0	0,1
3.Vj. ts)	1 750,8	1 077,0	564,8	121,1	1,5	72,6	44,7	23,4	5,0	0,1
4.Vj. ts)	1 762,2	1 077,1	575,2	122,6	1,3	73,2	44,7	23,9	5,1	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. — 1 Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren ent-

sprechen dem Finanzierungssaldo gemäß VGR. — 2 Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ^{*})

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtl.: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
	Mrd €											
2003	961,9	481,8	396,3	83,9	1 049,2	594,2	169,2	64,3	33,9	187,6	- 87,3	889,3
2004	957,7	481,3	396,5	79,9	1 041,2	592,0	169,6	62,4	31,7	185,5	- 83,5	888,0
2005	976,1	493,2	396,5	86,4	1 050,3	597,0	168,9	62,6	30,3	191,5	- 74,2	900,5
2006 p)	1 016,4	530,6	400,0	85,8	1 054,5	598,4	167,9	65,5	32,4	190,3	- 38,1	941,9
2007 p)	1 065,3	576,3	399,8	89,2	1 060,7	596,8	168,4	67,3	34,3	193,9	+ 4,7	988,2
2008 p)	1 091,8	592,6	408,1	91,1	1 090,8	607,4	172,1	67,1	37,4	206,8	+ 1,0	1 013,6
2009 ts)	1 066,0	562,9	411,1	92,0	1 145,3	640,8	177,0	63,5	40,1	223,9	- 79,3	984,3
	in % des BIP											
2003	44,5	22,3	18,3	3,9	48,5	27,5	7,8	3,0	1,6	8,7	- 4,0	41,1
2004	43,3	21,8	17,9	3,6	47,1	26,8	7,7	2,8	1,4	8,4	- 3,8	40,2
2005	43,5	22,0	17,7	3,9	46,8	26,6	7,5	2,8	1,4	8,5	- 3,3	40,2
2006 p)	43,7	22,8	17,2	3,7	45,4	25,7	7,2	2,8	1,4	8,2	- 1,6	40,5
2007 p)	43,9	23,7	16,5	3,7	43,7	24,6	6,9	2,8	1,4	8,0	+ 0,2	40,7
2008 p)	43,7	23,7	16,4	3,7	43,7	24,3	6,9	2,7	1,5	8,3	± 0,0	40,6
2009 ts)	44,3	23,4	17,1	3,8	47,6	26,6	7,4	2,6	1,7	9,3	- 3,3	40,9
	Zuwachsraten in %											
2003	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,4	- 0,5	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,6	- 6,1	+ 2,2	.	+ 1,1
2004	- 0,4	- 0,1	+ 0,1	- 4,8	- 0,8	- 0,4	+ 0,2	- 3,0	- 6,4	- 1,1	.	- 0,1
2005	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,0	+ 8,1	+ 0,9	+ 0,8	- 0,4	+ 0,4	- 4,4	+ 3,2	.	+ 1,4
2006 p)	+ 4,1	+ 7,6	+ 0,9	- 0,7	+ 0,4	+ 0,2	- 0,6	+ 4,6	+ 7,0	- 0,6	.	+ 4,6
2007 p)	+ 4,8	+ 8,6	- 0,0	+ 4,0	+ 0,6	- 0,3	+ 0,3	+ 2,7	+ 6,0	+ 1,9	.	+ 4,9
2008 p)	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,2	- 0,3	+ 9,1	+ 6,6	.	+ 2,6
2009 ts)	- 2,4	- 5,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 5,0	+ 5,5	+ 2,8	- 5,3	+ 7,0	+ 8,3	.	- 2,9

Quelle: Statistisches Bundesamt. — * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden

auf den Internetseiten der Deutschen Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. — 1 Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2002 p)	554,7	441,7	20,5	610,4	173,3	226,8	66,1	38,7	11,3	- 55,8	457,7	466,0	- 8,3	927,7	991,8	- 64,1
2003 ts)	547,0	442,2	21,5	614,2	174,0	235,0	65,6	36,3	10,0	- 67,2	467,6	474,4	- 6,8	925,2	999,1	- 73,9
2004 ts)	545,9	442,8	24,1	610,4	173,4	236,9	64,8	34,3	9,6	- 64,5	469,7	468,6	+ 1,1	926,8	990,2	- 63,4
2005 ts)	568,9	452,1	31,3	620,6	172,1	245,3	64,0	33,0	14,3	- 51,7	467,8	471,3	- 3,4	947,4	1 002,5	- 55,1
2006 ts)	590,9	488,4	18,8	626,2	169,7	252,1	64,4	33,7	11,6	- 35,3	486,3	466,6	+ 19,7	988,2	1 003,8	- 15,6
2007 ts)	644,8	538,2	17,7	644,2	182,2	250,0	66,2	34,6	9,5	+ 0,6	475,3	466,4	+ 8,9	1 025,6	1 016,1	+ 9,6
2008 ts)	668,9	561,2	13,4	677,4	187,3	259,9	67,3	36,4	18,6	- 8,5	485,7	478,9	+ 6,9	1 058,8	1 060,4	- 1,6
2007 1.Vj. p)	149,4	122,3	2,8	164,5	42,7	64,9	25,5	5,3	3,4	- 15,1	112,2	115,6	- 3,4	238,4	256,9	- 18,5
2.Vj. p)	158,5	136,9	3,0	144,5	43,9	58,4	10,0	6,7	2,5	+ 14,0	119,0	116,3	+ 2,7	253,8	237,0	+ 16,7
3.Vj. p)	155,4	131,6	3,6	160,5	44,2	59,8	21,3	8,6	1,6	- 5,1	116,2	115,6	+ 0,6	248,2	252,8	- 4,6
4.Vj. p)	179,6	147,6	7,9	172,9	49,7	65,1	9,1	12,7	1,9	+ 6,7	126,9	117,8	+ 9,1	283,0	267,2	+ 15,7
2008 1.Vj. p)	160,0	130,8	3,0	164,5	43,7	65,5	24,7	5,3	2,0	- 4,5	114,1	119,4	- 5,3	250,4	260,2	- 9,8
2.Vj. p)	166,1	143,5	2,1	151,5	44,9	61,4	11,1	7,2	1,7	+ 14,6	120,6	120,1	+ 0,5	263,0	247,9	+ 15,1
3.Vj. p)	159,7	137,2	1,3	167,1	45,9	62,6	21,2	9,0	1,5	- 7,4	118,6	118,9	- 0,3	254,5	262,2	- 7,7
4.Vj. p)	180,9	149,4	6,7	192,4	51,2	68,7	10,0	13,6	13,3	- 11,5	130,4	121,7	+ 8,7	287,4	290,2	- 2,8
2009 1.Vj. p)	157,0	128,9	1,8	175,7	45,9	67,4	22,8	5,0	10,0	- 18,7	117,9	122,3	- 4,4	251,2	274,4	- 23,1
2.Vj. p)	154,4	130,4	3,3	169,2	47,2	60,4	10,7	7,4	16,9	- 14,8	120,5	125,5	- 5,0	251,4	271,2	- 19,8
3.Vj. p)	148,8	124,4	2,1	174,9	47,6	65,0	19,8	10,5	4,5	- 26,0	120,1	127,6	- 7,5	245,1	278,7	- 33,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Einschl. Nebenhaushalte, aber ohne Postpensionskasse. Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen nicht die kommunalen Zweckverbände und verschiedene Sonderrechnungen. — 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. —

3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. — 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. — 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. — 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2002	240,8	273,5	- 32,7	228,8	258,0	- 29,2	147,0	150,0	- 3,0
2003	239,6	278,8	- 39,2	229,2	259,7	- 30,5	142,1	149,9	- 7,8
2004	233,9	273,6	- 39,7	233,5	257,1	- 23,6	147,0	150,1	- 3,1
2005	250,0	281,5	- 31,5	237,4	259,6	- 22,2	151,3	153,2	- 1,9
2006	254,6	282,8	- 28,2	249,8	260,1	- 10,3	161,1	157,4	+ 3,7
2007 ts)	277,4	292,1	- 14,7	275,9	267,5	+ 8,4	171,3	162,4	+ 8,9
2008 ts)	292,0	303,8	- 11,8	279,3	278,0	+ 1,3	176,9	169,0	+ 7,9
2009 ts)	282,6	317,1	- 34,5	269,9	295,0	- 25,1	171,7	178,6	- 6,9
2007 1.Vj. p)	61,1	74,6	- 13,6	63,5	66,5	- 3,0	35,4	37,6	- 2,1
2.Vj. p)	69,7	64,4	+ 5,3	67,6	61,9	+ 5,7	40,4	37,3	+ 3,1
3.Vj. p)	68,3	76,8	- 8,5	66,2	64,1	+ 2,1	42,5	39,7	+ 2,8
4.Vj. p)	78,3	76,3	+ 2,0	77,7	74,0	+ 3,7	51,0	46,1	+ 4,9
2008 1.Vj. p)	64,1	75,6	- 11,5	67,7	67,7	- 0,1	37,3	37,4	- 0,1
2.Vj. p)	73,0	68,3	+ 4,7	70,7	64,2	+ 6,5	42,7	39,7	+ 3,0
3.Vj. p)	71,2	82,7	- 11,4	67,3	66,3	+ 1,0	43,8	41,1	+ 2,7
4.Vj. p)	83,7	77,3	+ 6,4	72,6	78,7	- 6,0	51,0	49,0	+ 2,0
2009 1.Vj. p)	65,8	76,8	- 11,0	65,3	75,9	- 10,6	36,3	39,3	- 3,0
2.Vj. p)	71,3	68,6	+ 2,7	66,1	67,9	- 1,8	40,7	41,9	- 1,2
3.Vj. p)	68,6	84,5	- 15,9	63,1	69,4	- 6,3	42,5	45,1	- 2,6
4.Vj. p)	77,0	87,2	- 10,2	74,4	80,7	- 6,3	50,6	51,0	- 0,4

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwertes bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. —

2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. — 3 Die Vierteljahresdaten enthalten im Gegensatz zu den auf den jährlichen Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes basierenden Jahreszahlen keine Sonderrechnungen und Zweckverbände.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Bund, Länder und Europäische Union					Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: BEZ, Energiesteueranteil der Länder
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder	Europäische Union 2)				
2003	442 238	390 438	214 002	155 510	20 926	51 673	+	127	22 067
2004	442 838	386 459	208 920	157 898	19 640	56 237	+	142	21 967
2005	452 078	392 313	211 779	158 823	21 711	59 750	+	16	21 634
2006	488 444	421 151	225 634	173 374	22 142	67 316	-	22	21 742
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	...	455 615	252 842	182 273	20 501	20 275
2008 1.Vj.	131 507	111 845	56 179	47 660	8 006	14 148	+	5 513	5 272
2.Vj.	143 006	122 931	66 952	51 585	4 394	19 614	+	461	5 324
3.Vj.	137 454	117 861	65 380	48 667	3 814	19 715	-	122	5 503
4.Vj.	149 216	131 545	72 178	52 500	6 867	23 712	-	6 042	5 411
2009 1.Vj.	128 787	109 674	55 941	46 212	7 521	13 289	+	5 824	5 154
2.Vj.	130 491	113 442	65 247	46 653	1 541	17 397	-	347	5 140
3.Vj.	124 437	108 572	62 354	42 335	3 883	15 865	-	1	5 048
4.Vj.	...	123 928	69 299	47 073	7 556	4 933
2010 1.Vj.	...	104 370	54 316	41 777	8 278	4 885
2009 März	.	38 154	20 468	15 784	1 903	.	.	.	1 718
2010 März	.	36 592	21 096	14 308	1 188	.	.	.	1 628

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Vor Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen und Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund. — 2 Zölle sowie die zu Lasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten

Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. — 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. — 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tab. IX. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Gemeinschaftliche Steuern										Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)								Gewerbesteuerumlagen 6)
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer						
2003	414 846	162 567	133 090	4 568	8 275	16 633	136 996	103 162	33 834	7 085	86 609	18 713	2 877	24 409	
2004	409 517	159 104	123 896	5 394	13 123	16 691	137 366	104 715	32 651	5 661	84 554	19 774	3 059	23 058	
2005	415 355	161 960	118 919	9 766	16 333	16 943	139 713	108 440	31 273	6 218	83 508	20 579	3 378	23 042	
2006	446 139	182 614	122 612	17 567	22 898	19 537	146 688	111 318	35 370	7 013	84 215	21 729	3 880	24 988	
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263	
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316	
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265	
2008 1.Vj.	118 847	49 649	32 793	3 668	4 727	8 462	44 294	33 488	10 806	297	17 515	6 114	980	7 002	
2.Vj.	130 829	60 000	34 700	10 398	4 821	10 080	41 890	30 645	11 244	1 636	20 700	5 676	927	7 898	
3.Vj.	125 510	52 135	34 063	8 878	4 086	5 109	44 338	32 705	11 633	1 690	20 888	5 442	1 017	7 648	
4.Vj.	140 312	58 699	40 339	9 741	2 235	6 384	45 468	33 951	11 517	3 161	27 200	4 705	1 080	8 767	
2009 1.Vj.	116 731	50 001	33 975	2 971	4 399	8 657	43 087	34 234	8 853	- 36	17 361	5 351	966	7 057	
2.Vj.	120 543	48 503	30 481	9 141	342	8 539	43 424	35 176	8 248	1 499	21 085	5 186	846	7 102	
3.Vj.	115 567	43 486	32 150	6 732	592	4 011	44 365	35 717	8 649	1 346	22 427	3 023	920	6 994	
4.Vj.	132 040	51 695	38 559	7 586	1 841	3 708	46 114	36 780	9 334	2 099	28 445	2 815	872	8 112	
2010 1.Vj.	111 163	45 127	30 255	6 155	1 951	6 766	42 891	34 054	8 837	215	19 001	2 814	1 115	6 793	
2009 März	40 612	19 502	10 319	3 848	4 343	992	12 216	9 444	2 772	27	6 823	1 730	315	2 458	
2010 März	39 125	18 935	9 169	5 836	2 839	1 090	11 138	8 225	2 913	11	7 726	1 003	312	2 533	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. — 1 Im Gegensatz zur Summe in Tab. IX. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. — 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Zinsabschlag 44/44/12. —

3 Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. — 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. — 5 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in Prozent) für 2009: 53,9/44,1/2. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. — 6 Anteile von Bund/Ländern (in Prozent) für 2009: 21,3/78,7. — 7 Aufgliederung s. Tab. IX. 7.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:		
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern	
2003	43 188	14 094	10 280	8 870	.	6 531	2 204	1 442	7 336	4 800	3 373	3 205	34 477	24 139	9 658	
2004	41 782	13 630	10 108	8 751	.	6 597	2 195	1 492	7 740	4 646	4 284	3 105	38 982	28 373	9 939	
2005	40 101	14 273	10 315	8 750	.	6 462	2 142	1 465	8 674	4 791	4 097	3 018	42 941	32 129	10 247	
2006	39 916	14 387	11 277	8 775	.	6 273	2 160	1 428	8 937	6 125	3 763	2 904	49 319	38 370	10 399	
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713	
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807	
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	
2008 1.Vj.	4 668	2 547	3 192	4 540	.	1 547	626	394	2 590	1 676	1 087	761	12 956	10 330	2 444	
2.Vj.	9 570	3 267	3 502	1 950	.	1 594	479	338	2 290	1 461	1 301	624	13 813	10 850	2 815	
3.Vj.	9 807	3 649	3 059	2 078	.	1 464	488	343	2 050	1 398	1 361	632	13 634	10 281	3 184	
4.Vj.	15 203	4 111	3 392	1 911	.	1 655	533	396	1 912	1 193	1 022	579	12 065	9 577	2 364	
2009 1.Vj.	4 777	2 365	3 191	4 502	.	1 560	594	372	2 284	1 165	1 144	758	12 021	9 370	2 452	
2.Vj.	10 059	3 560	3 057	1 999	.	1 569	478	363	2 114	1 131	1 334	608	11 447	8 433	2 860	
3.Vj.	9 883	3 499	2 638	2 096	1 907	1 582	488	335	0	1 297	1 123	604	10 216	6 800	3 233	
4.Vj.	15 103	3 942	3 040	1 952	1 897	1 567	542	402	-	1 264	950	601	
2010 1.Vj.	4 446	2 462	2 856	4 496	2 345	1 498	526	372	-	1 229	918	667	
2009 März	2 982	1 046	1 382	645	.	538	139	91	738	399	393	200	.	.	.	
2010 März	2 779	1 266	1 263	744	810	641	130	93	-	453	359	192	.	.	.	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. — 1 Für die Summe siehe Tabelle IX. 6. — 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchun-

gen bei den Ländern in der Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. — 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 4)					Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 5)	Wertpa- pieren	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 6)	Grund- stücke	
		Beiträge 2)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 3)							
2003	229 371	156 510	71 447	231 362	196 038	15 178	- 1 991	7 641	5 017	816	1 682	126	4 862
2004 7)	231 684	156 535	71 680	233 011	198 587	14 258	- 1 327	5 158	4 980	19	41	118	4 834
2005	229 428	156 264	71 917	233 357	199 873	13 437	- 3 929	1 976	1 794	16	42	123	4 888
2006	241 231	168 083	71 773	233 668	200 459	13 053	+ 7 563	10 047	9 777	115	46	109	4 912
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009 8)	244 140	169 178	73 842	244 201	208 751	14 422	- 61	16 812	16 608	23	61	120	4 582
2008 1.Vj.	57 611	39 028	18 241	58 952	50 795	3 473	- 1 341	10 730	9 459	1 095	46	130	4 792
2.Vj.	60 574	41 958	18 241	59 346	50 714	3 482	+ 1 228	11 923	10 267	1 466	61	128	4 704
3.Vj.	59 525	40 769	18 215	60 124	51 418	3 539	- 599	11 727	10 421	1 128	50	127	4 690
4.Vj.	64 495	45 851	18 231	60 100	51 301	3 548	+ 4 395	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009 1.Vj.	58 681	39 891	18 500	60 105	51 554	3 633	- 1 424	14 902	14 699	15	56	132	4 618
2.Vj.	60 812	42 140	18 384	60 263	51 410	3 626	+ 549	15 280	15 082	15	59	124	4 593
3.Vj.	59 783	41 142	18 364	61 841	52 869	3 580	- 2 058	13 647	13 428	40	60	119	4 585
4.Vj. 8)	64 864	46 005	18 594	61 993	52 917	3 583	+ 2 871	16 812	16 608	23	61	120	4 582
2010 1.Vj. 8)	59 761	40 601	18 917	61 861	53 059	3 582	- 2 100	14 922	14 717	20	64	120	4 490

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. — * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See“ — 1 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrech-

nung. — 2 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. — 3 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. — 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. — 5 Einschl. Barmittel. — 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger. — 7 Einnahmen einschl. Erlös aus Beteiligungsverkauf.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben								Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss bzw. Betriebsmittel-darlehen des Bundes
	insgesamt 1)	darunter:		insgesamt 3)	Arbeitslosen-unterstützungen 4) 5)	davon:			Umlagen-finanzierte Maßnahmen 7)				
		Beiträge	Um-lagen 2)			West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	beruf-liche Förde-rung 5) 6)		West-deutsch-land	Ost-deutsch-land		
2003	50 635	47 337	2 081	56 850	29 735	21 528	8 207	19 155	10 564	8 591	1 948	- 6 215	6 215
2004	50 314	47 211	1 674	54 490	29 746	21 821	7 925	16 843	9 831	7 011	1 641	- 4 176	4 175
2005	52 692	46 989	1 436	53 089	27 654	20 332	7 322	11 590	7 421	4 169	1 450	- 397	397
2006	55 384	51 176	1 123	44 162	23 249	17 348	5 901	9 259	6 185	3 074	1 089	+ 11 221	0
2007	42 838	32 264	971	36 196	17 356	13 075	4 282	8 370	5 748	2 623	949	+ 6 643	-
2008	38 289	26 452	974	39 407	14 283	10 652	3 631	8 712	6 222	2 490	920	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	1 000	48 057	20 866	16 534	4 332	11 595	8 794	2 801	1 946	- 13 803	-
2007 1.Vj.	9 932	7 738	78	10 044	5 321	3 971	1 350	2 032	1 370	662	408	- 113	-
2.Vj.	10 837	7 910	303	9 383	4 598	3 440	1 157	2 089	1 423	666	259	+ 1 454	-
3.Vj.	10 366	7 765	232	8 357	3 910	2 979	931	1 985	1 363	622	160	+ 2 010	-
4.Vj.	11 703	8 851	357	8 412	3 528	2 684	843	2 264	1 591	674	122	+ 3 292	-
2008 1.Vj.	8 714	5 955	83	11 295	4 299	3 183	1 116	2 088	1 473	615	327	- 2 581	-
2.Vj.	9 690	6 931	211	10 367	3 739	2 761	978	2 182	1 556	626	255	- 677	-
3.Vj.	9 330	6 317	272	8 648	3 245	2 442	804	2 053	1 462	592	149	+ 683	-
4.Vj.	10 555	7 248	409	9 098	3 001	2 267	733	2 389	1 731	657	189	+ 1 458	-
2009 1.Vj.	6 283	5 248	192	10 396	4 723	3 556	1 167	2 318	1 688	630	480	- 4 113	-
2.Vj.	6 490	5 421	261	12 391	5 563	4 376	1 187	2 893	2 193	700	491	- 5 901	-
3.Vj.	6 853	5 316	250	12 480	5 465	4 439	1 026	3 026	2 325	701	630	- 5 626	-
4.Vj.	14 627	6 061	296	12 790	5 115	4 163	951	3 358	2 588	770	345	+ 1 837	-
2010 1.Vj.	10 020	5 196	714	11 681	6 475	5 112	1 362	2 957	2 263	694	208	- 1 661	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. — 1 Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. — 2 Umlagen für die Winterbauförderung und für das Insolvenzgeld. — 3 Ab 2005 einschl. Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag an den Bund. — 4 Arbeitslosengeld und Kurzarbeitergeld. — 5 Einschl. Kran-

ken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge. — 6 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Zuschüsse an Personal-Service-Agenturen, Entgeltssicherung und Existenzgründungszuschüsse. — 7 Winterbauförderung und Insolvenzgeld.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)	
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2003	141 654	138 383	.	145 095	46 800	24 218	24 301	11 819	9 409	6 973	8 206	- 3 441
2004	144 279	140 120	1 000	140 260	47 594	21 811	22 955	11 263	8 281	6 367	8 196	+ 4 020
2005	145 742	140 250	2 500	144 071	48 959	25 358	23 096	9 928	8 284	5 868	8 303	+ 1 671
2006	149 929	142 183	4 200	148 297	50 327	25 835	23 896	10 364	8 303	5 708	8 319	+ 1 632
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 763	156 130	2 500	161 334	52 623	29 145	25 889	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 429
2009 p)	169 430	158 607	7 200	170 825	56 105	30 742	27 782	11 242	9 532	7 241	8 989	- 1 396
2007 1.Vj.	36 437	35 693	-	37 147	12 948	6 687	6 123	2 670	1 918	1 525	1 879	- 710
2.Vj.	39 316	37 306	1 250	38 299	12 893	6 862	6 163	2 697	2 160	1 510	1 930	+ 1 017
3.Vj.	37 939	37 138	-	38 068	12 750	6 897	6 062	2 552	2 199	1 451	1 987	- 129
4.Vj.	41 987	39 829	1 250	40 384	12 363	7 313	6 481	2 797	2 378	1 527	2 618	+ 1 602
2008 1.Vj.	37 937	37 136	-	39 010	13 410	7 084	6 409	2 711	2 011	1 643	1 898	- 1 073
2.Vj.	40 361	38 491	1 250	40 232	13 387	7 339	6 434	2 728	2 292	1 644	2 021	+ 129
3.Vj.	39 185	38 338	-	39 733	13 012	7 215	6 415	2 660	2 271	1 602	2 045	- 548
4.Vj.	44 387	41 838	1 250	42 165	12 913	7 588	6 812	2 894	2 461	1 672	2 704	+ 2 222
2009 1.Vj.	42 502	39 324	2 575	41 432	14 154	7 463	6 969	2 797	2 095	1 822	1 977	+ 1 069
2.Vj.	42 540	40 464	1 377	42 400	14 092	7 652	6 810	2 857	2 392	1 779	2 083	+ 140
3.Vj.	42 752	38 827	3 002	42 548	13 967	7 574	6 981	2 684	2 437	1 746	2 324	+ 204
4.Vj.	41 635	39 992	246	44 445	13 892	8 052	7 021	2 904	2 607	1 895	2 604	- 2 809

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. — 2 Einschl. Beiträge aus ge-

ringfügigen Beschäftigungen. — 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. — 4 Einschl. Zahnersatz. — 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2003	16 844	16 665	17 468	2 361	8 183	4 090	951	853	-	624
2004	16 817	16 654	17 605	2 365	8 349	4 049	925	851	-	788
2005	17 526	17 385	17 891	2 409	8 516	4 050	890	875	-	366
2006	17 749	17 611	18 064	2 437	8 671	4 017	862	886	-	315
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009 p)	21 314	21 189	20 327	2 754	9 288	4 467	877	996	+	987
2007 1.Vj.	4 301	4 265	4 591	624	2 191	1 014	212	238	-	290
2.Vj.	4 469	4 432	4 528	595	2 192	993	213	231	-	59
3.Vj.	4 440	4 403	4 617	623	2 226	1 012	216	213	-	177
4.Vj.	4 813	4 761	4 608	626	2 218	1 015	217	209	+	204
2008 1.Vj.	4 421	4 381	4 681	641	2 229	1 022	210	255	-	261
2.Vj.	4 597	4 563	4 703	634	2 251	1 025	221	230	-	106
3.Vj.	5 167	5 133	4 872	665	2 280	1 089	218	234	+	295
4.Vj.	5 583	5 535	4 884	662	2 293	1 103	219	220	+	698
2009 1.Vj.	5 110	5 082	4 970	676	2 284	1 104	215	274	+	139
2.Vj.	5 275	5 253	4 977	662	2 308	1 100	217	248	+	298
3.Vj.	5 279	5 239	5 157	706	2 338	1 115	219	246	+	122
4.Vj.	5 650	5 614	5 223	710	2 358	1 148	225	228	+	427

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. — 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. — 2 Seit 2005: Einschl. Sonder-

beitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). — 3 Nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen	Stand am Jahres- bzw. Quartalsende
	brutto 2)	netto			
2003	+ 227 483	+ 42 270	+ 1 236	+ 7 218	2003
2004	+ 227 441	+ 44 410	+ 1 844	+ 802	2004
2005	+ 224 922	+ 35 479	+ 4 511	+ 6 041	2005
2006	+ 221 873	+ 32 656	+ 3 258	+ 6 308	2006
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900	2007
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036	2008
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106	2009 p)
2007 1.Vj.	+ 68 285	+ 4 600	+ 12 649	- 11 200	2007 1.Vj.
2.Vj.	+ 54 415	+ 22 020	+ 5 792	+ 27 209	2.Vj.
3.Vj.	+ 51 413	- 20 291	- 4 783	- 27 450	3.Vj.
4.Vj.	+ 40 882	+ 667	- 12 571	+ 6 541	4.Vj.
2008 1.Vj.	+ 69 510	+ 10 443	+ 12 306	- 705	2008 1.Vj.
2.Vj.	+ 52 618	+ 7 478	+ 4 872	+ 10 289	2.Vj.
3.Vj.	+ 53 933	- 2 231	- 10 736	- 12 088	3.Vj.
4.Vj.	+ 57 296	+ 10 519	+ 447	+ 11 541	4.Vj.
2009 1.Vj.	+ 66 560	+ 20 334	- 2 256	- 7 856	2009 1.Vj.
2.Vj.	+ 96 270	+ 46 283	- 2 791	+ 26 434	2.Vj.
3.Vj.	+ 82 451	+ 1 343	+ 1 268	- 15 901	3.Vj.
4.Vj.	+ 67 448	- 1 139	- 4 406	- 2 572	4.Vj. p)

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. — 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) und Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2003	1 358 137	4 440	530 700	341	301 956	520 700
2004	1 430 582	4 440	544 200	430	306 912	574 600
2005	1 489 029	4 440	518 500	488	312 201	653 400
2006	1 533 697	4 440	496 900	480	329 177	702 700
2007	1 540 381	4 440	457 000	476	312 265	766 200
2008	1 564 590	4 440	435 700	510	323 240	800 700
2009 p)	1 657 242	4 440	442 100	516	331 486	878 700
2007 1.Vj.	1 538 621	4 440	513 900	480	320 701	699 100
2.Vj.	1 556 684	4 440	504 600	480	319 864	727 300
3.Vj.	1 535 253	4 440	489 000	480	307 833	733 500
4.Vj.	1 540 381	4 440	457 000	476	312 265	766 200
2008 1.Vj.	1 541 759	4 440	467 300	475	305 344	764 200
2.Vj.	1 554 151	4 440	462 200	506	291 906	795 100
3.Vj.	1 547 336	4 440	431 900	506	298 490	812 000
4.Vj.	1 564 590	4 440	435 700	510	323 240	800 700
2009 1.Vj.	1 594 621	4 440	426 500	514	324 567	838 600
2.Vj.	1 646 307	4 440	430 400	520	327 047	883 900
3.Vj.	1 651 955	4 440	439 600	520	322 995	884 400
4.Vj. p)	1 657 242	4 440	442 100	516	331 486	878 700

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Als Differenz ermittelt.

IX. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2004	1 430 582	35 722	279 796	168 958	10 817	495 547	.	379 984	430	53 672	5 572	84
2005	1 489 029	36 945	310 044	174 423	11 055	521 801	.	366 978	488	62 765	4 443	88
2006	1 533 697	37 834	320 288	179 940	10 199	552 028	.	356 514	480	71 889	4 443	82
2007	1 540 381	39 510	329 108	177 394	10 287	574 512	.	329 588	476	74 988	4 443	76
2008 3.Vj.	1 547 336	42 816	332 792	177 594	9 415	579 969	701	326 582	506	72 445	4 443	74
4.Vj.	1 564 590	44 870	337 261	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	510	82 781	4 443	73
2009 1.Vj.	1 594 621	70 315	341 169	177 859	9 436	586 340	3 413	320 494	514	80 564	4 443	74
2.Vj.	1 646 307	99 170	353 904	174 146	9 490	600 012	3 185	310 665	520	90 699	4 443	73
3.Vj.	1 651 955	110 126	346 833	181 326	9 450	587 608	2 746	315 889	520	92 945	4 443	72
4.Vj. p)	1 657 242	106 220	361 475	174 219	9 471	594 999	2 495	304 304	516	99 031	4 442	71
Bund 7) 8) 9) 10) 11)												
2004	812 123	34 440	95 638	159 272	10 817	460 380	.	34 835	333	10 751	5 572	83
2005	886 254	36 098	108 899	174 371	11 055	510 866	.	29 318	408	10 710	4 443	87
2006	918 911	37 798	103 624	179 889	10 199	541 404	.	30 030	408	11 036	4 443	82
2007	939 988	37 385	102 083	177 394	10 287	574 156	.	22 829	408	10 928	4 443	75
2008 3.Vj.	955 678	40 316	105 361	177 594	9 415	579 713	701	26 980	438	10 644	4 443	74
4.Vj.	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	448	10 674	4 443	72
2009 1.Vj.	986 530	64 653	104 571	177 859	9 436	586 225	3 413	24 804	448	10 605	4 443	74
2.Vj.	1 032 813	95 758	113 060	174 146	9 490	599 898	3 185	21 634	448	10 680	4 443	72
3.Vj.	1 034 156	107 415	107 171	181 326	9 450	587 493	2 746	22 877	448	10 718	4 443	71
4.Vj.	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	448	10 700	4 442	70
Länder												
2004	448 672	1 282	179 620	228 644	3	39 122	.	1
2005	471 375	847	201 146	221 163	3	48 216	.	1
2006	481 850	36	216 665	209 270	2	55 876	.	1
2007	484 373	2 125	227 025	194 956	2	60 264	.	1
2008 3.Vj.	478 495	2 500	227 430	190 560	3	58 001	.	1
4.Vj.	483 875	4 075	231 577	179 978	3	68 241	.	1
2009 1.Vj.	492 771	5 661	236 599	184 415	6	66 090	.	1
2.Vj.	497 725	3 411	240 844	177 307	12	76 149	.	1
3.Vj.	501 092	2 711	239 661	180 349	12	78 358	.	1
4.Vj. p)	505 965	1 811	247 838	171 846	8	84 461	.	1
Gemeinden 12)												
2004	112 538	812	.	108 231	86	3 410	.	.
2005	116 033	466	.	111 889	77	3 601	.	.
2006	118 380	256	.	113 265	70	4 789	.	.
2007	115 920	256	.	111 803	66	3 796	.	.
2008 3.Vj.	113 163	256	.	109 042	65	3 800	.	.
4.Vj.	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009 1.Vj.	115 320	114	.	111 276	60	3 870	.	.
2.Vj.	115 769	114	.	111 725	60	3 870	.	.
3.Vj.	116 707	114	.	112 663	60	3 870	.	.
4.Vj. p)	118 260	219	.	114 111	60	3 870	.	.
Sondervermögen 7) 8) 9) 13)												
2004	57 250	.	4 538	9 685	.	34 355	.	8 274	8	389	.	.
2005	15 367	.	.	51	.	10 469	.	4 609	.	238	.	.
2006	14 556	.	.	51	.	10 368	.	3 950	.	188	.	.
2007	100	100
2008 3.Vj.
4.Vj.
2009 1.Vj.
2.Vj.
3.Vj.
4.Vj.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. — 1 Einschl. Finanzierungsschätze. — 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. — 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. — 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. — 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. — 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eigenen Bestand befindliche Stücke. — 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – ent-

sprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. — 8 Zum 1. Jan. 2005 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 9 Zum 1. Juli 2007 erfolgte eine Mitübernahme der Schulden des ERP-Sondervermögens durch den Bund. Das genannte Sondervermögen wird danach nur noch beim Bund ausgewiesen. — 10 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin). — 11 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. — 12 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt. — 13 ERP-Sondervermögen (bis einschl. Juni 2007), Fonds „Deutsche Einheit“ (bis einschl. 2004) und Entschädigungsfonds.

X. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2008			2009			2010						
	2007	2008	2009	2007	2008	2009	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2000=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	114,0	114,2	94,7	1,8	0,2	- 17,1	0,6	- 8,5	- 20,3	- 23,2	- 16,4	- 7,5	6,8
Baugewerbe	79,2	81,9	80,7	0,8	3,5	- 1,5	3,2	0,7	- 5,9	- 2,9	0,9	1,7	- 3,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)	112,5	114,3	107,7	2,9	1,5	- 5,8	1,6	- 1,5	- 6,6	- 7,5	- 5,7	- 3,3	- 0,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister 2)	115,6	117,5	115,6	4,8	1,6	- 1,6	1,4	0,2	- 1,3	- 2,2	- 2,0	- 0,9	0,9
Öffentliche und private Dienstleister 3)	106,6	108,6	110,1	2,1	1,9	1,4	2,1	2,0	0,7	1,1	1,4	2,2	2,3
Bruttowertschöpfung	110,5	112,0	105,8	2,9	1,4	- 5,5	1,5	- 2,0	- 6,9	- 7,9	- 5,3	- 2,0	2,2
Bruttoinlandsprodukt 4)	108,9	110,3	104,8	2,5	1,3	- 4,9	1,4	- 1,7	- 6,4	- 7,0	- 4,7	- 1,5	1,7
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	102,6	102,9	102,9	- 0,3	0,4	- 0,1	0,4	- 0,6	- 0,3	0,4	- 0,5	- 0,0	- 1,2
Konsumausgaben des Staates	104,8	107,0	110,6	1,7	2,1	3,4	2,2	2,3	3,4	3,4	4,0	2,7	2,4
Ausrüstungen	123,2	127,3	101,1	11,0	3,3	- 20,5	5,8	- 3,0	- 20,1	- 23,4	- 20,8	- 17,9	0,8
Bauten	86,2	88,4	87,4	0,0	2,6	- 1,1	2,7	0,3	- 5,7	- 3,0	1,2	2,5	- 3,1
Sonstige Anlagen 6)	135,9	143,2	150,3	6,5	5,3	4,9	5,6	4,7	4,4	4,5	5,3	5,5	6,0
Vorratsveränderungen 7) 8)	.	.	.	0,0	0,4	- 0,9	0,3	1,7	0,0	- 1,2	- 0,8	- 1,5	0,5
Inländische Verwendung	101,1	102,9	100,7	1,0	1,7	- 2,1	1,8	1,7	- 1,6	- 2,7	- 1,8	- 2,4	0,1
Außenbeitrag 8)	.	.	.	1,5	- 0,3	- 2,9	- 0,4	- 3,3	- 5,0	- 4,4	- 3,1	0,8	1,6
Exporte	164,0	168,7	144,3	7,5	2,9	- 14,5	4,2	- 5,7	- 16,9	- 20,1	- 15,5	- 4,8	7,5
Importe	141,1	147,1	133,1	4,8	4,3	- 9,5	5,8	1,2	- 8,0	- 12,9	- 10,1	- 7,1	4,2
Bruttoinlandsprodukt 4)	108,9	110,3	104,8	2,5	1,3	- 4,9	1,4	- 1,7	- 6,4	- 7,0	- 4,7	- 1,5	1,7
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben 5)	1 375,4	1 409,7	1 410,8	1,4	2,5	0,1	3,0	0,8	- 0,3	0,5	- 0,7	0,7	0,7
Konsumausgaben des Staates	435,6	451,8	473,5	2,2	3,7	4,8	3,8	3,6	5,3	4,7	5,9	3,5	3,6
Ausrüstungen	196,5	201,8	158,2	10,2	2,7	- 21,6	5,3	- 3,5	- 21,1	- 24,4	- 21,9	- 19,1	- 0,5
Bauten	231,5	245,0	244,4	6,3	5,8	- 0,2	6,4	3,4	- 3,5	- 2,1	1,1	3,0	- 2,8
Sonstige Anlagen 6)	27,5	27,9	27,3	3,4	1,6	- 2,2	1,6	0,7	- 2,5	- 2,3	- 2,3	- 1,7	0,8
Vorratsveränderungen 7)	- 10,0	3,9	- 18,2
Inländische Verwendung	2 256,5	2 340,1	2 296,0	2,9	3,7	- 1,9	4,3	3,0	- 1,1	- 2,5	- 1,7	- 2,1	1,5
Außenbeitrag	171,7	155,7	113,1
Exporte	1 139,5	1 179,4	979,3	8,0	3,5	- 17,0	5,3	- 5,5	- 19,0	- 23,1	- 18,5	- 6,5	8,9
Importe	967,8	1 023,7	866,2	4,9	5,8	- 15,4	9,4	- 0,1	- 13,0	- 19,1	- 17,6	- 11,5	5,3
Bruttoinlandsprodukt 4)	2 428,2	2 495,8	2 409,1	4,4	2,8	- 3,5	2,8	0,2	- 5,0	- 5,8	- 2,9	- 0,3	3,2
IV. Preise (2000 = 100)													
Privater Konsum	110,5	112,8	113,0	1,8	2,1	0,2	2,6	1,3	0,0	0,1	- 0,2	0,7	1,9
Bruttoinlandsprodukt	108,1	109,8	111,4	1,9	1,5	1,5	1,4	2,0	1,6	1,3	1,9	1,2	1,4
Terms of Trade	100,2	99,4	103,2	0,4	- 0,8	3,8	- 2,2	1,6	3,1	3,6	5,2	3,1	0,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 180,9	1 225,1	1 223,3	2,8	3,7	- 0,1	4,1	3,5	1,1	- 0,0	- 0,6	- 0,9	0,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	659,4	661,0	583,2	4,8	0,2	- 11,8	- 0,2	- 9,8	- 19,5	- 20,0	- 7,5	1,5	15,2
Volkseinkommen	1 840,3	1 886,0	1 806,6	3,5	2,5	- 4,2	2,5	- 0,9	- 6,8	- 7,1	- 3,1	- 0,2	5,6
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 477,7	2 537,0	2 444,0	4,4	2,4	- 3,7	2,7	- 0,4	- 5,3	- 5,7	- 3,2	- 0,5	3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2010. — 1 Einschl. Nachrichtenübermittlung. — 2 Kredit- und Versicherungsgewerbe, Grundstücks- wesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister. — 3 Einschl. Häusliche Dienste. — 4 Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit

Gütersubventionen). — 5 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbs- zweck. — 6 Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheber- rechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. — 7 Einschl. Nettozugang an Wert- sachen. — 8 Wachstumsbeitrag zum BIP.

X. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊)

Produzierendes Gewerbe	davon:											
	Bauhauptgewerbe	Energie	Industrie					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige				
			zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2005=100												
Gewicht in % 1)	100,00	5,56	8,76	85,69	33,96	35,37	2,78	13,58	12,15	10,82	12,48	12,34
Zeit												
2005	99,7	99,5	100,1	99,6	99,7	99,6	99,7	99,6	99,6	99,8	99,5	99,6
2006	105,4	105,8	101,0	105,8	107,1	106,0	107,3	101,7	107,3	112,9	107,5	102,6
2007	111,6	108,9	98,2	113,1	114,6	114,9	108,4	105,8	114,0	124,4	119,4	109,7
2008	111,5	108,3	95,6	113,4	114,2	116,8	104,0	104,4	114,4	128,8	124,5	104,5
2009	93,8	108,2	90,1	93,2	93,2	90,8	87,6	100,7	87,4	100,8	92,3	82,0
2008 Juli	113,2	122,7	89,0	115,0	119,2	116,7	95,0	104,3	118,5	131,2	126,5	104,9
Aug.	106,0	117,5	85,7	107,3	113,9	103,8	90,0	103,5	112,8	125,9	113,7	84,2
Sept.	117,6	125,2	89,6	120,0	119,2	125,8	115,7	107,7	119,9	135,9	129,4	113,9
Okt.	115,7	123,2	98,0	117,1	117,4	119,2	113,3	111,6	117,6	133,0	125,9	104,4
Nov.	112,1	116,9	97,5	113,3	108,8	119,6	111,8	108,7	109,4	133,5	126,5	100,9
Dez.	95,5	84,9	99,8	95,7	82,6	107,6	84,7	99,6	80,1	109,7	136,3	61,6
2009 Jan.	86,8	58,9	105,0	86,7	87,3	81,3	85,3	99,8	83,0	96,2	87,4	67,5
Febr.	85,7	67,5	92,2	86,3	86,6	82,8	85,1	95,0	82,0	96,4	90,2	65,9
März	96,4	104,3	91,7	96,3	93,5	97,1	92,8	102,1	87,1	103,9	104,1	84,5
April	88,5	117,6	82,2	87,3	87,1	83,3	83,6	98,7	80,8	91,3	87,0	70,3
Mai	91,4	117,7	80,9	90,8	90,5	88,9	83,3	98,0	83,7	93,7	89,3	83,5
Juni	96,0	123,8	85,2	95,3	94,6	95,7	83,9	98,4	88,4	98,6	95,2	91,1
Juli	94,0	126,2	85,8	92,7	95,4	88,5	80,1	99,7	87,6	99,1	86,1	83,6
Aug.	88,4	122,0	81,8	86,9	92,6	78,0	74,4	98,2	84,8	96,2	78,7	65,1
Sept.	102,8	129,1	84,5	102,9	101,9	103,0	99,4	105,7	95,8	109,1	102,5	103,2
Okt.	101,5	126,1	93,6	100,7	103,1	96,4	98,4	106,5	96,7	111,9	90,2	97,8
Nov.	103,2	121,2	95,7	102,8	103,0	100,7	102,6	107,7	99,2	113,8	93,5	99,8
Dez.	90,4	83,9	103,0	89,6	82,7	93,6	82,7	98,1	79,3	99,6	103,4	71,3
2010 Jan. x)	88,9	49,4	110,4	89,2	94,3	81,1	88,7	97,4	87,2	98,8	77,5	82,3
Febr. x)	90,4	55,4	99,8	91,8	94,9	88,2	91,4	93,8	89,9	102,4	82,3	91,7
März x) p)	104,7	107,0	98,0	105,3	107,9	103,7	98,8	104,4	103,6	114,1	100,6	108,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2005	+ 3,0	- 5,4	+ 0,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 5,0	+ 0,1	+ 3,9	+ 1,4	+ 8,8	+ 5,1	+ 4,1
2006	+ 5,7	+ 6,3	+ 0,9	+ 6,2	+ 7,4	+ 6,4	+ 7,6	+ 2,1	+ 7,7	+ 13,1	+ 8,0	+ 3,0
2007	+ 5,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 6,9	+ 7,0	+ 8,4	+ 1,0	+ 4,0	+ 6,2	+ 10,2	+ 11,1	+ 6,9
2008	- 0,1	- 0,6	- 2,6	+ 0,3	- 0,3	+ 1,7	- 4,1	- 1,3	+ 0,4	+ 3,5	+ 4,3	- 4,7
2009	- 15,9	- 0,1	- 5,8	- 17,8	- 18,4	- 22,3	- 15,8	- 3,5	- 23,6	- 21,7	- 25,9	- 21,5
2008 Juli	- 0,1	- 2,9	- 2,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,3	- 6,1	- 1,0	+ 1,8	+ 4,1	+ 3,6	- 6,6
Aug.	+ 1,4	+ 0,7	- 5,8	+ 2,1	+ 2,7	+ 3,7	- 2,9	- 2,5	+ 3,3	+ 6,3	+ 5,6	+ 0,7
Sept.	- 1,5	- 1,4	- 4,4	- 1,2	- 1,8	+ 0,5	- 5,8	- 3,9	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 6,6
Okt.	- 3,7	- 2,4	- 5,0	- 3,6	- 3,7	- 3,9	- 6,6	- 1,8	- 3,2	- 2,7	- 1,0	- 12,4
Nov.	- 7,2	- 1,1	- 9,6	- 7,4	- 9,4	- 6,9	- 7,5	- 3,5	- 10,0	- 5,1	- 2,5	- 17,3
Dez.	- 11,4	- 4,0	- 9,0	- 12,0	- 18,9	- 9,6	- 14,9	- 2,0	- 20,6	- 11,5	- 0,5	- 31,6
2009 Jan.	- 18,4	- 24,9	+ 0,2	- 20,0	- 22,3	- 24,2	- 16,3	- 2,9	- 25,8	- 21,6	- 19,4	- 35,3
Febr.	- 21,7	- 20,6	- 5,8	- 23,0	- 24,1	- 28,1	- 20,7	- 5,2	- 28,4	- 23,4	- 22,0	- 43,5
März	- 20,3	+ 4,0	- 12,8	- 22,3	- 25,7	- 24,3	- 21,0	- 6,4	- 31,6	- 26,1	- 22,1	- 32,2
April	- 22,5	+ 6,4	- 17,6	- 24,7	- 26,8	- 30,1	- 21,9	- 2,8	- 32,6	- 28,4	- 29,8	- 39,7
Mai	- 17,7	+ 2,9	- 12,8	- 19,4	- 22,8	- 22,2	- 14,1	- 2,6	- 28,9	- 25,8	- 25,2	- 21,6
Juni	- 17,5	+ 2,7	- 2,2	- 19,8	- 21,4	- 23,3	- 21,1	- 4,1	- 28,0	- 26,3	- 29,1	- 20,6
Juli	- 17,0	+ 2,9	- 3,6	- 19,4	- 20,0	- 24,2	- 15,7	- 4,4	- 26,1	- 24,5	- 31,9	- 20,3
Aug.	- 16,6	+ 3,8	- 4,6	- 19,0	- 18,7	- 24,9	- 17,3	- 5,1	- 24,8	- 23,6	- 30,8	- 22,7
Sept.	- 12,6	+ 3,1	- 5,7	- 14,3	- 14,5	- 18,1	- 14,1	- 1,9	- 20,1	- 19,7	- 20,8	- 9,4
Okt.	- 12,3	+ 2,4	- 4,5	- 14,0	- 12,2	- 19,1	- 13,2	- 4,6	- 17,8	- 15,9	- 28,4	- 6,3
Nov.	- 7,9	+ 3,7	- 1,8	- 9,3	- 5,3	- 15,8	- 8,2	- 0,9	- 9,3	- 14,8	- 26,1	- 1,1
Dez.	- 5,3	- 1,2	+ 3,2	- 6,4	+ 0,1	- 13,0	- 2,4	- 1,5	- 1,0	- 9,2	- 24,1	+ 15,7
2010 Jan. x)	+ 2,4	- 16,1	+ 5,1	+ 2,9	+ 8,0	- 0,2	+ 4,0	- 2,4	+ 5,1	+ 2,7	- 11,3	+ 21,9
Febr. x)	+ 5,5	- 17,9	+ 8,2	+ 6,4	+ 9,6	+ 6,5	+ 7,4	- 1,3	+ 9,6	+ 6,2	- 8,8	+ 39,2
März x) p)	+ 8,6	+ 2,6	+ 6,9	+ 9,3	+ 15,4	+ 6,8	+ 6,5	+ 2,3	+ 18,9	+ 9,8	- 3,4	+ 28,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. — ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden

Gewerbes im Basisjahr 2005. — x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung.

X. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊)

Zeit	Industrie		davon:						davon:			
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2005=100	Verände- rung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2005	99,7	+ 6,5	99,7	+ 5,6	99,7	+ 7,3	99,8	+ 5,6	99,7	- 1,5	99,8	+ 8,1
2006	110,7	+ 11,0	113,9	+ 14,2	109,4	+ 9,7	105,3	+ 5,5	108,4	+ 8,7	104,3	+ 4,5
2007	123,1	+ 11,2	125,2	+ 9,9	123,2	+ 12,6	111,9	+ 6,3	110,3	+ 1,8	112,5	+ 7,9
2008	115,5	- 6,2	121,2	- 3,2	112,9	- 8,4	108,1	- 3,4	103,5	- 6,2	109,7	- 2,5
2009	87,5	- 24,2	89,3	- 26,3	85,2	- 24,5	94,8	- 12,3	88,5	- 14,5	96,9	- 11,7
2009 März	89,1	- 34,2	86,5	- 37,9	89,5	- 34,0	98,2	- 16,4	88,5	- 24,0	101,4	- 13,8
April	79,8	- 35,5	82,2	- 36,1	77,1	- 37,7	87,5	- 15,2	80,5	- 24,3	89,8	- 12,0
Mai	83,0	- 31,6	84,1	- 35,0	81,4	- 31,6	89,1	- 12,3	82,9	- 18,5	91,2	- 10,3
Juni	89,7	- 26,4	91,7	- 29,5	88,2	- 25,8	90,8	- 13,2	87,7	- 18,1	91,9	- 11,4
Juli	90,2	- 23,8	91,7	- 28,5	88,2	- 21,8	97,7	- 12,1	85,7	- 12,4	101,8	- 11,9
Aug.	83,9	- 24,3	87,7	- 25,7	80,1	- 24,4	92,9	- 16,2	76,0	- 20,7	98,6	- 15,1
Sept.	95,3	- 16,3	97,6	- 20,0	92,9	- 14,6	101,8	- 9,2	110,6	- 3,7	98,7	- 11,2
Okt.	92,0	- 12,6	98,1	- 14,6	86,9	- 11,8	99,2	- 9,2	101,0	- 8,7	98,6	- 9,4
Nov.	96,8	- 1,5	101,0	- 1,5	93,6	- 1,0	99,7	- 6,4	99,4	- 4,1	99,7	- 7,2
Dez.	89,5	+ 4,8	87,3	+ 4,8	91,4	+ 6,3	87,0	- 4,0	86,9	+ 5,7	87,0	- 6,9
2010 Jan.	97,5	+ 20,1	104,8	+ 22,9	92,5	+ 20,9	98,9	+ 3,2	93,5	+ 11,4	100,8	+ 1,0
Febr.	98,5	+ 24,5	103,8	+ 32,7	94,6	+ 22,7	100,9	+ 3,2	94,1	+ 19,4	103,2	+ 1,1
März ◊)	113,2	+ 27,0	119,2	+ 37,8	110,0	+ 22,9	107,6	+ 9,6	107,1	+ 21,0	107,8	+ 6,3
aus dem Inland												
2005	99,7	+ 3,4	99,7	+ 4,0	99,6	+ 2,8	99,7	+ 4,2	99,7	- 3,2	99,7	+ 6,7
2006	109,0	+ 9,3	113,3	+ 13,6	106,4	+ 6,8	103,4	+ 3,7	111,0	+ 11,3	100,9	+ 1,2
2007	118,7	+ 8,9	124,7	+ 10,1	115,8	+ 8,8	107,0	+ 3,5	109,6	- 1,3	106,1	+ 5,2
2008	113,1	- 4,7	121,8	- 2,3	107,5	- 7,2	103,9	- 2,9	107,1	- 2,3	102,9	- 3,0
2009	88,0	- 22,2	89,9	- 26,2	86,5	- 19,5	87,4	- 15,9	89,9	- 16,1	86,6	- 15,8
2009 März	90,1	- 31,0	85,8	- 38,6	93,7	- 25,5	90,7	- 20,0	88,8	- 25,6	91,3	- 18,0
April	81,4	- 32,6	82,0	- 36,7	81,1	- 31,0	80,3	- 18,8	80,1	- 27,2	80,4	- 15,6
Mai	84,2	- 27,7	83,3	- 35,5	85,4	- 21,9	81,6	- 15,8	83,3	- 18,8	81,0	- 14,8
Juni	87,6	- 26,8	90,9	- 30,8	85,9	- 24,3	82,0	- 18,3	85,7	- 20,6	80,8	- 17,5
Juli	94,2	- 19,6	92,7	- 28,9	96,6	- 10,7	87,8	- 16,5	84,9	- 17,0	88,8	- 16,2
Aug.	86,8	- 22,5	89,6	- 26,9	84,1	- 19,0	88,8	- 17,7	81,9	- 14,2	91,0	- 18,8
Sept.	93,1	- 18,9	97,6	- 20,8	88,3	- 18,7	98,4	- 10,5	121,9	+ 1,1	90,7	- 14,8
Okt.	92,7	- 13,1	101,2	- 11,8	85,8	- 14,2	90,7	- 14,0	103,7	- 9,5	86,4	- 15,8
Nov.	95,1	- 1,9	103,9	+ 2,6	88,6	- 3,9	89,6	- 12,8	97,4	- 12,3	87,0	- 13,0
Dez.	84,5	+ 2,1	87,5	+ 7,9	82,8	- 0,6	79,4	- 9,4	82,6	- 3,6	78,3	- 11,2
2010 Jan.	96,3	+ 12,1	105,0	+ 21,5	90,3	+ 6,5	88,8	- 1,4	86,8	- 1,6	89,5	- 1,3
Febr.	94,7	+ 17,5	103,3	+ 32,6	88,3	+ 8,5	89,5	+ 0,3	86,0	+ 7,5	90,6	- 1,7
März ◊)	109,7	+ 21,8	119,8	+ 39,6	103,7	+ 10,7	95,9	+ 5,7	99,7	+ 12,3	94,7	+ 3,7
aus dem Ausland												
2005	99,7	+ 9,6	99,8	+ 7,8	99,7	+ 10,9	99,8	+ 7,2	99,6	+ 0,3	99,8	+ 9,8
2006	112,2	+ 12,5	114,6	+ 14,8	111,5	+ 11,8	107,5	+ 7,7	105,7	+ 6,1	108,1	+ 8,3
2007	126,8	+ 13,0	125,7	+ 9,7	128,5	+ 15,2	117,3	+ 9,1	111,0	+ 5,0	119,5	+ 10,5
2008	117,6	- 7,3	120,6	- 4,1	116,7	- 9,2	112,6	- 4,0	99,9	- 10,0	117,1	- 2,0
2009	87,0	- 26,0	88,6	- 26,5	84,3	- 27,8	102,8	- 8,7	87,1	- 12,8	108,3	- 7,5
2009 März	88,2	- 37,0	87,2	- 37,1	86,5	- 39,4	106,2	- 12,8	88,1	- 22,4	112,6	- 9,7
April	78,4	- 38,0	82,5	- 35,3	74,3	- 42,0	95,2	- 11,7	81,0	- 21,0	100,2	- 8,7
Mai	82,0	- 34,7	85,0	- 34,3	78,6	- 37,5	97,2	- 8,9	82,5	- 18,1	102,4	- 6,0
Juni	91,5	- 26,0	92,6	- 28,0	89,8	- 26,9	100,3	- 8,1	89,7	- 15,5	104,1	- 5,5
Juli	86,7	- 27,3	90,6	- 28,0	82,2	- 29,1	108,4	- 7,7	86,6	- 7,2	116,1	- 8,0
Aug.	81,3	- 26,0	85,5	- 24,3	77,2	- 28,3	97,3	- 14,8	70,0	- 27,2	107,0	- 11,4
Sept.	97,3	- 14,0	97,5	- 19,2	96,1	- 11,8	105,4	- 7,9	99,2	- 9,0	107,6	- 7,6
Okt.	91,4	- 12,2	94,5	- 17,8	87,6	- 10,1	108,4	- 4,2	98,2	- 7,8	112,0	- 3,1
Nov.	98,3	- 1,3	97,6	- 6,1	97,2	+ 1,1	110,6	+ 0,1	101,4	+ 5,4	113,8	- 1,6
Dez.	93,9	+ 7,1	87,0	+ 1,5	97,4	+ 10,8	95,3	+ 1,6	91,3	+ 16,0	96,7	- 2,4
2010 Jan.	98,6	+ 27,7	104,5	+ 24,3	94,1	+ 33,1	109,8	+ 7,6	100,2	+ 26,0	113,2	+ 3,0
Febr.	101,8	+ 30,8	104,4	+ 33,0	99,0	+ 33,8	113,3	+ 5,8	102,3	+ 31,8	117,2	- 0,3
März ◊)	116,2	+ 31,7	118,5	+ 35,9	114,4	+ 32,3	120,2	+ 13,2	114,6	+ 30,1	122,3	+ 8,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. — ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

X. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
			zusammen	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	Veränderung gegen Vorjahr	
2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	2005 = 100	%	
2006	105,1	+ 5,2	106,6	+ 6,7	104,3	+ 4,4	109,6	+ 9,7	101,7	+ 1,7	103,5	+ 3,7	109,0	+ 9,1	101,6	+ 1,7
2007	113,9	+ 8,4	112,5	+ 5,5	98,5	- 5,6	123,2	+ 12,4	108,5	+ 6,7	115,4	+ 11,5	120,7	+ 10,7	113,7	+ 11,9
2008	113,4	- 0,4	114,7	+ 2,0	94,4	- 4,2	127,9	+ 3,8	116,7	+ 7,6	112,0	- 2,9	123,3	+ 2,2	111,4	- 2,0
2009	107,4	- 5,3	100,7	- 12,2	94,2	- 0,2	100,7	- 21,3	115,5	- 1,0	114,4	+ 2,1	104,9	- 14,9	115,5	+ 3,7
2009 Febr.	76,9	- 13,3	74,9	- 20,3	70,0	- 13,3	74,5	- 28,2	87,3	- 4,4	79,0	- 4,9	78,1	- 21,7	78,7	- 2,7
März	113,3	- 12,0	109,1	- 15,8	95,6	- 10,1	114,4	- 16,1	121,7	- 24,0	117,8	- 7,8	111,5	- 13,7	122,8	- 10,8
April	113,5	- 5,6	101,7	- 21,0	105,2	+ 13,9	98,1	- 37,2	105,5	- 11,2	125,9	+ 13,2	101,8	- 25,2	128,9	+ 11,2
Mai	115,8	- 2,7	106,6	- 5,8	96,4	- 0,7	105,9	- 14,6	132,1	+ 16,2	125,5	+ 0,5	111,2	- 9,8	128,7	+ 3,9
Juni	130,0	- 4,2	110,4	- 19,7	108,3	- 2,2	104,7	- 34,1	134,5	+ 6,2	150,3	+ 12,3	119,2	- 17,8	150,0	+ 9,7
Juli	123,7	- 7,1	109,9	- 8,4	107,8	+ 3,8	106,3	- 17,1	126,4	- 1,6	138,2	- 5,9	112,0	- 13,9	142,3	- 4,2
Aug.	118,4	+ 2,1	110,4	- 2,6	97,3	+ 4,0	116,2	- 8,0	120,8	+ 5,8	126,7	+ 6,6	117,3	- 6,5	128,5	+ 10,7
Sept.	123,2	- 6,1	115,8	- 14,9	109,9	- 3,1	110,8	- 26,2	146,0	+ 4,4	130,8	+ 3,7	116,0	- 17,1	136,0	+ 4,7
Okt.	109,2	± 0,0	104,1	- 5,2	103,0	+ 9,7	101,7	- 12,6	114,5	- 7,7	114,5	+ 5,3	109,5	- 9,4	111,4	+ 6,9
Nov.	90,6	- 1,9	93,1	- 2,8	89,6	+ 1,1	92,8	- 11,7	102,3	+ 26,6	88,0	- 1,0	96,7	- 8,4	84,9	+ 5,2
Dez.	99,0	+ 5,8	99,2	- 0,5	89,1	+ 12,1	97,3	- 7,7	128,2	+ 1,3	98,8	+ 13,3	101,8	- 5,7	100,3	+ 17,9
2010 Jan.	71,2	- 5,2	69,7	- 4,3	56,0	- 2,8	75,2	- 11,6	82,4	+ 24,7	72,7	- 6,1	79,0	- 5,4	69,8	- 5,7
Febr.	90,9	+ 18,2	87,4	+ 16,7	76,2	+ 8,9	88,1	+ 18,3	110,2	+ 26,2	94,5	+ 19,6	90,6	+ 16,0	97,4	+ 23,8

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte

Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	
	insgesamt		darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):													
			Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2005 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2005	99,9	+ 1,8	99,9	+ 1,2	100,0	+ 3,0	100,0	+ 2,0	100,0	+ 7,8	99,9	- 1,9	99,9	+ 4,6	99,5	+ 1,5
2006 3)	101,0	+ 1,1	100,3	+ 0,4	100,1	+ 0,1	102,4	+ 2,4	102,3	+ 2,3	103,4	+ 3,5	102,1	+ 2,2	106,8	+ 7,3
2007 3)	99,4	- 1,6	99,0	- 1,3	99,5	- 0,6	103,6	+ 1,2	110,1	+ 7,6	98,5	- 4,7	104,2	+ 2,1	100,7	- 5,7
2008	101,5	+ 2,1	98,9	- 0,1	100,7	+ 1,2	104,7	+ 1,1	116,3	+ 5,6	99,7	+ 1,2	107,1	+ 2,8	95,8	- 4,9
2009 4)	99,0	- 2,5	97,1	- 1,8	99,4	- 1,3	104,3	- 0,4	117,1	+ 0,7	98,6	- 1,1	109,9	+ 2,6	96,9	+ 1,1
2009 März 4)	100,6	- 1,5	98,8	- 0,6	101,3	- 1,7	101,4	+ 4,2	112,4	- 4,3	104,3	- 2,9	110,1	+ 3,6	117,5	+ 7,5
April	101,2	+ 0,4	98,4	+ 0,5	102,4	+ 0,5	113,4	+ 6,6	94,4	- 9,7	106,4	+ 3,4	110,0	+ 3,1	109,7	+ 4,8
Mai	99,1	- 2,6	96,4	- 1,8	103,1	+ 1,3	103,2	- 8,3	94,5	- 4,7	100,0	- 1,7	106,7	+ 3,7	104,8	+ 2,3
Juni	94,4	- 3,0	91,9	- 2,3	97,0	- 1,2	95,7	+ 0,3	102,3	- 3,3	94,8	- 0,9	106,0	+ 2,0	105,5	+ 4,2
Juli	97,8	- 2,1	96,2	- 0,5	98,1	- 1,6	103,4	+ 2,8	106,3	+ 1,5	98,8	+ 1,1	111,4	+ 2,9	100,2	+ 2,2
Aug.	95,3	- 4,3	93,4	- 3,2	99,6	- 0,2	93,3	- 5,7	105,8	+ 0,2	95,4	- 1,3	106,2	+ 3,3	89,9	+ 1,9
Sept.	96,4	- 4,6	94,5	- 3,3	95,1	- 2,6	111,0	- 4,7	109,5	+ 1,0	98,0	- 0,9	107,0	+ 1,2	94,1	+ 0,2
Okt.	103,3	- 2,1	101,1	- 1,3	99,3	- 3,4	127,8	+ 7,5	124,3	+ 4,0	105,3	+ 0,8	112,1	+ 2,1	98,2	+ 0,2
Nov.	102,7	- 2,9	101,2	- 2,6	99,1	- 3,1	104,8	- 4,1	137,6	+ 5,4	106,9	- 0,1	116,5	+ 5,1	91,3	- 1,9
Dez.	119,1	- 0,9	117,4	- 1,4	116,9	+ 0,3	131,3	+ 1,6	192,3	+ 6,1	106,5	- 0,7	127,2	+ 2,4	80,4	- 3,1
2010 Jan.	90,0	- 1,3	88,4	- 1,8	92,2	+ 1,1	86,8	- 0,3	121,9	- 1,5	82,8	- 0,4	105,6	+ 0,2	70,9	- 6,2
Febr.	87,5	+ 0,3	85,4	- 0,1	90,1	+ 0,7	78,2	- 0,6	104,6	+ 2,4	84,5	+ 1,4	103,4	+ 3,3	75,7	- 20,6
März	100,3	- 0,3	97,2	- 1,6	100,1	- 1,2	106,7	+ 5,2	112,9	+ 0,4	107,3	+ 2,9	111,6	+ 1,4	99,0	- 15,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. — * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. — o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. — 1 In Verkaufsräumen. — 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. — 3 Im Januar 2006 und Januar 2007 Erweiterung des Berichts-

kreises um Neuzugänge; Berichtskreisprünge durch Verkettung ausgeschaltet. — 4 Ergebnisse ab Januar 2009 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

X. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)			Arbeitnehmer 1)		Beschäftigte 2)		Kurz- arbeiter 5)	Beschäftigte in Beschäftigung schaffenden Maß- nahmen 6) 7)	Personen in be- ruflicher Weiter- bildung 7)	Arbeitslose 7)		Arbeits- losenquote 7) 8) %	Offene Stellen 7) Tsd		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr		Tsd	Ver- ände- rung gegen Vorjahr %	Tsd	Bergbau und Verar- beiten- des Ge- werbe 3)				Bau- haupt- gewerbe 4)	Tsd			Ver- änderung gegen Vorjahr Tsd	Arbeits- losenquote 7) 8) %
		%	Tsd													
Deutschland																
2007	39 724	+ 1,7	+ 650	35 288	+ 1,7	5 158	714	68	43	149	3 777	- 711	9,0 ⁹⁾	621		
2008	40 277	+ 1,4	+ 553	35 845	+ 1,6	5 276	706	102	40	171	3 268	- 509	7,8	569		
2009	40 267 ^{r)}	± 0,0 ^{r)}	- 10 ^{r)}	35 854 ^{r)}	+ 0,0 ^{r)}	5 134	705	1 143	16	216	3 423	+ 155	8,2	486		
2009 April	40 132	+ 0,2	+ 82			5 159	705	1 518	20	215	3 585	+ 171	8,6	495		
Mai	40 215	+ 0,0	+ 17	35 769	+ 0,2	5 132	708	1 534	17	229	3 458	+ 175	8,2	490		
Juni	40 255	- 0,1	- 39			5 114	715	1 433	15	228	3 410	+ 250	8,1	484		
Juli	40 223	- 0,2	- 70			5 094	716	1 236	13	213	3 462	+ 252	8,2	484		
Aug.	40 273 ^{r)}	- 0,2 ^{r)}	- 75 ^{r)}	35 916 ^{r)}	- 0,2 ^{r)}	5 090	723	1 050	11	201	3 472	+ 276	8,3	486		
Sept.	40 540 ^{r)}	- 0,3 ^{r)}	- 116 ^{r)}			5 099	726	1 074	9	218	3 346	+ 266	8,0	486		
Okt.	40 661 ^{r)}	- 0,4 ^{r)}	- 181 ^{r)}			5 074	717	1 084	7	231	3 229	+ 232	7,7	479		
Nov.	40 627 ^{r)}	- 0,4 ^{r)}	- 169 ^{r)}	36 171 ^{r)}	- 0,4 ^{r)}	5 059	714	976	6	234	3 215	+ 227	7,6	465		
Dez.	40 430 ^{r)}	- 0,3 ^{r)}	- 125 ^{r)}			5 035	701	890	5	226	3 276	+ 173	7,8	461		
2010 Jan.	39 805 ^{r)}	- 0,3 ^{r)}	- 119 ^{r)}			4 971	673	...	4	207	3 617	+ 129	8,6	457		
Febr.	39 804 ^{r)}	- 0,3 ^{r)}	- 127 ^{r)}	35 451	- 0,3	4 971	667	...	4 ¹²⁾	207	3 643	+ 91	8,7	480		
März	39 908 ¹³⁾	- 0,2 ¹³⁾	- 86 ¹³⁾			4 968	4 ¹²⁾	212	3 568	- 18	8,5	503		
April	3 ¹²⁾	217	3 406	- 178	8,1	517		
Westdeutschland^{o)}																
2007	4 560	529	52	9	103	2 486	- 521	7,5 ⁹⁾	489		
2008	4 651	527	80	7	118	2 145	- 341	6,4	455		
2009	4 517	.	980	4	150	2 320	+ 176	6,9	375		
2009 April	4 540	.	1 318	5	151	2 400	+ 184	7,2	378		
Mai	4 515	.	1 332	4	162	2 334	+ 194	6,9	371		
Juni	4 498	.	1 244	4	161	2 319	+ 245	6,9	370		
Juli	4 480	.	1 070	4	151	2 368	+ 248	7,0	372		
Aug.	4 478	.	893	3	141	2 389	+ 281	7,1	374		
Sept.	4 485	.	926	3	151	2 307	+ 265	6,9	376		
Okt.	4 462	.	935	2	157	2 229	+ 239	6,6	372		
Nov.	4 448	.	845	2	158	2 216	+ 230	6,6	362		
Dez.	4 427	.	757	2	151	2 248	+ 189	6,7	362		
2010 Jan.	4 370	1	137	2 470	+ 163	7,4	353		
Febr.	4 367	1 ¹²⁾	138	2 482	+ 134	7,4	370		
März	4 363	1 ¹²⁾	142	2 428	+ 49	7,2	389		
April	1 ¹²⁾	147	2 329	- 70	6,9	402		
Ostdeutschland^{o)}																
2007	597	185	16	33	46	1 291	- 190	15,1 ⁹⁾	133		
2008	625	179	21	33	53	1 123	- 167	13,1	113		
2009	617	.	152	13	66	1 103	- 20	13,0	110		
2009 April	620	.	184	16	64	1 185	- 13	13,9	117		
Mai	617	.	186	13	67	1 124	- 19	13,3	119		
Juni	616	.	175	11	66	1 091	+ 5	12,9	113		
Juli	614	.	155	9	61	1 094	+ 4	12,9	112		
Aug.	612	.	148	8	60	1 082	- 5	12,8	112		
Sept.	614	.	140	7	68	1 040	+ 1	12,3	109		
Okt.	612	.	141	5	73	1 000	- 7	11,8	107		
Nov.	611	.	126	4	76	1 000	- 3	11,8	103		
Dez.	608	.	128	3	75	1 027	- 16	12,1	99		
2010 Jan.	601	2	70	1 148	- 34	13,5	104		
Febr.	603	2 ¹²⁾	69	1 162	- 42	13,7	111		
März	604	2 ¹²⁾	69	1 140	- 67	13,5	115		
April	2 ¹²⁾	69	1 077	- 108	12,7	115		

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. — * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; Jahreswerte: Eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. — o Ohne West-Berlin. — + Einschl. West-Berlin. — 1 Inlandskonzept; Durchschnitte. — 2 Einschl. tätiger Inhaber; Monatswerte: Endstände. — 3 Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten. — 4 Die Ergebnisse beziehen sich auf Betriebe der WZ 2008-Positionen 41.2, 42, 43.1 und 43.9. — 5 Anzahl innerhalb eines Monats; Ergebnisse für Deutschland enthalten ab Januar 2009 Angaben aus Betriebsmeldungen, die regional nicht zugeordnet werden können. — 6 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM); bis Dezember 2008 ein-

schl. Beschäftigte in Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). — 7 Stand zur Monatsmitte. — 8 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. — 9 Ab Januar 2007 werden Stellenangebote für Saisonbeschäftigten nur noch dann erfasst, wenn sie auf nicht-namentlichen Anforderungen des Arbeitgebers basieren. — 10 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. — 11 Ab Mai 2009 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. — 12 Auf Basis bisher eingegangener Meldungen hochgerechnete Angaben der Bundesagentur für Arbeit. — 13 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

X. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex							Baupreis- index 2)	Index der Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte im Inlands- absatz 4)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Pro- dukte 4)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 5)	
	insgesamt	davon:					Ausfuhr				Einfuhr	Energie 6)	sonstige Rohstoffe 7)	
		Nah- rungs- mittel	andere Ver- u. Ge- brauchs- güter ohne Energie 1) 2)	Energie 1)	Dienstlei- stungen ohne Wohnungs- mieten 3)	Wohnungs- mieten 3)								
	2005 = 100									2000 = 100	2005 = 100		2000 = 100	
	Indexstand													
2005	8) 100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	8) 100,0	98,8	100,0	100,0	139,5	105,4	
2006	9) 101,6	101,9	100,3	108,5	101,0	101,1	102,4	9) 105,4	107,1	101,8	104,4	163,9	131,5	
2007	10)11) 103,9	105,9	101,7	112,8	103,9	102,2	109,3	106,8	118,2	103,0	105,1	166,6	143,7	
2008	106,6	112,7	102,5	123,6	105,8	103,5	113,0	112,7	121,2	104,8	109,9	217,1	150,3	
2009	107,0	111,2	103,9	116,9	107,4	104,6	114,4	108,0	102,6	102,5	100,5	144,5	124,3	
2008 Juni	107,0	113,1	102,3	129,3	105,3	103,5		113,3	126,4	105,5	113,6	278,3	162,8	
Juli	107,6	113,4	101,8	131,0	107,1	103,6		115,5	127,0	106,0	114,3	279,8	160,6	
Aug.	107,3	112,9	102,2	127,1	107,0	103,7	114,0	114,9	124,1	105,9	113,6	254,8	156,4	
Sept.	107,2	112,6	102,9	127,9	105,9	103,8		115,2	119,8	105,8	112,7	232,7	150,8	
Okt.	107,0	112,8	103,2	124,9	105,6	103,9		115,2	115,1	105,1	109,1	180,2	133,3	
Nov.	106,5	112,0	103,1	119,9	105,6	104,0	114,0	113,3	110,7	104,3	106,0	142,7	126,9	
Dez.	106,8	112,7	103,0	114,8	108,3	104,0		112,4	107,7	103,1	102,2	107,3	114,6	
2009 Jan.	106,3	113,3	102,7	117,4	106,0	104,1		111,1	105,7	102,9	101,5	112,8	114,9	
Febr.	106,9	113,3	103,4	117,4	107,1	104,3	114,4	110,5	106,5	102,9	101,3	112,1	116,2	
März	106,8	112,8	103,7	116,0	106,7	104,4		109,7	104,4	102,5	100,7	118,8	113,8	
April	106,8	112,3	103,9	116,2	106,8	104,5		108,2	103,3	102,4	99,9	125,8	120,1	
Mai	106,7	111,7	103,7	116,8	106,7	104,5	114,2	108,2	102,9	102,3	99,9	139,6	123,2	
Juni	107,1	112,1	103,9	119,1	106,9	104,6		108,1	103,7	102,4	100,3	160,7	125,8	
Juli	107,1	110,7	103,3	116,0	108,8	104,7		106,5	103,3	102,2	99,4	150,1	123,9	
Aug.	107,3	109,5	103,8	118,2	108,7	104,8	114,4	107,0	102,1	102,5	100,7	163,2	131,3	
Sept.	106,9	109,2	104,4	116,4	107,3	104,8		106,5	100,6	102,4	99,8	152,0	126,4	
Okt.	107,0	109,0	104,7	116,2	107,3	104,9		106,5	100,4	102,4	100,3	161,7	127,9	
Nov.	106,9	109,5	104,2	116,9	106,9	105,0	114,4	106,6	103,4	102,5	100,7	168,6	130,6	
Dez.	107,8	110,4	104,5	115,9	109,5	105,1		106,5	104,6	102,7	101,2	166,6	138,0	
2010 Jan.	107,1	111,7	103,7	118,5	106,9	105,2		107,3	104,6	103,3	102,9	178,4	143,6	
Febr.	107,5	112,0	104,1	117,5	107,7	105,3	114,5	107,3	105,7	103,7	103,9	179,5	144,5	
März	108,0	113,1	104,5	120,6	107,9	105,5		108,0	p) 105,3	104,5	105,7	191,7	151,0	
April	107,9	114,0	104,5	122,2	106,7	105,6		108,9	206,9	172,1	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2005	8) + 1,5	- 0,2	+ 0,5	+ 9,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	8) + 4,4	- 0,9	+ 0,9	+ 3,4	+ 37,6	+ 9,4	
2006	9) + 1,6	+ 1,9	+ 0,3	+ 8,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,4	9) + 5,4	+ 8,4	+ 1,8	+ 4,4	+ 17,5	+ 24,8	
2007	10)11) + 2,3	+ 3,9	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,9	+ 1,1	+ 6,7	+ 1,3	+ 10,4	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,6	+ 9,3	
2008	+ 2,6	+ 6,4	+ 0,8	+ 9,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 2,5	+ 1,7	+ 4,6	+ 30,3	+ 4,6	
2009	+ 0,4	- 1,3	+ 1,4	- 5,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,2	- 4,2	- 15,3	- 2,2	- 8,6	+ 33,4	- 17,3	
2008 Juni	+ 3,3	+ 7,6	+ 0,9	+ 14,6	+ 1,7	+ 1,3		+ 6,2	+ 11,7	+ 2,2	+ 7,9	+ 69,4	+ 9,6	
Juli	+ 3,3	+ 8,0	+ 0,6	+ 15,1	+ 1,8	+ 1,3		+ 8,2	+ 7,8	+ 2,6	+ 8,3	+ 62,0	+ 9,8	
Aug.	+ 3,1	+ 7,4	+ 1,1	+ 13,0	+ 1,7	+ 1,2	+ 4,0	+ 7,7	+ 1,9	+ 2,6	+ 8,3	+ 52,8	+ 10,5	
Sept.	+ 2,9	+ 6,4	+ 1,1	+ 12,2	+ 1,5	+ 1,3		+ 7,9	- 5,4	+ 2,5	+ 7,0	+ 31,2	+ 5,5	
Okt.	+ 2,4	+ 4,3	+ 1,0	+ 9,8	+ 1,5	+ 1,3		+ 7,3	- 10,9	+ 1,8	+ 2,8	- 3,4	- 7,4	
Nov.	+ 1,4	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 4,7	- 15,0	+ 1,1	- 0,7	- 29,4	- 7,7	
Dez.	+ 1,1	+ 2,1	+ 0,8	- 0,9	+ 1,8	+ 1,2		+ 4,0	- 17,7	± 0,0	- 4,1	- 46,2	- 17,1	
2009 Jan.	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	- 0,8	+ 1,6	+ 1,1		+ 2,0	- 19,3	- 0,9	- 5,6	- 43,9	- 25,0	
Febr.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	- 1,2	+ 1,7	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,9	- 19,1	- 1,2	- 6,7	- 46,8	- 28,8	
März	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,2	- 4,5	+ 0,9	+ 1,2		- 0,5	- 20,6	- 1,7	- 7,5	- 45,1	- 29,1	
April	+ 0,7	- 0,6	+ 1,3	- 5,2	+ 2,5	+ 1,2		- 2,7	- 18,5	- 2,0	- 9,0	- 44,1	- 23,8	
Mai	± 0,0	- 1,2	+ 1,3	- 8,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	- 3,6	- 18,0	- 2,7	- 10,9	- 46,1	- 22,8	
Juni	+ 0,1	- 0,9	+ 1,6	- 7,9	+ 1,5	+ 1,1		- 4,6	- 18,0	- 2,9	- 11,7	- 42,3	- 22,7	
Juli	- 0,5	- 2,4	+ 1,5	- 11,5	+ 1,6	+ 1,1		- 7,8	- 18,7	- 3,6	- 13,0	- 46,4	- 22,9	
Aug.	± 0,0	- 3,0	+ 1,6	- 7,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,4	- 6,9	- 17,7	- 3,2	- 11,4	- 35,9	- 16,0	
Sept.	- 0,3	- 3,0	+ 1,5	- 9,0	+ 1,3	+ 1,0		- 7,6	- 16,0	- 3,2	- 11,4	- 34,7	- 16,2	
Okt.	± 0,0	- 3,4	+ 1,5	- 7,0	+ 1,6	+ 1,0		- 7,6	- 12,8	- 2,6	- 8,1	- 10,3	- 4,1	
Nov.	+ 0,4	- 2,2	+ 1,1	- 2,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 5,9	- 6,6	- 1,7	- 5,0	+ 18,1	+ 2,9	
Dez.	+ 0,9	- 2,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1		- 5,2	- 2,9	- 0,4	- 1,0	+ 55,3	+ 20,4	
2010 Jan.	+ 0,8	- 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1		- 3,4	- 1,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 58,2	+ 25,0	
Febr.	+ 0,6	- 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1	- 2,9	- 0,8	+ 0,8	+ 2,6	+ 60,1	+ 24,4	
März	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 4,0	+ 1,1	+ 1,1		- 1,5	p) + 0,9	+ 2,0	+ 5,0	+ 61,4	+ 32,7	
April	+ 1,0	+ 1,5	+ 0,6	+ 5,2	- 0,1	+ 1,1		+ 0,6	+ 64,5	+ 43,3	

Quelle: Statistisches Bundesamt; für den Index der Weltmarktpreise: HWWI. — 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. — 2 Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — 3 Nettomieten. — 4 Ohne Mehrwertsteuer. — 5 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. — 6 Kohle und Rohöl. — 7 Nahrungs- und

Genussmittel sowie Industrierohstoffe. — 8 Ab September 2005 Anhebung der Tabaksteuer. — 9 Ab Oktober 2006 Erhöhung der Preise für Tabakwaren. — 10 Ab Januar 2007 Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16% auf 19%. — 11 Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern.

X. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2002	908,2	0,7	591,9	0,3	367,7	3,9	959,6	1,7	1 402,8	1,0	139,3	6,4	9,9
2003	908,3	0,0	589,0	- 0,5	378,3	2,9	967,2	0,8	1 431,8	2,1	147,2	5,6	10,3
2004	914,6	0,7	603,3	2,4	378,2	- 0,0	981,5	1,5	1 454,5	1,6	151,4	2,9	10,4
2005	912,1	- 0,3	602,4	- 0,2	378,6	0,1	981,0	- 0,1	1 481,0	1,8	155,6	2,7	10,5
2006	926,2	1,6	604,7	0,4	378,1	- 0,1	982,8	0,2	1 516,2	2,4	160,0	2,8	10,5
2007	957,8	3,4	623,0	3,0	372,8	- 1,4	995,9	1,3	1 541,1	1,6	165,7	3,6	10,8
2008	995,8	4,0	642,7	3,2	374,4	0,4	1 017,1	2,1	1 588,2	3,1	178,5	7,7	11,2
2009	992,2	- 0,4	638,9	- 0,6	403,4	7,7	1 042,3	2,5	1 591,2	0,2	180,4	1,0	11,3
2008 4.Vj.	275,6	3,5	176,3	2,4	93,2	0,8	269,5	1,8	402,2	1,3	40,5	6,9	10,1
2009 1.Vj.	232,8	0,8	149,1	- 0,4	98,8	4,4	247,9	1,5	396,4	0,0	59,3	1,5	15,0
2.Vj.	239,8	- 0,4	151,0	- 0,7	101,6	9,0	252,5	2,9	395,9	0,5	42,0	- 0,1	10,6
3.Vj.	246,4	- 0,8	163,4	- 0,8	102,4	9,8	265,8	3,0	393,9	- 0,4	38,3	2,2	9,7
4.Vj.	273,2	- 0,9	175,5	- 0,5	100,6	7,9	276,1	2,4	404,9	0,7	40,8	0,6	10,1
2010 1.Vj.	234,8	0,9	153,6	3,0	103,1	4,4	256,8	3,6	400,4	1,0	60,9	2,8	15,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2010. — * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. — 1 Inländerkonzept. — 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. — 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. — 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene

monetäre Sozialleistungen. — 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. — 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	2000 = 100	% gegen Vorjahr	
2002	104,7	2,6	104,5	2,6	104,5	2,2	104,4	2,2	103,2	1,3
2003	106,7	2,0	106,6	2,0	106,7	2,1	106,9	2,4	104,5	1,3
2004	107,9	1,1	108,0	1,3	108,1	1,3	108,6	1,6	105,1	0,6
2005	108,9	0,9	109,1	1,1	109,1	0,9	109,8	1,0	105,4	0,3
2006	109,9	1,0	110,5	1,2	110,0	0,8	110,7	0,9	106,4	0,9
2007	111,2	1,2	111,9	1,3	111,6	1,5	112,3	1,5	108,1	1,6
2008	114,3	2,8	115,1	2,8	114,9	3,0	115,9	3,2	110,5	2,3
2009	116,9	2,3	117,8	2,3	117,9	2,6	119,0	2,7	110,2	- 0,3
2008 4.Vj.	129,0	3,6	129,9	3,6	129,2	2,9	116,7	3,2	120,7	2,1
2009 1.Vj.	108,3	3,1	109,1	3,1	108,9	2,7	117,9	2,8	104,0	0,1
2.Vj.	109,0	2,8	109,8	2,8	110,0	2,8	118,9	2,8	106,7	- 0,6
3.Vj.	119,6	2,1	120,5	2,1	120,5	2,6	119,4	2,6	109,5	- 0,4
4.Vj.	130,9	1,5	131,8	1,5	132,0	2,2	119,8	2,6	120,5	- 0,2
2010 1.Vj.	110,2	1,8	111,0	1,8	111,2	2,2	120,5	2,2	105,3	1,3
2009 Sept.	110,4	3,2	111,2	3,2	110,5	2,6	119,6	2,6	.	.
Okt.	109,5	2,7	110,4	2,7	110,6	2,7	119,8	2,7	.	.
Nov.	171,0	2,0	172,3	2,0	172,6	1,8	119,8	2,6	.	.
Dez.	112,0	- 0,5	112,8	- 0,5	112,9	2,2	119,9	2,6	.	.
2010 Jan.	110,0	1,0	110,8	1,1	111,2	2,5	120,4	2,5	.	.
Febr.	110,2	2,4	111,1	2,4	111,2	2,2	120,4	2,2	.	.
März	110,4	2,0	111,2	2,0	111,4	1,8	120,6	1,8	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. — 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld,

Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). — 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2010.

XI. Außenwirtschaft
1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2007	2008	2009	2009				2010	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr.
A. Leistungsbilanz	+ 13 493	- 153 805	- 55 800	- 21 954	- 3 579	+ 6 967	+ 9 498	- 14 743	- 5 161
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 518 025	1 580 431	1 290 061	312 468	322 518	347 605	114 022	100 156	111 702
Einfuhr (fob)	1 470 068	1 599 530	1 250 520	298 500	308 722	328 214	108 149	107 514	106 377
Saldo	+ 47 958	- 19 096	+ 39 540	+ 13 967	+ 13 797	+ 19 391	+ 5 873	- 7 358	+ 5 325
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	494 918	517 570	471 050	114 790	124 034	121 839	44 220	35 073	34 265
Ausgaben	445 275	476 182	439 659	107 914	111 867	111 260	39 342	34 252	32 614
Saldo	+ 49 639	+ 41 388	+ 31 393	+ 6 876	+ 12 167	+ 10 579	+ 4 878	+ 821	+ 1 651
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 2 931	- 76 560	- 37 997	- 25 516	- 6 707	- 2 815	- 512	- 1 137	+ 1 181
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	91 023	88 467	92 798	21 012	14 329	31 657	16 294	10 350	9 507
eigene Leistungen	178 055	188 001	181 532	38 292	37 165	51 845	17 035	17 419	22 825
Saldo	- 87 034	- 99 536	- 88 732	- 17 280	- 22 835	- 20 188	- 741	- 7 069	- 13 317
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 5 015	+ 9 765	+ 7 993	+ 2 151	+ 1 419	+ 2 968	+ 1 381	+ 1 712	+ 897
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 10 669	+ 163 207	+ 45 375	+ 10 881	- 12 621	- 3 774	- 8 063	+ 14 488	+ 7 160
1. Direktinvestitionen	- 73 696	- 198 689	- 95 743	+ 348	- 23 713	- 7 776	+ 2 661	- 3 107	+ 175
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 476 544	- 323 796	- 314 371	- 87 186	- 61 954	- 62 794	- 15 266	- 5 751	- 14 158
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 402 850	+ 125 111	+ 218 629	+ 87 535	+ 38 242	+ 55 018	+ 17 927	+ 2 644	+ 14 333
2. Wertpapieranlagen	+ 151 493	+ 344 074	+ 317 897	+ 70 803	+ 78 154	+ 63 099	+ 61 052	- 718	+ 10 700
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 438 456	+ 10 201	- 74 160	- 61 192	- 45 568	- 37 969	+ 6 383	- 30 869	- 8 440
Aktien	- 64 685	+ 103 949	- 46 571	- 9 496	- 39 551	- 35 795	- 8 907	+ 2 908	- 3 586
Anleihen	- 290 454	- 96 736	- 29 346	- 32 134	- 27 392	- 25 097	- 580	- 14 485	- 5 258
Geldmarktpapiere	- 83 318	+ 2 986	+ 1 756	- 19 563	+ 21 375	+ 22 923	+ 15 870	- 19 292	+ 404
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 589 949	+ 333 873	+ 392 059	+ 131 996	+ 123 724	+ 101 068	+ 54 669	+ 30 151	+ 19 140
Aktien	+ 167 969	- 107 113	+ 139 838	+ 48 265	+ 89 453	+ 50 366	+ 57 184	+ 18 254	+ 4 885
Anleihen	+ 362 509	+ 236 328	+ 134 163	+ 37 386	- 19 242	+ 42 437	+ 6 829	+ 2 056	+ 10 600
Geldmarktpapiere	+ 59 468	+ 204 657	+ 118 056	+ 46 344	+ 53 512	+ 8 264	- 9 344	+ 9 841	+ 3 655
3. Finanzderivate	- 63 743	- 62 476	+ 39 906	+ 22 879	- 4 528	+ 5 779	+ 4 104	+ 5 100	- 989
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 19 637	+ 83 677	- 221 160	- 81 742	- 62 863	- 64 789	- 75 046	+ 11 742	+ 922
Eurosysteem	+ 67 582	+ 290 011	- 229 338	- 96 302	- 36 784	- 22 254	- 11 251	- 2 376	+ 4 579
Staat	+ 6 835	+ 16 413	- 16 388	+ 1 175	+ 720	- 10 493	- 14 134	+ 4 042	+ 5 306
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 78 364	- 130 518	+ 60 144	+ 8 422	+ 4 109	- 76 719	- 68 911	+ 2 810	+ 23 616
langfristig	- 112 471	- 227 007	- 27 863	- 32 792	+ 7 576	+ 16 430	+ 13 150	+ 10 946	- 16 429
kurzfristig	+ 190 835	+ 96 490	+ 88 006	+ 41 216	- 3 467	- 93 151	- 82 062	- 8 135	+ 40 045
Unternehmen und Privatpersonen	- 172 415	- 92 229	- 35 576	+ 4 964	- 30 909	+ 44 677	+ 19 250	+ 7 265	- 32 579
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosystems (Zunahme: -)	- 5 087	- 3 381	+ 4 473	- 1 407	+ 328	- 88	- 834	+ 1 470	- 3 648
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	- 7 839	- 19 169	+ 2 431	+ 8 922	+ 14 781	- 6 160	- 2 815	- 1 457	- 2 896

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XI. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
(Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)		
Mio DM											
1996	- 21 086	+ 98 538	- 4 941	- 64 743	+ 1 052	- 50 991	- 3 283	+ 24 290	+ 1 882	+ 79	
1997	- 17 336	+ 116 467	- 7 875	- 68 692	- 4 740	- 52 496	+ 52	+ 6 671	+ 6 640	+ 10 613	
1998	- 28 696	+ 126 970	- 8 917	- 75 053	- 18 635	- 53 061	+ 1 289	+ 25 683	- 7 128	+ 1 724	
1999	- 49 241	+ 127 542	- 15 947	- 90 036	- 22 325	- 48 475	- 301	- 20 332	+ 24 517	+ 69 874	
2000	- 68 913	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 302	- 54 666	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 11 294	
2001	+ 830	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 21 382	- 52 526	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 22 994	
Mio €											
1999	- 25 177	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 11 415	- 24 785	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 35 726	
2000	- 35 235	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 335	- 27 950	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 775	
2001	+ 424	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 10 932	- 26 856	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 11 757	
2002	+ 42 973	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 019	- 27 517	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 313	
2003	+ 40 917	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 067	- 28 283	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 529	
2004	+ 102 833	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 20 431	- 27 849	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 19 717	
2005	+ 114 630	+ 158 179	- 14 057	- 25 677	+ 24 896	- 28 712	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 16 374	
2006	+ 150 106	+ 159 048	- 12 888	- 13 740	+ 44 893	- 27 206	- 258	- 174 133	+ 2 934	+ 24 285	
2007	+ 185 137	+ 195 348	- 9 907	- 11 603	+ 43 506	- 32 206	+ 110	- 219 502	+ 953	+ 34 254	
2008	+ 166 963	+ 178 297	- 12 618	- 7 031	+ 42 617	- 34 303	- 209	- 198 730	- 2 008	+ 31 976	
2009	+ 119 225	+ 136 081	- 9 226	- 9 437	+ 33 797	- 31 991	- 186	- 137 777	+ 3 200	+ 18 739	
2007 2.Vj.	+ 40 990	+ 48 183	- 2 343	- 1 448	+ 1 743	- 5 145	+ 358	- 73 559	- 1 359	+ 32 210	
3.Vj.	+ 41 438	+ 50 181	- 2 718	- 9 013	+ 12 382	- 9 393	+ 299	- 24 575	- 347	- 17 162	
4.Vj.	+ 55 775	+ 48 745	- 2 182	+ 502	+ 15 175	- 6 466	- 687	- 73 457	+ 653	+ 18 369	
2008 1.Vj.	+ 48 581	+ 50 934	- 3 561	+ 77	+ 13 387	- 12 255	+ 502	- 64 083	- 1 165	+ 15 000	
2.Vj.	+ 43 797	+ 53 167	- 2 818	- 2 425	+ 1 470	- 5 597	+ 245	- 61 132	- 889	+ 17 090	
3.Vj.	+ 35 091	+ 40 225	- 2 873	- 6 331	+ 13 301	- 9 231	- 299	- 18 169	+ 1 630	+ 16 623	
4.Vj.	+ 39 494	+ 33 972	- 3 365	+ 1 649	+ 14 458	- 7 219	- 658	- 55 346	- 1 584	+ 16 509	
2009 1.Vj.	+ 22 555	+ 27 506	- 2 711	- 1 274	+ 11 949	- 12 916	+ 25	+ 4 139	+ 321	- 26 719	
2.Vj.	+ 23 403	+ 31 686	- 2 048	- 2 620	- 93	- 3 522	+ 290	- 45 176	+ 41	+ 21 483	
3.Vj.	+ 25 788	+ 32 816	- 2 291	- 7 293	+ 10 714	- 8 159	- 42	- 15 578	+ 2 269	- 10 168	
4.Vj.	+ 47 479	+ 44 073	- 2 176	+ 1 751	+ 11 226	- 7 395	- 459	- 81 162	+ 569	+ 34 143	
2010 1.Vj. p)	+ 31 684	+ 37 844	- 2 445	- 1 516	+ 11 189	- 13 388	+ 292	- 9 132	- 651	- 22 844	
2007 Okt.	+ 17 183	+ 18 851	- 824	- 2 169	+ 4 859	- 3 533	- 13	- 34 810	+ 309	+ 17 639	
Nov.	+ 20 112	+ 19 423	- 759	+ 327	+ 4 752	- 3 631	- 224	- 27 378	+ 339	+ 7 491	
Dez.	+ 18 480	+ 10 472	- 599	+ 2 344	+ 5 564	+ 699	- 450	- 11 269	+ 5	- 6 761	
2008 Jan.	+ 14 847	+ 17 063	- 1 081	- 672	+ 3 458	- 3 920	+ 438	- 4 667	- 311	- 10 618	
Febr.	+ 16 196	+ 17 103	- 1 528	+ 817	+ 4 920	- 5 117	+ 214	- 29 183	- 349	+ 12 773	
März	+ 17 538	+ 16 768	- 952	- 68	+ 5 010	- 3 219	- 150	- 30 233	- 504	+ 12 845	
April	+ 15 765	+ 19 035	- 918	+ 44	- 287	- 2 109	- 140	- 11 569	- 1 089	- 4 056	
Mai	+ 8 741	+ 14 371	- 1 040	- 1 827	- 2 228	- 535	+ 406	- 26 656	+ 913	+ 17 509	
Juni	+ 19 291	+ 19 761	- 860	- 642	+ 3 985	- 2 953	- 21	- 22 907	- 713	+ 3 637	
Juli	+ 11 269	+ 14 139	- 919	- 3 006	+ 4 066	- 3 011	- 127	+ 1 300	+ 1 225	- 12 442	
Aug.	+ 8 075	+ 10 813	- 1 082	- 2 647	+ 4 356	- 3 365	- 50	- 7 407	- 82	- 618	
Sept.	+ 15 747	+ 15 273	- 873	- 677	+ 4 878	- 2 854	- 122	- 12 062	+ 487	- 3 563	
Okt.	+ 14 379	+ 16 666	- 1 008	- 1 836	+ 4 696	- 4 139	- 201	- 22 465	- 3 373	+ 8 286	
Nov.	+ 9 800	+ 9 967	- 1 737	+ 578	+ 4 833	- 3 841	- 85	- 10 041	- 269	+ 326	
Dez.	+ 15 315	+ 7 339	- 621	+ 2 907	+ 4 930	+ 761	- 371	- 22 841	+ 2 058	+ 7 897	
2009 Jan.	+ 3 185	+ 7 083	- 955	- 2 121	+ 3 348	- 4 170	- 52	+ 22 428	+ 2 245	- 25 561	
Febr.	+ 7 073	+ 8 873	- 901	+ 239	+ 4 008	- 5 147	- 86	- 435	- 271	- 6 552	
März	+ 12 297	+ 11 550	- 855	+ 608	+ 4 593	- 3 599	+ 163	- 17 854	- 1 652	+ 5 394	
April	+ 6 039	+ 9 657	- 538	+ 329	- 553	- 2 856	+ 314	- 8 857	- 590	+ 2 504	
Mai	+ 4 630	+ 9 688	- 781	- 172	- 3 221	- 883	+ 99	- 7 034	+ 342	+ 2 305	
Juni	+ 12 734	+ 12 341	- 728	- 2 777	+ 3 681	+ 217	- 123	- 29 286	+ 288	+ 16 675	
Juli	+ 10 632	+ 14 309	- 991	- 3 674	+ 3 536	- 2 548	- 56	+ 1 178	- 92	- 11 753	
Aug.	+ 5 166	+ 8 069	- 731	- 2 759	+ 3 556	- 2 969	- 10	- 6 902	+ 743	+ 1 745	
Sept.	+ 9 990	+ 10 438	- 569	- 860	+ 3 622	- 2 642	+ 24	- 9 854	+ 1 618	- 160	
Okt.	+ 10 981	+ 13 447	- 247	- 1 167	+ 3 846	- 4 898	- 235	- 23 637	- 651	+ 12 892	
Nov.	+ 16 643	+ 17 191	- 1 197	+ 688	+ 3 805	- 3 844	+ 89	- 23 727	+ 1 522	+ 6 995	
Dez.	+ 19 856	+ 13 435	- 733	+ 2 230	+ 3 576	+ 1 348	- 313	- 33 798	- 302	+ 14 255	
2010 Jan.	+ 4 398	+ 8 014	- 882	- 1 885	+ 3 504	- 4 353	+ 82	+ 21 599	- 55	- 26 079	
Febr.	+ 9 261	+ 12 654	- 316	- 407	+ 3 657	- 6 328	+ 432	- 14 925	- 782	+ 5 232	
März p)	+ 18 026	+ 17 176	- 1 247	+ 775	+ 4 028	- 2 706	- 222	- 15 807	+ 187	- 1 997	

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. — 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische

Rechnung und Absetzung der Rückwaren. — 3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. — 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapalexport: - . — 5 Zunahme: - .

XI. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2007	2008	2009	2009			2010		
					Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März [§]
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	965 236	984 140	803 476	74 131	73 355	69 228	63 823	70 028	85 615
	Einfuhr	769 887	805 842	667 395	60 684	56 164	55 793	55 809	57 373	68 439
	Saldo	+ 195 348	+ 178 297	+ 136 081	+ 13 447	+ 17 191	+ 13 435	+ 8 014	+ 12 654	+ 17 176
I. Europäische Länder	Ausfuhr	726 518	733 092	593 030	54 095	52 420	49 076	47 017	50 287	...
	Einfuhr	541 650	567 062	475 403	43 316	38 831	39 141	38 248	41 111	...
	Saldo	+ 184 867	+ 166 031	+ 117 627	+ 10 780	+ 13 589	+ 9 935	+ 8 769	+ 9 176	...
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	623 837	622 637	508 395	46 342	43 890	41 902	40 735	43 088	...
	Einfuhr	449 691	460 887	392 637	36 149	32 163	32 381	31 453	34 214	...
	Saldo	+ 174 147	+ 161 750	+ 115 758	+ 10 193	+ 11 727	+ 9 521	+ 9 282	+ 8 874	...
EWU-Länder (16)	Ausfuhr	421 570	419 597	347 943	31 522	30 096	28 773	27 899	29 590	...
	Einfuhr	307 188	315 052	268 205	24 515	21 783	21 979	21 425	23 252	...
	Saldo	+ 114 383	+ 104 545	+ 79 738	+ 7 007	+ 8 314	+ 6 794	+ 6 474	+ 6 338	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	55 397	55 230	46 808	4 211	4 023	3 939	3 738	4 109	...
	Einfuhr	39 455	39 959	32 092	2 916	2 696	2 607	2 490	2 617	...
	Saldo	+ 15 942	+ 15 271	+ 14 717	+ 1 295	+ 1 327	+ 1 332	+ 1 248	+ 1 492	...
Frankreich	Ausfuhr	91 665	93 718	81 941	7 543	7 067	6 875	6 781	7 056	...
	Einfuhr	62 873	63 369	54 559	5 197	3 847	4 175	4 629	4 728	...
	Saldo	+ 28 792	+ 30 349	+ 27 382	+ 2 346	+ 3 220	+ 2 700	+ 2 153	+ 2 328	...
Italien	Ausfuhr	64 499	62 015	51 050	4 633	4 633	4 190	4 093	4 348	...
	Einfuhr	44 694	46 842	39 684	3 525	3 275	3 102	2 848	3 219	...
	Saldo	+ 19 805	+ 15 173	+ 11 367	+ 1 108	+ 1 358	+ 1 088	+ 1 245	+ 1 128	...
Niederlande	Ausfuhr	62 948	65 799	54 142	4 628	4 311	4 496	4 313	4 629	...
	Einfuhr	61 951	67 971	58 044	5 139	4 761	5 253	4 816	5 297	...
	Saldo	+ 997	- 2 172	- 3 902	- 510	- 450	- 757	- 503	- 668	...
Österreich	Ausfuhr	52 813	54 689	48 235	4 312	4 205	3 745	3 702	3 877	...
	Einfuhr	32 091	33 180	29 084	2 702	2 539	2 347	2 257	2 440	...
	Saldo	+ 20 722	+ 21 509	+ 19 151	+ 1 610	+ 1 667	+ 1 398	+ 1 445	+ 1 437	...
Spanien	Ausfuhr	47 631	42 676	31 296	3 011	2 846	2 647	2 610	2 706	...
	Einfuhr	20 687	20 701	19 257	1 727	1 564	1 462	1 592	1 858	...
	Saldo	+ 26 944	+ 21 975	+ 12 040	+ 1 284	+ 1 282	+ 1 185	+ 1 018	+ 848	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	202 267	203 040	160 451	14 820	13 794	13 129	12 836	13 498	...
	Einfuhr	142 503	145 836	124 432	11 634	10 380	10 402	10 028	10 963	...
	Saldo	+ 59 764	+ 57 204	+ 36 020	+ 3 185	+ 3 413	+ 2 727	+ 2 808	+ 2 536	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	69 760	64 175	53 156	4 798	4 441	4 430	4 447	4 611	...
	Einfuhr	41 966	41 646	33 174	3 045	2 492	2 756	2 679	2 916	...
	Saldo	+ 27 794	+ 22 529	+ 19 982	+ 1 753	+ 1 948	+ 1 674	+ 1 768	+ 1 695	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	102 680	110 455	84 636	7 753	8 530	7 174	6 282	7 199	...
	Einfuhr	91 960	106 174	82 766	7 166	6 668	6 760	6 795	6 897	...
	Saldo	+ 10 721	+ 4 281	+ 1 869	+ 587	+ 1 862	+ 414	- 513	+ 302	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	36 373	39 027	35 324	3 243	3 666	2 899	2 865	3 126	...
	Einfuhr	29 822	31 299	28 071	2 414	2 407	2 071	2 280	2 244	...
	Saldo	+ 6 551	+ 7 728	+ 7 252	+ 828	+ 1 259	+ 829	+ 585	+ 882	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	237 139	249 199	213 841	19 911	20 806	20 068	16 797	19 724	...
	Einfuhr	227 569	238 500	197 924	17 314	17 276	16 601	17 560	16 260	...
	Saldo	+ 9 570	+ 11 150	+ 15 917	+ 2 598	+ 3 530	+ 3 467	- 763	+ 3 464	...
1. Afrika	Ausfuhr	17 575	19 636	17 200	1 705	1 568	1 616	1 286	1 518	...
	Einfuhr	16 457	20 661	14 211	1 038	1 399	1 261	1 246	1 080	...
	Saldo	+ 1 118	- 1 024	+ 2 990	+ 667	+ 169	+ 355	+ 41	+ 438	...
2. Amerika	Ausfuhr	100 769	101 866	77 903	7 382	7 830	6 450	5 804	6 811	...
	Einfuhr	71 276	73 884	60 909	5 024	5 013	4 913	5 221	4 544	...
	Saldo	+ 29 493	+ 27 982	+ 16 993	+ 2 358	+ 2 816	+ 1 537	+ 583	+ 2 266	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	73 327	71 428	53 835	4 865	5 393	4 339	3 839	4 459	...
	Einfuhr	45 993	46 464	39 915	3 178	3 311	3 285	3 352	2 870	...
	Saldo	+ 27 334	+ 24 965	+ 13 920	+ 1 687	+ 2 083	+ 1 054	+ 487	+ 1 588	...
3. Asien	Ausfuhr	111 691	120 102	111 653	10 203	10 606	11 385	9 142	10 679	...
	Einfuhr	136 411	140 585	120 096	11 034	10 652	10 234	10 932	10 436	...
	Saldo	- 24 721	- 20 483	- 8 443	- 831	- 46	+ 1 151	- 1 790	+ 242	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	23 709	27 498	23 334	1 941	2 158	2 696	1 714	2 033	...
	Einfuhr	6 444	7 943	5 492	407	480	639	448	458	...
	Saldo	+ 17 265	+ 19 555	+ 17 841	+ 1 534	+ 1 679	+ 2 057	+ 1 266	+ 1 576	...
Japan	Ausfuhr	13 022	12 732	10 787	944	1 034	965	1 005	977	...
	Einfuhr	24 381	23 130	18 116	1 605	1 587	1 492	1 556	1 424	...
	Saldo	- 11 359	- 10 398	- 7 329	- 661	- 554	- 527	- 551	- 447	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	29 902	34 065	36 460	3 449	3 539	3 410	3 121	4 010	...
	Einfuhr	56 417	60 825	55 447	5 282	5 229	4 794	5 011	4 817	...
	Saldo	- 26 515	- 26 760	- 18 988	- 1 834	- 1 690	- 1 384	- 1 890	- 807	...
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	32 284	32 572	28 309	2 755	2 725	2 773	2 395	2 623	...
	Einfuhr	35 357	33 152	27 756	2 609	2 395	2 311	2 817	2 435	...
	Saldo	- 3 073	- 580	+ 553	+ 146	+ 330	+ 462	- 423	+ 188	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	7 104	7 595	7 085	622	802	617	564	717	...
	Einfuhr	3 425	2 920	2 707	218	212	192	162	199	...
	Saldo	+ 3 679	+ 4 674	+ 4 378	+ 404	+ 590	+ 425	+ 403	+ 517	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. Ab Januar 2007 ohne

Reparatur- und Wartungsvorgänge. — 2 Ohne Hongkong. — 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan und Thailand.

XI. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland,
Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbseinkommen 5)	Vermögenseinkommen (Kapitalerträge)
	insgesamt	Reiseverkehr 1)	Transport 2)	Finanzdienstleistungen	Patente und Lizenzen	Regierungsleistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	darunter: Entgelte für selbstständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbeserungen			
2005	- 25 677	- 36 317	+ 6 379	+ 1 622	- 1 203	+ 3 688	+ 153	- 1 638	+ 3 086	- 1 285	+ 26 182	
2006	- 13 740	- 32 771	+ 5 723	+ 2 232	- 1 895	+ 3 736	+ 9 235	- 1 790	+ 3 980	- 773	+ 45 666	
2007	- 11 603	- 34 324	+ 6 770	+ 2 886	- 2 192	+ 3 309	+ 11 947	- 1 977	+ 3 089	+ 342	+ 43 163	
2008	- 7 031	- 34 644	+ 8 312	+ 4 067	- 1 715	+ 2 351	+ 14 598	- 1 583	+ 3 059	+ 523	+ 42 094	
2009	- 9 437	- 33 073	+ 6 877	+ 3 941	- 357	+ 2 315	+ 10 861	- 1 164	+ 2 165	+ 344	+ 34 142	
2008 3.Vj.	- 6 331	- 14 729	+ 2 261	+ 887	- 605	+ 648	+ 5 208	- 322	+ 943	- 372	+ 13 674	
4.Vj.	+ 1 649	- 5 221	+ 2 197	+ 1 600	- 183	+ 542	+ 2 713	- 501	+ 748	+ 189	+ 14 269	
2009 1.Vj.	- 1 274	- 5 431	+ 2 260	+ 921	- 994	+ 615	+ 1 355	- 342	+ 311	+ 677	+ 11 273	
2.Vj.	- 2 620	- 8 667	+ 1 855	+ 697	- 343	+ 644	+ 3 193	- 254	+ 467	+ 269	- 362	
3.Vj.	- 7 293	- 13 362	+ 1 325	+ 732	+ 103	+ 577	+ 3 332	- 276	+ 585	- 720	+ 11 435	
4.Vj.	+ 1 751	- 5 613	+ 1 437	+ 1 591	+ 877	+ 478	+ 2 981	- 291	+ 802	- 570	+ 11 796	
2010 1.Vj.	- 1 516	- 5 465	+ 1 433	+ 905	- 13	+ 586	+ 1 038	- 261	+ 414	+ 812	+ 10 377	
2009 Mai	- 172	- 2 790	+ 643	+ 253	+ 27	+ 209	+ 1 487	- 76	- 83	+ 87	- 3 308	
Juni	- 2 777	- 3 914	+ 482	+ 48	- 153	+ 211	+ 548	- 87	+ 366	+ 86	+ 3 595	
Juli	- 3 674	- 5 015	+ 525	+ 267	- 117	+ 164	+ 502	- 108	+ 304	- 247	+ 3 783	
Aug.	- 2 759	- 4 825	+ 416	+ 254	+ 249	+ 210	+ 937	- 95	+ 136	- 237	+ 3 793	
Sept.	- 860	- 3 522	+ 385	+ 211	- 30	+ 203	+ 1 893	- 73	+ 145	- 236	+ 3 858	
Okt.	- 1 167	- 3 617	+ 466	+ 373	- 80	+ 154	+ 1 537	- 67	+ 374	- 224	+ 4 069	
Nov.	+ 688	- 1 235	+ 517	+ 314	+ 368	+ 183	+ 541	- 102	+ 153	- 215	+ 4 020	
Dez.	+ 2 230	- 760	+ 454	+ 904	+ 588	+ 141	+ 903	- 121	+ 275	- 132	+ 3 707	
2010 Jan.	- 1 885	- 1 872	+ 361	+ 303	- 560	+ 154	- 271	- 81	+ 136	+ 250	+ 3 255	
Febr.	- 407	- 1 597	+ 475	+ 289	+ 397	+ 213	- 184	- 70	+ 111	+ 270	+ 3 387	
März	+ 775	- 1 997	+ 597	+ 314	+ 150	+ 219	+ 1 493	- 110	+ 166	+ 292	+ 3 736	

1 Ergebnisse ab Januar 2001 mit größerer Unsicherheit behaftet. — 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. — 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen für Wa-

renlieferungen und Dienstleistungen. — 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. — 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom
Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Öffentlich 1)					Privat 1)		
	Insgesamt	zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Überweisungen der Gastarbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemeinschaften				
2005	- 28 712	- 17 588	- 16 264	- 14 687	- 1 324	- 11 124	- 2 926	- 8 198
2006	- 27 206	- 14 496	- 14 902	- 13 348	+ 406	- 12 710	- 2 927	- 9 783
2007	- 32 206	- 16 752	- 18 659	- 16 876	+ 1 908	- 15 454	- 2 997	- 12 458
2008	- 34 303	- 17 907	- 19 611	- 17 536	+ 1 704	- 16 395	- 3 079	- 13 316
2009	- 31 991	- 17 750	- 17 921	- 15 581	+ 171	- 14 241	- 2 995	- 11 247
2008 3.Vj.	- 9 231	- 5 054	- 4 415	- 3 998	- 639	- 4 176	- 770	- 3 407
4.Vj.	- 7 219	- 3 034	- 2 045	- 1 582	- 989	- 4 185	- 770	- 3 415
2009 1.Vj.	- 12 916	- 9 286	- 8 689	- 7 827	- 597	- 3 629	- 749	- 2 881
2.Vj.	- 3 522	+ 351	- 2 109	- 1 630	+ 2 460	- 3 873	- 749	- 3 124
3.Vj.	- 8 159	- 5 019	- 4 288	- 3 766	- 731	- 3 140	- 749	- 2 392
4.Vj.	- 7 395	- 3 796	- 2 834	- 2 358	- 962	- 3 599	- 749	- 2 850
2010 1.Vj.	- 13 388	- 9 945	- 8 957	- 8 265	- 988	- 3 443	- 759	- 2 684
2009 Mai	- 883	+ 234	- 1 357	- 1 265	+ 1 591	- 1 117	- 250	- 868
Juni	+ 217	+ 1 143	+ 1 320	+ 1 555	- 178	- 925	- 250	- 676
Juli	- 2 548	- 1 322	- 1 110	- 871	- 213	- 1 226	- 250	- 976
Aug.	- 2 969	- 2 040	- 1 716	- 1 538	- 324	- 930	- 250	- 680
Sept.	- 2 642	- 1 657	- 1 462	- 1 356	- 194	- 985	- 250	- 735
Okt.	- 4 898	- 3 974	- 3 557	- 3 350	- 418	- 924	- 250	- 674
Nov.	- 3 844	- 2 517	- 2 077	- 1 991	- 441	- 1 327	- 250	- 1 077
Dez.	+ 1 348	+ 2 696	+ 2 799	+ 2 982	- 103	- 1 348	- 250	- 1 098
2010 Jan.	- 4 353	- 3 179	- 2 952	- 2 716	- 227	- 1 175	- 253	- 922
Febr.	- 6 328	- 5 137	- 4 696	- 4 358	- 442	- 1 191	- 253	- 938
März	- 2 706	- 1 629	- 1 309	- 1 191	- 319	- 1 078	- 253	- 825

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des EU-Haushalts (ohne Vermögensübertra-

6. Vermögensübertragungen
(Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2006	- 258	- 1 947	+ 1 689
2007	+ 110	- 2 034	+ 2 145
2008	- 209	- 1 857	+ 1 648
2009	- 186	- 1 645	+ 1 459
2008 3.Vj.	- 299	- 367	+ 69
4.Vj.	- 658	- 792	+ 134
2009 1.Vj.	+ 25	- 407	+ 432
2.Vj.	+ 290	- 303	+ 592
3.Vj.	- 42	- 360	+ 318
4.Vj.	- 459	- 576	+ 117
2010 1.Vj.	+ 292	- 378	+ 670
2009 Mai	+ 99	- 90	+ 190
Juni	- 123	- 108	- 16
Juli	- 56	- 117	+ 61
Aug.	- 10	- 100	+ 91
Sept.	+ 24	- 142	+ 166
Okt.	- 235	- 148	- 88
Nov.	+ 89	- 198	+ 287
Dez.	- 313	- 230	- 83
2010 Jan.	+ 82	- 112	+ 193
Febr.	+ 432	- 108	+ 540
März	- 222	- 158	- 64

gungen). — 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. — 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

XI. Außenwirtschaft
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2007	2008	2009	2009			2010			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 687 629	- 233 154	+ 4 951	- 68 117	+ 40 831	- 27 348	- 68 069	- 1 824	- 25 892	- 40 354
1. Direktinvestitionen 1)	- 118 723	- 91 882	- 45 138	- 16 116	- 17 247	+ 1 855	- 32 011	- 7 911	- 10 426	- 13 674
Beteiligungskapital	- 43 692	- 61 067	- 47 617	- 13 561	- 14 892	+ 2 563	- 14 105	- 4 467	- 7 539	- 2 099
reinvestierte Gewinne 2)	- 30 853	- 11 852	- 14 431	- 1 103	- 5 584	- 4 649	- 5 303	- 645	- 2 778	- 1 880
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	- 44 178	- 18 964	+ 16 910	- 1 452	+ 3 228	+ 3 941	- 12 604	- 2 799	- 109	- 9 695
2. Wertpapieranlagen	- 148 706	+ 24 956	- 72 571	- 27 121	- 18 369	- 17 979	- 19 264	- 13 148	+ 4 261	- 10 378
Aktien 3)	+ 21 141	+ 39 598	- 2 208	- 1 442	- 253	- 771	+ 3 581	+ 2 811	+ 1 971	- 1 202
Investmentzertifikate 4)	- 42 259	- 8 425	+ 608	- 1 030	- 865	+ 2 995	- 8 022	- 3 125	- 2 046	- 2 851
Anleihen 5)	- 101 167	- 23 905	- 83 507	- 27 448	- 19 949	- 21 596	- 18 123	- 7 671	- 537	- 9 915
Geldmarktpapiere	- 26 422	+ 17 688	+ 12 536	+ 2 799	+ 2 698	+ 1 393	+ 3 300	- 5 163	+ 4 873	+ 3 589
3. Finanzderivate 6)	- 85 170	- 25 449	+ 20 415	+ 4 142	- 5 902	- 377	- 4 107	- 577	+ 296	- 3 826
4. übriger Kapitalverkehr	- 334 077	- 138 770	+ 99 044	- 29 063	+ 80 081	- 11 416	- 12 036	+ 19 866	- 19 241	- 12 662
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 226 871	- 71 875	+ 176 593	+ 1 522	+ 71 065	- 772	+ 23 637	+ 4 258	+ 10 979	+ 8 400
langfristig	- 98 835	- 142 257	+ 25 819	- 16 002	+ 18 219	+ 23 670	+ 11 600	+ 6 719	+ 2 004	+ 2 877
kurzfristig	- 128 036	+ 70 382	+ 150 774	+ 17 523	+ 52 846	- 24 442	+ 12 037	- 2 462	+ 8 975	+ 5 524
Unternehmen und Privatpersonen	- 49 908	- 25 105	- 18 287	+ 4 468	+ 2 839	- 10 297	- 4 817	+ 11 162	- 9 855	- 6 124
langfristig	- 47 586	- 22 745	- 16 747	+ 2 279	- 11 394	- 5 611	- 8 296	- 3 612	- 5 184	+ 499
kurzfristig 7)	- 2 321	- 2 360	- 1 540	+ 2 188	+ 14 232	- 4 686	+ 3 479	+ 14 774	- 4 671	- 6 623
Staat	+ 8 426	+ 2 809	+ 2 005	- 15 680	+ 14 159	- 1 446	- 1 675	+ 4 271	- 943	- 5 002
langfristig	+ 309	- 325	- 652	- 391	- 43	+ 130	- 517	- 423	- 69	- 25
kurzfristig 7)	+ 8 117	+ 3 135	+ 2 657	- 15 289	+ 14 203	- 1 577	- 1 158	+ 4 694	- 874	- 4 978
Bundesbank	- 65 724	- 44 600	- 61 267	- 19 372	- 7 982	+ 1 099	- 29 181	+ 176	- 19 422	- 9 936
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 953	- 2 008	+ 3 200	+ 41	+ 2 269	+ 569	- 651	- 55	- 782	+ 187
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 468 128	+ 34 423	- 142 728	+ 22 940	- 56 409	- 53 814	+ 58 937	+ 23 423	+ 10 967	+ 24 547
1. Direktinvestitionen 1)	+ 55 925	+ 16 681	+ 25 631	+ 9 372	+ 5 725	+ 6 794	+ 6 847	+ 250	+ 1 082	+ 5 515
Beteiligungskapital	+ 39 980	+ 17 536	+ 8 020	- 357	+ 1 353	+ 2 402	+ 570	- 268	- 698	+ 1 537
reinvestierte Gewinne 2)	+ 5 487	- 1 802	+ 2 322	+ 380	+ 481	- 5	+ 3 846	+ 1 379	+ 1 163	+ 1 305
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 10 458	+ 947	+ 15 290	+ 9 349	+ 3 891	+ 4 397	+ 2 431	- 860	+ 617	+ 2 674
2. Wertpapieranlagen	+ 291 455	+ 10 068	- 18 227	+ 28 656	- 5 296	- 18 788	+ 11 626	- 2 769	+ 11 978	+ 2 418
Aktien 3)	+ 39 971	- 32 619	+ 7 791	+ 1 122	+ 11 807	- 700	+ 756	- 3 355	+ 1 943	+ 2 167
Investmentzertifikate	+ 4 771	- 8 639	+ 155	- 2	- 612	+ 475	+ 1 756	+ 864	+ 335	+ 557
Anleihen 5)	+ 199 219	+ 13 894	- 75 383	- 1 261	- 27 423	- 14 156	+ 14 551	+ 5 122	+ 7 491	+ 1 938
Geldmarktpapiere	+ 47 493	+ 37 432	+ 49 210	+ 28 798	+ 10 933	- 4 407	- 5 436	- 5 401	+ 2 210	- 2 245
3. übriger Kapitalverkehr	+ 120 748	+ 7 674	- 150 132	- 15 088	- 56 839	- 41 821	+ 40 464	+ 25 942	- 2 093	+ 16 614
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 73 212	- 58 201	- 115 410	- 11 652	- 45 741	- 36 894	+ 51 662	+ 44 695	- 6 809	+ 13 775
langfristig	- 14 201	+ 11 871	- 24 386	- 3 821	- 4 564	- 12 456	- 1 603	- 637	- 356	- 611
kurzfristig	+ 87 413	- 70 073	- 91 024	- 7 832	- 41 176	- 24 438	+ 53 265	+ 45 332	- 6 453	+ 14 386
Unternehmen und Privatpersonen	+ 39 667	+ 45 177	- 7 706	- 2 274	- 10 360	+ 8 489	- 12 971	- 20 393	+ 848	+ 6 574
langfristig	+ 20 003	+ 24 555	+ 168	+ 2 733	- 1 046	+ 1 836	+ 435	+ 980	- 500	- 45
kurzfristig 7)	+ 19 664	+ 20 623	- 7 874	- 5 006	- 9 314	+ 10 324	- 13 406	- 21 373	+ 1 348	+ 6 620
Staat	- 3 480	+ 6 347	- 5 235	- 3 779	+ 711	- 13 904	+ 1 496	+ 713	+ 4 364	- 3 580
langfristig	- 3 204	- 1 048	- 1 959	- 931	- 180	- 355	- 521	+ 6	- 220	- 306
kurzfristig 7)	- 276	+ 7 396	- 3 276	- 2 848	+ 891	- 13 549	+ 2 016	+ 707	+ 4 584	- 3 274
Bundesbank	+ 11 349	+ 14 351	- 21 782	+ 2 617	- 1 449	+ 489	+ 277	+ 928	- 496	- 155
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 219 502	- 198 730	- 137 777	- 45 176	- 15 578	- 81 162	- 9 132	+ 21 599	- 14 925	- 15 807

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. — 2 Geschätzt. — 3 Einschl. Genuss-Scheine. — 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. — 5 Ab 1975 ohne Stückzinsen. — 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. — 7 Die hier ausgewiesenen Trans-

aktionswerte sind überwiegend aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. — 8 Ohne Bundesbank. — 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XI. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	insgesamt	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forde- rungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen	
		zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Forde- rungen an die EZB 2)					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1996	120 985	119 544	13 688	72 364	11 445	22 048	1 441	15 604	15 604	–	105 381
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	–	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	–	1 079	15 978	15 978	–	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. — 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. — 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen

Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit – EFWZ). — 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank in der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	insgesamt	Währungsreserven				sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern		
		zusammen	Gold und Goldforde- rungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2008 Dez.	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009 Jan.	258 620	109 963	78 633	3 462	27 869	350	145 706	2 601	21 988	236 631
Febr.	275 770	113 507	81 893	3 455	28 159	350	159 318	2 594	16 983	258 786
März	274 458	107 809	75 726	3 463	28 620	350	163 681	2 618	7 527	266 931
April	272 318	105 577	73 476	3 482	28 619	350	163 774	2 618	8 538	263 781
Mai	261 878	107 375	75 646	4 599	27 130	350	151 664	2 490	9 175	252 703
Juni	290 738	104 691	72 955	4 493	27 243	350	183 052	2 645	10 121	280 617
Juli	282 460	104 931	72 586	4 694	27 651	350	173 956	3 222	7 900	274 560
Aug.	291 882	115 309	72 998	15 186	27 124	350	171 719	4 506	8 972	282 910
Sept.	314 396	116 785	74 913	16 268	25 604	350	191 035	6 227	8 641	305 756
Okt.	292 775	119 584	77 320	16 501	25 763	350	166 341	6 500	9 038	283 737
Nov.	306 623	126 129	85 449	15 723	24 957	350	172 779	7 366	9 274	297 349
Dez.	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010 Jan.	326 161	127 966	84 917	16 350	26 699	350	189 759	8 086	10 066	316 095
Febr.	352 969	134 669	89 796	17 327	27 546	50	209 481	8 770	9 573	343 396
März	364 072	134 826	90 158	17 176	27 491	50	219 417	9 780	9 421	354 651
April	377 729	142 021	96 677	17 290	28 054	50	225 677	9 982	11 833	365 897

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. — 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. — 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreiten-

den Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Eurosystems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). — 3 Vgl. Anmerkung 2. — 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. — 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XI. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken)
gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2006	450 228	117 723	332 505	190 300	142 205	134 057	8 148	624 790	95 019	529 771	408 907	120 864	79 900	40 964
2007	509 178	162 654	346 524	196 178	150 346	139 842	10 504	650 966	111 543	539 423	404 904	134 519	82 979	51 540
2008	553 465	173 255	380 210	227 055	153 155	140 520	12 635	706 304	147 242	559 062	422 811	136 251	79 980	56 271
2009	594 771	209 729	385 042	241 907	143 135	130 605	12 530	751 625	159 667	591 958	454 738	137 220	80 759	56 461
2009 Okt.	590 748	208 618	382 130	236 413	145 717	132 995	12 722	726 700	147 955	578 745	442 165	136 580	78 438	58 142
Nov.	596 457	209 907	386 550	236 828	149 722	137 175	12 547	728 414	149 664	578 750	440 476	138 274	80 756	57 518
Dez.	594 771	209 729	385 042	241 907	143 135	130 605	12 530	751 625	159 667	591 958	454 738	137 220	80 759	56 461
2010 Jan.	585 567	205 776	379 791	245 189	134 602	122 038	12 564	724 937	145 359	579 578	452 051	127 527	70 475	57 052
Febr.	597 683	214 474	383 209	245 660	137 549	124 929	12 620	730 116	143 824	586 292	456 578	129 714	72 228	57 486
März	619 382	216 334	403 048	255 243	147 805	135 035	12 770	749 068	146 788	602 280	465 631	136 649	78 751	57 898
Industrielländer ¹⁾														
2006	396 649	115 269	281 380	174 784	106 596	100 541	6 055	570 675	93 560	477 115	389 770	87 345	66 210	21 135
2007	452 354	160 666	291 688	180 564	111 124	103 104	8 020	590 245	110 291	479 954	384 024	95 930	69 347	26 583
2008	489 430	171 387	318 043	207 807	110 236	101 002	9 234	642 252	145 045	497 207	400 620	96 587	68 148	28 439
2009	532 976	208 571	324 405	221 958	102 447	93 566	8 881	682 254	157 343	524 911	428 795	96 116	68 912	27 204
2009 Okt.	528 658	207 403	321 255	216 213	105 042	95 751	9 291	661 178	145 898	515 280	418 847	96 433	67 635	28 798
Nov.	533 581	208 776	324 805	216 345	108 460	99 365	9 095	662 669	147 619	515 050	417 044	98 006	69 441	28 565
Dez.	532 976	208 571	324 405	221 958	102 447	93 566	8 881	682 254	157 343	524 911	428 795	96 116	68 912	27 204
2010 Jan.	523 677	204 714	318 963	224 505	94 458	85 434	9 024	655 442	143 042	512 400	426 086	86 314	58 787	27 527
Febr.	534 112	213 467	320 645	224 500	96 145	87 103	9 042	660 115	141 525	518 590	430 529	88 061	60 308	27 753
März	553 812	215 282	338 530	234 208	104 322	95 449	8 873	677 692	144 474	533 218	438 979	94 239	66 410	27 829
EU-Länder ¹⁾														
2006	308 720	108 982	199 738	121 929	77 809	72 902	4 907	479 025	86 343	392 682	332 871	59 811	45 202	14 609
2007	364 105	154 644	209 461	127 080	82 381	75 942	6 439	489 234	105 022	384 212	318 769	65 443	46 262	19 181
2008	398 833	164 762	234 071	151 391	82 680	75 192	7 488	534 951	137 208	397 743	330 098	67 645	46 188	21 457
2009	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	576 596	141 633	434 963	364 980	69 983	48 977	21 006
2009 Okt.	438 523	199 468	239 055	159 369	79 686	72 382	7 304	564 747	136 659	428 088	358 519	69 569	47 516	22 053
Nov.	442 355	200 413	241 942	159 922	82 020	74 895	7 125	565 224	138 113	427 111	356 186	70 925	48 945	21 980
Dez.	443 431	200 400	243 031	165 986	77 045	70 051	6 994	576 596	141 633	434 963	364 980	69 983	48 977	21 006
2010 Jan.	433 328	196 101	237 227	167 033	70 194	62 993	7 201	559 494	136 135	423 359	361 898	61 461	40 126	21 335
Febr.	443 957	205 203	238 754	168 084	70 670	63 493	7 177	562 567	134 856	427 711	365 109	62 602	41 244	21 358
März	455 584	205 972	249 612	172 789	76 823	69 831	6 992	573 886	134 321	439 565	372 210	67 355	45 985	21 370
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2006	207 868	77 056	130 812	79 901	50 911	47 614	3 297	369 648	38 878	330 770	292 178	38 592	28 340	10 252
2007	251 718	118 112	133 606	79 745	53 861	49 537	4 324	367 318	56 632	310 686	269 095	41 591	28 964	12 627
2008	281 518	130 226	151 292	96 968	54 324	49 408	4 916	413 821	81 703	332 118	288 693	43 425	29 768	13 657
2009	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	463 064	91 792	371 272	329 280	41 992	28 397	13 595
2009 Okt.	307 498	154 897	152 601	103 037	49 564	44 644	4 920	451 697	86 386	365 311	323 068	42 243	28 126	14 117
Nov.	313 980	158 134	155 846	104 921	50 925	46 144	4 781	450 934	88 176	362 758	320 309	42 449	28 393	14 056
Dez.	321 991	159 740	162 251	114 378	47 873	43 179	4 694	463 064	91 792	371 272	329 280	41 992	28 397	13 595
2010 Jan.	317 132	156 956	160 176	112 898	47 278	42 399	4 879	455 285	88 596	366 689	326 104	40 585	26 443	14 142
Febr.	324 621	163 628	160 993	113 084	47 909	43 074	4 835	457 580	88 218	369 362	327 489	41 873	27 939	13 934
März	328 902	160 720	168 182	116 317	51 865	47 044	4 821	462 990	84 275	378 715	334 050	44 665	30 961	13 704
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2006	53 579	2 454	51 125	15 516	35 609	33 516	2 093	54 115	1 459	52 656	19 137	33 519	13 690	19 829
2007	56 824	1 988	54 836	15 614	39 222	36 738	2 484	60 721	1 252	59 469	20 880	38 589	13 632	24 957
2008	64 035	1 868	62 167	19 248	42 919	39 518	3 401	64 052	2 197	61 855	22 191	39 664	11 832	27 832
2009	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2009 Okt.	62 090	1 215	60 875	20 200	40 675	37 244	3 431	65 522	2 057	63 465	23 318	40 147	10 803	29 344
Nov.	62 876	1 131	61 745	20 483	41 262	37 810	3 452	65 745	2 045	63 700	23 432	40 268	11 315	28 953
Dez.	61 795	1 158	60 637	19 949	40 688	37 039	3 649	69 371	2 324	67 047	25 943	41 104	11 847	29 257
2010 Jan.	61 890	1 062	60 828	20 684	40 144	36 604	3 540	69 495	2 317	67 178	25 965	41 213	11 688	29 525
Febr.	63 571	1 007	62 564	21 160	41 404	37 826	3 578	70 001	2 299	67 702	26 049	41 653	11 920	29 733
März	65 570	1 052	64 518	21 035	43 483	39 586	3 897	71 376	2 314	69 062	26 652	42 410	12 341	30 069

* Bis November 2009 einschl. Auslandsforderungen und -verbindlichkeiten von Privatpersonen in Deutschland. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit

den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. — 1 Ab Januar 2007 einschl. Bulgarien und Rumänien. — 2 Ab Januar 2007 einschl. Slowenien; ab Januar 2008 einschl. Malta und Zypern; ab Januar 2009 einschl. Slowakei. — 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten.

XI. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... WE

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2008 Juli	1,6386	10,7809	7,4599	168,45	1,5974	8,0487	9,4566	1,6193	1,5770	0,79308
Aug.	1,6961	10,2609	7,4595	163,63	1,5765	7,9723	9,3984	1,6212	1,4975	0,79279
Sept.	1,7543	9,8252	7,4583	153,20	1,5201	8,1566	9,5637	1,5942	1,4370	0,79924
Okt.	1,9345	9,1071	7,4545	133,52	1,5646	8,5928	9,8506	1,5194	1,3322	0,78668
Nov.	1,9381	8,6950	7,4485	123,28	1,5509	8,8094	10,1275	1,5162	1,2732	0,83063
Dez.	2,0105	9,2205	7,4503	122,51	1,6600	9,4228	10,7538	1,5393	1,3449	0,90448
2009 Jan.	1,9633	9,0496	7,4519	119,73	1,6233	9,2164	10,7264	1,4935	1,3239	0,91819
Febr.	1,9723	8,7406	7,4514	118,30	1,5940	8,7838	10,9069	1,4904	1,2785	0,88691
März	1,9594	8,9210	7,4509	127,65	1,6470	8,8388	11,1767	1,5083	1,3050	0,91966
April	1,8504	9,0110	7,4491	130,25	1,6188	8,7867	10,8796	1,5147	1,3190	0,89756
Mai	1,7831	9,3157	7,4468	131,85	1,5712	8,7943	10,5820	1,5118	1,3650	0,88445
Juni	1,7463	9,5786	7,4457	135,39	1,5761	8,9388	10,8713	1,5148	1,4016	0,85670
Juli	1,7504	9,6246	7,4458	133,09	1,5824	8,9494	10,8262	1,5202	1,4088	0,86092
Aug.	1,7081	9,7485	7,4440	135,31	1,5522	8,6602	10,2210	1,5236	1,4268	0,86265
Sept.	1,6903	9,9431	7,4428	133,14	1,5752	8,5964	10,1976	1,5148	1,4562	0,89135
Okt.	1,6341	10,1152	7,4438	133,91	1,5619	8,3596	10,3102	1,5138	1,4816	0,91557
Nov.	1,6223	10,1827	7,4415	132,97	1,5805	8,4143	10,3331	1,5105	1,4914	0,89892
Dez.	1,6185	9,9777	7,4419	131,21	1,5397	8,4066	10,4085	1,5021	1,4614	0,89972
2010 Jan.	1,5624	9,7436	7,4424	130,34	1,4879	8,1817	10,1939	1,4765	1,4272	0,88305
Febr.	1,5434	9,3462	7,4440	123,46	1,4454	8,0971	9,9505	1,4671	1,3686	0,87604
März	1,4882	9,2623	7,4416	123,03	1,3889	8,0369	9,7277	1,4482	1,3569	0,90160
April	1,4463	9,1505	7,4428	125,33	1,3467	7,9323	9,6617	1,4337	1,3406	0,87456

* Durchschnitte eigene Berechnungen auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5

Devisenkursstatistik. — 1 Bis März 2005. Indikatorkurse der EZB. — 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Unwiderrufliche Euro-Umrechnungskurse in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 Euro = ... WE
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260

XI. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse für den Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj.1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs für den Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft								
	EWK-21 1)		EWK-41 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes			
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	23 ausgewählte Industrieländer 4)			36 Länder 5) 6)	23 ausgewählte Industrieländer 4)	36 Länder 5)	56 Länder 7)
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU				
1999	96,1	96,0	95,8	96,5	96,5	95,8	97,7	99,5	95,5	97,6	98,1	97,9	97,6
2000	86,8	86,5	85,8	85,6	87,9	85,8	91,5	97,1	85,0	90,9	92,7	91,7	90,8
2001	87,3	87,0	86,3	84,5	90,2	86,9	91,2	95,9	85,7	90,3	92,9	91,3	90,7
2002	89,7	90,1	89,2	87,4	94,7	90,5	92,0	95,1	88,3	90,9	93,6	92,0	91,9
2003	100,3	101,3	100,0	97,8	106,6	101,4	95,5	94,1	97,4	94,8	97,3	96,6	96,9
2004	104,2	105,1	102,8	101,8	111,2	105,0	95,9	93,0	99,9	95,2	98,8	98,2	98,6
2005	102,7	103,7	101,0	99,6	109,2	102,5	94,7	91,5	98,9	93,3	98,8	97,4	97,2
2006	102,6	103,7	100,3	98,9	109,3	101,8	93,7	90,0	98,7	92,1	99,0	97,1	96,7
2007	106,3	106,8	102,7	101,0	113,0	104,2	95,1	89,3	103,1	93,1	101,7	99,1	98,6
2008	110,5	110,1	105,7	104,7	118,0	107,0	95,7	87,9	106,7	93,3	103,5	100,1	99,5
2009	111,7	110,6	p) 106,9	p) 106,6	120,6	p) 107,8	95,2	88,1	105,1	p) 93,6	102,8	100,0	99,7
2006 Aug.	103,6	104,7			110,6	103,1					99,1	97,4	97,2
2006 Sept.	103,4	104,3	100,7	99,7	110,4	102,7	93,7	89,7	99,1	92,2	99,0	97,2	96,9
2006 Okt.	102,8	103,8			109,7	102,0					99,2	97,2	96,8
2006 Nov.	103,4	104,3	100,5	98,8	110,4	102,4	93,9	89,6	99,7	92,2	99,7	97,6	97,2
2006 Dez.	104,4	105,0			111,5	103,2					100,2	98,0	97,7
2007 Jan.	103,8	104,5			110,6	102,5					100,3	98,0	97,5
2007 Febr.	104,3	104,9	101,3	99,2	111,0	102,7	94,7	89,9	101,1	92,8	100,5	98,3	97,8
2007 März	105,0	105,5			111,9	103,4					100,7	98,4	97,9
2007 April	105,9	106,6			112,7	104,2					101,3	98,9	98,4
2007 Mai	106,0	106,6	102,5	100,6	112,5	103,9	95,2	89,6	102,9	93,3	101,5	99,0	98,4
2007 Juni	105,6	106,1			112,0	103,4					101,3	98,8	98,1
2007 Juli	106,2	106,7			112,6	103,9					101,8	99,2	98,5
2007 Aug.	105,8	106,1	102,5	100,5	112,6	103,7	94,9	89,0	103,0	92,9	101,3	98,7	98,2
2007 Sept.	106,8	107,1			113,5	104,5					102,1	99,4	98,9
2007 Okt.	107,9	108,1			114,4	105,1					102,5	99,7	99,1
2007 Nov.	109,4	109,6	104,3	103,4	116,2	106,6	95,6	88,5	105,5	93,5	103,6	100,8	100,3
2007 Dez.	109,5	109,4			116,0	106,2					103,5	100,5	99,9
2008 Jan.	110,1	109,9			116,6	106,6					103,5	100,5	99,9
2008 Febr.	109,8	109,3	105,8	104,6	116,5	106,0	96,2	88,4	107,2	94,0	103,5	100,3	99,6
2008 März	112,6	112,3			119,9	109,3					104,5	101,4	101,1
2008 April	113,7	113,2			121,2	110,1					104,9	101,6	101,2
2008 Mai	113,2	112,9	108,2	107,5	120,5	109,5	97,3	88,1	110,4	94,7	104,8	101,4	100,9
2008 Juni	113,0	112,7			120,4	109,4					104,8	101,2	100,7
2008 Juli	113,2	112,7			120,6	109,4					105,2	101,3	100,8
2008 Aug.	110,9	110,3	106,2	104,9	117,8	106,6	96,1	87,5	108,2	93,3	104,0	100,1	99,3
2008 Sept.	109,3	108,5			116,4	105,2					102,9	99,2	98,5
2008 Okt.	105,8	105,2			113,8	102,7					100,5	97,3	96,8
2008 Nov.	105,0	104,5	102,5	101,7	113,0	102,0	93,1	87,5	100,8	91,3	100,3	97,1	96,6
2008 Dez.	110,2	109,7			118,7	107,1					102,4	99,5	99,3
2009 Jan.	109,8	109,2			118,6	106,8					102,2	99,4	99,2
2009 Febr.	108,7	108,0	105,2	p) 105,1	117,7	105,9	93,9	87,9	102,2	92,7	101,2	99,0	98,8
2009 März	111,1	110,3			120,4	108,0					102,3	99,9	99,7
2009 April	110,3	109,5			119,1	106,8					102,2	99,5	99,1
2009 Mai	110,8	109,9	106,5	p) 106,4	119,5	107,1	95,1	88,2	104,7	93,7	102,5	99,6	99,2
2009 Juni	112,0	111,1			120,7	108,3					102,9	100,2	99,8
2009 Juli	111,6	110,5			120,5	107,7					102,8	99,9	99,5
2009 Aug.	111,7	110,6	107,4	p) 106,6	120,6	107,8	95,7	88,2	106,1	p) 94,0	103,0	100,1	99,7
2009 Sept.	112,9	111,6			122,0	108,7					103,3	100,3	100,0
2009 Okt.	114,3	112,8			123,0	p) 109,5					103,9	101,0	100,5
2009 Nov.	114,0	112,5	p) 108,6	p) 108,1	122,9	p) 109,2	96,0	88,0	107,3	p) 94,2	103,8	100,9	100,4
2009 Dez.	113,0	111,3			121,7	p) 107,9					103,5	100,5	99,9
2010 Jan.	110,8	108,9			119,1	p) 105,3					102,4	99,2	98,4
2010 Febr.	108,0	106,0	116,2	p) 102,5	101,1	97,8	96,9
2010 März	107,4	105,7			115,2	p) 101,8					101,2	97,6	96,5
2010 April	106,1	p) 104,4			113,5	p) 100,2					100,7	97,0	95,6

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist – bis auf die verwendeten Gewichte – methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Mai 2008, S. 41). Zur Erläuterung der Methode siehe EZB, Monatsbericht, Januar 2010, Seiten S95 f. sowie Occasional Paper Nr. 2 der EZB, das von der Website der EZB (www.ecb.int) heruntergeladen werden kann. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. — 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. So-

weit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. — 2 Berechnungen der EZB. Zu dieser Gruppe gehören neben den Ländern der EWK-21-Gruppe (siehe Fußnote 1) zusätzlich folgende Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kroatien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. — 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. — 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. der Slowakei) sowie die Länder außerhalb der EWU (Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). — 5 EWU-Länder sowie EWK-21-Länder. — 6 Aufgrund fehlender Daten für den Deflator des Gesamtabsatzes ist China in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. — 7 EWU-Länder sowie EWK-41-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf Magnetband-Kassette oder CD-ROM über die Abteilung Statistische Informationssysteme, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

Geschäftsbericht

Finanzstabilitätsbericht

Monatsbericht

Über die von 1990 bis 2009 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2010 beigefügte Verzeichnis.

Aufsätze im Monatsbericht

Juni 2009

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2009 und 2010
- Wachstumseffekte permanent hoher Energiepreise: jüngere Evidenz für Deutschland
- Die Entwicklung und Bestimmungsfaktoren des Euro-Bargeldumlaufs in Deutschland

Juli 2009

- Unternehmensgewinne und Aktienkurse
- Demographischer Wandel und langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in Deutschland
- Neuere Entwicklungen im deutschen und europäischen Massenzahlungsverkehr

August 2009

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2009

September 2009

- Die Entwicklung der Kredite an den privaten Sektor in Deutschland während der globalen Finanzkrise
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2008
- Änderung der neu gefassten EU-Bankenrichtlinie und der EU-Kapitaladäquanzrichtlinie sowie Anpassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Oktober 2009

- Zur Entwicklung der staatlichen Investitionsausgaben
- Zur Outputvolatilität auf einzel- und gesamtwirtschaftlicher Ebene

November 2009

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2009

Dezember 2009

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen 2010 und 2011
- Finanzielle Integration und Risikoteilung in der EWU – Längerfristige Entwicklungstendenzen und Auswirkungen der Finanzkrise
- Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der laufenden Bankenaufsicht

Januar 2010

- Ertragslage und Finanzungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2008
- Preisniveausteuerung als geldpolitische Strategie

Februar 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2009/2010

März 2010

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2009
- Die Verwendung von Bargeld und anderen Zahlungsinstrumenten – Eine Verhaltensanalyse mit Mikrodaten
- Der Vertrag von Lissabon
- Finanzierung und Repräsentanz im Internationalen Währungsfonds

April 2010

- Zur Verschuldung und Zinsbelastung des Staates in Deutschland
- Schwellenländer in der Finanzkrise – Der Einfluss grenzüberschreitender Bankkredite

Mai 2010

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2010

Statistische Beihefte zum Monatsbericht¹⁾

- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Bankenstatistik (monatlich) 2 Kapitalmarktstatistik (monatlich) 3 Zahlungsbilanzstatistik (monatlich) 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen (monatlich) 5 Devisenkursstatistik (vierteljährlich) | <ul style="list-style-type: none"> 2 Bankenstatistik Kundensystematik Firmenverzeichnisse, März 2010²⁾⁴⁾ 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2008²⁾⁴⁾ 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2008, Juni 2009⁴⁾ 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 1997 bis 2007, November 2009 |
|---|---|

Sonderveröffentlichungen

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> Makro-ökonomisches Mehr-Länder-Modell, November 1996²⁾ Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997²⁾ Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999²⁾ Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2003²⁾ Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005²⁾ Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006²⁾ Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008 | <ul style="list-style-type: none"> 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2007, Mai 2010²⁾⁴⁾ 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, März 2009 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990⁹⁾ 9 Wertpapierdepots, August 2005 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2010¹⁾ 11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2009 12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2008²⁾ |
|--|--|

Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Bankenstatistik Richtlinien und Kundensystematik, Januar 2010³⁾

-
- o Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 - 1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.
 - 2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.
 - 3 Nur im Internet halbjährlich aktualisiert verfügbar. Ausschließlich die Abschnitte „Monatliche Bilanzstatistik“, „Auslandsstatus“ und „Kundensystematik“ („Tabellari-sche Gesamtübersicht“, „Gliederung nach Branchen und Aktivitäten – Erläuterungen“ sowie die zugehörigen Texte) sind in englischer Sprache erhältlich.
 - 4 Nur im Internet verfügbar.

Diskussionspapiere *)

Reihe 1:

Volkswirtschaftliche Studien

35/2009

Analyse der Übertragung US-amerikanischer Schocks auf Deutschland auf Basis eines FAVAR

36/2009

Choosing and using payment instruments: evidence from German microdata

01/2010

Optimal monetary policy in a small open economy with financial frictions

02/2010

Price, wage and employment response to shocks: evidence from the WDN survey

03/2010

Exports versus FDI revisited: Does finance matter?

04/2010

Heterogeneity in money holdings across euro area countries: the role of housing

05/2010

Loan supply in Germany during the financial crises

06/2010

Empirical simultaneous confidence regions for path-forecasts

07/2010

Monetary policy, housing booms and financial (im)balances

08/2010

On the nonlinear influence of Reserve Bank of Australia interventions on exchange rates

Reihe 2:

Studien zu Banken und Finanzwirtschaft

13/2009

Systematic risk of CDOs and CDO arbitrage

14/2009

The dependency of the banks' assets and liabilities: evidence from Germany

15/2009

What macroeconomic shocks affect the German banking system? Analysis in an integrated micro-macro model

01/2010

Deriving the term structure of banking crisis risk with a compound option approach: the case of Kazakhstan

02/2010

Recovery determinants of distressed banks: Regulators, market discipline, or the environment?

03/2010

Purchase and redemption decisions of mutual fund investors and the role of fund families

Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

Weitere Anmerkungen siehe S. 79*.